

Stefan Thimmel | Theo Bruns | Gert Eisenbürger | Britt Weyde | Hg.

URUGUAY

Ein Land in Bewegung

Mitherausgegeben von der Informationsstelle Lateinamerika, Bonn



Assoziation A

Wir danken der *Stiftung Umverteilen*, durch deren Förderung die Übersetzung der Texte der uruguayischen Autoren ermöglicht wurde.

Fotonachweis: Theo Bruns 15, 76, 94, 127, Umschlag (1) | Gert Eisenbürger 52, 143 | Karl Hübener 219 | ila 73 | Marily Stroux 124 | Stefan Thimmel 11, 12, 19, 21, 24, 27, 29, 32, 34, 40, 43, 49, 57, 65, 83, 87, 89, 92, 95, 97, 98, 100, 103, 106, 109, 111, 112, 115, 116, 133, 136, 141, 151, 168, 171, 172, 176, 181, 185, 190, 191, 196, 199, 201, 202, 214, 222, 227, 235, 249, 250, 252, 253, 256, 257, 261, Umschlag (7) | Santiago Flores Castro 120, 146, 157, 162, 175, 193 | Eva Weil 56 | Alle anderen: Archiv der HerausgeberInnen.
Nicht immer konnten die Quellen der Fotos ermittelt werden. Wir bitten etwaige RechteinhaberInnen, sich beim Verlag zu melden.

© Berlin | Hamburg | Februar 2010

Assoziation A | Gneisenastr. 2a | 10961 Berlin

www.assoziati-on-a.de | Tel.: 030-69582971 |

berlin@assoziati-on-a.de | hamburg@assoziati-on-a.de

ISBN 978-3-935936-74-3

Satz und Umschlaggestaltung: kv | Druck: Winddruck Siegen

Inhalt

Vorwort

7

Von Artigas bis Tacuarembó – Bilder eines Landes

11

Montevideo: Geschichte – Bilder – Alltag · *M. Gandelsman-Trier* · 13
| Stadt, Land, Fluss und Meer: Von Montevideo nach Punta del Este ·
A. Girle · 20 | Das kaum bekannte Uruguay: Interior und Ostküste · *St.
Thimmel* · 26

Geschichte und Geschichten

31

Siedlungsgeschichte: Das Land und seine (fast) vergessene indigene Be-
völkerung · *D. Schonebohm* · 33 | Kurze Chronik Uruguays von den Anfän-
gen bis 1933 · *Th. Bruns* · 38 | José Gervasio Artigas: der Allgegenwärtige ·
D. Schonebohm · 42 | José Batlle y Ordóñez: Gründervater des modernen
Uruguay · *D. Schonebohm* · 45 | Die Diktatur des Gabriel Terra und der
Zweite Weltkrieg · *G. Eisenbürger* · 47 | Ein Exilland für AntifaschistIn-
nen · *G. Eisenbürger* · 51 | Annemarie Rübens: Zuflucht für die Kinder der
Verfolgten · *E. Kroch & E. Weil* · 55 | Das Ende des »glücklichen Uruguay«:
Nachkriegszeit und Militärdiktatur · *B. Weyde* · 58 | Líber Seregni: Der
rote General · *G. Eisenbürger* · 69 | Exilland Deutschland: Zuflucht in
West und Ost · *G. Eisenbürger* · 71 | Ernesto Kroch: Unermüdlich und
unentbehrlich · *St. Thimmel* · 76 | Zwischen Assimilation und kultureller
Autonomie: Die jüdische Gemeinde · *J. Taks* · 78 | Vom Einwanderungs-
zum Auswanderungsland · *J. Taks* · 82 | Von der Post-Diktatur zur ersten
Frente-Amplio-Regierung · *St. Thimmel* · 86 | Eine deutsch-uruguayische
Geschichte: Die Casa Bertolt Brecht in Montevideo · *St. Thimmel* · 93

Politik Aktuell: Die Linke an der Regierung

97

Von Vázquez zu Mujica: Bilanz und Perspektiven · *St. Thimmel* · 99 | Vor-
wärts in die Vergangenheit: Der linke Weg zurück zur Schweiz Latein-
amerikas · *R. Zibechi* · 105 | José »Pepe« Mujica: Vom Stadtguerillero zum
Präsidenten · *St. Thimmel* · 111

Politische und soziale Bewegungen

115

Arbeiterbewegung und Gewerkschaften · *E. Kroch* · 117 | Eine kleine Ge-
schichte der Tupamaros: Das Leben der Yessie Macchi · *Th. Bruns & A.
Habersetzer* · 123 | Für Erinnerung und Wahrheit: Die Menschenrechts-

bewegung · O. Burkert · 133 | Sara Méndez und die Suche nach ihrem Sohn Simón · E. Hackl · 142 | Gesetze sind längst nicht alles: Die uruguayischen Frauen und ihre Kämpfe · B. Weyde · 144 | Vom Sklaven zum unsichtbaren Afro-Uruguayer · K. Hübener · 150 | Gegenseitige Hilfe: Wohnungsbaukooperativen · E. Kroch · 154 | »Nennen wir es einfach H« – Vom Umgang mit der sexuellen Vielfalt · A. Girle · 160 | Füße auf dem Boden, Stimme in der Luft: Radios comunitarias · C. Ramos · 166 | Gauchos und »Gauchismo« heute · A. de Giorgi · 171

Ökonomie, Ökologie und Industriekultur 175

Ökonomische Dreifaltigkeit: Banken, Rinder, Zellulose · J. Becker · 177 | Ein ambivalentes Verhältnis: Uruguay und der Mercosur · J. Becker · 184 | Industriekultur: Der Frigorífico Anglo in Fray Bentos · St. Thimmel · 189 | Natur und Umwelt: Uruguay natural gegen Uruguay productivo · J. Taks · 193 | Eukalyptusplantagen und Zellstofffabriken: Uruguay wird zum Papiertiger · St. Thimmel · 195

Kultur und Alltagsleben 201

Am Anfang war die Bibliothek: Eine kleine Geschichte der uruguayischen Literatur · G. Küppers · 203 | Idea Vilariño: »Dichtung ist eine Aufgabe, die das Leben verzehrt« · E. Hackl · 211 | Juan Carlos Onetti: Anti-Caudillo der Literatur · V. Schönherr · 213 | Mario Benedetti: »Der Pessimist ist ein gut informierter Optimist« · K. Hübener · 216 | Eduardo Galeano: Erinnerungen an Geschichten »von unten« · K. Hübener · 218 | Theater: Angriff der neuen Generation · G. Peveroni · 221 | Der Tango ist der Sohn der Milonga · St. Thimmel · 226 | Musik für das globale Dorf · B. Weyde · 228 | Daniel Viglietti: Cantante Popular · C. Renna · 238 | Ein kleiner Gigant: Das uruguayische Kino · B. Bremme · 240 | Karneval in Montevideo: Als das Unanständige zivilisiert und zum Geschäft wurde · K. Hübener · 248 | Murgas: Musikalische Satire mit politischem Biss · L. Buhl · 251 | Fußball: Glorreiche Vergangenheit und trister Alltag · St. Thimmel · 254 | Carne und Caruso: Einblicke in die Küche Uruguays · A. Girle · 259

Zum Weiterlesen: Ausgewählte Literatur 265

Zu den Autorinnen und Autoren 267

Vorwort

Uruguay, das im Süden Lateinamerikas zwischen seinen beiden großen Nachbarn Argentinien und Brasilien gelegene Land am Río de la Plata, ruft die unterschiedlichsten Assoziationen wach. Fußballfans fällt der zweimalige Fußballweltmeister von 1930 und 1950 ein. Andere erinnern sich an die Bezeichnung des europäisch geprägten Landes als »Schweiz Lateinamerikas«, die für die 1950er Jahre galt. Für viele Linke war Uruguay lange Zeit ein Synonym für die Tupamaros, die legendäre Stadtguerilla, die u.a. durch den Film *Der unsichtbare Aufstand* von Costa-Gavras Anfang der 1970er Jahre weltweit bekannt geworden war.

Anders als die anderen Guerillas Südamerikas haben die Tupamaros die Zeit der Militärdiktatur politisch überlebt. Als 1985 mit der Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie die letzten politischen Gefangenen aus der Haft frei kamen und sich die MLN-Tupamaros als legale politische Bewegung neu konstituierte, war unser Interesse groß, etwas über ihre Geschichte jenseits des Mythos in Erfahrung zu bringen. Wir nahmen Kontakt auf und über die Jahre entspann sich ein regelmäßiger Austausch über den Atlantik hinweg, der sich in vielfältiger Weise im Programm des Verlages Assoziation A, in Lesereisen und in persönlichen Freundschaften niedergeschlagen hat. Im Jahr 1990 veröffentlichte der Verlag das Buch *Wie Efeu an der Mauer. Erinnerungen aus den Kerkern der Diktatur*, einen atemberaubenden Bericht über die Geiselhaft dreier Tupamaros, die in Erdlöchern in verschiedenen Militärkasernen des Landes zwölf lange Jahre buchstäblich lebendig begraben waren. Die Autoren des Buches waren der Schriftsteller Mauricio Rosencof und der Mitbegründer der Tupamaros Eleuterio Fernández Huidobro. Der Dritte im Bunde, der damals an dem Selbst-Interview-Projekt nicht teilnehmen konnte, weil er in Folge der Kerkerhaft gesundheitlich noch zu sehr geschwächt war, war José »Pepe« Mujica. Wenn uns damals, vor 20 Jahren, jemand gesagt hätte, dass eben jener Pepe – ein ehemaliger Guerillero, viermal verhaftet, gefoltert und fast 15 Jahre der Freiheit beraubt – Ende 2009 zum Präsidenten Uruguays gewählt werden würde, wir hätten ihn wohl für verrückt erklärt.

Bei aller kritischen Distanz zur Politik des Mitte-Links-Bündnisses Frente Amplio, das seit dem 1. März 2005 die Regierung des Landes stellt, bleibt festzuhalten, dass der 29. November 2009, der Tag der Wahl »Pepe« Mujicas, ein historischer Moment ist, der wohl nur im Lebens-

weg Nelson Mandelas eine Parallele findet. Welche Möglichkeiten dieser Wahlsieg erschließt, welche Veränderungen realisiert, welche Hoffnungen erfüllt oder vielleicht auch enttäuscht werden, werden die nächsten Jahre zeigen. In diesem Buch versuchen wir, eine Zwischenbilanz der ersten Linksregierung in Uruguay zu ziehen. Wir haben uns aber auch entschieden, einer dissidenten Stimme Gehör zu verleihen und eine der weiblichen »Geiseln der Diktatur« zu porträtieren. Die Biografie der Tupamara Yessie Macchi, einer engen Freundin und Autorin des Verlages, die im Februar 2009 gestorben ist, steht hier pars pro toto für eine andere Geschichte, die in diesem Weg an die Macht nicht aufgeht.

Unser Hauptaugenmerk galt allerdings nicht der parteipolitisch organisierten Linken. Mit einer breiten Darstellung der politischen und sozialen Bewegungen in Uruguay versuchen wir, die Vielfalt der uruguayischen Gesellschaft, die sich in vielerlei Hinsicht von anderen Ländern Lateinamerikas unterscheidet, zu porträtieren.

Unerlässlich zum Verständnis des Landes ist ein Rückblick auf seine wechselvolle Geschichte und die seiner BewohnerInnen. Wir entdeckten Uruguay als Zufluchtort von AntifaschistInnen und verfolgten Juden und Jüdinnen, die den europäischen Kontinent auf der Flucht vor dem deutschen Nationalsozialismus verlassen hatten. Einer dieser Flüchtlinge ist der heute 92-jährige Ernesto Kroch, der – zwischen Frankfurt am Main und Montevideo pendelnd – noch immer unermüdlich politisch aktiv ist. Er ist als Autor im Buch mit mehreren Artikeln vertreten, taucht aber als wichtige Referenzperson auch in anderen Beiträgen auf. Ihn kennenzulernen, seine Autobiografie und seine Texte veröffentlichen zu können, war für die HerausgeberInnen dieses Buches eine unschätzbare Bereicherung.

Und natürlich war es uns ein wichtiges Anliegen, die außerordentlich vielfältige kulturelle Produktion Uruguays vorzustellen, die u. a. viele SchriftstellerInnen hervorgebracht hat, die vor allem im 20. Jahrhundert einen wichtigen Beitrag zum Verständnis Lateinamerikas geleistet haben, zu ihnen gehören Juan Carlos Onetti, Mario Benedetti, Eduardo Galeano oder Idea Vilariño.

Uruguay haftet in manchem etwas »Anachronistisches« an, welches aber gerade seinen spezifischen Charme ausmacht. Im Vergleich zur weltläufigen Metropole Buenos Aires am anderen Ufer des Río de la Plata wirkt es leicht verschlafen, ein wenig verstaubt und melancholisch verträumt. Man hat das Gefühl, dass das Land noch nicht vollständig von Turbokapitalismus und Neoliberalismus beherrscht wird und Solidarität und Engagement Bestandteile des Alltags sind. Die Menschen begegnen

einander auf Augenhöhe. Obwohl es natürlich auch Brüche in der uruguayischen Gesellschaft gibt, wie zunehmende Individualisierung und latenter Rassismus, ist das »eigenartige Land«, wie Mario Benedetti sein Heimatland einmal genannt hat, ein Beispiel für eine Gesellschaft, in der die Herkunft der Menschen – die fast alle von EinwanderInnen abstammen – kaum eine Rolle spielt. Auch wir haben als Reisende die Erfahrung gemacht, mit einer Selbstverständlichkeit und Herzlichkeit aufgenommen worden zu sein, wie man sie selten antrifft.

Die Hauptstadt des Landes, Montevideo, hat eine fast kleinstädtisch anmutende Ausstrahlung. Hier kennt scheinbar »jeder jeden« und es ist völlig alltäglich, »prominente« Landsleute auf der Straße oder im Café zu treffen. Eine Überschaubarkeit, die insbesondere für junge Leute langweilig und bisweilen erstickend sein kann. Zur anderen Seite der Medaille des ruhigen und beschaulichen *paisito*, wie viele UruguayerInnen ihr Land liebevoll nennen, gehören das Beharrungsvermögen und die manchmal fehlende Dynamik der laut Eduardo Galeano »konservativen Anarchisten«. Dies schlägt sich in der Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher und den hohen Auswanderungszahlen des ehemaligen Einwanderungslandes nieder.

Dieses Buch, in dem 24 AutorInnen aus Uruguay und Deutschland – zwischen 20 und 92 Jahre alt – in 50 Texten versuchen, die in Galeanos Charakterisierung aufschimmernde Paradoxie zu ergründen, kann hoffentlich dazu beitragen, dieses »Land in Bewegung« kennen und besser verstehen zu lernen.

Die HerausgeberInnen bekennen, dem Charme dieses Landes erlegen zu sein. Wir haben an dem Buchprojekt über mehr als zwei Jahre mit viel Enthusiasmus gearbeitet. Allen, die uns in dieser Phase unterstützt haben, gilt unser herzlichster Dank. Klaus Viehmann hat das Buch gestaltet, Beate Kirst alle Texte noch einmal Korrektur gelesen. Für Stefan war das wichtigste Ereignis dieser Zeit der 1. Januar 2009. Am Neujahrstag wurde in Montevideo sein Sohn Nick Mateo Camilo geboren. Dem kleinen Uruguay-Deutschen widmet er – und wir gerne mit ihm – dieses Buch. Darüber hinaus gilt sein größter Dank Silke, die das Projekt mit einer unermesslichen Geduld und Liebe begleitet hat.

Die HerausgeberInnen, Januar 2010

Von Artigas bis Tacuarembó

Bilder eines Landes



Montevideo: Geschichte – Bilder – Alltag

Mijal Gandelsman-Trier

*En las avenidas / limpian las vidrieras
Se abren los balcones / Para que entre el sol
La gente retoma / Su tenso camino
Retumba el trabajo / Sobre el hormigón.*

*En la melodía / que tocan a veces
Pidiendo tijeras / A la población
El barrio respira / Los tiempos de antes
Las nubes de otoño / Aquella ilusión.¹*
Jaime Roos



Die von Bäumen gesäumten Straßen verleihen Montevideo ein besonderes Flair. Die Wurzeln heben die Platten der Bürgersteige schief nach oben, im Sommer entsteht unter dem Blätterdach der Platanen ein Spiel von Licht und Schatten, im Herbst wirbeln welke Blätter im Wind. Ausgedehnte Parks und eine Vielzahl kleinerer Plätze mit Bäumen vermitteln den Eindruck einer grünen Stadt. Grau, Blau und Grün sind die Farben, mit denen viele BewohnerInnen Montevideos ihre Stadt assoziieren. Darin spiegeln sich die Grautöne der Häuserfassaden, das Blau des Meeres, das Grün der Bäume.

Montevideo hat für seine BewohnerInnen meist den Beiklang des Kleinen, die Stadt wird liebevoll mit Diminutiven bedacht. Damit ist oftmals ein Gefühl der Nostalgie und Melancholie verbunden. Veränderungen finden im Selbstbild der UruguayerInnen langsam statt. Und so ist der Lebensrhythmus in Montevideo eher bedächtig, besonders im Vergleich mit den Metropolen der beiden Nachbarländer Brasilien und Argentinien. Die Vergangenheit dient als Projektionsfläche für die Zukunft. Der rückwärtsgewandte Blick auf die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts, jene Zeit der sozialen Errungenschaften und des gesellschaftlichen

¹ Auf den Boulevards / werden die Schaufenster geputzt / die Balkone werden geöffnet / damit die Sonne hereinkommt / Die Menschen nehmen / ihren harten Weg wieder auf / die Arbeit hallt wider / auf dem Beton. In der Melodie / die manchmal gespielt wird / wenn von den Bewohnern / Scheren erbeten werden / atmet das Viertel / die alten Zeiten / Herbstwolken / jene Illusion« (Jaime Roos, Auszug aus *Aquello*).

Wohlstands, ist immer noch Ausgangspunkt für Mythen über die »goldene Vergangenheit«.

Montevideo ist keine Stadt der Superlative, keine repräsentative Metropole wie Buenos Aires, keine unruhige Weltstadt wie São Paulo, auch keine Megalopolis mit historischem Erbe wie Mexiko-City. Montevideo ist eine sehr lebenswerte Stadt, deren Charme sich erst im Alltag erschließt. Im nationalen Rahmen nimmt sie eine unangefochtene Stellung ein: In Montevideo leben gut 1,5 Millionen Menschen, die nächstgrößte Stadt, Salto, hat lediglich ca. 100.000 BewohnerInnen. Auch hinsichtlich der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bedeutung hat Montevideo in Uruguay eine herausragende Stellung. Gemeinhin wird das Land zweigeteilt wahrgenommen, Montevideo und der Rest – *el interior*, das Landesinnere.

Die Geschichte der Stadt nimmt an einer geschützten natürlichen Bucht im Mündungsbereich des Río de la Plata ihren Ausgang. Montevideo wurde 1726 offiziell gegründet und diente in der Anfangszeit als Bastion zur Sicherung spanischer Kolonialinteressen. Im Verlauf der Jahrhunderte entwickelte sie sich zur Hafenstadt. Lange Zeit blieb Montevideo jedoch klein und unbedeutend. Dies änderte sich mit den Europäern, die in das Land strömten. Nahezu hundert Jahre lang, zwischen der Mitte des 19. und des 20. Jahrhunderts, war Uruguay ein Einwanderungsland *par excellence*. Dieser Trend hat sich inzwischen längst umgekehrt, Uruguay ist in den vergangenen Jahrzehnten zu einem Auswanderungsland geworden. In jener Zeit war die Hauptstadt Montevideo das bevorzugte Ziel der MigrantInnen. Dies lässt sich eindrucksvoll an einigen Zahlen ablesen: Um 1830 lebten in Montevideo lediglich ca. 14.000 Einwohner. Rund zehn Jahre später hatte sich die Bevölkerung bereits verdoppelt. Um 1870 war die Einwohnerzahl auf 100.000 angestiegen und im Jahr 1914 konnte man bereits von einer richtigen Großstadt sprechen, ca. 380.000 Menschen lebten inzwischen in der Hauptstadt. Dieses imposante Wachstum war Folge der massiven Emigration aus Europa sowie einer offensiven Einwanderungspolitik der uruguayischen Regierung, insbesondere unter dem Präsidenten José Batlle y Ordóñez. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war rund ein Drittel der BewohnerInnen Montevideos im Ausland geboren. Sie kamen aus ganz unterschiedlichen europäischen Ländern, hauptsächlich jedoch aus Spanien und Italien.

In Montevideo machen sich die alten Einwanderungsgeschichten heute nicht nur an den italienischen, französischen, englischen, armenischen oder jüdischen Eigennamen bemerkbar. Essen und Flair, aber auch in Vereinen und Clubs gepflegte Traditionen sowie Ausweispapiere erin-

nern an die europäische Herkunft. Viele UruguayerInnen besitzen zwei Pässe, neben dem uruguayischen auch einen aus einem europäischen Land, dem Geburtsland eines Elternteils, eines Großvaters oder einer Großmutter. Die uruguayischen Behörden stellen sich einer doppelten Staatsangehörigkeit nicht in den Weg. Zu Zeiten der großen Einwanderungswelle konnten die Ankömmlinge sogar relativ einfach und schnell die gesetzliche Staatsangehörigkeit erwerben. Die massive europäische Migration trug dazu bei, das Land nicht nur demografisch, sondern auch wirtschaftlich, politisch und kulturell zu verändern. Die Politik der Modernisierung und Industrialisierung verwandelte vor allem die Hauptstadt Montevideo.

Ausgehend von einer schmalen Landzunge, der heutigen Altstadt, breitete sich die Stadt um die Bucht und entlang des Río de la Plata aus. Mitte des 19. Jahrhunderts entstand die so genannte *ciudad moderna*. Die zu jener Zeit entworfene Gestalt Montevideos hat bis heute Bestand. Damals geplante Straßenzüge, Plätze und Gebäude prägen die Stadt, so zum Beispiel die Plaza Independencia, ein repräsentativer Platz mit einer monumentalen Statue des Nationalhelden José Gervasio Artigas in der Mitte. Dieser Platz stellt den Übergang von der Altstadt in die Neustadt dar, dort beginnt die Avenida 18 de Julio, bis heute die zentrale Einkaufsstraße Montevideos. Erwähnenswert ist der Palacio Salvo, der genau am Schnittpunkt zwischen Plaza Independencia und 18 de Julio steht. In den 1920er Jahren erbaut, ist das Gebäude ein Beispiel für das prosperierende Uruguay zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Lange Zeit war es das höchste Gebäude Lateinamerikas. Es ist ein emblematischer Bau, der in literarischen Werken Erwähnung findet und auf unzähligen Postkarten abgebildet ist. Architektonisch gilt das Gebäude als Beispiel für die in Montevideo weit verbreitete eklektizistische Bauweise, die auch für das Parlamentsgebäude, den *Palacio Legislativo*, maßgebend war. Ein anderes Zeugnis jener



Aufbruchsphase ist das *Estadio Centenario*, anlässlich der ersten Fußballweltmeisterschaft erbaut, ein funktionaler und klar strukturierter Bau, ein Beispiel für die Architektur der Moderne und der Erneuerung. Für Montevideo ist ein weiterer Stil prägend: das Art Déco. Überall in der Stadt findet man Apartmenthäuser, Kinos oder Kaffeehäuser, die Elemente dieses dekorativen Baustils aufweisen. Die Gegenwart hat wenig markante Neubauten hervorgebracht. Dazu gehört zweifelsohne der *Torre Antel*, ein architektonisch interessantes, postmodernes Hochhaus des staatlichen Telekommunikationsunternehmens, dessen Bau politisch sehr umstritten war.

Anfang des vergangenen Jahrhunderts öffnete sich die Stadt zum »Meer«. So wird der Río de la Plata gemeinhin bezeichnet, denn der Strom ist auf der Höhe Montevideos eher Meer als Fluss, auch wenn er genau genommen erst ca. 150 Kilometer weiter östlich in den Atlantischen Ozean mündet. Für diese Neugestaltung der Stadt mussten ganze Straßenzüge verschwinden, so *El Bajo*, das Rotlichtviertel in der Altstadt, und ein Teil des *Barrio Sur*. Dafür wurde eine Uferstraße entlang des Río de la Plata angelegt, die über 20 Kilometer lange *Rambla*, heute zugleich eine belebte Verkehrsader und ein beliebter öffentlicher Raum. Mit einer breiten Promenade ausgestattet und von einer niedrigen Mauer, die zum Verweilen einlädt, zum Strand hin begrenzt, wird die *Rambla* zu jeder Tageszeit und in allen Jahreszeiten genutzt – als Treffpunkt, als Promenade, um auf das Meer und in den weiten Himmel zu blicken, um Mate zu trinken, Drachen steigen zu lassen, spazieren zu gehen, Sport zu treiben, Hunde auszuführen. *Rambla* und Strand werden von den BewohnerInnen der ganzen Stadt genutzt, auch von denen, die in küstenfernen – und oftmals ärmeren – Vierteln wohnen. Das Bild der Montevideaner von ihrer Stadt ist eng mit dem Blick auf das Meer verbunden. Neben *Rambla* und Stränden spielen dabei auch andere Orte eine wichtige Rolle, so die *Escollera Sarandí*, eine Mole und beliebter Angelplatz, der *Puerto de Buceo*, ein kleiner Jachthafen, aber auch Dachterrassen und eine Vielzahl von Straßen, die direkt im Meer zu enden scheinen.

Der Hafen Montevideos war der Ankunftsort der europäischen MigrantInnen und seit jeher Ort der Ausfuhr der Agrarprodukte. Bis heute ist der Hafen wirtschaftlich von nationaler Bedeutung. Seine Rolle als wichtiger Arbeitgeber hat er durch Privatisierung und Automatisierung der traditionellen Hafenarbeit in den letzten beiden Jahrzehnten jedoch eingebüßt. Viele BewohnerInnen Montevideos verbinden mit dem Hafen Erinnerungen, da er früher ein beliebtes Ziel von Sonntagsausflügen war. Die Geschichte des Hafens ist eng mit der Geschichte der Altstadt

verbunden. Die *Ciudad Vieja* war immer Hafenstandort und wichtiger Knotenpunkt der hafennahen Wirtschaft. Traditionell war neben der politischen auch die ökonomische Macht im ältesten Teil Montevideos angesiedelt. Bis heute ist die *Ciudad Vieja* Standort vieler staatlicher Institutionen sowie nationaler und internationaler Organisationen und Unternehmen.

Die Altstadt hat eine wechselvolle Geschichte. Besser gestellte Schichten zogen es zu Beginn des 20. Jahrhunderts vor, ihre repräsentativen Häuser im spanischen Kolonialstil zu verlassen und in die neu erbauten Viertel der expandierenden Stadt zu ziehen. Im Verlauf weniger Jahrzehnte verwandelte sich die *Ciudad Vieja* in einen Stadtteil mit einer überwiegend armen Bevölkerung. Schlechte Wohnbedingungen und zunehmender Verfall vieler Altbauten kennzeichneten in der Folge das Bild der *Ciudad Vieja*. Dem Viertel haftete das Image der Gefährlichkeit an. Erst in den vergangenen Jahren wurde die Altstadt von vielen, insbesondere jungen Leuten wieder entdeckt. Es entstanden Cafés, Restaurants und Bars sowie kulturelle Räume. In der Zwischenzeit wird das Areal saniert und ist dadurch für den Tourismus wieder interessant geworden.

Der Lebensmittelpunkt der meisten BewohnerInnen Montevideos ist das eigene Viertel, der Ort, wo Familie und Freunde wohnen, wo man abends in die Eckkneipe geht, Mate vor der Haustür trinkt oder einen Plausch mit den Nachbarn hält, der Ort, an dem man sich aufgehoben und zu Hause fühlt, der Ort, wo man vielleicht auch aufgewachsen ist. Gedichte und Lieder besingen dieses Gefühl, das Nähe und Melancholie evoziert, Erinnerungen und Sehnsüchte beschreibt. Viele Stadtviertel haben eine eigene Geschichte, ein Image, das die BewohnerInnen pflegen. Der *Cerro* ist beispielsweise ein klassisches Arbeiterviertel. Die Geschichte des Areals ist eng mit der Fleischverarbeitungsindustrie verbunden. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts siedelten sich auf der anderen Seite der Bucht, nach damaligen Maßstäben weit abgelegen von Montevideo, MigrantInnen an, die in Villa del Cerro als Industriearbeiter Beschäftigung fanden. In den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts arbeiteten viele Menschen in den *frigoríficos*, den Kühllhäusern, und ließen sich in ihrer Nähe nieder. Pocitos ist dagegen ein Viertel der gehobenen Mittelschicht und direkt an der *Rambla* gelegen. Ursprünglich weit außerhalb Montevideos gegründet, waren dort zunächst Wäscherinnen ansässig. Pocitos avancierte zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum Badeort für besser situierte BewohnerInnen und schließlich zu einem renommierten Wohnviertel mit Villen, die jedoch im Lauf der letzten 50 Jahre fast vollständig von Apartmenthochhäusern verdrängt wurden.

Das Barrio Sur ist ein Viertel im Zentrum Montevideos und Ort vieler Geschichten und Mythen: Im Barrio Sur wohnen viele Afro-Uruguayer, es ist Zentrum des *Candombe*. Hier stand auch der berühmte Conventillo *Medio Mundo*. Conventillos wurden Ende des 19. Jahrhunderts zur Unterbringung von Familien mit geringem Einkommen gebaut, meist zweistöckig mit einem großen Innenhof, von dem aus die zimmerweise vermieteten Wohnungen betreten werden konnten. Conventillos verfügten lediglich über Gemeinschaftstoiletten, kollektive Wasserzapfstellen und Kochgelegenheiten. Jenseits der prekären Wohnverhältnisse ranken sich viele kollektive Erinnerungen um die Conventillos und das Barrio Sur, zum Beispiel um die Jungen, die dort als Kinder Straßenfußball spielten und wie Isabelino Gradín zu berühmten Fußballern wurden. Auch Carlos Gardel soll einen Teil seiner Kindheit dort verbracht haben, zumindest erzählt einer seiner Tangos davon. Zeitgenössische uruguayische Musiker wie Rubén Rada und Jaime Roos besingen in ihren Liedern das Leben im Barrio Sur.

Cafés, Bars und Kneipen spielen im Alltagsleben in den Barrios und im Stadtbild Montevideos eine wichtige Rolle. Berühmt sind die alten Cafés der Avenida 18 de Julio, in denen sich die Intellektuellen trafen, an kleinen Marmortischen saßen, Kaffee tranken, diskutierten, Zeitung lasen, verweilten. Diese Cafés gibt es nicht mehr, der Lebensrhythmus hat sich geändert wie auch der Boulevard 18 de Julio. Früher war er eine Prachtstraße mit teuren Geschäften, Einkaufspassagen mit Boutiquen, Kinos, Theatersälen und Cafés. Die Leute flanieren die Straße entlang, betrachteten die Schaufenster, kauften ein, sofern es ihre Geldbörse zuließ. Viele Läden sind inzwischen eingegangen. Die 18 de Julio hat gegenüber neueren, dezentral gelegenen Einkaufszentren an Anziehungskraft verloren. Die Hauptstraße war und ist aber ein bedeutender Referenzpunkt für das öffentliche Leben in der Stadt. Hier fanden und finden wichtige soziale Kundgebungen und politische Demonstrationen statt, die Feiern zu den Fußballweltmeisterschaften Uruguays, die Festveranstaltungen zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Hier fanden Aktionen des Widerstands gegen die Militärdiktatur statt, hier werden Wahlsiege gefeiert. Die Innenstadt ist eine zentrale Bühne für soziale und politische Proteste der stark politisierten Bevölkerung Montevideos. Sie ist Schauplatz gewerkschaftlicher Mobilisierungen und bevorzugter Standort der Straßenhändler, die ihre Waren in möglichst guter Lage anbieten wollen.

Zum Stadtbild Montevideos gehören Zeitungskioske, Straßenmärkte und Handwagen. Gerade in den letzten Jahren hat die Anzahl der von

Pferden gezogen Karren enorm zugenommen. Ihre Besitzer, die *Clasificadores* genannten Müllsammler, sind auf der Suche nach Wertstoffen wie Pappe und Metall. Als Folge der massiven Wirtschaftskrise 2002–2003 verdienen immer mehr Menschen ihren Lebensunterhalt im informellen Sektor. Der Flohmarkt in der Straße Tristán Narvaja zieht jeden Sonntagvormittag eine riesige Zahl an BesucherInnen an. Von Kanarienvögeln und Kaninchen, über Obst und Gemüse, antiquarische Bücher und Möbel, gebrauchte Schallplatten und kopierte DVDs bis zu verrosteten Schrauben kann dort alles erstanden werden. Viele BewohnerInnen Montevideos haben eine Vorliebe für solche Gegenstände, gebraucht und oft auch nutzlos, wie zum Beispiel alte gläserne Milchflaschen von *Conaprole*, der nationalen Kooperative für Milchprodukte. Mit diesen Alltagsgegenständen sind Erinnerungen an »früher« verbunden, die gern an die eigenen Kinder weiter vermittelt werden und Ausdruck ihres Lebensgefühls sind.



Stadt, Land, Fluss und Meer: Unterwegs von Montevideo nach Punta del Este

Albrecht Gírlé

Verlässt man Montevideo ostwärts auf der Uferstraße Rambla, verwandeln sich die Stadtstrände sogleich in eine weite Dünenlandschaft. In die Sandhügel ducken sich Fischerhütten. Dahinter reiht sich, meist unter Pinien oder Eukalyptusbäumen, ein Badeort an den anderen: Shangrila, Lagomar, Solymar, El Pinar ...

Der Landstrich heißt im Touristenprospekt *Costa de Oro* und im heimischen Sprachgebrauch *Ciudad de la Costa*. Irgendwie stimmt beides: Der pastellgelbe Dünensand bekommt in der Mittagssonne wirklich einen golden gleißenden Glanz. Und die Siedlungen mit pittoresken Bungalows, Ferien- und Wochenendhäusern sind längst zusammengewachsen, verdichten sich immer wieder zu kleinen urbanen Zentren mit Supermarkt, Grundschule, Eisdiele, Poliklinik, Mini-Baumarkt und *Hamburguesa*-Station. Die mehrspurige Transitstraße Richtung Brasilien heißt hier *Ruta Interbalnearia*, sie folgt landeinwärts der Küstenlinie und verbindet über Stichstraßen die schier endlosen Badestrände mit den Bushaltestellen und dem Rest der Welt. Viele fahren täglich zur Arbeit in die Hauptstadt.

Der Seetourismus mit seiner Kultur der Badeorte ist hier über hundert Jahre alt. Während der Wirtschaftsblüte Uruguays, vornehmlich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, gehörte für eine mittelständische Familie das Sommerhaus am Río de la Plata fast zur Grundausstattung. Es gab vornehme und weniger vornehme Badeorte. Die Hackordnung innerhalb der Mittelschichten ist teilweise bis heute an den Fassaden und im Ortsbild abzulesen. Ihre kulturelle Orientierung war nach Europa ausgerichtet: Historismus, Jugendstil, Art Déco und Bauhaus.

Mit dem Zerfall des heimischen Mittelstands nahmen wohlhabende Argentinier Besitz von den »feineren« *Balnearios* mit ihrer guten Infrastruktur. Schon immer hatten die *Porteños* aus Buenos Aires das malerische Flussufer auf der anderen Seite zum Naherholungsgebiet auserkoren. Jetzt geben sie in der Saison den Ton an, gefolgt von Brasilianern und zunehmend auch Europäern. In den einfacheren Quartieren behaupten sich zäh die *Montevideanos*, die auf alles lieber verzichten als auf den Sommer am Strand.

Jedes Jahr im Januar ist Montevideo toter als Paris im August! Schulfe-

rien, Gerichtsferien, Betriebsferien. Ämter arbeiten symbolisch, Dienstleister haben geschlossen. In El Pinar, einem quirligen Familienbad nahe der Hauptstadt, herrscht dagegen Hochbetrieb. Wer es sich irgend leisten kann, flieht die heiße Stadt und lässt die Seele baumeln: bei Verwandten auf dem Land, auf der eigenen *Chacra*, der gemieteten *Cabaña* auf dem Campingplatz oder in einem *Apartamento* am Wasser. Geselligkeit unter freiem Himmel ist sozusagen ein Grundrecht.

Vor Jahrzehnten, als die meisten *Balnearios* entstanden, ging es herrschaftlicher zu: Damals gab es noch die Küsten-Eisenbahn. Die brachte zur Weihnachtszeit prustend und dampfend die Familien mit Schrankkoffern und dem halben Hausrat, der dann umgeladen wurde auf Pferdewagen, hin zum Haus am Meer. Die Kinder hatten bis in den März wahrhaft »Große Ferien«. Mutter verlegte die Küche ins Sommerhaus, mit oder ohne Personal. Der Prinzipal blieb derweil in der Stadt, kümmerte sich unter der Woche um das Nötigste und kam zum Sonntag hinzu. Spätes Biedermeier.

Bis heute sind die UruguayerInnen ausgesprochene Familienmen-



schen. Bloß ist der Urlaub auf wenige Wochen zusammengeschrumpft und die Unterkunft ist zumeist bescheidener. Dafür aber mit geringen Einkünften erschwänglich – zum Beispiel im alternativ-romantischen Neptunia an der Mündung des Arroyo Pando, in Biarritz (!) oder im verschlafenen Jaureguiberry mit seinen Schrebergarten-Häuschen auf wurzeligem Waldboden. Viele Badeorte warten mit unaufgeregten Attraktionen auf: In Solymar ist es das Brotmuseum (*Museo del Pan*), die Privatinitiative eines Karl Günther Bogner. In Salinas ein Obelisk am Strand mit mediterraner Terrasse. In Fortín de Santa Rosa eine Landherberge (*Posada*) im Stil einer spanischen Festung.

Knapp 50 Kilometer von Montevideo entfernt liegt die Kleinstadt Atlántida in einer malerischen Bucht, die teilweise von Steilküste umrahmt ist. Ein immergrüner, etwas betulicher Ort mit schattigen Straßen, etlichen Hotels und Pensionen, Kino, Casino, Restaurants, Disco, Fachgeschäften und einem kleinen Zoo. Unter den rund 4.000 DauerbewohnerInnen sind etliche deutsche Pensionäre, die manchmal am Stammtisch des Hotels *Piroshka* ihr Heimweh ertränken. Skurrilstes Bauwerk ist das Haus *El Águila* auf einem Felsen hoch über dem Strand des Vororts Villa Argentina. Sein Bauherr aus Buenos Aires, erzählt man, beauftragte einen jungen ortsansässigen Architekten mit dem Bau eines Strandhauses – nicht ahnend, dass der aus Naturstein einen bewohnbaren Adlerkopf schuf. Unter dem gewaltigen Schnabel ist ein Balkon mit atemberaubender Aussicht. Beim Anblick des Rohbaus im Jahr 1945 soll der Bauherr getobt haben, bevor er sich schließlich mit dem Entwurf versöhnte. Das Haus wurde gerade aufwändig restauriert und ist das meist fotografierte Objekt der Gegend. Und Atlántida ist dritt wichtigstes Touristenzentrum des Landes.

Zwei Kilometer landeinwärts liegt die unvergleichliche Kirche *Cristo Obrero*, 1960 fertiggestellt von dem international renommierten Eladio Dieste (1917–2000). Der war eigentlich Bauingenieur und hielt etliche Patente für sein Verfahren, mit geringstem Materialeinsatz hauchdünne freitragende Dächer zu bauen. Er hinterließ in Lateinamerika viele Brücken, Werkhallen, Tankstellen und andere Zweckbauten sowie jene Kirche aus vielfach geschwungenen Backsteinflächen mit einer so stauenswerten Lichtführung, dass man den Bau auch ohne religiöse Gefühle nur mit Andacht wieder verlässt.

Auf unserer Reise ostwärts wird die Landschaft bewegter. Granitfelsen von unterschiedlicher Farbe sind von Wasser umspült, fassen die Sandstrände ein und geben den Balnearios ihre Namen: Punta Negra, Punta Fría, Punta Colorada. Surfer lieben diese Gegend. Solís an der

Mündung des gleichnamigen Flusses ist ein traditionsreicher Badeort und verdankt seinen Aufstieg der einstigen Eisenbahngesellschaft, die hier ihr Erholungszentrum baute. Jetzt kann man in der Ferne schon Piriápolis sehen.

Piriápolis ist das Lebenswerk des Tourismus-Pioniers Francisco Piria (1847–1933), der bis heute als erfolgreichste Unternehmerpersönlichkeit Uruguays gilt. Geboren in Montevideo, erzogen in Italien, beobachtete er aufmerksam die Entstehung der »Tourismus-Industrie« in Europa. Nach dem Vorbild jener französischen Eisenbahnmagnaten, die am Endpunkt der Strecke von Paris zur normannischen Kanalküste mit den prunkvollen Orten Deauville und Trouville ein Refugium für den europäischen Geldadel des Fin de siècle aus dem Boden stampften, kaufte Piria seit 1890 große Ländereien in der Bucht am Río de la Plata. Nach und nach entstanden um sein Privatschloss *Castillo Piria* Bahnstation, Grand Hotel, Jachthafen und mit der *Rambla Argentina* die prächtigste Strandpromenade des Landes. Die Rechnung ging auf: In seinen Werbefeldzügen buhlte Piria um die Haute-Volée von Buenos Aires so erfolgreich, dass er 1930 mit dem *Hotel Argentino* einen 356-Zimmer-Palast eröffnete, der bis auf den heutigen Tag keine Auslastungsprobleme kennt. Dessen bröckelnder Charme spielte 2004 eine Hauptrolle in der preisgekrönten uruguayischen Filmkomödie *Whisky*.

Heute bietet der Badeort mit seinen zahllosen Gästehäusern und Open-Air-Kneipen während der Saison viel Zerstreuung fürs gesetzte wie fürs jugendliche Publikum. Seine Funktion als Jet-Set-Magnet hat Piriápolis freilich längst an Punta del Este abgetreten. Die Mittelgebirgslandschaft am benachbarten *Pan de Azúcar* (493 m) lädt zu ausgedehnten Wanderungen mit traumhaftem Weitblick ein. Weniger Anstrengung erfordert es, das Panorama vom Hausberg *Cerro de Antonio* zu genießen, denn den Gipfel mit der Rundkapelle für den Heiligen Anton, Hotelterrasse und einem irrwitzigen Swimmingpool über dem Abgrund erreicht man mit einem betagten Sessellift.

Ein Abstecher führt zum Aussichtspunkt *Punta Ballena* (»Wal-Klippe«), wo ein Hinweisschild auf die *Casa Pueblo* aufmerksam macht. Diese maurisch anmutende schneeweiße Wohnskulptur hat der uruguayische Multikünstler Carlos Páez Vilaró (geb. 1923) an den felsigen Abhang geklebt und unermüdlich erweitert und ausgebaut: Das Gesamtkunstwerk aus schwungvollen Wegen, Rundbögen, Treppchen, Kuppeln und Kegeln beherbergt heute neben Privaträumen der Familie das Vilaró-Museum mit Kunsthandlung, ein Hotel und zahlreiche Apartments. Wer von der Nullebene am Hang mit dem Fahrstuhl die neun Stockwerke zum Ter-

rassen-Restaurant hinunterfährt, wird mit staunenswerten Panoramen belohnt. Und mit einem »Eilmarsch« durch das künstlerische Schaffen des Meisters: Zeichnungen, Gemälde von großer Farbigkeit, Keramiken, Skulpturen und Musik-Kompositionen.

Mit einer Skyline aus vielstöckigen Apartmenthäusern kündigt sich Punta del Este an, der bekannteste, teuerste und exklusivste Badeort des Subkontinents. Diesen Namen trägt die Landzunge erst seit 1907; vorher war sie bloß ein Fixpunkt für Geografen, denn an der Spitze der Halbinsel, die wie ein Finger ins Meer reicht, beginnt nach internationalem Seerecht die Mündungslinie, von der aus sich der Río de la Plata in den Südatlantik ergießt. Bis zur gegenüberliegenden Landnase, dem argentinischen San Clemente del Tuyú, sind es über 300 Kilometer Luftlinie. Keine Flussmündung auf der Welt ist breiter.

Während der kaum dreimonatigen Saison ist *Punta* Schauplatz der Schönen und Reichen sowie all derer, die sich gerne dazugehörig fühlen. Eigens für diese Wochen senden Rundfunk und Fernsehstationen aus eigenen Studios. Im Jachthafen dümpelt der pure Luxus. Die Surfer-Elite



schaut auch mal vorbei. Hier ist der US-Dollar Erstwährung und Geiz ist ungeil. Die Clubs und Discos brummen erst nach Mitternacht, wenn die Sterne-Restaurants allmählich schließen. Im postmodernen Nobelhotel *Conrad* an der Rambla C. Wiliman finden Kongresse, Gastspiele berühmter Entertainer sowie jährlich ein Pokerturnier für die Weltelite statt.

Hinter den Betontürmen an der Wasserfront erstrecken sich die ruhigeren Viertel mit weißen Villen voller weißer Designermöbel, wo als Monatsmiete fünfstellige Dollarbeträge verlangt und gezahlt werden. Die wirklichen Herren der Lage zahlen natürlich keine Miete. Reiche Latinos verticken hier den *Cash-Flow* aus Argentinien, Brasilien, Paraguay oder Chile und halten Hof in ihren Parkanlagen. Auch die Bezirksregierung verdient gut, solange die Investoren bei Laune bleiben. Das Departamento Maldonado, in dem Punta liegt, ist die wohlhabendste Provinz Uruguays und wurde seit Gründung ohne Unterbrechung von den konservativen Blancos regiert. Die jeweiligen *Intendentes* (Regierungs- und Verwaltungschefs) waren zumeist vom Typ Partylöwe: Viel politische Ökonomie wurde auf exklusiven Gartenfesten unter *Amigos* ausgekunktelt. Nicht wenige der wolkenkratzerartigen Wohntürme an der Rambla dürften ihre Existenz der Unterschriftsfreudigkeit von Politikern im Smoking verdanken, die die Bauordnung und die Gesetze zum Küstenschutz den Wünschen der Investoren anpassten.

Was für ein Schreck, als 2005 auch im privilegierten Maldonado das Mitte-Links-Bündnis Frente Amplio den Wahlsieg davontrug! Seither steht mit Carlos de los Santos ein Politiker an der Spitze, der die Immobilienbranche aus der Gegenperspektive kennt: als Bauarbeiter und Gewerkschafter. Santos begegnet den Geldleuten mit schonender Zurückhaltung, aber bei seinem Versuch, den Stall der öffentlichen Verwaltung auszumisten, stolperten die Ermittler über zahlreiche Hinweise, dass sein erzbürgerlicher Vorgänger Enrique Antía sich auf Kosten der Öffentlichkeit derart schamlos bereichert hatte, dass daraus die Vorlage für eine Anklageschrift entstand. Doch es blieb bei öffentlichen Korruptionsvorwürfen (unter anderem wegen Bestechlichkeit und persönlicher Vorteilsnahme). Eine Anklage kann nicht erhoben werden, solange Antía als Deputierter im Senat über Immunität verfügt. Und dessen Partei, die den nahrhaften Posten des Intendente 2010 wiederhaben will, wird den Teufel tun, in die Aufhebung seiner Immunität einzuwilligen und die Dinge klarzustellen. Im Gegenteil: Antía hat, nachdem er einzelne Fakten zu seiner Vermögenslage offenbart hatte, seinen Nachfolger im Amt wegen Verleumdung angezeigt.

Sonnenhungrigen Touristen in Partylaune ist das egal. Mindestens 700.000 BesucherInnen hat Punta in jeder Saison. Da nimmt es nicht wunder, dass die Avantgarde des Jet-Sets sich schon wieder nach ruhigeren Gefilden sehnt. Der besonders diskrete Charme der Bourgeoisie entfaltet sich neuerdings an der weitläufigen Atlantikküste, zum Beispiel im 20 Kilometer entfernten José Ignacio. Das einstige Fischerkaff vor gewaltiger Naturkulisse erlebt gerade einen Bauboom und geht vermutlich demselben Schicksal entgegen wie weiland Saint Tropez. Aber das ist eine ganz andere Geschichte.

Das kaum bekannte Uruguay: Interior und Ostküste

Stefan Thimmel

Uruguay, mit einer Fläche von gut 176.000 Quadratkilometern immerhin halb so groß wie Deutschland, ist auch im 21. Jahrhundert noch ein sehr zentralistisches Land. An den Strukturen hat sich seit der Staatsgründung im Jahr 1828 nur wenig geändert. Es gibt 19 Provinzen, in Uruguay *Departamentos* genannt, als selbstständige Verwaltungseinheiten. Allein in der Hauptstadt Montevideo lebt mit gut 1,5 Millionen EinwohnerInnen fast die Hälfte der Bevölkerung und so wird das Land am Río de la Plata nicht selten als »eine Stadt mit Bauernhöfen im Hinterland« bezeichnet. International bekannt ist außer der Großstadt Montevideo nur noch die Provinz Maldonado mit dem mondänen Badeort Punta del Este. Von den restlichen Provinzen im Inland, dem *Interior*, wie das Hinterland von Montevideo teilweise auch etwas abschätzig genannt wird, ist wenig bekannt. Europäische Touristen verirren sich nur selten in die extrem dünn besiedelten Landesteile im Zentrum und im Norden und Nordwesten, am ehesten noch in die wenigen aufwändig restaurierten komfortablen *Estancias* im Landesinnern, die aus der traditionellen Gaucho-Kultur ein Geschäft gemacht haben.

Das *Uruguay profundo*, das »eigentliche« Uruguay, kennen selbst viele UruguayerInnen nur oberflächlich. Die meisten Menschen im Inland haben weder einen Grund noch die finanziellen Mittel, um z.B. von Artigas, der im äußersten Norden gelegenen Grenzregion zum brasilianischen Bundesstaat Rio Grande do Sul, in die ca. 400 Kilometer östlich gelege-

ne Provinz Cerro Largo oder nach Rocha, die östlichste Küstenprovinz, zu reisen. Fast niemand lebt in den Inlandsprovinzen, nur an den Rändern – so in den Grenzregionen zu Brasilien und Argentinien sowie an der Küste – ist Uruguay nennenswert bevölkert. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte beträgt 18,9 Menschen pro Hektar, auf über einem Drittel des Staatsgebietes sogar nur vier bis sechs Menschen pro Hektar. Im extrem verstädterten Uruguay leben heute nur noch ca. 200.000 Menschen auf dem Land, d.h. gerade einmal knapp sieben Prozent der ca. 3,3 Millionen EinwohnerInnen. Obwohl es auch zuvor nie viele Menschen auf dem Land gab, hat sich die Pampa, wie die Graslandschaft der *Praderas* auch genannt wird, vor allem in den letzten 30 Jahren deutlich entvölkert. 130.000 Menschen waren gezwungen, das *Campo* zu verlassen und in die Städte, allen voran in die Hauptstadt, zu ziehen. 20.000 Kleinbauern und kleine Viehzüchter mussten ihr Land aufgeben und z.T. an multinationale Konzerne, vor allem aus Brasilien, Argentinien und Europa verkaufen, die auf diesen Flächen jetzt im großen Stil Reis, Soja und Eukalyptus anpflanzen. Auch heute noch arbeiten Gauchos als freie



Viehtreiber auf den weiterhin existierenden riesigen, extensiv genutzten Weiden. Zunehmend sind aber entweder Agraringenieure, die mit dem Allradjeep die Herden überwachen, oder arme, ungelernte *Peones* (Landarbeiter), die bis vor kurzem noch unter miserablen Arbeitsbedingungen schuften mussten und nur einen äußerst dürftigen Lohn erhielten, auf den Estancias angestellt – häufig nur während der Saison. Das Bild des wagemutigen, wilden und keine Autorität anerkennenden Reiters wird dennoch gepflegt und künstlich am Leben erhalten.

Wer spektakuläre Wasserfälle, hohe Berge oder exotische Tiere erleben kann und sich stattdessen auf das Land einlässt, kommt in Uruguay dennoch auf seine Kosten. Die an manchen Orten immer noch endlose Weite der Graslandschaft, die von kleinen und größeren Flüssen durchzogen wird, erinnert an südeuropäische Landschaften, allerdings kann man hier manchmal stundenlang fahren, ohne auf eine größere Siedlung zu treffen. Hier ist das Land Teil des *Acuífero Guaraní*, eines der größten unterirdischen Süßwasserreservoirs der Welt, das Teile von Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay einschließt.

Die Attraktionen, die das Land zu bieten hat, erschließen sich häufig erst auf den zweiten Blick. Die großzügigen Anlagen der *Termas*, der heißen Quellen, die vor allem am Río Uruguay im Westen des Landes zu finden sind, stammen teilweise noch aus den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts und laden zur Erholung ein. In den Departamentos im Norden, an der Grenze zu Brasilien, findet im Januar und Februar ein farbenfroher, noch kaum kommerzialisierter Karneval statt, der kulturelle Einflüsse aus Europa und Brasilien mischt. »Indios« leben heute nicht mehr auf dem uruguayischen Staatsgebiet, an manchen Orten im Inland finden sich aber kulturelle Zeugnisse der indigenen Bevölkerung wie Steinmalereien und Grabhügel, *Cerritos de Indios*, genannt.

Das Interior war auch Ziel der ImmigrantInnen aus Europa, vor allem aus Spanien und Italien. Eine Besonderheit sind die heute noch relativ abgeschottet lebenden deutschstämmigen Gemeinden der Mennoniten in Uruguay. 1948 gründeten über 800 AuswandererInnen aus Polen und Russland die erste Mennoniten-Kolonie El Ombú, 1951 kamen 400 weitere Deutschstämmige, vor allem aus der Umgebung von Danzig, und gründeten im Departamento Río Negro die Colonia Gartental. Hier wird heute noch vor allem Deutsch gesprochen und in der eigenen Schule unterrichtet – eine in sich geschlossene Welt mit nur wenigen Berührungspunkten zum Alltagsleben der UruguayerInnen. In der Nachbarprovinz Colonia, rund 120 Kilometer nordwestlich von Montevideo, liegt die »Uruguayische Schweiz«. Hier wurde in der Mitte des vergange-

nen Jahrhunderts von Einwanderern aus der Schweiz die Siedlung *Nueva Helvecia*, auch *Colonia Suiza* genannt, gegründet, in der sich bis heute eine typische Schweizer Lebensart erhalten hat und gepflegt wird. Über die Hälfte des uruguayischen Käses wird in dieser Region produziert. Colonia del Sacramento, die 20.000 EinwohnerInnen beherbergende Hauptstadt der gleichnamigen Provinz, ist wegen der Nähe zum nur 50 Kilometer entfernten Buenos Aires traditionell der wichtigste Fährhafen. Colonia hat eine bewegte Geschichte hinter sich. 1680 – also noch vor Montevideo – gegründet, war die portugiesische Siedlung bis zur Unabhängigkeit zwischen den portugiesischen und spanischen Kolonialmächten heftig umkämpft und diente als Umschlagplatz für britische Güter, die in die spanischen Kolonien am gegenüberliegenden Ufer des Río de la Plata geschmuggelt wurden.

Die Stadt, die sich ihr historisches Erbe bewahrt hat, ist wegen der gut erhaltenen kolonialen Bausubstanz auf der Halbinsel ein Touristenzentrum des Landes und wurde 1995 von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt.



Die Küstenregionen weiter östlich der Touristenmetropole Punta del Este zählen zwar nicht zum Interior, sind aber fast genauso von Montevideo abgehängt und ebenso wie das weite Land im Zentrum und im Norden von Uruguay kaum besiedelt. Vor allem das Departamento Rocha ist neben seinen einsamen Küsten vor allem unter ökologischen Gesichtspunkten interessant, da es unerschlossene Wälder und Sümpfe besitzt. In der Nähe der Hauptstadt Rocha, etwas weiter landeinwärts gelegen, liegt der *Cerro Catedral*, der mit 514 Metern höchste Berg Uruguays. Hier öffnet sich die *Sierra Carapé*, an die sich im Norden die *Cuchilla Grande*, eine halbmondförmige Hügelkette, die fast bis zur brasilianischen Grenze reicht, anschließt. Bekannt ist Rocha aber vor allem für seine Badeorte wie La Paloma, La Pedrera, Valizas und Cabo Polonio, die ein eher alternatives Publikum anziehen. Vor allem Valizas, die Endstation des Busses aus Montevideo, und Cabo Polonio sind noch relativ unentdeckte Perlen. Valizas ist eine Ansammlung von kleinen Häusern und Hütten auf feinem Sand, von denen viele nur im Sommer bewohnt sind. Nicht in allen Häusern gibt es Strom, einige haben einen eigenen Generator. Wer Ruhe und schöne Sandstrände sucht, ist hier gut aufgehoben. Cabo Polonio wirkt wie ein Ort am Ende der Welt. Es gibt keine Elektrizität, nur der Leuchtturm schwenkt alle 40 Sekunden über die Felsen und den Strand. Man erreicht die Halbinsel, die vor wenigen Jahren zum Naturschutzgebiet erklärt wurde, nur mit dem Pferd oder zu Fuß von Valizas aus. Oder mit den Allradfahrzeugen einiger lokaler Fahrdienste, die die Erlaubnis haben, die in Südamerika einzigartigen Wanderdünen, die das Cabo vom Festland trennen, zu durchfahren. In dieser Region, vor allem um die Laguna de Castillos, ein Biosphären-Reservat mit einer Ausdehnung von mehr als 10.000 Hektar, sind viele seltene Vogelarten und auch das *Carpincho* (Wasserschwein), das größte Nagetier der Welt, zu finden. Das ökologische Gleichgewicht der Lagune und insgesamt der Region bis zur brasilianischen Grenze ist allerdings mehr und mehr durch den Reisanbau für den Export gefährdet.

Die Grenze, die durch den Ort Chuy, der auf brasilianischer Seite Chuí heißt, führt, ist eine quirlige Freihandelszone, hauptsächlich für ausländische TouristInnen. Für die meisten UruguayerInnen, sagen wir z.B. aus Artigas, um zum Anfangspunkt der Reise durch das Hinterland von Montevideo zurückzukehren, ist dieser Ort allerdings eine unbekannte Welt, die sie höchstens aus dem Fernsehen kennen.

Geschichte und Geschichten



Siedlungsgeschichte: Uruguay und seine (fast) vergessene indigene Bevölkerung

Dieter Schonebohm

Laut der jahrzehntelang vorherrschenden Geschichtsschreibung war Uruguay eine Art europäischer Vorposten in Südamerika. Seine Einwohner waren demnach fast ausnahmslos Nachfahren von Einwanderern, die vor allem im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts von den Kanarischen Inseln sowie der iberischen und der italienischen Halbinsel, aber auch aus anderen Regionen Europas kommend das angeblich menschenleere Land besiedelten. Die Nachfahren der afrikanischen Sklaven, die mit der Unabhängigkeit ihre Freiheit erhielten, wurden noch als Minderheit erwähnt, doch die indianische Bevölkerung der ehemaligen Ostprovinz des spanischen Vizekönigtums am Río de la Plata und späteren Uruguays trat nur als eine zahlenmäßig unbedeutende Gruppe kriegereischer, unzivilisierter Nomaden, die sich der Besiedlung des Landes widersetzen, in Erscheinung.

Diese Wahrnehmung hat sich seit den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts langsam verändert. Die Militärdiktatur von 1973 bis 1985 hatte den Traum von der Schweiz Lateinamerikas brutal beendet, die Uruguayerinnen und Uruguayer im Land und im Exil stellten verstärkt die Identitätsfrage: Was bedeutet »uruguayisch« und wer waren und sind die »Uruguayer«? Nachdem jahrzehntelang alle Familienstammbäume ihren Anfang in Europa nahmen, begann jetzt die Suche nach den indianischen Wurzeln einer stagnierenden und älter werdenden Bevölkerung. Nach den Rückkehrern aus dem Exil kamen seit den 1980er Jahren kaum noch Einwanderer ins Land, dagegen war die Emigration in die USA, nach Argentinien, Europa, Israel und Australien spätestens seit den 1960er Jahren eine Konstante.

Dabei hätte es nicht erst der Diktatur bedurft, um sich über die Besiedlung und Bevölkerung des Landes Gedanken zu machen. Die frühere Anwesenheit von Indígenas auf dem Territorium des heutigen Uruguay, darunter vor allem die nicht sesshaften Charrúas, waren den Montevideanern aus Straßennamen, Redensarten oder Denkmälern bekannt. So steht z.B. der Ausdruck *garra charrúa* (wörtlich übersetzt die »Kralle der Charrúa«) für besonderen Mut und körperlichen Einsatz, etwa im Fußball, mit dem eine technische Unterlegenheit ausgeglichen werden soll. Und im Prado-Park von Montevideo ist seit 1938 eine Skulpturen-



gruppe aus Bronze zu sehen, die vier mit Lederschürzen und -umhängen bekleidete Gestalten aus jener vergangenen Welt darstellt: der Cacique (Häuptling) Vaimaca Perú, Guyunusa, ihr Mann Tacuabé und Senaqué. Sie hatten die Ausrottung ihres Volkes durch die von den Streitkräften der jungen Republik begangenen Massaker des Jahres 1831 überlebt und wurden 1833 nach Paris gebracht. Dort wurden sie in einer Art Zoo ausgestellt, wo drei von ihnen nach einem Jahr starben, während sich die Spuren von Tacuabé und seiner in Paris geborenen Tochter in Lyon verlieren.

Doch erst die Veröffentlichung des Romans *Bernabé, Bernabé!* von Tomás de Mattos führte zu einer breiten öffentlichen und parlamentarischen Debatte über die nicht hinterfragten Grundlagen der uruguayischen Unabhängigkeit, die wie im Nachbarland Argentinien untrennbar mit einem nicht aufgearbeiteten staatlich organisierten Völkermord verbunden ist. Das Buch erschien 1989, in demselben Jahr, in dem eine Volksabstimmung die Politik der Regierung, von Staatsorganen begangene Menschenrechtsverletzungen während der Diktatur nicht strafrechtlich zu verfolgen, bestätigte. Die Geschichte schien sich zu wiederholen. Dass die Gebeine Vaimaca Perú 2002 endlich nach Uruguay überführt und im offiziellen Pantheon des Zentralfriedhofs beigesetzt wurden, ist Ausdruck der Rückbesinnung auf die indigene Bevölkerung und kann als offizielle Anerkennung der Existenz der Charrúas verstanden werden.



Nach neueren Forschungen lebten auf dem rund 174.000 Quadratkilometer großen Gebiet Uruguays bis zu 5.000 Charrúas, die sich weder zum Christentum bekehren noch sesshaft machen ließen, sondern als Nomaden bereits den Plänen der spanischen Kolonialmacht zur »Befriedung« des Landesinneren und zur Sicherung der Eigentumsrechte der Großgrundbesitzer im Weg standen. Die Politik der uruguayischen Regierung ab 1830 war lediglich eine Fortsetzung der spanischen Kolonialpolitik, mit der die Besiedlung systematisch nach Norden in Richtung Brasiliens vorgeschoben wurde. In diesem Entwicklungskonzept, das auf der Ausweitung der extensiven Viehzucht in privater Hand beruhte, war kein Platz für nicht sesshafte Jäger und Krieger, die von den frei lebenden Rindern lebten, die seit ihrer Einfuhr zu Beginn des 17. Jahrhunderts die Provinz bevölkerten.

Die Mehrzahl der indigenen Bevölkerung gehörte allerdings den Guaraní an, die zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit längst mit der spanischen Krone zusammenarbeiteten und sich auf den sich ausbreitenden Latifundien verdingten. Wer aber waren die Guaraní, seit wann lebten sie im späteren Uruguay und wovon bestritten sie ihren Lebensunterhalt? Anthropologischen, historischen und journalistischen Forschungen ist es zu verdanken, dass wir heute über einige gesicherte Informationen zur Präsenz der Guaraní verfügen. Fest steht demnach, dass sie ihren Siedlungsraum vom tropischen Regenwald aus auf fast ganz Südamerika ausgedehnt hatten und zwischen 1400 und 1500 auch das Ostufer des Río Uruguay und des Río de la Plata erreichten. Ihr Siedlungsgebiet erstreckte sich weit über die Grenzen des heutigen Paraguay hinaus, des einzigen Landes der Region, in dem Guaraní heute neben Spanisch Staatssprache ist. Zur damaligen Zeit befuhren sie die großen Flüsse mit Kanus und waren als Krieger gefürchtet. Ihre Dorfgemeinschaften lebten neben der Jagd auch vom Maniok- oder Yuca-Anbau, verfügten über Kenntnisse im Umgang mit Heilpflanzen und kannten die anregenden Eigenschaften des Mate-Tees, der sich bis heute in Uruguay in allen Bevölkerungsschichten größter Beliebtheit erfreut.

Wie auch in anderen Gebieten Lateinamerikas bedeutete die Ankunft der Europäer eine tiefe Zäsur in der Geschichte der indigenen Bevölkerung. Als die zehn verbliebenen Mitglieder der ersten spanischen Expedition unter der Leitung von Juan Díaz de Solís im Januar 1516 den von ihm so benannten Río de la Plata bis zum Zusammenfluss von Paraná und Uruguay hinaufsegelten, wurden sie nach ihrer Landung von Guaraní angegriffen, ein Zusammenstoß, dem auch Solís zum Opfer fiel. Doch schon bald führte die Verbreitung unbekannter Krankheiten zu

einem rapiden Bevölkerungsrückgang, und die Guaraní verschwanden aus den Flussmündungsgebieten. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts treten sie jedoch als Bewohner der seit 1607 gegründeten jesuitischen Reduktionen entlang der Flüsse Paraná, Paraguay und Uruguay erneut in Erscheinung. Die Rolle dieser bis 1767 auf dem Gebiet der späteren Staaten Paraguay, Bolivien, Argentinien und Brasilien liegenden Siedlungen ist umstritten. Von den einen als Schutz der Urbevölkerung gegen portugiesische Sklavenjäger und den vordringenden Großgrundbesitz verteidigt, werden sie von anderen als Instrument der Unterwerfung und Ausbeutung kritisiert.

Tatsache ist, dass die indigenen Bewohner dieser Reduktionen – in ihrer Mehrzahl Guaraní – zum Katholizismus übertreten mussten und in einem jahrzehntelangen Prozess ihre kulturelle Eigenständigkeit einbüßten. Sie leisteten unbezahlte Arbeit, doch als Beschäftigte in der Landwirtschaft perfektionierten sie Kenntnisse in Ackerbau und Viehzucht sowie in handwerklichen Berufen, die sie als Arbeitskräfte auf dem Land und später in der Stadt unentbehrlich werden ließen. Die Bevölkerung der insgesamt 30 Dörfer der Jesuitensiedlungen auf dem Gebiet des heutigen Paraguay, Argentinien und Brasilien lag im Jahr 1729 bei rund 140.000 Menschen. Zu dieser Zeit hatte Montevideo gerade einmal 300 Einwohner.

Die erneute Präsenz der Guaraní im Gebiet der Banda Oriental, der Ostprovinz des spanischen Vizekönigreichs, seit Ende des 17. Jahrhunderts hängt mit zwei Faktoren zusammen: der Versorgung mit Rindern und den Auseinandersetzungen zwischen Spanien und Portugal. In Begleitung berittener Wachsoldaten und zweier Priester wurden von den Jesuiten Guaraní-Expeditionen in die Banda Oriental entsandt, um die Versorgung der Bevölkerung in den Siedlungen durch den Abtrieb gewaltiger Rinderherden nach Norden sicherzustellen. Guaraní wurden aber auch als »Kanonenfutter« der Spanier bei Angriffen gegen die portugiesische Niederlassung Colonia del Sacramento an der Mündung des Río Uruguay eingesetzt, zum ersten Mal 1680. Einige Jahre später lieferten sich 1702 rund 2.000 Guaraní im spanischen Auftrag fünf Tage lang schwere Gefechte mit Charrúa-Kämpfern. Auch die Festungsanlagen von Montevideo wurden 1724–26 von Guaraní gebaut, die zu diesem Zweck in die Stadt beordert wurden.

Einen besonders starken Zustrom hatte die Provinz ab Mitte des 18. Jahrhunderts zu verzeichnen. 1754 hatte Spanien mehrere Jesuitensiedlungen gegen die strategisch wichtige portugiesische Niederlassung Colonia del Sacramento eingetauscht. In der Folge kam es zu einem zwei-

jährigen Aufstand in den Reduktionen, nach dessen Niederschlagung zahlreiche Bewohner der ehemals spanischen Siedlungen in Richtung Süden flohen. Weitere 15.000 Guaraní ließen sich ab 1767 nach der Auflösung der jesuitischen Siedlungen durch die spanische Krone im Norden des späteren Uruguay nieder.

Guaraní waren es schließlich auch, die den Anführer des Unabhängigkeitskampfes der Vereinigten Provinzen des Río de la Plata, José Gervasio Artigas, bis zuletzt begleiteten. Mindestens 4.000 – manche Quellen sprechen auch von 10.000 – flohen deshalb 1820 aus den argentinischen Ostprovinzen über den Río Uruguay in die noch unter portugiesischer Besatzung stehende künftige »Republik östlich des Uruguay«, nachdem Artigas ins paraguayische Exil gegangen war. Und im Verlauf der Befreiung des Landes von der inzwischen brasilianischen Besatzung kämpften 1828 mindestens 4.000 Guaraní unter dem Befehl des Generals Rivera, des späteren ersten Staatspräsidenten, der nur drei Jahre später die Auslöschung der Charrúas anordnen sollte.

Seit der Unabhängigkeit gingen die Guaraní langsam in der uruguayischen Bevölkerung auf, ihre Namen änderten die meisten um des sozialen Aufstiegs willen in spanische. Wie der Anthropologe Daniel Vidart feststellt, bildeten »diese christianisierten, nicht stammesgebundenen und an die europäische Technik angepassten Guaraní einen Teil der qualifizierten Arbeitskräfte, die für die Entwicklung der Landwirtschaft und Viehzucht im Land« sorgten. Noch 1851, 21 Jahre nach Vollendung der Unabhängigkeit, erschienen in den kirchlichen Taufregistern fast 30.000 Uruguayerinnen und Uruguayer mit Guaraní-Vorfahren – bei einer Gesamtbevölkerung von rund 70.000. Und auf dem Land wurde bis in die 40er Jahre des 19. Jahrhunderts, vor dem Einsetzen der Masseneinwanderung aus Europa, mehr Guaraní als Spanisch gesprochen.

Bis heute zeugen zahlreiche geografische Bezeichnungen von den indianischen Wurzeln Uruguays, z.B. der Name des Flusses und des Landes Uruguay, der Stadt Aiguá oder der im Norden gelegenen Provinz Tacuarembó, aber auch Flussnamen wie Arapey, Cebollatí, Cuareim, Daymán, Tacuarí und Yi. Eine für die Region typische Straußenart ist unter dem Namen Ñandú bekannt, ein Yacaré ist ein kleines Krokodil, und der gewaltige und oft steinalte Ombú (*Phytolacca dioica*) ist ein Baum, der für Argentinien und Uruguay typisch ist. Und wenn Uruguayer von einem kleinen Jungen sprechen, nennen sie ihn abgeleitet aus *ngirí* oft *gurí*, das Mädchen wird zur *gurisa*, und die Vereinnahmung durch das Spanische findet eine Steigerung in der *gurisada*, einer Gruppe von Kindern oder Jugendlichen.

Kurze Chronik Uruguays von den Anfängen bis 1933

Theo Bruns

Ab 7000 v.Chr. Besiedlung des Gebiets des heutigen Uruguays. Zum Zeitpunkt der Ankunft der ersten Europäer wird das Land u. a. von Charrúas und Guaraní bewohnt.

Kolonialzeit

1516 erreicht der Spanier Juan Díaz de Solís den Río de la Plata.

1526 segelt Sebastián Caboto den Río Paraná hinauf und gründet Sancti Spiritu, die erste – kurzlebige – europäische Siedlung im Süden Lateinamerikas.

1535 folgt unter Pedro de Mendoza eine weitere Expedition an den Río de la Plata, am 3. Februar 1536 die erste Gründung von Buenos Aires. Bewohner der neuen Siedlung segeln den Río Paraná und Río Paraguay hinauf und gründen am 15. August 1536 Asunción. Von dort aus erfolgt 1560 die zweite Gründung von Buenos Aires durch Juan de Garay.

1607 unternimmt der Gouverneur von Buenos Aires, Hernando Arias de Saavedra, eine Expedition in das Land am Ostufer des Río de la Plata, die Banda Oriental, wo er in den folgenden Jahren Rinder aussetzen lässt. Vermutlich 1624 entsteht hier die Franziskaner-Reduktion Villa Soriano als erste dauerhafte spanische Siedlung.



1680 lässt Manuel Lobo, der Gouverneur von Rio de Janeiro, eine portugiesische Befestigung in der Banda Oriental errichten: das Fort Nova Colonia do Sacramento.

1726 gilt als offizielles Gründungsjahr Montevideos durch spanische Siedler aus Buenos Aires auf Veranlassung des Gouverneurs Zabala.

1776 erfolgt die Abtrennung des neuen spanischen Vizekönigreichs Río de la Plata vom Vizekönigreich Perú, Regierungssitz des Vizekönigs wird Buenos Aires.

Am 21. April 1777 landet der designierte Vizekönig Pedro de Cevallos an der Spitze einer Expedition aus Cádiz in Montevideo und besetzt anschließend Colonia del Sacramento. Im Frieden von Ildefonso wird die Banda Oriental dem Vizekönigreich zugesprochen.

1806/07: Besetzung Montevideos durch die Engländer.

Der Kampf um die Unabhängigkeit

1810: Mai-Revolution in Buenos Aires, Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Provinzen des Río de la Plata. Vertreibung des spanischen Vizekönigs Baltasar de Cisneros und Einsetzung eines gewählten Rates.

Die Spanier ernennen Francisco Javier Elío zum neuen Vizekönig, der in Montevideo residiert. Die Stadt wird im Januar 1811 von spanischen Royalisten besetzt. José Gervasio Artigas stellt sich in den Dienst der revolutionären Junta von Buenos Aires. Im Landesinneren organisiert er eine Partisanenarmee aus Gauchos, Schwarzen und Indígenas. Am 18. Mai 1811 siegt das Rebellenheer in der Schlacht von Las Piedras, wenige Kilometer nördlich von Montevideo, über die Spanier. Die anschließende Belagerung Montevideos muss nach der Intervention portugiesischer Truppen am 14. Oktober 1811 abgebrochen werden. Das Rebellenheer und der Großteil der Landbevölkerung ziehen sich in dem später so genannten »Exodus« unter Führung von Artigas zurück und überqueren um die Jahreswende 1811/12 südlich des heutigen Salto den Río Uruguay nach Argentinien.

Anfang 1813 wird die Belagerung Montevideos durch argentinische Truppen wieder aufgenommen. Vom 5. bis 20. April 1813 findet im Heerlager bei Tres Cruces der Kongress des »Volkes in Waffen« statt. Am 13. April legt Artigas die »Instruktionen von 1813« für die Delegierten der geplanten Verfassungsgebenden Versammlung vor. Kernpunkte der Instruktionen sind: Unabhängigkeit von Spanien; republikanische Verfassung; Föderalismus und Autonomie der Provinzen; Garantie der bürgerlichen Freiheitsrechte; Religionsfreiheit sowie Trennung von Kirche und Staat.

Als es daraufhin mit den Befürwortern eines Zentralstaates in Buenos Aires zum Konflikt kommt, zieht Artigas seine Truppen am 20. Januar 1814 von der Belagerung Montevideos zurück. Die »Unitarier« in Buenos Aires erklären Artigas für vogelfrei und zum »Feind des Vaterlandes«. Montevideo wird im Mai 1814 von dem argentinischen General José Rondeau erobert, die Ära der spanischen Herrschaft ist unwiderruflich beendet.

Am 10. Januar 1815 siegen die Artiguisten unter Führung von Fructuoso Rivera in der Schlacht von Guayabos gegen die Argentinier, die Montevideo räumen müssen. Zwei Jahre regiert nun Artigas in Uruguay. Unter seiner Ägide schließt sich die Banda Oriental mit den argentinischen Provinzen Misiones, Corrientes, Entre Ríos, Santa Fé und Córdoba zu einer Bundesliga der freien Völker zusammen. Gemäß dem Maßstab »Die Unglücklichen sollen die Privilegiertesten sein« führt Artigas eine Landreform durch. Die spanischen Großgrundbesitzer werden zugunsten der mittellosen Landbevölkerung enteignet. Gegen Artigas' »Revolution der Armseligen« marschieren mit argentinischer Billigung Ende 1816 portugiesische Truppen ein und nehmen am 20. Januar 1817 Montevideo ein. Die Banda Oriental wird als Cisplatinische Provinz an

Brasilien angeschlossen. Die Truppen Artigas leisten anhaltenden Widerstand, werden jedoch am 22. Januar 1820 in der Schlacht von Tacuarembó endgültig geschlagen. Artigas geht am 5. September 1820 ins Exil nach Paraguay, wo er bis zu seinem Tod im Jahr 1850 lebt.

Doch der Befreiungskampf flammt erneut auf. Am 19. April 1825 überquert eine Gruppe Exilierter, die später berühmten 33 *Orientales*, von Buenos Aires aus unter Führung von Juan Antonio Lavalleja den Río Uruguay und vereinigt sich mit der Truppe von José Fructuoso Rivera. Am 25. August 1825 – dem heutigen Nationalfeiertag – erklären sie die Unabhängigkeit Uruguays von Brasilien. 1827 siegen sie bei Ituzaingó über das brasilianische Heer.



Aufgrund des Drucks der Briten, die Interesse an der Existenz eines Pufferstaates haben, wird im Oktober 1828 der Frieden von Rio de Janeiro zwischen Argentinien und Brasilien ausgehandelt. Uruguay wird endgültig unabhängig und am 22. November 1828 tritt die gewählte Nationalversammlung zusammen. Am 18. Juli 1830 wird die erste Verfassung Uruguays verabschiedet.

Die junge Republik gründet aber auch auf einem Massenmord an der indigenen Bevölkerung. Am 11. April 1831 befiehlt der erste Präsident Uruguays, José Fructuoso Rivera, gemeinsam mit seinem Neffen Bernabé das Massaker von Salsipuedes an den Charrúas.

Die Bürgerkriege

Kurz nach der Staatsgründung beginnt ein langwährender Bürgerkrieg zwischen den beiden Hauptparteien des Landes, den *Blancos*, die die Interessen des Agrarsektors verteidigen, und den *Colorados*, die für das städtische Bürgertum und die Handelskreise stehen.

Im Jahr 1836 zieht Rivera gegen seinen Nachfolger auf dem Präsidentenstuhl, Manuel Oribe, zu Felde. Während der ersten Schlacht tragen die Truppen Oribes weiße Armbinden, während die Anhänger Riveras farbige Tücher als Erkennungszeichen führen: Die Blancos und Colorados sind geboren. 1838 geht der unterlegene Oribe nach Buenos Aires ins Exil, kehrt aber 1843 – unterstützt von Truppen des argentinischen Diktators Manuel de Rosas – zurück und belagert Montevideo. Es beginnt der bis 1851 währende »Große Krieg«, eine acht Jahre andauernde Belagerung Montevideos. Rivera wird von Brasilien, Frankreich und Großbritannien unterstützt, die den Nachschub von See offenhalten. Oribe muss schließlich aufgeben.

1863–1868 folgt der für alle Seiten extrem verlustreiche Dreibundkrieg: Der Colorado-General Venancio Flores zieht mit Unterstützung Brasiliens und Argentinien gegen die amtierende Blanco-Regierung unter Bernardo Berro und das sie unterstützende Paraguay zu Felde. Sowohl Flores wie auch sein Widersacher Berro werden am 19. Februar 1868 ermordet.

Ein erneuter als »Revolution der Lanzen« bekannter Bürgerkrieg von 1870–72, der Aufstand der Blancos unter dem Caudillo Timoteo Aparicio gegen die Colorado-Regierung Lorenzo Batlles, endet schließlich mit einem Pakt, der zu einem Interessenausgleich zwischen den verfeindeten Parteien und zur Absteckung der Einflusszonen führt: Den Colorados werden die Hauptstadt und der Küstenstreifen, den Blancos das Landesinnere zugesprochen.

Mit der Regierungsübernahme des Obersten Latorre durch einen Staatsstreich im Jahr 1876 beginnt eine 14 Jahre währende Herrschaft der Militärs (*el militarismo*), eine Modernisierungsdiktatur im Interesse der Großgrundbesitzer. Erst 1890 wird mit Julio Herrera y Obes wieder ein Zivilist zum Präsidenten gewählt.

1897 und 1904 werden die Aufstände des Blanco-Caudillos Aparicio Saravia, der die Einhaltung der zwischen den Parteien vereinbarten demokratischen Spielregeln einklagt und sich zum Sprecher der Landarmut macht, blutig niedergeschlagen. Die Ära der Bürgerkriege ist damit zu Ende.

Der Batllismo

Unter der Präsidentschaft von José Batlle y Ordóñez (1903–1907 und 1911–1915) und seinen Nachfolgern kommt es zur Begründung des modernen uruguayischen Nationalstaats, der ersten »sozialen Demokratie des Kontinents«, die sich durch Wirtschaftswachstum, Stärkung der Binnen- nachfrage, Ausbau der einheimischen Industrie, Einführung des Achtstundentags sowie eines Sozialversicherungssystems auszeichnet.

1911 wird die Sozialistische Partei, 1920 die Kommunistische Partei Uruguays gegründet.

Die Ära des *Batllismo* wird durch den Staatsstreich Gabriel Terras am 30. März 1933, der in einer dezidiert rechten Diktatur mündet, beendet.

José Gervasio Artigas: der Allgegenwärtige

Dieter Schonebohm

José Gervasio Artigas (geb. 19. Juni 1764, gest. 23. September 1850) ist in Uruguay allgegenwärtig: Sein Profil ziert die Münzen des Landes, seine Bronzebüsten stehen in sämtlichen öffentlichen Dienststellen und Schulen des Landes, Artigas-Denkmäler begleiten die Uruguayer auf zahllosen Plätzen. Es gibt keinen Ort in Uruguay ohne einen Artigas-Platz oder eine gleichnamige Straße, und Montevideo hat eine Hauptverkehrsader im Andenken an ihn Boulevard Artigas genannt. Seit Jahrzehnten beherrscht sein Reiterstandbild auf einem überdimensionierten Marmorsockel den zentralen Unabhängigkeitsplatz (Plaza Independencia) der Hauptstadt, während die Urne mit seinen sterblichen Resten in einem

großzügigen unterirdischen Mausoleum aus Sichtbeton und schwarzem Marmor zur Schau gestellt wird, rund um die Uhr bewacht von zwei Soldaten einer Ehrenformation der Streitkräfte. Eingeweiht wurde es 1977 während der Militärdiktatur.

Der uruguayische Staat beruft sich auf den General Artigas, und die Streitkräfte behaupten, in seinem Namen zu handeln, wenn sie sich als Garanten der uruguayischen Unabhängigkeit darstellen, für die Artigas seit der militärischen Konfrontation mit der Kolonialmacht Spanien ab 1811 eingetreten sei. Quer durch das gesamte politische Spektrum berufen sich die Parteien aller Weltanschauungen auf den Unabhängigkeitskämpfer Artigas, den sie als den wichtigsten Bezugspunkt einer wie auch immer definierten uruguayischen nationalen Identität ansehen. Uruguay, der durch britische Intervention entstandene Pufferstaat zwischen den Giganten Brasilien und Argentinien am militär- und handelsstrategisch wichtigen Río de la Plata, und seine Bevölkerung brauchen Artigas als Integrationsfigur und Projektionsfläche für ihre Zukunftsperspektiven.

Eine Antwort auf die Frage nach den Gründen für das Ansehen von



Artigas in der Bevölkerung, aber auch in der Arbeiterbewegung und der politischen Linken, versucht der uruguayische Journalist und Schriftsteller Eduardo Galeano in seinem 1971 veröffentlichten Essay *Die offenen Adern Lateinamerikas* zu geben. Im Kontext der lateinamerikanischen Unabhängigkeitsbewegung stellt er den unter dem Einfluss der Französischen Revolution und des Amerikanischen Unabhängigkeitskrieges stehenden Politiker Artigas und dessen für seine Zeit (und teilweise bis heute) revolutionären wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen in den Vordergrund. »Im Süden verkörperte José Artigas die Agrarrevolution«, erklärt Galeano und verweist damit auf ein bis heute in Uruguay und Lateinamerika uneingelöstes Versprechen. Er betont die Bedeutung des *Caudillo* in den Jahren 1811 bis 1820, als es zeitweilig so aussah, als könnte sich in den neu konstituierten Vereinigten Provinzen des Río de la Plata ein föderales Regierungssystem gegen die zentralistischen Ansprüche der Oligarchie von Buenos Aires und der Krone Portugals (später Brasiliens) durchsetzen. Uruguay blieb jedoch die einzige Provinz des alten Vizekönigtums am Río de la Plata, die ihre Unabhängigkeit behielt, während das von Artigas angestrebte »Große Vaterland« (die *Patria Grande*) aller Amerikaner südlich des Río Grande den Interessen der wirtschaftlichen und politischen Eliten der Region zum Opfer fiel.

Für das Denken von Artigas sind einige Dokumente bezeichnend. In den Instruktionen an die Entsandten der Provinz östlich des Río de la Plata (span. *Banda Oriental*, daher die Bezeichnung der Uruguayer als *Orientales*) zur konstituierenden Nationalversammlung des Jahres 1813 wurden diese beauftragt, für die Unabhängigkeitserklärung, politische und religiöse Freiheit, einen föderalen Staatsaufbau mit autonomen Bundesstaaten und die Verlegung der Zentralregierung aus Buenos Aires einzutreten. Im Provisorischen Reglement von 1815 und in der Landverordnung aus demselben Jahr verfügte Artigas die Verteilung der Ländereien der Revolutionsgegner, u.a. an landlose Gauchos und Angehörige von Gefallenen der revolutionären Kräfte. Die Viehzucht sollte geordnet werden, ungebremste Schlachtungen und der Viehtrieb nach Brasilien wurden verboten, Deserteure und Vagabunden sollten gefasst und die Landarbeiter mit Ausweisen ausgestattet werden. Schließlich wurden mit der Provisorischen Zollordnung von 1815 europäische Einfuhren zugunsten amerikanischer mit Einfuhrzöllen belegt.

Die portugiesische Invasion von 1816, die von den um ihren Einfluss fürchtenden Vertretern der Zentralgewalt von Buenos Aires toleriert wurde, bedeutete das Ende aller Hoffnungen auf politische und soziale Emanzipation. Nach der endgültigen militärischen Niederlage 1820 ging

Artigas ins Exil nach Paraguay, wo er 1850 im Alter von 86 Jahren starb.

Im politischen Leben wirkt das antioligarchische Gedankengut Artigas' bis heute in geflügelten Worten nach. So wurde seit den 1990er Jahren der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wie z.B. der Wasserversorgung mit dem Zitat »Ich verkaufe das reiche Vermögen der *Orientales* nicht zum niedrigen Preis der Not« begegnet. Präsident Tabaré Vázquez, der den direkten Kontakt mit seinen Wählerinnen und Wählern suchte, versicherte ihnen 2005: »Meine Autorität kommt von euch und eure souveräne Präsenz ist ihre Grenze.« Und die Gewerkschaftsbewegung, die für überfällige Bildungsreformen, Gehaltssteigerungen und eine bessere Finanzausstattung des Bildungswesens eintritt, wird nicht müde, Artigas zu zitieren: »Mögen die *Orientales* gleichermaßen gebildet und mutig sein.«

José Batlle y Ordóñez: Gründervater des modernen Uruguay

Dieter Schonebohm

José Batlle y Ordóñez (geb. 1. Mai 1856, gest. 20. Okt. 1929) gehörte einer Politikerdynastie katalanischer Herkunft an, die seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vier Staatspräsidenten gestellt hat. Als Journalist – er gründete 1880 die Tageszeitung *El Día* – und Politiker hat Batlle entscheidend zur Entwicklung Uruguays auf politischem, gesellschaftlichem und kulturellem Gebiet in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts beigetragen. Zur Durchsetzung des später unter dem Begriff *Batllismo* zusammengefassten Reformprogramms bediente sich der zweimalige Präsident (1903–1907 und 1911–1915) des Staatsapparats, der seit dem militärischen Sieg über die konkurrierende National- (oder Blanco-)Partei 1904 fest in der Hand der Colorado-Partei, der politischen Vertretung des städtischen Bürgertums, war.

Bei seinen Europa-Aufenthalten 1880 und zwischen seinen beiden Amtszeiten als Präsident beschäftigte sich Batlle eingehend mit dem politischen und gesellschaftlichen System des zentralistisch organisierten Frankreich. Seine politische Konzeption lässt sich nach seinen eigenen Aussagen nicht als sozialistisch verstehen. Vielmehr verstand Batlle sich als Reformers, der vom Machtzentrum Montevideo ausgehend das durch

Bürgerkriege im 19. Jahrhundert tief gesplante Uruguay auf eine Reformpolitik unter der Führung seiner Partei ausrichtete. Batlle konnte seine Politik der »Transformation von oben« (Gramsci) bis zur Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung 1916 praktisch uneingeschränkt durchsetzen, die eine neue Verfassung erarbeitete, in der 1917 zum ersten Mal das allgemeine Wahlrecht für die männliche Bevölkerung Uruguays verankert wurde.

Die bis in die Gegenwart nachwirkenden Reformen fielen vor allem in die Jahre 1911–1915 und lassen sich grob in vier Gruppen einteilen: sozial- und arbeitsrechtliche Reformen, Verankerung des Staates als aktiver Wirtschaftsfaktor, Wissenschaftsförderung und protektionistische Außenwirtschaftspolitik.

Sozial- und arbeitsrechtlich wesentliche Vorhaben waren das Verbot der Kinderarbeit (für Kinder unter 13 Jahren), die Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 48 Stunden sowie im Jahr 1915 die Einführung des Achtstundentags für Industriearbeiter – Landarbeiter waren nicht inbegriffen, ein entsprechendes, 2008 verabschiedetes Gesetz stieß wie schon vor mehr als 90 Jahren auf den entschiedenen Widerstand der Grundbesitzer – sowie die gesetzliche Verankerung eines vierzigtägigen Schwangerschaftsurlaubs. Auch das in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ausgebaute Sozialversicherungsnetz hat seinen Ursprung in der in den genannten Jahren geschaffenen Renten-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung.

Die gesellschaftliche Stellung der Frau wurde 1907 durch die Einführung des Rechts auf begründete Ehescheidung gestärkt, das entsprechende Gesetz wurde 1913 dahingehend erweitert, dass der alleinige Wunsch der Frau als hinreichender Scheidungsgrund anerkannt wurde. Für ihre politische Emanzipation war dagegen die Einführung des Frauenwahlrechts 1932 entscheidend. Gesellschaftspolitisch bedeutsam war auch die in der zweiten Amtszeit Batlles vorgenommene konsequente Trennung von katholischer Kirche und Staat. Der kirchliche Einfluss ist jedoch bis heute trotz des flächendeckenden öffentlichen Schulwesens vor allem im Primar- und Sekundarbereich deutlich zu spüren.

In wirtschaftspolitischer Hinsicht setzten Batlle und die Anhänger der batllistischen Ideologie auf die Kontrolle des Finanzsektors durch Staatsbanken sowie auf die Verstaatlichung des Dienstleistungssektors. Konsequenterweise wurden die als Zentral- und Investitionsbank arbeitende Banco de la República 1911 ebenso verstaatlicht wie die Bausparkasse (Banco Hipotecario, 1912), eine staatliche Versicherungsgesellschaft wurde gegründet (Banco de Seguros del Estado, 1911). Stromversorgung

und Telekommunikation wurden 1912 aus britischem Besitz in Staatseigentum überführt, und 1915 wurde eine staatliche Eisenbahngesellschaft gegründet, die im Verlauf der kommenden Jahrzehnte das (längst marode) Schienennetz erwarb. Einen logischen Schlusspunkt dieser Entwicklung bildete 1931 die Einführung des staatlichen Monopols auf die Verarbeitung von Öl sowie die Produktion von Zement und Alkohol.

Das Modell einer auf der Ausfuhr von gefrorenem Fleisch (die erste Gefrierfleischfabrik nahm 1905 ihre Produktion auf) und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen basierenden Industrialisierung wurde nach außen durch protektionistische Einfuhrzölle abgesichert, während nach innen die Gründung von Forschungsinstituten für Geologie und Chemie die industrielle Basis des Landes erweitern sollte. Der Modernisierung des Primärsektors dienten dagegen spezialisierte Institute, u.a. für Fischereiwesen, Fleisch, Milchprodukte, Obst- und Gartenbau und Saatgutentwicklung.

Die Tradition des Batllismo wirkt bis heute in der Colorado-Partei, vor allem aber in der reformorientierten Mehrheitsströmung der seit März 2005 regierenden Linkskoalition Frente Amplio fort.

Die Diktatur des Gabriel Terra und der Zweite Weltkrieg

Gert Eisenbürger

Das Agrarexportland Uruguay wurde von der 1929 beginnenden Weltwirtschaftskrise hart getroffen. Die Nachfrage nach seinen wichtigsten Erzeugnissen auf den internationalen Märkten ging zurück, bei Fleisch sanken die Exporte zeitweilig um 60 Prozent, und das bei fallenden Preisen. Die uruguayische Währung, der Peso, verlor zwei Drittel ihres Wertes. Wie überall auf der Welt stieg auch in Uruguay die Arbeitslosigkeit Anfang der 1930er Jahre stark an. Die Folge waren soziale Unruhen und zunehmende politische Konflikte.

1931 wurde Gabriel Terra von der Colorado-Partei Präsident des Landes. Terra praktizierte in der Krise eine orthodoxe Wirtschaftspolitik auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit, mit Sparhaushalten, Lohnkürzungen und Einschränkung der Sozialleistungen. Dagegen regte sich nicht nur Widerstand in den Gewerkschaften, sondern auch im Kongress, beson-

ders beim linken »batllistischen« Flügel der Colorados. Mit der Begründung, der Kongress lasse ihn nicht regieren, führte Terra am 30. März 1933 einen Staatsstreich durch, löste das Parlament auf und erklärte sich zum Diktator. Er bildete eine neue Regierung und berief ein Rumpfparlament ein, in dem nur jeweils der rechte Flügel der Colorados und der Blancos vertreten waren. Die freie Meinungsäußerung wurde eingeschränkt und die Presse offiziell zensiert. 1934 ließ Terra per Plebiszit eine neue Verfassung annehmen, die auf seine Bedürfnisse ausgerichtet war, und ließ sich dann in äußerst fragwürdigen Wahlen als Präsident bestätigen, obwohl auch die neue Verfassung keine direkte Wiederwahl vorsah. Unter seiner Diktatur wurden zahlreiche Oppositionspolitiker und Gewerkschafter verhaftet oder flohen ins Exil. Auf der 21 Kilometer vor Montevideo gelegenen *Isla de Flores* richtete das Regime ein Spezialgefängnis für politische Häftlinge ein.

Nach der Ausschaltung der Opposition konnte Terra sein Programm durchsetzen: weitere Lohnsenkungen im öffentlichen Sektor, Kürzung der Renten und Pensionen, Reduzierung der öffentlichen Ausgaben. In der Außenpolitik kam er dem Wunsch der US-Regierung nach Abbau von Einfuhrzöllen entgegen. Die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion, mit der Uruguay unter seinen Vorgängern regen Handel betrieben hatte, beendete er Ende 1935. Nach dem Putsch General Francos brach er die Beziehungen zur spanischen Republik ab, obwohl große Teile der uruguayischen Bevölkerung, vor allem die spanischstämmigen ArbeiterInnen, auf Seiten der Republik standen und sogar Offiziere der Armee ihren Dienst quittierten, um in Spanien gegen die Franquisten zu kämpfen.

Die Diktatur Terras dauerte bis 1938. Dann wurde sein Schwager General Alfredo Baldomir zum Präsidenten gewählt. Obwohl er ein Vertrauter Terras war und beim Putsch 1933 als Polizeichef eine Schlüsselrolle gespielt hatte, leitete er – auch unter dem Druck einer wiedererstarkten bürgerlichen und linken Opposition – die Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen ein. Die Pressezensur wurde aufgehoben, politische Parteien und Vereinigungen konnten sich wieder legal betätigen.

Als im September 1939 der Zweite Weltkrieg begann, erklärte sich Uruguay – wie zunächst die meisten lateinamerikanischen Staaten – für neutral. Allerdings sollte das kleine Land schon bald in diesen Krieg involviert werden und eine Schlüsselrolle bei einer der ersten spektakulären Niederlagen Nazideutschlands spielen.

Von Beginn an wurde der Krieg nicht nur auf den Schlachtfeldern Europas und später auch Nordafrikas und Asiens ausgetragen, sondern

ebenso auf den Weltmeeren. Dort hatte die britische Kriegsmarine relative Vorteile gegenüber der nazideutschen Flotte und unterband bald die zivile Schifffahrt und damit den Handel zwischen Deutschland und den lateinamerikanischen Staaten. Die deutsche Marine griff ihrerseits britische Handelsschiffe an. Am 30. September 1939 versenkte der deutsche Panzerkreuzer *Graf Spee* den englischen Frachter *Clemente* im Südatlantik. Daraufhin entsandte das Oberkommando der britischen Marine einen Flottenverband in die Region, der die *Graf Spee* im Dezember 1939 an der Mündung des Río de la Plata angriff und stark beschädigte. Es gelang dem deutschen Kreuzer aber zu entkommen und den nahegelegenen Hafen von Montevideo zu erreichen. Der deutsche Kommandant, Kapitän Hans Langsdorff, wollte die *Graf Spee* dort instandsetzen lassen, dann wieder auslaufen und versuchen, dem Flottenverband aus britischen und neuseeländischen Kriegsschiffen zu entkommen.

Unmittelbar nachdem die *Graf Spee* den Hafen von Montevideo angelaufen hatte, begann in Uruguay eine breite öffentliche Mobilisierung gegen den Aufenthalt des deutschen Kreuzers. Die Werftarbeiter wei-



gerten sich, das »Nazi-Schiff« zu reparieren, die Presse und die meisten politischen Kräfte forderten Präsident Baldomir auf, der *Graf Spee* den Aufenthalt im Hafen von Montevideo nicht zu gestatten. Die uruguayische Neutralität verbiete es, eine Kriegspartei zu unterstützen, und es wäre eindeutig eine Unterstützung, wenn deutsches Kriegsgerät wieder instandgesetzt würde.

Die uruguayische Öffentlichkeit stand mehrheitlich auf Seiten der Alliierten. Die antidemokratische und antisemitische Politik in Deutschland, seine aktive militärische Unterstützung Francos im spanischen Bürgerkrieg und nicht zuletzt der Überfall auf Polen – in Uruguay lebten auch zahlreiche EinwanderInnen aus slawischen Ländern – begründeten die Ablehnung Hitlers und seines Regimes. Natürlich übten auch die alliierten Botschafter in Montevideo Druck aus, den deutschen Kreuzer auf keinen Fall zu reparieren.

So setzte Präsident Baldomir Kapitän Langsdorff ein Ultimatum, die *Graf Spee* müsse den Hafen von Montevideo innerhalb von 72 Stunden verlassen. Da das Schiff ohne die notwendigen Reparaturen keine Chance hatte, dem britisch-neuseeländischen Flottenverband zu entkommen, entschied der Kapitän, den Panzerkreuzer zu zerstören. Die Mannschaft wurde mit Rettungsbooten nach Buenos Aires gebracht und unterstellte sich der Obhut der – deutlich achsenfreundlicheren – argentinischen Regierung, die sie bis zum Kriegsende in Argentinien internierte. Trotz der Internierung konnte sich die Besatzung in Argentinien relativ frei bewegen. In der dortigen deutschen Kolonie wurden die *Graf-Spee*-Matrosen als Helden gefeiert und herumgereicht. Kapitän Langsdorff ließ die *Graf Spee* vor der uruguayischen Küste in die Luft sprengen und beging anschließend Selbstmord. Die Nazi-Propaganda suchte ihn zum Märtyrer zu stilisieren, der lieber heroisch gestorben sei, als sich dem Feind zu ergeben. Nichtsdestotrotz markierte die Zerstörung der *Graf Spee* eine entscheidende Niederlage der deutschen Kriegsflotte im Seekrieg. Damit war entschieden, dass es kaum eine Chance gab, den deutschen Außenhandel mit südamerikanischen Ländern wieder aufzunehmen und für die Kriegswirtschaft dringend notwendige Rohstoffe von dort zu beziehen.

Auch nach der Versenkung der *Graf Spee* unterhielt Uruguay gemäß seiner erklärten Neutralität weiter diplomatische Beziehungen zu Nazi-Deutschland. Erst im Januar 1942 brach die Regierung alle Beziehungen zu den Achsenmächten ab.

In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre setzte eine Erholung der uruguayischen Wirtschaft ein. Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges waren

uruguayische Produkte auf dem Weltmarkt wieder gefragt, eine Tendenz, die sich während des Krieges noch verstärkte. Die alliierten Armeen brauchten Leder und Wolle für Stiefel und Kleidung, der Rückgang der Agrarproduktion in den meisten kriegsbeteiligten Ländern förderte die Nachfrage nach Gefrierfleisch aus Südamerika. Die nun hohen Handelsüberschüsse wurden eingesetzt, um den Aufbau einer Industrie in Uruguay zu fördern, die in der Lage war, die wegen der Kriegswirtschaft ausbleibenden Importe aus Europa und den USA zu ersetzen. Die florierenden Exporte und die Entwicklung einer importsubstituierenden Industrialisierung leiteten eine neue Phase wirtschaftlichen Wohlstands in Uruguay ein, die bis zum Ende des Korea-Krieges Anfang der 1950er Jahre andauern sollte.

Ein Exilland für AntifaschistInnen

Gert Eisenbürger

Die meisten Menschen, die Deutschland ab 1933 verlassen mussten – sei es wegen ihrer politischen Aktivitäten, sei es aufgrund ihrer jüdischen Herkunft – flohen zunächst in Nachbarländer wie Frankreich, die Niederlande und die Tschechoslowakei. Außereuropäische Länder wie die USA und die lateinamerikanischen Republiken wurden erst später als mögliche Fluchtorte wahrgenommen, als die deutsche Armee immer mehr Länder Europas besetzte.

Die jüdische Familie Israel aus Trier emigrierte bereits 1936 nach Uruguay. Der damals 14-jährige Sohn Willi Israel erzählte mir 1997, seinem Vater, einem relativ wohlhabenden jüdischen Pferdehändler, sei damals schon klar gewesen, dass es eine Illusion sei, auf einen baldigen Zusammenbruch des Naziregimes zu hoffen. Er sah in Deutschland für die Familie keine Zukunft und wollte anderswo neu anfangen. Anders als ab 1938/39 konnten jüdische EmigrantInnen 1936 noch in gewissem Umfang Vermögenswerte ausführen. Mit diesem Grundstock eröffneten die Israels in Montevideo einen Kolonialwarenladen, mit dem sie mehr schlecht als recht überleben konnten. Willi, der in Trier ein Gymnasium besucht hatte, begann kurz nach seiner Ankunft in Uruguay eine Lehre in einer Autowerkstatt. Die Geschichte der Familie Israel ist in gewisser Weise symptomatisch für das Schicksal vieler jüdischer Emigrantenfamilien,



auch für die, die deutlich später in Südamerika eintrafen. Sie unternahmen die teure und beschwerliche Überfahrt nach Uruguay, weil sie für dieses Land Visa bekommen konnten, hatten aber keine Beziehung zu ihm. Willi Israel meinte, sie hätten bei ihrer Ausreise lediglich gewusst, dass Uruguay 1930 Fußballweltmeister geworden war, ansonsten hätten sie keinerlei Vorstellung gehabt, wie es dort aussehen würde. Im Exilland konnte fast niemand in den vor der Emigration ausgeübten Berufen arbeiten, europäische Universitätsabschlüsse wurden meist nicht anerkannt. Dies geschah auf Druck der Berufsverbände der ÄrztInnen, JuristInnen etc., die mögliche KonkurrentInnen fernhalten wollten. Die meisten EmigrantInnen versuchten sich über Wasser zu halten, indem sie ein kleines Geschäft oder eine Werkstatt eröffneten.

Dies war in Montevideo kein leichtes Unterfangen, wie mir der aus Österreich emigrierte Fritz Kalmar 2000 mit einem Schmunzeln erzählte. Er meinte, wenn jemand in Buenos Aires ein neues Geschäft aufmachte, seien die Leute sofort neugierig hingegangen. Die ArgentinierInnen suchten stets das Neue und wollten wissen, was der gerade eröffnete Laden zu bieten hatte. In Montevideo dagegen betrete am Anfang kaum jemand ein neues Geschäft. Die *Uruguayos* setzten auf das Bekannte, sie fragten erst mal herum, ob jemand das neue Geschäft kenne und welche Erfahrungen man damit gemacht habe. Dass alle auf positive Referenzen warteten, sei für die oft finanziell klammen InhaberInnen existenzbedrohend gewesen, sie mussten gewöhnlich eine lange Durststrecke durchstehen, ehe sie von ihren Unternehmungen leben konnten. In Buenos Aires, so Kalmar, kam der kritische Moment später, nämlich dann, wenn das nächste Geschäft der gleichen Kategorie eröffnete und nun die Aufmerksamkeit der *Porteños* auf sich zog.

Wie Willi Israel konnten viele jugendliche EmigrantInnen die in Deutschland begonnene Schul- oder Universitätslaufbahn in Uruguay nicht fortsetzen. Angesichts der prekären ökonomischen Bedingungen,

unter denen ihre Familien in der Regel lebten, mussten sie schnell Geld verdienen, auch weil sie hofften, damit den in Europa zurückgebliebenen Verwandten Visa, Reise und Überfahrt bezahlen zu können, um sie vor dem immer bedrohlicheren NS-Terror zu retten.

In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre verschärften die meisten Länder Lateinamerikas ihre Visabestimmungen für jüdische EinwandererInnen. Dabei spielten antisemitische Vorbehalte oft ebenso eine Rolle wie der oben geschilderte Widerstand bürgerlicher Berufsverbände. Teilweise erhielten die verzweifelt nach Ausreisemöglichkeiten suchenden Juden und Jüdinnen die begehrten Visa nur, wenn sie dafür bezahlten. Willi Israel erzählte, dass sein Vater 1936 die Einreisepapiere im uruguayischen Konsulat in Frankfurt nur bekommen habe, weil er sich verpflichtete, die Schiffspassagen bei einer bestimmten italienischen Reederei zu buchen, von der der Konsul offenbar eine Provision für die verkauften Tickets bekam. Noch infamer war der paraguayische Konsul in Zagreb. Er verkaufte zahlreichen aus Deutschland geflohenen Juden, Jüdinnen und Linken, darunter Ernesto Kroch, für teures Geld gefälschte Visa. Als sie 1938 nach der Überfahrt über den Atlantik in Colonia in Uruguay von Bord gingen und auf ein Binnenschiff umsteigen wollten, das sie nach Paraguay bringen sollte, flog der Betrug auf. Man ließ sie nicht einmal einsteigen, weil die Papiere ungültig waren. Ernesto Kroch und die übrigen Mitreisenden hatten damals Glück: Sie durften in Uruguay bleiben und waren damit in Sicherheit. Vielen anderen Flüchtlingen, die gefälschte Visa gekauft hatten, erging es schlechter. Sie konnten in Südamerika nicht an Land gehen, sondern wurden nach Europa zurückgeschickt, wo sie teilweise in die Vernichtungslager deportiert und dort ermordet wurden.

Hier soll allerdings keineswegs der Eindruck erweckt werden, die südamerikanischen Diplomaten in den 1930er Jahren seien durchweg korrupt gewesen und hätten sich am Elend der Flüchtlinge bereichert. Für die meisten galt dies nicht, einige haben sich sogar nach Kräften bemüht, den Verfolgten zu helfen und ihnen die Flucht vor den Nazis zu ermöglichen. Zu nennen sind hier besonders der mexikanische Generalkonsul in Vichy, Gilberto Bosques, der mit seinen MitarbeiterInnen wegen ihres Engagements 1942 von der Gestapo festgenommen wurde und bis 1944 in Deutschland inhaftiert war, sowie die beiden Schriftsteller Pablo Neruda als chilenischer Konsul in Paris und João Guimarães Rosa als brasilianischer Konsul in Hamburg.

Der Exilforscher Patrick von zur Mühlen stellt in seinem Buch *Fluchtziel Lateinamerika* (1988) fest, dass es schwierig zu ermitteln sei, wie viele Flüchtlinge vor dem Nationalsozialismus die einzelnen Länder Latein-

amerikas aufgenommen haben. Die Zahlen divergieren zum Teil beträchtlich. Manche Statistiken hätten nur Flüchtlinge aus Deutschland gezählt, andere auch die aus den von Deutschland besetzten Gebieten. Die einen hätten nur jüdische Flüchtlinge berücksichtigt, andere dagegen alle EmigrantInnen. Nach Uruguay haben sich demnach ab 1933 zwischen 3.500 und 7.000 Flüchtlinge vor dem NS-Terror retten können.

Die aus Deutschland und Österreich nach Uruguay gekommenen Flüchtlinge schufen ein ganzes Netz von Organisationen und Einrichtungen. Dazu gehörten eine Synagoge ebenso wie eine Schule, politische Vereinigungen, Freizeiteinrichtungen und kulturelle Initiativen.

Bereits 1932 hatten eingewanderte Arbeiter den antifaschistischen »Kulturklub deutschsprachiger Arbeiter« gegründet, der sich als Gegenpol zur ebenfalls 1932 von eingewanderten Deutschen gegründeten uruguayischen Sektion der NSDAP-Auslandsorganisation verstand. Der Kulturklub gab die monatliche Zeitung *Arbeiter-Welt* (*Mundo Obrero*) heraus, die auch über die Zustände in Nazideutschland berichtete. Wegen des zunehmenden Drucks der Diktatur Gabriel Terras musste die *Arbeiter-Welt* 1936 ihr Erscheinen einstellen. Als es der NSDAP-AO und der Botschaft gelang, die Deutsche Schule in Montevideo gleichzuschalten, d.h. auf NS-Lehrpläne festzulegen, und jüdische SchülerInnen auszuschließen, gründeten Mitglieder des Kulturklubs 1936 die antifaschistisch orientierte Pestalozzi-Schule. Eine ähnliche Schule eröffneten AntifaschistInnen in Buenos Aires. Während sich die Pestalozzi-Schule in Argentinien langfristig etablieren konnte und bis heute besteht, musste die Schule in Montevideo 1940 aus finanziellen Gründen schließen.

Der Kulturklub deutschsprachiger Arbeiter organisierte regelmäßig politische Informationsabende und kulturelle Veranstaltungen, wie etwa Lesungen aus den Werken in Deutschland verbotener AutorInnen. Er wurde zum wichtigen Anlaufpunkt für die ankommenden Flüchtlinge aus Nazideutschland. Trotzdem wollten vor allem die ankommenden KommunistInnen neben dem Kulturklub eine explizit politische Organisation gründen und setzten dies im Juni 1939 mit dem Freien Deutschen Club um, aus dem sich 1941 das Deutsche Antifaschistische Komitee (DAK) entwickelte. Präsident beider Vereinigungen war der 1934 aus Hamburg emigrierte Kommunist Willi Eckermann. Sekretär des DAK war der heute in Hamburg lebende Kurt Wittenberg; zu den Mitgliedern des Komitees gehörten auch Willi Israel und Ernesto Kroch.

Unter den nach Südamerika emigrierten deutschen AntifaschistInnen gab es Ende der 1930er Jahre zwei organisatorische Zusammenhänge, die sich jeweils um eine Zeitschrift gruppierten. In Buenos Aires erschien seit

1935 die Monatsschrift *Das Andere Deutschland*, deren Schriftleiter der Linkssozialist August Siemsen war. In Mexiko erschien die Zeitschrift *Freies Deutschland*, deren Redaktionsstab vor allem Mitglieder der KPD angehörten, darunter Paul Merker, Alexander Abusch und Walter Janka. Zunächst hatten beide Spektren noch zusammengearbeitet, doch 1939 kam es nach dem Hitler-Stalin-Pakt zum Bruch. Während die Kommunisten den Pakt entsprechend ihrer Unterordnung unter die Direktiven aus Moskau verteidigten, warfen die LinkssozialistInnen um August Siemsen Stalin Verrat vor. Während es danach in den meisten Ländern, in denen größere Gruppen deutscher EmigrantInnen lebten, zwei konkurrierende linke Organisationen gab, vermochten die deutschen AntifaschistInnen in Montevideo ihre Einheit weitgehend zu bewahren. Dies war wohl vor allem das Verdienst Willi Eckermanns, der keine Politik des »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns« praktizierte.

Nach Kriegsende verließen zahlreiche jüdische EmigrantInnen Uruguay. Nach Deutschland kehrten aus verständlichen Gründen nur sehr wenige zurück, viele wanderten in die USA und nach Israel aus, besonders wenn sie familiäre Beziehungen dorthin hatten. Andere blieben in Uruguay oder verließen das Land erst nach Jahrzehnten, manche aus freien Stücken, etwa weil sie im Alter nach Deutschland zurückkehren wollten, andere, wie Willi Israel und Ernesto Kroch, weil wiederum eine Diktatur, nämlich die des uruguayischen Militärs, sie dazu zwang. Doch davon wird an anderer Stelle in diesem Buch berichtet.

Annemarie Rübens: Zuflucht für die Kinder der Verfolgten

Ernesto Kroch & Eva Weil

Im Jahr 1900 als Tochter einer deutschen Familie in Banfield, südlich von Buenos Aires, geboren, spielte sich Annemarie Rübens' Leben in zwei Welten ab. Ihre erste war die Dritte Welt, in die Erste kam sie neunjährig mit ihren Eltern und vier Geschwistern, verbrachte Jugend, Ausbildung und erste Berufstätigkeit in Deutschland und viel später auch ihre letzten Lebensjahre. So hat sich ihre Persönlichkeit hauptsächlich in der Weimarer Republik geformt, während ihr Wirkungsfeld vor allem in Südamerika lag.

Ihr Lebensinhalt war, für Frauenrechte Partei zu ergreifen und Kindern Verfolgter zu helfen. Eine Glaubensstreiterin, doch nicht im herkömmlichen Sinne, wiewohl sie evangelische Theologie studierte, sondern indem sie ihren Glauben in Taten umsetzte. Nach dem Examen arbeitete sie ab 1927 als Vikarin an Kölner Berufsschulen und Altersheimen. Hier zeigte sie zum ersten Mal, dass sie nicht bereit war, Diskriminierungen hinzunehmen. Zusammen mit drei anderen Vikarinnen lief sie Sturm gegen die Männerherrschaft in der Kirche.

Waren diese Frauen der Kirche schon in der Republik unbequem, so wurden sie ihr im Dritten Reich zur unerträglichen Belastung. Die vier streitbaren Freundinnen (Annemarie Rübens, Elisabeth von Aschoff, Aenne Schümer und Ina Gschlössl) wurden entlassen. Im Sommer 1933 scheint es heftige Auseinandersetzungen mit übergeordneten Amtsträgern gegeben zu haben, weil Annemarie öffentlich für die Juden gebetet hatte. In ihrer eigenen Handschrift liegt noch der Text einer Predigt vom 2. April 1933 vor, in der sie sich gegen »die Flut des Hasses gegen unsere jüdischen Volksgenossen« wandte. Und wenn die Kirche schweige, dann »dürfen wir weder warten, bis sie etwa das Schweigen bricht, noch dürfen wir uns durch ihr Schweigen verwirren und beirren lassen. Dann ist es an uns, kirchlich zu handeln, denn wir sind ihre freien und verantwortlichen Glieder.«

Im August 1933 emigrierte sie nach Holland und fand in Nordwijkerhout Aufnahme bei Bram Burger, einem Theologen. 1936 zog sie zurück an den Río de la Plata. Kurz vor ihrer Ausreise war ihr Bruder Hans unerwartet gestorben. Mit dessen Erbe kaufte sie 13 Hektar Land in Colonia Valdense, 120 Kilometer westlich der uruguayischen Hauptstadt Montevideo gelegen, etwas Weideland, Obstbäume, ein Eukalyptuswäldchen und zwei im Verfall begriffene Häuser.

Hier sollte ein Landheim für 25 bis 35 Menschen entstehen. Ab 1938 wurde das »Haus Rübens« zum Treffpunkt derjenigen, die vor dem Terror der Nazis nach Südamerika geflohen waren, und ganz besonders ein Ferienort für deren Kinder. Die erste Gruppe kam 1938 von der Pestalozzi-Schule aus Buenos Aires. Bis 1952 herrschte ein Kommen und Gehen. Man blieb ein paar Wochen, aber es gab auch Kinder, die Jahre blieben. Sie kamen aus Deutschland, Ös-



terreich, Ungarn, Polen. Viele von ihnen waren jüdischer Herkunft. Kinder und Erwachsene, die das Konzentrationslager erlebt, und solche die »nur« Diffamierung erfahren hatten. Belastet alle von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Das »Haus Rübens« sollte den Kindern – und nicht selten auch den Erwachsenen – Selbstbewusstsein und Lebensfreude wiedergeben, ihnen helfen, sich einzuleben in die neue Umgebung und in Kameradschaft zusammenzustehen. Hier trieben die Kinder Sport, wanderten, sangen am Lagerfeuer, spielten Theater, lasen gemeinsam. Aus den zu Jugendlichen gewordenen Kindern rekrutierten sich später die freiwilligen HelferInnen. Verließen sich dann auch die Lebenswege, so blieb doch ein Hauch dieses freien und in Gemeinschaft tätigen Geistes. Für alle war hier in der Fremde Heimat entstanden.

Während des Krieges war Annemarie in der von August Siemsen von Buenos Aires aus geleiteten antifaschistischen Organisation *Das Andere Deutschland* aktiv und natürlich bekamen ihre Gäste vieles von deren sozialistischem, freiheitlichem Geist mit.

Sie, die stets von Kindern umgeben war, hatte sich immer ein eigenes gewünscht. 1943 wurde ihr Sohn Thomas geboren. An einen Mann freilich wollte sich die eigenwillige Annemarie Rübens nicht lebenslang binden.

In den 1950er Jahren ebte der Strom der BesucherInnen ab – einige waren nach Deutschland, andere nach Israel verzogen. Annemarie ging 1952 in die Bundesrepublik, fand aber keinen rechten Platz und kehrte fünf Jahre später nach Colonia Valdense zurück. Als Mitte 1973 mit einem Staatsstreich eine grausame Militärdiktatur in Uruguay errichtet wurde, wurde das »Haus Rübens« – wie 35 Jahre zuvor – erneut zur Zufluchtsstätte für die Kinder der Verfolgten. Annemarie war jetzt über siebzig, doch trotz ihres Alters und des großen Risikos öffnete sie ihr Haus den Kindern der politischen Gefangenen. Kindern, die miterlebt hatten, wie Vater oder Mutter verhaftet und misshandelt worden waren, und die nun bei Verwandten lebten.

Von dort kamen sie nach Colonia Valdense. Meist blieben sie einige Wochen. Manche kamen auch nur am Wochenende, andere für mehrere Monate. Annemarie versuchte ihnen zu helfen,



ihren Schock, ihre Angst zu überwinden, wieder wie normale Kinder zu leben. Fast alle hatten ein ungewöhnlich starkes Schlafbedürfnis. Mit diesen Kindern 24 Stunden am Tag zu leben, ihren furchtbaren, traumatischen Problemen zu begegnen, zu versuchen ihnen Lebensfreude zu spenden, diese Mission zeichnet, mehr als Worte, Weltanschauung und Charakter der Annemarie Rübens aus.

1975, auf einer Reise nach Deutschland, erhielt sie die Nachricht von einer Hausdurchsuchung in einer ähnlichen Kindertagesstätte in Montevideo und der Verhaftung der HelferInnen. Auch sie stände auf der Fahndungsliste. So blieb sie in der Bundesrepublik.

Sie arbeitete in Tübingen in einem Dritte-Welt-Laden mit und bei *amnesty international*. Im hohen Alter ging sie in ein Seniorenstift in Göttingen. Ihr Interesse an Menschen und an Gerechtigkeit in der Welt blieb. Bei den großen Friedensdemonstrationen, den Ostermärschen, stets war sie dabei.

Sie, die einen Herzschrittmacher hatte, wollte die abgeladenen Batterien nicht mehr erneuern lassen. Kurz vor ihrem 91. Geburtstag ereilte sie nach langem und erfülltem Leben der Tod.

Das Ende des »glücklichen Uruguay«: Nachkriegszeit und Militärdiktatur

Britt Weyde

Die politische und wirtschaftliche Situation Uruguays war bis Mitte der 1950er Jahre außerordentlich stabil. Die Wirtschaft prosperierte aufgrund einer günstigen Weltmarktposition, die durch den Zweiten Weltkrieg hervorgerufen worden war. Die klassischen uruguayischen Exportgüter – Fleisch, Wolle, Leder – erzielten hohe Einnahmen, mit denen eine Politik der Importsubstitution möglich war. Neue Industriezweige (Zement, Papier, Chemikalien, Werkzeugmaschinen) entstanden. Im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern genoss der Wohlfahrtsstaat Uruguay eine herausragende Stellung. 1956 wies Uruguay mit 937 US-Dollar das höchste Pro-Kopf-Einkommen der Region auf, Analphabetentum und Kindersterblichkeit waren die niedrigsten des Kontinents. Das Wirtschaftswachstum erlaubte dem Staat eine Umverteilungspolitik und einen Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, von denen Arbeiter-

und Mittelschicht gleichermaßen profitierten. Während dieser Phase des sog. *Neo-Batllismo* wuchs die Anzahl der Staatsangestellten von 100.000 (1946) auf 166.000 (1955). In diesem Zeitraum kam auch die Bezeichnung der »Schweiz Lateinamerikas« auf. Wohlstand und sozialer Frieden bestärkten in der Bevölkerung das Gefühl, einen Ausnahmestatus zu genießen: »*Como el Uruguay no hay*« war ein gängiger Slogan. Doch dieser glückliche Ausnahmezustand sollte nicht lange anhalten.

Das Ende des Neo-Batllismo

Der Begriff des *Neo-Batllismo* bezieht sich auf den Sektor der Colorado-Partei unter Luis Batlle Berres, Neffe von Batlle y Ordóñez und Präsident Uruguays von 1947–1951. Seine Sozial- und Wirtschaftspolitik wurde als Fortführung der Reformpolitik von Batlle y Ordóñez angesehen.

Doch das auf binnenmarktorientierter Industrialisierung und Agrarexporten basierende Wachstumsmodell stieß an seine Grenzen. Nach dem Ende des Korea-Krieges 1953 fielen die Weltmarktpreise für Agrargüter drastisch. Für Uruguay, dessen Exportsektor zu 80 Prozent aus Agrarprodukten bestand, hatte diese Entwicklung dramatische Folgen. Die Preise sanken zwischen 1952 und 1964 um 43 Prozent. Gleichzeitig konnte der industrielle Sektor wegen der geringen Binnenmarktnachfrage nicht weiter expandieren. Die Unternehmer reagierten auf die Wachstumskrise mit Kapitalflucht und Spekulation, welche wiederum die Inflation anheizte.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Stagnation, der zunehmenden Verteilungskämpfe und der Unfähigkeit der Regierung, Auswege aus der strukturellen Krise zu finden, vollzog sich 1958 ein bedeutsamer Regierungswechsel: Zum ersten Mal in diesem Jahrhundert gewann die Partido Nacional, die *Blancos*, die Wahlen. Unter ihrer Regierung kam es zu einer Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik: 1959 wurde eine Währungs- und Wechselkursreform durchgeführt und 1960 das erste Abkommen mit dem IWF unterschrieben, das Liberalisierungsmaßnahmen vorsah. Doch spätestens der Banken-Crash von 1965 zeigte, dass auch die Wirtschaftsrezepte der Blancos der Krise keinen Einhalt gebieten konnten. Die Inflation wuchs weiter an, das Staatsdefizit wurde immer größer, die Reallöhne sanken und die soziale Unzufriedenheit spitzte sich zu.

Nach zwei Blanco-Regierungen gewannen im November 1966 erneut die Colorados die Wahlen. Der Wahlsieg des ehemaligen Generals Oscar D. Gestido, der im März 1967 das Präsidentenamt antrat, spiegelte den Wunsch nach einem »starken Mann« an der Spitze der Regierung

wider. Gestido setzte zunächst auf ein von IWF-Vorgaben unabhängiges Entwicklungsmodell. In der Folge stieg die Inflation weiter an und vor dem Hintergrund der sich stetig verschlechternden Lebensbedingungen wuchs der Protest der Gewerkschaften. Im Oktober 1967 verhängte Gestido *medidas prontas de seguridad*, eine autoritäre Maßnahme, welche die Individualrechte wie Versammlungsrecht, Schutz der Privatsphäre etc. einschränkte. Die Verhandlungen mit dem IWF wurden wieder aufgenommen.

Einen Monat später starb Präsident Gestido und Vizepräsident Jorge Pacheco Areco übernahm das Präsidentenamt. Er setzte die Wirtschaftspolitik seines Vorgängers fort und verstärkte den an IWF-Vorgaben orientierten Kurs. Im Mai 1968 nahm der Präsident einen entscheidenden Wechsel in der Besetzung seines Kabinetts vor: Statt Parteipolitikern übernahmen Unternehmer die Kontrolle über die Wirtschaftspolitik.

Stillstand im politischen System

Die strukturelle Wirtschaftskrise der 1960er Jahre in Uruguay ging einher mit einer Schwäche des politischen Systems. Eine Besonderheit des uruguayischen Parteien- und Wahlsystems war das *doble voto simultáneo*. Dieses 1910 eingeführte System bedeutete, dass die WählerInnen mit ihrer Stimme gleichzeitig eine politische Partei und eine Partei-Liste innerhalb der Partei wählten. Innerhalb der beiden traditionellen Parteien hatte sich im Laufe der Jahrzehnte eine Vielzahl von innerparteilichen Gruppierungen und Listen gebildet, die jeweils mit einem eigenen Präsidentschaftskandidaten antraten. Die für die Listen abgegebenen Stimmen wurden für das Gesamtergebnis akkumuliert.

Die Wahlgesetze von 1925 und die *leyes de lema* der 1930er Jahre bauten die Möglichkeit der Stimmenakkumulation weiter aus: Seit 1925 hatten auch die innerparteilichen Fraktionen einen legalen, offiziellen Status. Als *lema* wurde der Name einer politischen Partei bezeichnet, *sublema* war der Name einer Parteifraktion. Zwischen den innerparteilichen Listen bestanden erhebliche programmatische Unterschiede. Für die WählerInnen hatte dies zur Folge, dass sie z.B. für eine bestimmte Liste stimmten, die in das Ergebnis der Gesamtpartei einfluss und somit einem anderen Kandidaten – einer anderen Liste – zur Präsidentschaft verhalf.

Die Wahlgesetzgebung begünstigte lange Zeit das bestehende Zweiparteiensystem, zumal sich Blancos und Colorados auch untereinander die Macht aufzuteilen wussten. Mit dem Prinzip der *coparticipación* wurde die jeweilige Oppositionspartei in die Regierungsverantwortung

eingebunden und Verwaltungsposten wurden nach einem festen Verteilungsschlüssel mit VertreterInnen der beiden traditionellen Parteien besetzt. Dies begünstigte die Vetternwirtschaft im öffentlichen Sektor und führte dazu, dass die Zahl der Staatsangestellten immer mehr zunahm (von 1961 bis 1969 stieg sie von 193.800 auf 213.000 an). Colorados und Blancos kungelten die Macht untereinander aus und unterschieden sich in ihren programmatischen Aussagen immer weniger.

Präsident Jorge Pacheco Areco (1967–1971) beendete diese Spielregeln des »traditionellen Uruguay«. Mit seiner Regierungsübernahme führte er einen autoritären Politikstil ein, der sich auch darauf stützen konnte, dass mit der Verfassungsreform von 1966 die Position des Präsidenten gestärkt worden war. In einem zunehmend populistischen Diskurs stellte sich Pacheco der Öffentlichkeit als Person dar, die außerhalb des diskreditierten politischen Systems agierte.

1968 bildete sich als Reaktion auf die autoritären Regierungsmaßnahmen Pachecos die *Movimiento de Defensa de las Libertades y la Soberanía*, ein überparteilicher Zusammenschluss aus oppositionellen Parlamentariern. Daraus ging zu Beginn des Wahljahres 1971 die *Frente Amplio* hervor. Das Neue an diesem »Breiten Bündnis« war, dass sich Parteien und Gruppen aus dem linken Spektrum zusammen mit Abspaltungen der beiden traditionellen Parteien und unabhängigen BürgerInnen zusammengetan hatten. Basis-Komitees in Stadtteilen, Betrieben etc. brachten auch Einzelpersonen ohne bisherige parteipolitische Bindung dazu, sich für ihre Belange direkt einzusetzen. Das Programm der *Frente Amplio* enthielt politische (vollständige Wahrung der Bürgerrechte), wirtschaftliche (Nationalisierung der Banken, Agrarreform), soziale (Stärkung der Kooperativen) und finanzpolitische Forderungen (Steuerreform).

Bei den Wahlen im November 1971, bei denen die bisher stärkste Zersplitterung der traditionellen Parteien zu verzeichnen war (147 *sublemas* und 590 Listen traten an!), errang das linke Oppositionsbündnis immerhin 18,28 Prozent. Das traditionelle Zweiparteien-System hatte einen nachhaltigen Riss bekommen.

Eine Woche nachdem Jorge Pacheco Areco das Präsidentenamt angetreten hatte, erließ er am 12. Dezember 1967 ein Dekret, das zeigte, was die uruguayische Opposition in den nächsten Jahren durchleiden sollte: Er verordnete die Auflösung verschiedener linker Parteien und Gruppen und erließ eine Zensur für die Zeitungen *Época* und *El Sol*, da sie angeblich die bewaffneten Aktionen unterstützten, welche die Stadtguerilla MLN-Tupamaros ab Ende 1966 verstärkt durchführte. Die rigide Wirtschaftspolitik Pachecos, die vor allem auf Kosten der lohnabhängigen

Bevölkerung ging, wurde mit Hilfe der *medidas prontas de seguridad* durchgesetzt. Unter Pacheco sollte der Ausnahmezustand zum Normalzustand werden: Zwischen Juni 1968 und November 1971 waren die Sicherheitsmaßnahmen nur für einen Zeitraum von drei Monaten aufgehoben. In der Praxis bedeutete dies: Einschränkung des Streik- und Versammlungsrechts und der Meinungs- und Pressefreiheit, Beschneidung der Persönlichkeitsrechte, wie der Unverletzbarkeit der Privatwohnung, Aberkennung der Autonomie von Lehranstalten und Universitäten. Unter Umgehung des Parlaments setzte der Präsident per Dekret viele unpopuläre Maßnahmen durch.

Um angesichts der Wirtschaftskrise und der Verarmung breiter Bevölkerungsschichten die Kräfte zu bündeln, schlossen sich 1966 die uruguayischen Gewerkschaften zu einem Dachverband, der *Convención Nacional de Trabajadores* (CNT), zusammen. Die Krisenjahre in Uruguay waren von einer außerordentlich starken gewerkschaftlichen Aktivität geprägt. Allein im Jahr 1968 fanden 234 Streiks und 446 Arbeitsniederlegungen sowohl im öffentlichen als auch im privatwirtschaftlichen Bereich statt. Die Regierung versuchte mit der Verhängung des Ausnahmezustands den Gewerkschaftskämpfen die Spitze zu nehmen. So konnte sie ungehindert Gewerkschaftsräume durchsuchen lassen, Gewerkschaftsmitglieder festnehmen und öffentliche Angestellte entlassen oder gar »militarisieren«. Am 24. Juni 1969 wurde die »Militarisierung« der öffentlichen Dienstleistungsunternehmen ANCAP (Erdöl), UTE (Elektrizitätswerke und Telefonzentrale), OSE (Wasserwerke) verfügt. Hiermit betrat das Militär die politische Bühne Uruguays. Mit der »Militarisierung« galten streikende öffentliche Angestellte als Deserteure, zugleich wurden sie der Militärgerichtsbarkeit unterstellt. Die vom Militär verhafteten Staatsangestellten wurden in Kasernen gebracht, waren dort Misshandlungen und Folter ausgesetzt und konnten auf unbestimmte Zeit festgehalten werden.

Bis 1968 konnten Lohnforderungen vor den drittelparitätischen *Consejos de Salarios* gestellt werden. In diesem Gremium verhandelten Vertreter der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und der Regierung über die Höhe der Lohnabschlüsse. Mit Pachecos Einfrieren der Löhne und Preise im Juni 1968 und der Ersetzung der *Consejos de Salarios* durch die Kommission für Preis und Löhne (COPRIN) konnten die Gewerkschaften auf die Entwicklung der Löhne keinen Einfluss mehr ausüben.

StudentInnenbewegung

Viele ProfessorInnen waren der Regierung gegenüber sehr kritisch ein-

gestellt. Die Regierung Pachecos versuchte den Einfluss der Universität auf den gesellschaftlichen Diskurs einzuschränken und hielt Haushaltsmittel zurück. Die Mitglieder der 1929 gegründeten Föderation der Uruguayischen UniversitätsstudentInnen FEUU radikalisierten sich in den 1960er Jahren zunehmend und spielten eine führende Rolle bei den Protesten gegen den Verfall des Lebensstandards und die autoritäre Politik Pachecos.

Auslöser für die Massenproteste der Studierenden im Mai 1968 war die Fahrpreiserhöhung für Bustickets. Hier spielten die StudentInnen der *Liceos* (vergleichbar mit der gymnasialen Oberstufe) eine führende Rolle. Sie führten Straßenblockaden und Massendemonstrationen durch und besetzten ihre Lehranstalten. Die Regierung ging mit repressiven Mitteln gegen die Proteste vor, am 6. Juni eröffnete die Polizei zum ersten Mal das Feuer auf die jungen Demonstrierenden, dabei wurden fünf schwer verletzt. Die Proteste ließen jedoch nicht nach, vielmehr probierten die StudentInnen neue Protestformen wie z.B. »Blitz-Demonstrationen« aus. Am 9. August ereignete sich ein Vorfall, der für Uruguay ein Novum darstellte: Mit der Begründung, den von den Tupamaros entführten UTE-Direktor Pereyra Reverbel zu suchen, drang die Polizei in die Universität ein. Die Durchsuchungsaktion ließ die Demonstrationen wieder aufflammen und einige Tage später erschütterte ein weiterer nie da gewesener Vorfall die Republik: Am 14. August starb der Student Líber Arce an den Schussverletzungen, die ihm während einer Demonstration von einem Polizisten zugefügt worden waren.

Vier Jahre Konfrontation

Die Hochphase der Stadtguerilla-Aktionen fiel in die Jahre zwischen 1968 und 1972. Allein zwischen Januar 1968 und Juni 1970 zählte die Polizei 51 Banküberfälle, die der MLN-Tupamaros zugerechnet wurden. Aufgrund ihrer originellen Aktionen und vor allem der weitgehend unblutigen Vorgehensweise stießen die Aktionen der Tupamaros in der Anfangsphase bei der Bevölkerung auf breite Sympathie. Besonders junge Leute bewunderten den Einfallsreichtum der Stadtguerilla und traten der Organisation ab 1968 verstärkt bei.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1970 erregte die MLN mit einer Entführungsserie weltweites Aufsehen. Etwa zeitgleich wurden am Morgen des 31. Juli 1970 der US-amerikanische CIA-Agent und Sonderbeauftragte der Polizeipräktur Dan Mitrione und der brasilianische Konsul Aloisio Días Gomide entführt. Die MLN forderte unter anderem die Freilassung der politischen Gefangenen. Pacheco erklärte daraufhin, dass

er mit »Kriminellen« nicht verhandeln werde. Am 7. August wurde ein weiterer US-Amerikaner, der Agrarsachverständige Claude Fly, entführt. Trotz eines Großaufgebotes der Polizei konnten die drei Entführten nicht gefunden werden. Die Regierung verhängte Notstandsmaßnahmen und schließlich hatte die Polizei Erfolg: Am 8. August 1970 gelang ihr die Gefangennahme der gesamten MLN-Führung.

Die neue MLN-Führung forcierte nun den militaristischen Kurs der Organisation, die Tupamaros verübten Attentate auf US-amerikanische Einrichtungen und Vergnügungsstätten der Oberschicht. Zwischen März und Juli 1971 wurden mehrere Persönlichkeiten entführt. Wegen der Wahlen im Dezember 1971 verkündete die MLN für November und Dezember einen Waffenstillstand; gleichzeitig bezeichnete sie ihre Haltung gegenüber dem neuen Parteienbündnis Frente Amplio als »kritische Unterstützung«. Nach dem Ende des Waffenstillstands begann die Stadtguerilla mit einer neuen Offensive. Diesmal richteten sich ihre Aktionen gegen rechte Todesschwadronen, die seit mehreren Monaten Anschläge auf Mitglieder der sozialen Bewegungen verübten. Am 14. April 1972 exekutierte die MLN mehrere Polizisten. Die Antwort des Staates erfolgte noch am selben Tag: Bei stadtweiten Durchsuchungsaktionen entdeckte die Polizei Verstecke der Organisation, reihenweise wurden Tupamaros verhaftet, einige starben bei Schusswechseln.

In den folgenden Monaten spitzte sich die Lage immer mehr zu. Die Repressionsmaßnahmen des Staates richteten sich dabei gegen die sozialen Bewegungen insgesamt. KritikerInnen der Regierung gerieten schnell in den Verdacht, »Verbündete der Subversion« zu sein. Am 31. August wurde der MLN-Führer Raúl Sendic gefangen und bei seiner Verhaftung schwer verwundet. Im September 1972 war die Organisation praktisch zerschlagen. Die meisten ihrer Mitglieder waren entweder tot, im Gefängnis oder im Ausland.

Die Diktatur: Der Putsch und die »dunklen Jahre« (1973–1985)

Verschiedene Faktoren führten dazu, dass die geschwächte uruguayische Demokratie 1973 endgültig zusammenbrach. Bei den Wahlen im November 1971 siegte der Favorit Pachecos innerhalb der Colorado-Partei, Juan María Bordaberry. Im gleichen Jahr trat ein neuer politischer Akteur auf die Bühne: Die mit dem Kampf gegen die »Subversion« beauftragten Streitkräfte stellten sich als Retter der Nation dar. Das Parlament, das immer mehr von der politischen Entscheidungsfindung ausgeschlossen wurde, konnte dem neuen Selbstbewusstsein der Militärs wenig entgegenzusetzen. Zwar war die MLN seit September 1972 faktisch besiegt, doch

aus Sicht der Militärs galt es nun, die »Subversion« in Gestalt der Gewerkschaften und StudentInnen zu zerschlagen. Als »Feinde des Vaterlands« galten außerdem die Politiker der traditionellen Parteien, die sich mit ihrer liberalen Haltung der kommunistischen Gefahr nicht entschieden genug entgegengestellt hätten.

Im Februar 1973 erlitt Präsident Bordaberry eine schwere Niederlage: Heer und Luftwaffe lehnten den neu ernannten Verteidigungsminister ab und veröffentlichten am 9. und 10. Februar zwei Kommuniqués (Nr. 4 und Nr. 7): Neben dem Ziel, jegliche »Subversion« auszuschalten, enthielten die Kommuniqués auch populistische Ansätze, wie z.B. Vorschläge zur Korruptionsbekämpfung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Ankurbelung der Produktion etc. Die Exekutive verfügte über keinerlei politischen Rückhalt mehr, sodass Bordaberry schließlich den »Pakt von Boiso Lanza« unterschrieb, in dem die Übertragung wichtiger politischer Entscheidungsbefugnisse an das Militär festgelegt wurde. Am 23. Februar wurde der *Consejo de Seguridad Nacional* (COSENA) geschaffen, dem der Präsident, mehrere Minister und die Oberkommandierenden der Streitkräfte angehörten. Zwischen Februar und Juni 1973 griffen die Streitkräfte zunehmend in das politische Geschehen ein. Bei diesem sich über fünf Monate hinziehenden »Staatsstreich in Zeitlupe« unterhöhlten die Militärs sukzessive die Befugnisse der Institutionen. Der eigentliche Staatsstreich ereignete sich schließlich in der Nacht vom 27. Juni 1973, nachdem sich das Parlament geweigert hatte, die Immunität eines Abgeordneten aufzuheben. Der COSENA löste beide Kammern auf; am nächsten Morgen wurde das Parlament von Panzern umstellt. Die Aufgaben des Parlaments übernahm der neu gebildete Staatsrat (*Consejo de Estado*).

Das Land reagierte mit einem Generalstreik, so wie es die Resolution der CNT von 1964 für den Fall eines Putsches festgelegt hatte. Die



Installation im Museo de la Memoria

Arbeit wurde niedergelegt, Fabriken, Betriebe und Institute besetzt. Den neuen Machthabern fiel es nicht leicht, den Widerstand der Bevölkerung zu brechen, doch nach zwei Wochen musste der Generalstreik beendet werden.

In der ersten Phase der Diktatur bis 1976 bemühten sich die Militärs, ihre Macht zu konsolidieren. Konkret bedeutete dies, dass alle demokratischen politischen Aktivitäten unterbunden und bestimmte Parteien, politische Gruppen und der Gewerkschaftsdachverband CNT verboten wurden, die Universitätsführung wurde neu besetzt und ein Großteil der Angestellten im öffentlichen Dienst ausgewechselt. Pressezensur und massenhafte Verhaftung von Oppositionellen gehörten ebenso zum autoritären Maßnahmenrepertoire des Regimes. Ab 1974 wurde die Umstrukturierung der Wirtschaft zum wichtigsten Programmpunkt.

Das politische Projekt der Militärs war abgesehen von dem Ziel, die »Subversion« zu bekämpfen, nicht klar definiert. Es kam zu Differenzen zwischen dem Präsidenten und den Oberkommandierenden der Streitkräfte. Bordaberry wurde schließlich am 12. Juni 1976 abgesetzt, an seine Stelle trat der Interimspräsident Alberto Demicheli und im September übernahm Aparicio Méndez den Präsidentenposten. Mit der Absetzung Bordaberrys begann die zweite Phase der Militärdiktatur, in deren Verlauf die Streitkräfte eine staatliche Neuordnung vornahmen. Zunächst wurden die für November 1976 vorgesehenen Wahlen ausgesetzt. Der Rat der Nation (*Consejo de la Nación*) – zusammengesetzt aus dem Staatsrat und Vertretern der Streitkräfte – wurde zum obersten Entscheidungsgremium ernannt. Die Partido Nacional und die Colorado-Partei wurden zwar nicht verboten, jedoch wurde allen Politikern, die bei den beiden letzten Wahlen angetreten waren, die politische Betätigung untersagt. Dadurch sollte die alte Politikergeneration durch eine neue, den Militärs genehmere Politikerkaste ausgewechselt werden. Während der Rat der Nation für die Gesetzgebung zuständig war, übernahmen die Streitkräfte die Aufgabe, die »nationale Sicherheit« zu gewährleisten und eine neue Verfassung auszuarbeiten.

Mit dem Staatsstreich begann eine Zeit, in der jegliche Opposition unerbittlich verfolgt wurde. *La prisión prolongada* war das Mittel der uruguayischen Generäle, Regime-GegnerInnen zu bekämpfen. Die Gesamtzahl der politischen Gefangenen, die nahezu allen sozialen Schichten und politischen Gruppen angehörten, wurde 1976 von amnesty international auf 5.000 geschätzt. Demnach hatte Uruguay mit fast einem Gefangenen pro 500 EinwohnerInnen die höchste Rate von politischen Gefangenen weltweit. Die meisten waren GewerkschaftsführerInnen, ArbeiterInnen,

StudentInnen und DozentInnen. Im Gegensatz zu anderen Diktaturen des Cono Sur verfolgte das uruguayische Militärregime nicht die Strategie, seine GegnerInnen massenhaft zu ermorden oder »verschwinden zu lassen«. Während in Argentinien im Verlauf der Militärdiktatur etwa 30.000 Menschen zum Verschwinden gebracht wurden, belief sich die Zahl der »Verschwundenen« in Uruguay »nur« auf 210 Personen. Die ehemalige »Schweiz Südamerikas« gab sich Mühe, die zivilisierte Fassade aufrechtzuerhalten. Doch der Schein trog. Fast alle politischen Gefangenen wurden gefoltert.

In der Wirtschaftspolitik setzte das Militärregime die vorherrschende Linie der Krisenjahre fort. Der von Präsident Bordaberry vor dem Putsch im April 1973 veröffentlichte nationale Entwicklungsplan kam ab 1974 zur Anwendung. Die Marktkräfte sollten wiederbelebt, die Rolle des Staates drastisch eingeschränkt und die Inflation mittels Senkung der Löhne eingedämmt werden. Um die Exporte zu erhöhen, wurde der Sektor der »nicht-traditionellen« Exportgüter mithilfe von günstigen Kreditlinien und Wechselkursen ausgeweitet. Zwar konnte durch gesteigerte Exporte zwischen 1974 und 1978 ein jährliches Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent erreicht werden, doch dieser makroökonomische Erfolg ging mit einem dramatischen Reallohnverfall und einer strikten Ausgabenkürzung des Staatshaushaltes einher. Die wachsende Verarmung breiter Schichten der Bevölkerung war die Folge. Auch die Emigration erreichte in diesem Zeitraum ihren Höhepunkt: Zwischen 1973 und 1976 wanderten nahezu 200.000 UruguayerInnen aus.

Die Militärdiktatur in Uruguay war durch die beständigen Bemühungen gekennzeichnet, das Regime zu legitimieren. Ab 1976 hatte der internationale Druck zugenommen: Die neue US-Regierung unter James Carter kritisierte die uruguayische Regierung wegen ihrer Verstöße gegen die Menschenrechte. Schließlich stellte im September 1976 die US-Administration ihre Militärhilfe an Uruguay ein. Die Militärmachthaber wollten sich nun von der eigenen Bevölkerung ihre »Neugründung« der Republik absegnen lassen. Dafür wurde eine Verfassungsreform vorbereitet, über die mit einem Plebiszit abgestimmt werden sollte. Zum einen sollte das politische System durch die Einführung eines einzigen Präsidentschaftskandidaten pro Partei und des Mehrheitswahlrechtes im Parlament stabilisiert werden. Zum anderen enthielt die neue Verfassung Elemente zum Schutz der »Nationalen Sicherheit«: Verbote von bestimmten Parteien sollten bestehen bleiben, der Nationale Sicherheitsrat COSENA sollte institutionalisiert werden und die zivilen Rechte der Bevölkerung blieben weiterhin außer Kraft. Der Versuch, das Militärre-

gime mit einer Volksabstimmung zu legitimieren, scheiterte jedoch. Am 30. November 1980 stimmten 85 Prozent der Wahlberechtigten über die Verfassung ab, von denen 57 Prozent mit »Nein« votierten.

Das Plebiszit läutete den Anfang vom Ende der Militärherrschaft ein. Auch wirtschaftlich geriet das Regime ins Wanken. Ab 1978 war die wirtschaftspolitische Strategie geändert worden: Mit einer angekündigten Überbewertung des Peso sollte die Inflation bekämpft werden, eine radikale Liberalisierung des Außenhandels sollte die Inlandspreise drücken. Dafür wurden in großem Umfang Kredite bei internationalen Banken aufgenommen. Kurzfristig erlebte das Land aufgrund des überbewerteten Pesos einen wahren Konsumrausch, doch gleichzeitig brach die Inlandsproduktion zusammen und die Auslandsverschuldung stieg an. Die letzten Jahre des Regimes wiesen eine verheerende Bilanz auf: 1982 und 1983 ging das BIP jeweils um 13 Prozent zurück, die Inflationsrate erreichte 66 Prozent, die Reallöhne fielen weiter und die offizielle Arbeitslosigkeit in Montevideo betrug 1984 13 Prozent. Die Auslandsschulden waren bis 1984 auf 4,6 Milliarden US-Dollar angewachsen (im Vergleich zu 0,7 Milliarden Dollar 1973).

Nach der für das Regime überraschenden Niederlage in der Volksabstimmung begann der Widerstand gegen die Militärherrschaft sich offen zu zeigen. So erhielten bei den innerparteilichen Wahlen 1982 diejenigen Sektoren der traditionellen Parteien die überwältigende Stimmenmehrheit, die einen klaren Oppositionskurs gegen die Militärs verfolgten. Das Regime sah sich gezwungen, mit den Parteivertretern über den Übergang zur Demokratie zu verhandeln. Der »Präsident der Transition«, General a.D. Gregorio Álvarez, war am 30. Juli 1981 von den Streitkräften eingesetzt worden. Zwischen Mai und Juli 1983 wurden im *Parque Hotel* Verhandlungen geführt, bei denen die Generäle immer wieder mit der Verschiebung oder Absetzung der für November 1984 vorgesehenen Wahlen drohten. Der umstrittenste Punkt war die Frage, ob die Streitkräfte nach 1984 noch eine institutionelle Rolle im politischen Leben des Landes spielen sollten. Dann änderte das Regime seine Taktik, um die bevorstehenden Wahlen zu beeinflussen. Der Favorit der Militärs war der Kandidat der gemäßigten Colorado-Fraktion, Julio María Sanguinetti. Dessen aussichtsreichster Herausforderer, der Blanco-Führer Wilson Ferreira Aldunate, war den Streitkräften wegen seiner scharfen Kritik des Regimes ein Dorn im Auge. Als er im Juni 1984 aus dem Exil zurückkehrte, wurde er sofort festgenommen. Daraufhin zog sich die Partido Nacional aus dem Dialog mit den Militärs zurück. Im Juli wurde das linke Parteienbündnis Frente Amplio wieder zugelassen und nahm den

Platz der Partido Nacional am Verhandlungstisch ein. Mit dem *Pacto de Club Naval* wurde im August 1984 vereinbart, die Wahlen wie vorgesehen durchzuführen, die Verfassung von 1967 ab dem 15. Februar 1985 wieder in Kraft zu setzen und alle Parteien an den Wahlen teilnehmen zu lassen. Mit 41 Prozent der Stimmen gewann am 25. November 1984 Sanguinetti die Wahlen. Der Wahlsieg des gemäßigten Colorado-Politikers spiegelte den Wunsch eines großen Teils der Bevölkerung wider, den Demokratisierungsprozess nicht durch zu starke Konfrontationen zu gefährden. Der Amtsantritt Sanguinettis am 1. März 1985 besiegelte formal das Ende der Militärdiktatur in Uruguay.

Líber Seregni: Der rote General

Gert Eisenbürger

Im Jahr 1937 wird ein junger Kadett der uruguayischen Armee namens Líber Seregni in Montevideo festgenommen, weil er an einer Solidaritätsveranstaltung für die von den Franco-Faschisten bedrohte spanische Republik teilgenommen hatte. Die Sache bringt ihm ein paar Tage Arrest ein, hat aber darüber hinaus keine negativen Folgen für ihn. Offiziell ist Uruguay im Spanischen Bürgerkrieg neutral, doch die öffentliche Meinung steht in ihrer großen Mehrheit auf Seiten der Republik. So macht der 1916 geborene Líber Seregni trotz seiner kurzfristigen Verhaftung in den folgenden Jahrzehnten eine glänzende militärische Karriere. 1963 wird er zum General ernannt, 1968 zum Kommandanten der ersten Militärregion, der Hauptstadt Montevideo.

Das waren eigentlich beste Voraussetzungen, um in den 1970er Jahren an der Spitze eines Militärregimes zu stehen. Doch findet sich Seregni in jenen Jahren nicht neben Pinochet oder Videla, sondern auf der anderen Seite der Barrikade wieder, in den Kerkern der uruguayischen Diktatur.



Anders als seine »Kameraden«, die den Feind in der Linken sehen, diese erbarmungslos bekämpfen und dabei die elementarsten Menschenrechte mit Füßen treten, bleibt Seregni seiner linksrepublikanischen Gesinnung treu. Als der konservative Präsident Jorge Pacheco 1969 das Militär gegen streikende Arbeiter und Studenten mobilisiert, quittiert Seregni den Dienst und verlässt die Armee.

Als sich 1970/71 die bis dato zersplitterten uruguayischen Linksparteien nach dem Vorbild der chilenischen Unidad Popular, die kurz zuvor mit dem Kandidaten Salvador Allende die Präsidentschaftswahlen gewonnen hat, zu einem Bündnis zusammenschließen, wird der parteilose Ex-General Seregni zur Integrationsfigur, auf den sich alle Strömungen von den Kommunisten über die Sozialisten bis hin zur kleinen christdemokratischen Partei verständigen können. Am 5. Februar 1971 wird die Frente Amplio gegründet und kürt Seregni zu ihrem Präsidentschaftskandidaten. Bis zu den Wahlen von 1971 war Uruguay ein Zweiparteiensystem. Die Kandidatur der Frente Amplio und ihres Kandidaten Seregni erschüttert dieses System. Nach dem Putsch im Jahre 1973 beginnen die Militärs eine Jagd auf alle Linken gleich welcher Couleur. Wer nicht rechtzeitig ins Ausland fliehen kann, landet im Knast. Auch Liber Seregni, der ehemalige General. Im November 1974 wird er vorübergehend auf freien Fuß gesetzt, im Januar 1976 erneut verhaftet. Er wird zum prominentesten Häftling des Regimes.

Nachdem das Militärregime nach dem verlorenen Verfassungsreferendum in die politische Krise gerät, wird der inzwischen 67-jährige Seregni am 19. März 1984 aus dem Gefängnis entlassen. Sofort übernimmt er wieder die Präsidentschaft der Frente Amplio. Seine Freilassung und seine Rückkehr in die politische Arena werden zum Symbol dafür, dass die Militärs nicht gesiegt haben. Bei den ersten freien Wahlen nach der Diktatur erreichen Seregni und die Frente Amplio 20,8 Prozent der Stimmen. 1989 tritt er zum dritten und letzten Mal als Kandidat des Mitte-Links-Bündnisses an, dem nun auch die zur politischen Partei gewordenen Tupamaros angehören. Seregni erhält landesweit 21,5 Prozent der Stimmen, in der Hauptstadt Montevideo wird die Breite Front erstmals zur stärksten Partei. Im Alter von achtzig Jahren gibt Seregni 1996 den Vorsitz der Frente Amplio an den 1989 zum Oberbürgermeister von Montevideo gewählten Tabaré Vázquez ab. Auch nach seinem offiziellen Ausscheiden aus der Politik bleibt Liber Seregni die große Integrationsfigur und moralische Autorität der uruguayischen Linken, eine charismatische Persönlichkeit, deren Wort Gewicht hat. Er stirbt am 31. Juli 2004 im Alter von fast 88 Jahren.

Exilland Deutschland: Zuflucht in West und Ost

Gert Eisenbürger

Rund 5.000 ChilenInnen flohen nach dem Militärputsch am 11. September 1973 vor dem Terror der Militärs nach Deutschland, etwa 3.000 in die alte BRD und 2.000 in die DDR. Aus Uruguay, wo die Uniformierten zehn Wochen zuvor die Macht übernommen hatten, kam dagegen nur eine geringe Zahl von Flüchtlingen in die beiden deutschen Staaten. In der Bundesrepublik waren es weniger als hundert Exilierte, erzählte mir die in Köln lebende Olga Machado Cámpora. Und in der DDR seien sie gerade mal zwanzig politische Flüchtlinge aus Uruguay gewesen, erinnerte sich Guillermo (Willi) Israel. Weit mehr UruguayerInnen hätten, so Olga Machado, in den Niederlanden, Frankreich und vor allem in Schweden Zuflucht gefunden. Das skandinavische Land war in den Jahren der Diktatur so etwas wie das Zentrum des uruguayischen Exils in Europa.

Wie viele UruguayerInnen war Olga Machado nach dem Putsch vom 27. Juni 1973 zunächst noch Chile geflohen. Das Land, in dem seit 1970 die linke Unidad Popular regierte, war neben Argentinien der natürliche Anlaufpunkt für die AktivistInnen, die aufgrund der Repression Uruguay schnellstmöglich verlassen mussten. Rund 4.000 seien nach Chile emigriert, erinnert sich Olga Machado. Doch nach dem Staatsstreich Pinochets saßen sie dort in der Falle. Wohin er oder sie in dieser Lage floh, konnte sich niemand aussuchen. Die Frage war nur, welche Botschaft man erreichen konnte, die noch Flüchtlinge einließ und über die man schließlich ausreisen konnte.

Olga Machado verschlug es mit ihren drei Kindern nach Köln. Ihr damaliger Ehemann, David Cámpora, saß seit 1972 wegen Mitgliedschaft bei



der MLN-Tupamaros in Uruguay im Gefängnis. Wie alle Flüchtlinge, mussten sie sich zunächst notdürftig in der Bundesrepublik einrichten: eine Wohnung suchen, die notwendigen Anträge bei den Ämtern stellen, eine Schule für die Kinder finden, Deutsch lernen. Daneben bemühte sich Olga um die Freilassung ihres Mannes. Als sie dafür öffentliche Aktionen starten wollte, riet ihr Davids Anwalt ab. Ihr Mann sei vor dem Putsch verhaftet worden, falle daher noch unter die zivile Gerichtsbarkeit und sei nicht an bewaffneten Aktionen beteiligt gewesen. Seine Freilassung sei nur eine Frage von Wochen oder höchstens Monaten. Als ein Zivilgericht tatsächlich seine Entlassung anordnete, kam er aber nicht frei, sondern wurde aus dem Gefängnis Libertad (Freiheit!) in eine Kaserne verlegt. Olga und die Familie hofften weiter auf seine baldige Ausreise, doch nichts dergleichen geschah. 1976 trat sie schließlich zusammen mit ihrer ebenfalls in Köln lebenden Schwester Mecha und ihrem Schwager Jorge Risi, einem bekannten Geiger, an die Öffentlichkeit.

Die Familie lebte in Köln-Holweide, einer in den 1960er Jahren aus dem Boden gestampften Hochhaussiedlung. Holweide gilt heute als einer der »Problembezirke« Kölns, mit hoher Arbeitslosigkeit und sozialen Brennpunkten. Mitte der 1970er Jahre lebten dort überwiegend Arbeiterfamilien und im Viertel gab es eine der ersten integrierten Gesamtschulen Nordrhein-Westfalens. Diese neue Schulform wollte die sozialen Barrieren des dreigliedrigen Schulsystems überwinden und Kindern aus Arbeiterfamilien bessere Bildungsperspektiven eröffnen. Auch Olga und Davids Kinder Silvia, Ariel und Pablo besuchten diese Schule. Und genau dort fand zwischen 1976 und 1980 eine beeindruckende Solidaritätskampagne statt, die sogar Eingang in die uruguayische Literatur fand. In seinem 1982 erschienenen großen Exilroman *Primavera con una esquina rota* (Frühling im Schatten) beschreibt Mario Benedetti die Entfremdung eines Paares in der Situation des Exils. In Zwischenblenden schildert er Erfahrungen von UruguayerInnen, die gezwungenermaßen in der Fremde lebten. Eine davon befasst sich mit der Gesamtschule Köln-Holweide.

Als einige LehrerInnen und Eltern erfuhren, dass der Vater der Cámpora-Kinder in Uruguay aus politischen Gründen im Gefängnis saß, wollten sie etwas dagegen unternehmen. Zusammen mit Olga und der Familie organisierten sie einen Elternabend, um zu überlegen, welche Aktivitäten sie auf die Beine stellen könnten. Anstatt der erwarteten 30 TeilnehmerInnen erschienen fast 500 Eltern. Die Bereitschaft, aktiv zu werden, war groß. Zunächst entschied man, in einer Briefaktion an die uruguayische Militärregierung die Freilassung David Cámporas zu fordern. Dafür mobilisierten die InitiatorInnen nicht nur in der Gesamt-

schule, sondern auch im Viertel und an anderen Schulen. Am Ende kamen 20.000 Briefe an Uruguays Militärmachthaber zusammen. Danach organisierte die Initiative eine Demonstration zur uruguayischen Botschaft in Bonn. Daran beteiligten sich über 800 SchülerInnen und Eltern, es wurde die größte öffentliche Manifestation gegen die uruguayische Militärdiktatur in Deutschland. Die AktivistInnen in Holweide überlegten sich immer neue Aktionen, um die Mobilisierung für die Freilassung David Cámporas aufrechtzuerhalten. Als er schließlich am 12. Dezember 1980 auf freien Fuß gesetzt wurde und zwei Tage später am Köln-Bonner Flughafen ankam, wurde er dort von über 300 Leuten erwartet, eine Begrüßung, die ihn nach acht Jahren Haft völlig überwältigte.

Köln und die Gruppe »Information über Uruguay« um Olga Machado blieb auch später das Zentrum des uruguayischen Exils und der Uruguay-Solidarität in der Bundesrepublik. Daneben gab es noch eine aktive Gruppe von Exil-UruguayerInnen in West-Berlin und eine weitere in Kassel, sowie ab 1982 einen kleinen Kreis um Ernesto Kroch und Eva Weil in Frankfurt. Teilweise in Zusammenarbeit mit exiluruguayischen Gruppen in Zürich, Bern und Wien bemühten sie sich, die hiesige Öff-



fentlichkeit zu informieren und Solidaritätsarbeit (Infostände, Veranstaltungen, kleine Publikationen, Postkartenaktionen, Geldsammlungen für die Familien der Häftlinge) zu leisten. Höhepunkte dieser Aktivitäten waren die Konzerte Daniel Vigliettis, der regelmäßig aus dem Pariser Exil anreiste, um seine Lieder zu singen, die Diktatur anzuklagen und Geld für die politischen Gefangenen zu sammeln.

Gänzlich andere Bedingungen als in der BRD und West-Berlin fanden die wenigen uruguayischen Flüchtlinge in der DDR vor. Der 1936 aus Trier nach Montevideo emigrierte Willi Israel war seit 1950 hauptamtlicher Funktionär der Kommunistischen Partei Uruguays (PCU), u.a. als Redakteur der Parteizeitung *El Popular*. Nach dem Militärputsch wurde er verhaftet, dann nach einigen Monaten im Gefängnis in »überwachte Freiheit« entlassen, er musste sich regelmäßig bei der Polizei melden. Obwohl er uruguayischer Staatsbürger war, wurde er im Mai 1975 mit seiner Familie ausgewiesen und nach Ost-Berlin abgeschoben.

Da er perfekt zweisprachig und schon seit 1964 Uruguay-Korrespondent der DDR-Nachrichtenagentur ADN war, fand er schnell Arbeit bei der ADN-Zentrale in Berlin, und die Familie erhielt dort eine Wohnung.

Auch die Israels wollten sich in ihrem Exilland gegen die uruguayische Diktatur engagieren. Doch politische Eigeninitiative war in der DDR nicht erwünscht. Wie ihr erster Versuch einer Solidaritätsaktion scheiterte, schilderte mir Willi Israel Anfang 1997: »Kurz nachdem meine Frau und ich 1975 nach Berlin gekommen waren, gab es dort den Weltfrauenkongress. Wir hatten die Idee, auf diesem Forum die Situation der uruguayischen Frauen unter der Diktatur zu thematisieren. Ich sprach dafür einen hervorragenden alten Journalisten an, Max Kahane, dessen Frau Grafikerin war. Ihn kannte ich schon aus Montevideo, er war in Brasilien gewesen, ein alter Kommunist, Spanienkämpfer, Journalist bei den Nürnberger Prozessen, kurz: ein Mann von Format. Seine Frau sollte ein kleines Plakat entwerfen. Für die Rückseite schrieben wir einen Text über die Situation der uruguayischen Frauen. Frau Kahane gestaltete das Ganze mit einem kleinen Team von Grafikern und Fotografen aus der Redaktion der Wochenzeitung *Horizont*. Das lief wie am Schnürchen. Eines Tages zitierte man mich zum Zentralkomitee der SED. Der Genosse empfing mich nicht im Haus, sondern davor und sagte mir: »Das Plakat läuft nicht. Es geht nicht, dafür gibt es keine Druckerlaubnis.« Das war, als hätte man mir eiskaltes Wasser über den Kopf geschüttet. Ich sollte nicht fragen, warum und weshalb, es ginge nicht, und er appelliere an mein Verständnis. So etwas geschah in der DDR auf Schritt und Tritt. Alles musste von oben absegnen werden.«

Willi Israel und die anderen UruguayInnen konnten erst aktiv werden, als die Solidarität mit Uruguay zur »Chefsache« wurde, nämlich als Erich Honecker den im Moskauer Exil lebenden Generalsekretär der PCU, Rodney Arismendi, traf. Die beiden Parteichefs vereinbarten eine politische Zusammenarbeit, und von einem Tag auf den anderen hatten die uruguayischen Exilierten in der DDR Möglichkeiten, von denen die Flüchtlinge in der BRD nur träumen konnten, wie Willi Israel berichtete: »Unter meiner Regie als Redakteur kam eine Monatszeitschrift *Desde Uruguay* heraus, auf Deutsch und zeitweilig auf Spanisch. Mit einer Auflage von 1.000 Exemplaren wurde sie an interessierte Personen und Institutionen verteilt. Das Material bezogen wir über Fernschreiber aus Moskau, Mexiko und Schweden, wo es große uruguayische Exilgemeinden gab.« *Desde Uruguay* wurde nicht nur in der DDR vertrieben, sondern erreichte auch die Solidaritätsgruppen in der alten BRD. Bedeutsam war nach Ansicht Willi Israels die materielle Solidarität, vor allem seitens der DDR-Gewerkschaften: »Trotz aller Kritik am FDGB weiß ich, dass die Genossen immer Dollars locker machten – und das war in der DDR nicht einfach –, um die uruguayischen Gewerkschaften zu unterstützen. Wir haben viele Broschüren und Plakate für Uruguay in der DDR gedruckt. Hier (in Uruguay, G.E.) kann man heute noch in Gewerkschaftshäusern Plakate sehen, die in der DDR gedruckt wurden.«

Der DDR-Auslandsrundfunk gab den Exilierten die Möglichkeit, sich direkt an die uruguayische Bevölkerung zu wenden. Für Willi Israel waren das die Sternstunden seiner Arbeit in der DDR: »Das Wichtigste war für uns die Ausstrahlung einer täglichen zehnminütigen spanischsprachigen Radiosendung nach Uruguay über Radio Berlin International. Meine Frau übernahm die Leitung der Sendung. Ich selbst sprach jeden Freitag fünf Minuten über konkrete Fälle von Verhaftungen oder Verschwindenlassen, die montags gesendet wurden. Nach meiner Rückkehr nach Uruguay wurde ich öfter angesprochen, ob ich nicht der sei, den sie während der Diktatur montags im Radio gehört hätten. Wir brachten viele Interviews mit uruguayischen Politikern im Exil, sowohl mit Leuten von der KP als auch mit Repräsentanten anderer Parteien. Die Ausstrahlung der Radiosendung war eine sehr positive Solidaritätsleistung der DDR. Die Sache war besonders wichtig, solange die Diktatur noch wirklich hart war und jegliche Information unterdrückte. Den Sender aus Berlin konnten sie nicht zum Schweigen bringen. Die Sendungen wurden in Uruguay auf Kassetten aufgenommen und unter den Oppositionellen verbreitet. Sie kamen z.T. sogar in die Kerker rein. Mir kam 1984 die Ehre zu, die letzte dieser Sendungen zu machen.«

Ernesto Kroch: Unermüdlich und unentbehrlich

Stefan Thimmel

1917, im Jahr der Russischen Revolution, wird in Breslau in einem kleinbürgerlichen jüdischen Haushalt Ernst Julius Kroch geboren. Als Jugendlicher schließt er sich dem deutsch-jüdischen Jugendbund »Kameraden« an. Als sich dieser 1932 in drei politische Richtungen spaltet, gehört er zu denen, die der Jugendorganisation der KPD, einer antistalinistischen Abspaltung der KPD, beitreten. Nach der Machtübernahme der Nazis beteiligt er sich an antifaschistischen Widerstandsaktionen, wird verhaftet und wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« verurteilt. Im Mai 1936 entlassen, verhaften ihn die Nationalsozialisten auf der Stelle erneut und sperren ihn ins KZ Lichtenburg nahe Wittenberg. Neun Monate später kommt er überraschend frei, allerdings mit der Auflage, binnen zehn Tagen das Deutsche Reich zu verlassen und nie wieder zurückzukehren.

Über Ungarn gelangt der 20-Jährige nach Jugoslawien, wo der gelernte Mechaniker mehrere Monate in einem Kibbuz, in dem junge Juden und Jüdinnen auf ihre Auswanderung nach Palästina vorbereitet werden, als Schweinehirt, Schmied, Holzfäller und Bäcker arbeitet. Nach Palästina, das einzige Land, für das er ein gültiges Visum besitzt, will Kroch, der als Kommunist dem Zionismus kritisch gegenübersteht, auf keinen Fall. Schließlich verkauft ihm der paraguayische Konsul in Zagreb ein Visum für das lateinamerikanische Land, und Ende 1938 schiffte sich Ernest Kroch mit drei Freunden in Marseille an Bord des Flüchtlingsschiffes *Alsina* ein. Am zweiten Weihnachtstag 1938 erreicht er Montevideo am Río de la Plata.

Hier angekommen stellt sich heraus, dass das Visum für Paraguay gefälscht ist. Ernst Kroch wird zusammen mit anderen Flüchtlingen in einem Hotel interniert, wenige Tage danach aber wieder

freigelassen. Obwohl ohne Einreisevisum, kann er in Uruguay bleiben.

Der junge Ernesto, wie er jetzt genannt wird, findet schnell Arbeit bei der Eisenbahn und später in einem Metallbetrieb (in dem er fast 50 Jahre tätig sein wird), engagiert sich im Deutschen Antifaschistischen Komitee gegen die Nazis und gründet eine Familie. 1945 will er mit seiner Frau und den beiden Kindern Elly und Peter nach Ostdeutschland gehen, um am Aufbau des Sozialismus mitzuwirken. Der Plan scheitert an der Weigerung der sowjetischen Botschaft in Uruguay, ihm ein Visum auszustellen. Trotz einiger Vorbehalte tritt er 1946 in die Kommunistische Partei Uruguays ein. Ab 1956 kämpft er für ein Wohnungsbauprogramm für mittellose EinwohnerInnen in einem heruntergekommenen Innenstadtviertel von Montevideo, dem *Barrio Sur*. »Er arbeitete unermüdlich und seine Argumente hatten Hand und Fuß«, erinnert sich Miguel Piperno, vor 50 Jahren einer seiner Mitstreiter im Barrio Sur und heute Präsident der Wohnungskreditbank. »Ernesto machte sich daran, auf eigene Faust das notwendige Gesetzesvorhaben auszuarbeiten. Sein Entwurf wurde schließlich vom Parlament angenommen.«

1964 gründet er in der Altstadt von Montevideo mit weiteren Deutschstämmigen, viele wie er selbst deutsche Juden und überwiegend der Kommunistischen Partei Uruguays nahestehend, das Institut der Freundschaftsgesellschaft Uruguay-DDR, die Casa Bertolt Brecht. Nach dem Militärputsch im Juni 1973 arbeitet Ernesto Kroch im Untergrund für den verbotenen Gewerkschaftsdachverband CNT.

Bei seinem Bemühen, seinen Sohn Peter, der seit 1975 im berühmten Gefängnis *Libertad* eingesperrt war, freizubekommen, lernt Ernesto 1980 seine spätere Lebensgefährtin Eva Weil kennen, mit der er bis heute zusammenlebt. Eva Weil, selbst eine jüdische Emigrantin, die in Uruguay im Exil gelebt hatte, war als Vertreterin von amnesty international aus Frankfurt nach Uruguay gekommen. 1982 muss Ernesto selbst aus Uruguay fliehen, weil seine klandestine Tätigkeit aufzufliegen droht und seine Verhaftung bevorsteht. Wieder stellte sich für ihn die Frage, wohin. Er entschied sich für Deutschland, trotz seiner bitteren Erfahrungen im Nationalsozialismus und des Schicksals seiner Eltern, die in Auschwitz ermordet worden waren.

Im Dezember 1985, nach dem Ende der Diktatur in Uruguay, kehrt Kroch nach gut drei Jahren Exil in der Heimat in seine Heimat im Exil zurück. Wieder ein Abschied, wieder eine Heimkehr. Dieses Mal allerdings aus freiem Willen.

Ernesto engagiert sich in Montevideo weiterhin politisch: in der Casa Brecht, die nach dem Zusammenbruch der DDR als soziokulturelles



Zentrum der Linken weitergeführt wird, im Nachbarschaftskomitee. Er redigiert die Stadtteilzeitung, zieht unermüdlich durch Universitäten und Gewerkschaftszentralen. Wegen seines vielfältigen sozialen und politischen Engagements ernennt ihn die Stadt Montevideo anlässlich seines 90. Geburtstags Anfang 2007 zum Ehrenbürger. Neben seinen politischen Aktivitäten widmet er sich dem Schreiben von Romanen, Erzählbänden, Sachbüchern und Presseartikeln: Bis heute hat er vier Bücher auf Deutsch veröffentlicht, darunter seine 2004 erschienene Biografie *Heimat im Exil – Exil in der Heimat* sowie sechs Bücher in spanischer Sprache. Auch in Deutschland, wo Ernesto und Eva mehrere Monate im Jahr verbringen, gönnt er sich keine Pause. Der »Langstreckenkämpfer«, wie ihn der Frankfurter Filmemacher Martin Kessler, der seit einiger Zeit an einer filmischen Langzeitbeobachtung über Ernesto Kroch arbeitet, nennt, interessiert sich für die sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen, engagiert sich für Attac, liest in Schulen und vor GewerkschafterInnen aus seinen Büchern. Und er informiert und erzählt über Uruguay und von der seit März 2005 regierenden Frente Amplio, in der Ernesto Kroch seit vielen Jahren als Vertreter seines Basiskomitees aktiv ist. Obwohl er durchaus Kritik an der Regierungspolitik der Frente hat und seine Enttäuschung nicht immer verbergen kann, plädiert er doch für Geduld und für breite gesellschaftliche Bündnisse. Er sieht mit der Erfahrung von 92 Jahren auf das große Ganze: »Unabhängig vom Resultat, das in der Zukunft liegt, steht fest: Dieses große Projekt ist nach der Katastrophe einer Diktatur und vier neoliberalen Regierungen eine Überlebenschance für die Mehrheit der Uruguayer. Und was das Risiko des Scheiterns betrifft – was im Leben ist schon ohne Risiko?«

Zwischen Assimilation und kultureller Autonomie: Die jüdische Gemeinde

Javier Taks

Die Juden sind eine der größten ethnischen Minderheiten in Uruguay. Und sie sind ein Beispiel für die Auflösung des Widerspruchs zwischen Assimilation an die nationalen Gegebenheiten einerseits und Bewahrung der kulturellen Autonomie andererseits, die auf ihrer religiösen, sprachlichen und/oder jüdisch-zionistischen Prägung beruht.

Historische Quellen dokumentieren die Anwesenheit von portugiesischen und spanischen Menschen jüdischen Glaubens, die ihre Religion vor der katholischen Inquisition geheim hielten (»Kryptojuden«), in Uruguay seit dem 17. Jahrhundert, beispielsweise in Colonia del Sacramento. Eine quantitativ bedeutsame jüdische Immigration nach Uruguay hat zwischen 1890 und 1950 stattgefunden, vor allem in den Jahren von 1900 bis 1932. Zwischen 1933 und 1945 wurde die Einwanderung eingeschränkt. Nach 1945 erreichte eine kleine Zahl von Holocaust-Überlebenden das Land. Schätzungen zufolge lebten Mitte des 20. Jahrhunderts ca. 50.000 Juden in Uruguay.

Die Herkunftsländer und -regionen der einwandernden Juden waren zahlreich. Die Ersten erreichten Uruguay über Argentinien. Sie kamen aus Nordafrika, vom Balkan, dem Libanon, aus Syrien und der Türkei (*sefaradim*) und ließen sich in der Altstadt Montevideos nieder. Sie waren Kunsthandwerker, Kaufleute, ungelernte Arbeiter und ambulante Händler. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts stieg die Zahl der Juden aus Osteuropa (*ashkenazim*) an, bis diese Gruppe 70 Prozent der immigrierten Juden ausmachte. Sie flohen vor der Wirtschaftskrise und den Pogromen in Polen, Russland, Rumänien und Litauen und brachten die Erfahrung mit, aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, aber auch wegen ihrer politischen Überzeugungen verfolgt worden zu sein. Viele von ihnen hatten mit den sozialistischen Ideen sympathisiert, die von den Regierungen ihrer Herkunftsländer bekämpft wurden.

Unter sich sprachen sie Jiddisch. Viele osteuropäische Juden ließen sich in den Arbeitervierteln in Montevideo nieder. In einigen Fällen gründeten sie landwirtschaftliche Kooperativen, die jedoch scheiterten. Sie arbeiteten als Lohnarbeiter in der Textil- und Gefrierindustrie, sie entwickelten den Einzelhandel und die Kleinindustrie. Im urbanen Raum sind vor allem die *clapers* genannten ambulanten Händler hervorzuheben, deren (Spitz-)Name vom Geräusch herrührte, das sie beim An-die-Tür-Klopfen produzierten. Viele von ihnen wohnten im Viertel Reus al Norte, das bis heute als »jüdisches Viertel« bekannt ist.

Infolge des Aufstiegs des Nationalsozialismus kamen in den frühen 1930er Jahren die ersten jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich (*iekes* oder *ashkenazi*), aber auch aus Ungarn und der Tschechoslowakei nach Uruguay. In beiden Fällen unterschieden sie sich von den vorherigen Immigrationsströmen, sie waren weniger religiös, höher gebildet und kamen aus sozio-ökonomisch besser gestellten Schichten. Sie ließen sich in den Mittelklassevierteln der Stadt nieder. Noch heute konzentriert sich hier die größte Anzahl jüdischer Familien sowie jü-

discher pädagogischer und religiöser Institutionen. Obwohl die Mehrheitsgesellschaft die jüdische Gemeinde stets als eine einheitliche, unternehmungsfreudige und wirtschaftlich erfolgreiche Gruppe wahrnahm, hat es innerhalb der Gemeinde immer eine Segmentierung aufgrund von Glaubens- (traditionelle und religiöse Juden vs. laizistische Juden) und ideologischen Fragen (Linke vs. Konservative) gegeben. Zudem war auch die wirtschaftliche Lage alles andere als einheitlich. Jede der unterschiedlichen Immigrationsgruppen organisierte sich je nach Herkunft separat nach *kehilot* (Gemeinden); jede *kehila* hat ihre eigenen religiösen, Bildungs-, sozialen und kulturellen Institutionen.

1940 wurde das gemeindeübergreifende Zentralkomitee der Juden in Uruguay gegründet. Des Weiteren gab es in den 1920er und 1930er Jahren eine einflussreiche jüdische Arbeiterbewegung, welche sich im Lauf der Jahre in eine jüdisch-progressive Organisation mit kommunistischer Prägung verwandelte. Mit der Zeit verwischten die Unterschiede zwischen den verschiedenen jüdischen Gemeinden durch Eheschließungen zwischen unterschiedlichen *kehilot*. Diese wurden einer Hochzeit mit Nichtjuden vorgezogen, da die jüdische Gemeinde zahlenmäßig rückläufig war. Ein weiteres Bindemittel innerhalb der jüdischen Gemeinde war die Dominanz der zionistischen Orientierung unter den jüdischen Gemeindevorstehern, die durch die Staatsgründung und den Überlebenskampf Israels noch verstärkt wurde. Uruguay trug mit seiner Stimme bei den Vereinten Nationen 1947 maßgeblich zur Gründung des Staates Israel bei, was von den jüdischen Gemeindevorstehern und der politischen Klasse als Zeichen der Akzeptanz der Juden durch die uruguayische Gesellschaft interpretiert wurde.

Die Möglichkeiten, die das kostenlose Bildungssystem Uruguays bot, wurden von der zweiten und dritten Generation der jüdischen ImmigrantInnen genutzt, sodass zurzeit ein großer Prozentsatz der jüdischen Gemeinde studiert. Darunter sind viele Frauen, was die aktuelle »Feminisierung« der Hochschulbildung vorwegnahm. Gute Ausbildung, Integration in das politische System, unternehmerischer Geist und ein eingeschränkter Konsum waren Gründe für den sozialen Aufstieg der jüdischen MigrantInnen, die sich immer mehr in das kulturelle wie politische Leben integrierten und in Gewerkschaften, Journalismus, Sport, Forschung, Handel, öffentlichem Dienst, der Textilindustrie und in geringerem Maße der Landwirtschaft präsent sind.

Während der Militärdiktatur hielten sich die größten Institutionen der jüdischen Gemeinde bedeckt, vorrangig, um die eigenen Mitglieder zu schützen. Trotzdem gab es etliche linke jüdische Aktivisten, die ver-

haftet wurden, verschwanden oder ins Exil gingen. Zahlreiche progressive jüdische Organisationen wurden verboten oder überwacht. Eine international anerkannte Rolle spielte in dieser Zeit die *Mutualista Israelita del Uruguay* (MIDU), wo Familienangehörige von Verhafteten und Verschwundenen ärztlich behandelt und beraten wurden. Außerdem wurden bei der MIDU Personen eingestellt, die aus ideologischen Gründen ihre Arbeit verloren hatten.

Die jüdische Präsenz ist auch im urbanen Raum von Montevideo sichtbar. Entlang einer öffentlich zugänglichen Promenade am Río de la Plata erstreckt sich eine Holocaust-Gedenkstätte. Plätze tragen die Namen bekannter jüdischer Persönlichkeiten; es gibt jüdische Schulen, Synagogen, Jugendzentren und öffentliche Gebäude, die traurigerweise durch ihre betonierte Eingänge zu erkennen sind, die sie vor terroristischen Anschlägen schützen sollen.

Die jüdische Emigration aus Uruguay ist seit den 1940er Jahren konstant. Das Hauptzielland war und ist aus religiösen und ideologischen, aber auch ökonomischen Gründen Israel, wie zum Beispiel während der letzten großen Finanzkrise in Uruguay, als viele Familien durch eine spezielle Migrationspolitik Israels angeworben wurden. Andere Zielländer für uruguayische Juden sind die USA, Panama und Spanien.

Neben Assimilation und Emigration sorgt heutzutage ein weiteres Thema für interne Debatten innerhalb der jüdischen Gemeinde Uruguays: das Engagement der orthodoxen Religionsgruppen, die versuchen, Anhänger zu gewinnen, was von den Anhängern des vorherrschenden laizistischen Judentums kritisch betrachtet wird. Schließlich gibt es noch Debatten darüber, was und wen der jüdische Staat repräsentiert – auch wenn die Staatsgründung Israels für alle uruguayischen Juden ein Vorher und Nachher in der eigenen Identitätskonstruktion bedeutet. Diese Debatte wird durch die Streitfrage über den palästinensisch-israelischen Konflikt im Nahen Osten erweitert, die trotz der geografischen Entfernung keinen uruguayischen Juden kalt lässt. Und auch wenn antisemitische Attacken nur sporadisch vorkommen, ist der Kampf der jüdischen Organisationen gegen den Antisemitismus und andere Formen der Diskriminierung ein ständiger Teil ihres Alltags.

Übersetzung: Olga Burkert

Vom Einwanderungs- zum Auswanderungsland

Javier Taks

Das Gebiet östlich des Río Uruguay wurde erst spät von den spanischen Kolonisatoren sowie von afrikanischen Sklaven, die aus Brasilien oder Afrika nach Uruguay gebracht wurden, besiedelt. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit hatte das 176.000 Quadratkilometer große Territorium mit ca. 70.000 EinwohnerInnen eine sehr niedrige Bevölkerungszahl. Ab 1850 bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein wanderten dann Hunderttausende von MigrantInnen aus Europa und anderen südamerikanischen Ländern nach Uruguay ein, sodass die Bevölkerung bis 1963 auf drei Millionen EinwohnerInnen anstieg. Die armenischen, jüdischen, italienischen, slawischen, spanischen, libanesischen, französischen, deutschen und brasilianischen ImmigrantInnen gründeten einerseits ihre eigenen Gemeinden mit Vereinen und sozialen Netzwerken, andererseits integrierten sie sich in eine relativ homogene Nationalkultur, weil diese Einwanderungskultur ihnen den Spielraum ließ, ihre Sitten und Bräuche weiter zu pflegen. Diese Einwanderungswelle ebte jedoch schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ab. Viele Neuankömmlinge zogen nach Argentinien oder Brasilien weiter. Aufgrund der feudalen Besitzstrukturen und der geringen Industrialisierung Uruguays sahen sie in Metropolen wie Buenos Aires und São Paulo sowie in den südlichen Bundesstaaten Brasiliens wie Rio Grande do Sul eher eine Perspektive für sich.

Seit den 1960er Jahren ist die Einwanderungsbilanz in Uruguay negativ. In dieser Zeit entwickelte sich die »Nation in der Diaspora«, vor allem gut ausgebildete und spezialisierte Arbeitskräfte wandern seitdem aus. Waren es in den 1960er Jahren eher ökonomische Gründe, so kamen ab Anfang der 1970er Jahre politische Gründe hinzu. Während der Militärdiktatur von 1973 bis 1985 wurden Tausende UruguayerInnen ins Exil getrieben. Ein Jahr nach dem Militärputsch erreichte die Auswanderung ihren Höhepunkt. Hauptzielländer dieser Migrationswelle waren Argentinien, Brasilien, die USA, Kanada, Australien, Venezuela und Mexiko.

Nach dem Ende der Diktatur kehrten ca. 40.000 ExilantInnen, die aus politischen und ökonomischen Gründen das Land verlassen hatten, nach Uruguay zurück. Einige von ihnen besetzten nach ihrer Rückkehr soziale oder politische Führungspositionen. Nicht wenige mussten jedoch erneut ihre Koffer packen, da sie keinen Platz in der Post-Diktatur-Gesellschaft

fanden und von den ersten demokratisch gewählten konservativen Regierungen auch keine Anstrengungen unternommen wurden, die RückkehrerInnen zu integrieren. Dieses Defizit existiert bis heute. Das Land erleidet einen demografischen Notstand, da es nicht mehr in der Lage ist, die aktuelle Bevölkerung zu reproduzieren. Die Regierung der Mitte-Links-Koalition Frente Amplio hat zwar versucht, die Beziehung zu der im Ausland lebenden uruguayischen Diaspora zu stärken, eine langfristig angelegte Migrationspolitik ist aber nicht erkennbar. Vielmehr hält die Auswanderungswelle weiter an: Zwischen 2002 und 2008 verließen 150.000 uruguayische StaatsbürgerInnen das Land. Schätzungen gehen davon aus, dass heute insgesamt 450.000 UruguayerInnen außerhalb der Landesgrenzen leben, hauptsächlich in Spanien, den USA, Argentinien und Brasilien.

Vor allem Spanien und die USA zogen seit 2002 70 Prozent der uruguayischen MigrantInnen an. Aber auch in Australien, Israel, Venezuela, Kanada, Mexiko, Paraguay und Frankreich gibt es uruguayische Communities.



Die UruguayerInnen, die das Land verlassen, sind meist relativ jung, mehr als die Hälfte ist zwischen 20 und 30 Jahren alt, eine Mehrheit davon junge Männer. Diejenigen, die auswandern, haben einen höheren Bildungsgrad als der Durchschnitt der Daheimgebliebenen. Die Familien, die emigrieren, gehören zur Mittelklasse bzw. verfügen über genügend finanzielle Mittel, um die Reise zu bezahlen und die ersten Monate im Ausland zu überstehen. Und sie tragen, wie in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern auch, durch ihre Rücküberweisungen aus dem Ausland zur Versorgung der im Land verbliebenen Familienmitglieder bei. Die Zahlungen von im Ausland lebenden UruguayerInnen haben sich mit der jüngeren Migration mehr als verdoppelt; Schätzungen gehen von 150 Millionen US-Dollar allein im Jahr 2005 aus. Trotzdem sind diese Zahlen in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt nicht relevant, sie machen weniger als 0,5 Prozent aus. Dennoch bedeutet für viele Familien das Geld, das Verwandte aus dem Ausland überweisen, einen unverzichtbaren Beitrag, der ihnen hilft, nicht unter die Armutsgrenze zu rutschen.

Um dem Bevölkerungsrückgang und der Überalterung der uruguayischen Gesellschaft entgegenzuwirken, versuchte die Frente-Amplio-Regierung die Beziehung zu den im Ausland lebenden UruguayerInnen zu vertiefen, damit diese ihre emotionale und materielle Beziehung zum Heimatland aufrechterhalten. 2005 wurde dafür das sogenannte *Departamento 20* als Unterabteilung des Außenministeriums gegründet. Symbolisch steht diese Behörde dafür, dass die Diaspora als neue administrative Einheit neben den 19 Provinzen Uruguays wahrgenommen wird. Die Programme dieser Behörde sind vielfältig und reichen von der Vereinfachung von Überweisungen aus dem Ausland über die Einrichtung eines Rückkehrerbüros bis zu Austauschprogrammen für UruguayerInnen mit Hochschulbildung. Der größte Fortschritt ist aber das neue Migrationsgesetz, in dem u.a. das Recht für RückkehrerInnen, ihre Arbeitswerkzeuge und ein Auto ohne Steuern einzuführen, verankert ist, sowie die Anerkennung der sogenannten *consejos consultivos*, der Vereinigungen der uruguayischen EmigrantInnen, von denen es seit 2005 ungefähr 40 weltweit gibt. Diese Körperschaften sollen als Vermittler zwischen dem uruguayischen Staat und den im Ausland lebenden UruguayerInnen fungieren.

Eines der Hauptziele der von der Frente Amplio verfolgten Politik, die Beziehung zwischen dem uruguayischen Staat und den ausgewanderten UruguayerInnen zu stärken, ist das Wahlrecht für im Ausland lebende Landsleute. Obwohl bereits im Wahlkampf 2004 ein zentrales Anliegen

der linken Frente Amplio, konnte es bisher nicht durchgesetzt werden. Die konservative Opposition, deren Stimmen für die notwendige Verfassungsänderung gebraucht werden, argumentiert vordergründig, dass die, die »draußen« leben, nicht über die »drinnen« bestimmen dürften und dass es keine Garantie dafür gebe, dass das Wahlrecht im Ausland unter freien und geheimen Voraussetzungen ausgeübt werde. In Wirklichkeit geht es um Wählerstimmen. Die große Mehrheit der Exil-UruguayerInnen steht der Frente Amplio nahe und ihre Stimmen könnten so zum Zünglein an der Waage bei zukünftigen Wahlen werden. Nach der Ablehnung des Gesetzes durch die beiden konservativen Parteien Blancos und Colorados wurde von einigen *consejos consultivos* und MigrantInnenvereinigungen eine Kampagne initiiert, durch die schließlich eine Mehrheit der ParlamentarierInnen überzeugt werden konnte. Zeitgleich mit den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 25. Oktober 2009 fand eine Volksabstimmung über das Auslandswahlrecht per Briefwahl statt. Überraschend deutlich wurde das sogenannte *Voto Epistolar* abgelehnt. Nur 37 Prozent der UruguayerInnen stimmten dafür, die erforderliche absolute Mehrheit wurde deutlich verfehlt.

Trotz der negativen Migrationsbilanz ist Uruguay immer noch auch ein Einwanderungsland. Hauptsächlich aus Peru, Bolivien und Argentinien wandern Menschen ein. Die EinwandererInnen aus Argentinien gehören meist höheren Gesellschaftsschichten an und sind auf der Suche nach Sicherheit und einem luxuriösen Leben. Sie bevorzugen Badeorte wie Punta del Este und Atlántida, aber auch Städte wie das von Buenos Aires in einer guten Stunde zu erreichende Colonia del Sacramento. ImmigrantInnen aus dem andinen Raum arbeiten dagegen vorrangig in der Fischindustrie oder sind als Hausangestellte in Montevideo oder – in den Sommermonaten – in Punta del Este tätig. Aus Europa und den USA kommen zudem immer mehr RentnerInnen nach Uruguay. Die Lebenshaltungskosten sind hier niedriger als in Europa oder den USA (obwohl Uruguay kein »Billigland« ist), die medizinische Versorgung ist im Vergleich preiswert, der Erwerb von Grundeigentum ist für AusländerInnen unproblematisch. Und es herrscht eine relativ große wirtschaftliche und politische Stabilität, was für viele den entscheidenden Unterschied zu anderen lateinamerikanischen Staaten ausmacht.

Übersetzung: Olga Burkert

Von der Post-Diktatur zur ersten Frente-Amplio-Regierung

Stefan Thimmel

25 Jahre nach Ende der Militärdiktatur hat die Linke in Uruguay die Hegemonie erobert, das Mitte-Links-Bündnis Frente Amplio wird bis mindestens 2015 die Regierung stellen. Als am 1. März 1985 der Colorado Julio María Sanguinetti als erster Präsident der Post-Diktatur-Phase sein Amt antrat, sah es danach überhaupt nicht aus. Die parlamentarische Demokratie vollzog zumindest wirtschaftspolitisch keinen Bruch mit dem Militärregime. Das von den Militärs installierte neoliberale Modell wurde konsolidiert. In einem mit dem IWF im September 1985 abgeschlossenen Abkommen verpflichtete sich Uruguay, die Inflation zu reduzieren, die öffentlichen Ausgaben zurückzufahren und die Löhne und Gehälter zu kürzen. Die erste Maßnahme der Regierung unter Sanguinetti, der ab 1969 als Industrie- und Handelsminister und 1972 bis zum Putsch als Minister für Erziehung und Kultur tätig gewesen war, war allerdings die Legalisierung der von den Militärs verbotenen Parteien, Gewerkschaften und StudentInnenverbände. Am 8. März 1985 wurde ein Amnestiegesetz erlassen, mehr als tausend politische Gefangene saßen zu dieser Zeit noch in den Gefängnissen. Am 14. März kamen die letzten Häftlinge frei, darunter auch José »Pepe« Mujica.

Dieses Gesetz beinhaltete jedoch keine Amnestie für Militärs und Polizeiangehörige. Unter dem Druck der Generäle, die nach wie vor enge Kontakte zu den regierenden Colorados hatten, wurde in den folgenden Monaten ein Gesetz geschmiedet, das auch von der Mehrheit der oppositionellen Blancos, die sich anfangs noch gegen eine Amnestie für die Militärs gesträubt hatten, mitgetragen wurde. Am 22. Dezember 1986 trat das »Gesetz über die Hinfälligkeit des Strafanspruchs des Staates« (*Ley de Caducidad*) in Kraft. Aber das infame Gesetz wurde nicht widerspruchslos hingenommen. Anfang 1987 bildete sich auf Initiative von Matilde Rodríguez Larreta und Elisa Dellepiani, den Witwen der 1976 in Buenos Aires von uruguayischen Militärs ermordeten Parlamentarier Héctor Gutiérrez Ruíz und Zelmar Michelini, sowie von María Esther Gatti, der Großmutter von Mariana Zaffaroni, die 1976 im Alter von 18 Monaten aus dem berühmten argentinischen Folterzentrum Automotores Orletti entführt worden war und deren Eltern zu den über 120 uruguayischen »Verschwundenen« zählen, die Nationale Kommission

für das Referendum. Mit Unterstützung der Frente Amplio, von Minderheitssektoren der Blancos und aller sozialen Organisationen im Land wurden über 600.000 Unterschriften gesammelt, die am 17. Dezember 1987 dem Obersten Wahlgerichtshof übergeben wurden. In dem Plebiszit vom 16. April 1989 stimmten 57,5 Prozent für die Straffreiheit, 42,5 Prozent dagegen. Einerseits natürlich eine Enttäuschung, andererseits aber auch ein unerwartet knappes Ergebnis, drohten die Militärs doch un-verhohlen, im Falle eines Sieges des hoffnungsgrünen Wahlzettels, mit dem gegen die Straffreiheit gestimmt wurde, wieder die Macht an sich zu reißen.

Bei den Wahlen vom 26. November 1989 wurde ein Blanco-Politiker zum Präsidenten gewählt. Luis Alberto Lacalle erreichte 38 Prozent, die Colorados erzielten knapp 30 und die Frente Amplio, zu der seit 1989 auch die MLN-Tupamaros gehörten, gewann 21 Prozent der Stimmen. Die eigentliche Überraschung dieser Wahl war aber das Ergebnis auf kommunaler Ebene: In Montevideo, wo fast die Hälfte der Bevölkerung Uruguays lebt, gewann mit dem Arzt Tabaré Vázquez die Frente Amplio die Bürgermeisterwahl. Ein erstes Indiz für den Anfang vom Ende des alten Zwei-Parteien-Systems. Lacalle, der bei seinem Amtsantritt am 1. März 1990 auf keine eigene Mehrheit im Parlament bauen konnte, stützte sich auf eine *Coincendencia Nacional*, eine Art Koalitionsregierung mit den Colorados. Im Einklang mit seinen brasilianischen und argentinischen Kollegen Fernando Collor de Mello und Carlos Menem setzte er das Projekt der neoliberalen Privatisierung und des Ausbaus des Banken- und Dienstleistungssektors in die Tat um. Der uruguayische Schriftsteller Eduardo Galeano hat diese Zeit bildhaft beschrieben: »Blancos und Colorados einigten sich, das Land zu einer Bank mit Blick zum Meer und vier Kühen im Hinterland zu machen.«

1991 wurde ein Gesetz verabschiedet, das staatliche Subventi-



onen abschaffen, zahlreiche öffentliche Investitionen stoppen und die Privatisierung von Banken und Staatsbetrieben vorantreiben sollte. Die 1990er Jahre stehen in Uruguay für eine immer stärkere soziale Ausdifferenzierung, eine beispiellose De-Industrialisierung (allein zwischen 1985 und 1995 gingen 50.000 Industriearbeitsplätze verloren) und die rapide Zunahme von Arbeitslosigkeit und informeller Beschäftigung. Verschärfend kommt ein speziell uruguayisches Problem hinzu: die demografische Situation. Uruguay hat die am stärksten überalterte Bevölkerung Lateinamerikas, durch die Emigration seit Ende der 1960er Jahre lebt mittlerweile fast ein Drittel der Bevölkerung im Ausland.

Abgebremst wurde die neoliberale Privatisierungswelle in Uruguay allerdings – und hier liegt ein entscheidender Unterschied zu den beiden Nachbarstaaten Argentinien und Brasilien – durch die ausgiebige Nutzung des bereits 1917 in der Verfassung verankerten Instruments des Plebiszits. Die vorantreibenden politischen Kräfte waren dabei neben der Frente Amplio die im Dachverband PIT-CNT zusammengeschlossenen Gewerkschaften und die in den Stadtteilversammlungen engagierten lokalen AkteurInnen. 1992 kam es zum Showdown zwischen der Regierung auf der einen Seite und den sozialen Organisationen und der Frente Amplio auf der anderen Seite. Am 12. Dezember lehnten 66 Prozent der UruguayerInnen per Plebiszit die Privatisierung der staatlichen Telefongesellschaft ANTEL im Besonderen und den Verkauf öffentlicher Unternehmen im Allgemeinen ab. Trotz dieser bemerkenswerten, gegen den neoliberalen Zeitgeist gerichteten Entscheidung des Volkes wurden unter der Präsidentschaft Lacalles zahlreiche Staatsunternehmen und Banken teilprivatisiert, vielfach mit undurchsichtigen Konstruktionen und unter bis heute ungeklärten Umständen. In die Regierungszeit Lacalles fällt auch die Gründung des Mercosur, des Gemeinsamen Markts des Südens (*Mercado Común del Sur*), zu dem sich am 26. März 1991 Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay zusammenschlossen.

Am 27. November 1994 wurden die Blancos, deren Amtszeit ein Synonym für Korruption und Vetternwirtschaft war, abgewählt und Julio María Sanguinetti wurde mit nur 32,3 Prozent der Stimmen zum zweiten Mal Präsident. Das linke Bündnis Frente Amplio-Encuentro Progresista (Breite Front-Progressives Bündnis) mit Tabaré Vázquez als Kandidaten kam hinter den Blancos, die 31,1 Prozent der Stimmen erhielten, mit 30,8 Prozent auf den dritten Platz, nur 1,5 Prozent hinter den siegreichen Colorados.

Die sich konsolidierende Macht der Linken wurde auch bei den Kommunalwahlen offensichtlich. Die Frente Amplio konnte ihren Vorsprung

in Montevideo weiter ausbauen und der Architekt Mariano Arana trat die Nachfolge von Tabaré Vázquez an. Ein zentrales Projekt der Stadtverwaltung war der schon von Vázquez eingeleitete Prozess der Dezentralisierung der Verwaltung der uruguayischen Hauptstadt. Ziel des Umbaus war die Schaffung von Grundlagen für die soziale Beteiligung der Bevölkerung auf lokaler Ebene. Als erster Schritt wurden in der Provinz Montevideo die 64 Barrios (Stadtviertel) zu 18 Zonen zusammengefasst. In jeder dieser Zonen leben ca. 100.000 Menschen. Der Prozess der Dezentralisierung bestand aus drei Elementen: erstens dem Nachbarschaftsrat (*Consejo Vecinal*), zweitens der Delegiertenversammlung (*Junta de Delegados* oder *Junta Local*) und drittens den 18 kommunalen Zentren (*Centro Comunitario Zonal*).

Sanguinetti führte in seiner zweiten Amtszeit wesentliche Staatsreformen durch, so wurden u.a. das Sozialversicherungs- und das Erziehungssystem neu gestaltet. Die wichtigste Maßnahme war aber ein neues Wahlrecht. Diese Verfassungsreform wurde 1996 nach einem heftigen Disput angenommen. Ein Teil der Frente Amplio unterstützte ein Volks-



begehren gegen das neue Wahlrecht, dieses scheiterte aber u.a. wegen der Zerstrittenheit der Linken. An das komplizierte Wahlsystem der *Le-mas* hatten sich die UruguayerInnen nach 1984 gewöhnt. Den scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg der Linken vor Augen wurde für die Zukunft ein Wahlrecht verabschiedet, welches für die Wahl des Präsidenten eine Mehrheit von 50 Prozent plus eine Stimme erforderte und eine Stichwahl vorsah, falls dieses Quorum nicht im ersten Wahlgang erreicht würde. Es war der letzte verzweifelte Versuch der beiden ehemaligen »Traditions-parteien«, ihre Dominanz abzusichern.

Mit einem Batlle (José Batlle y Ordóñez) hatte das 20. Jahrhundert in Uruguay begonnen, mit einem Batlle begann auch das 21. Jahrhundert. Nachdem das Linksbündnis bei der Wahl vom 31. Oktober 1999 zur stärksten Fraktion geworden war und 40 Prozent der Stimmen erhalten hatte, die Colorados dagegen nur 32 und die Blancos 22 Prozent, kam es einen Monat später zur ersten Stichwahl in der Geschichte Uruguays. Am 28. November erreichte Jorge Batlle, ein Großneffe des Reformers und gemeinsamer Kandidat der beiden traditionellen Parteien Blancos und Colorados, 51,6 und Tabaré Vázquez 44,1 Prozent. Seitdem gibt es im neuen Uruguay wiederum nur noch zwei Lager, die Konservativen und die Progressiven. Die *Colorancos*, wie der Schriftsteller Eduardo Galeano das neu geschmiedete Abwehrbündnis von Colorados und Blancos gegen die Linken nannte, hatten sich gerade noch einmal ins neue Jahrtausend hinübergerettet. Die Verfassungsreform von 1996 hatte ihren Zweck erfüllt: Der Kandidat mit den meisten Stimmen, die jemals in der Geschichte Uruguays für einen Einzelbewerber abgegeben worden waren, war der Unterlegene. Mit Hilfe der zumeist konservativen Medien war eine massive »Schmutzkampagne« geführt worden, der die Linken wenig entgegenzusetzen hatten. Die Stichwahl verlor Vázquez aber auch, weil es dem Linksbündnis nicht gelungen war, ihren Stimmenanteil im *Interior* wesentlich zu erhöhen.

Es folgten fünf Jahre Stillstand. Verschärft wurde die Situation durch die dramatische wirtschaftliche und politische Krise, die nach 2001 aus Argentinien herüberschwappend, auch Uruguay erschütterte. Sie hatte einen fast kompletten Zusammenbruch der Banken und im Juli 2002 einen Wertverlust der Landeswährung Peso von über 30 Prozent zur Folge. Hinzu kamen eine ständig zunehmende Emigration sowie die rapide Verarmung weiter Teile der Bevölkerung. Batlle, der bei seinem Amtsantritt im März 2000 eine »lustige« Regierung versprochen hatte, stellte sich völlig ins Abseits. Unvergessen sein Ausbruch, als er 2002 dem Fernsehsender Bloomberg *off the record* freimütig bekannte, dass

für ihn alle Argentinier vom Ersten bis zum Letzten Gauner seien. Auch mit seiner Willfähigkeit gegenüber seinem Duzfreund George W. Bush machte er sich in fast ganz Lateinamerika unmöglich. Mit finanziellen Zusagen ließ er sich dazu bewegen, für die Verurteilung Kubas vor der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf zu stimmen. Der öffentliche Schlagaustausch zwischen Fidel Castro und Jorge Batlle führte zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Als einziger Staatschef des Mercosur votierte Batlle auch für die panamerikanische Freihandelszone ALCA.

Während seiner Amtszeit gab es einen Rückgang des Wachstums um fast 20 Prozent (allein in 2002 ein Minus von über zehn Prozent), das Durchschnittseinkommen sank um über 20 Prozent, über 17 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung wurden arbeitslos, mehr als 30 Prozent der UruguayerInnen (und über 50 Prozent aller Kinder bis zwölf Jahre) rutschten unter die Armutsgrenze. Vor diesem Hintergrund versuchte die Regierung, den Vorgaben von IWF und Weltbank folgend, Staatsunternehmen und öffentliche Güter zu verkaufen. Ein Vorhaben, das wiederum von der Bevölkerung gestoppt wurde. Als die Regierung die staatliche Erdölraffinerie ANCAP – nach fast zwei Jahrzehnten De-Industrialisierung der letzte verbleibende relevante Industriezweig in Uruguay – zur Hälfte verkaufen wollte, wurde dies am 7. Dezember 2003 bei einem Referendum mit 62 Prozent der Stimmen abgelehnt. Diese gelungene Abwehr der neoliberalen Privatisierungspolitik war einem permanenten Mobilisierungs- und Dialogprozess zu verdanken, in dem sich die progressiven Kräfte des Landes engagierten. »Argentinische Verhältnisse«, wie sie der Menemismus geschaffen hatte, konnten so verhindert werden.

Am 1. November 2004 im Morgengrauen wurde dann zur Gewissheit, was sich seit mehr als zehn Jahren angedeutet hatte. Mit 50,4 Prozent der abgegebenen Stimmen erreichte Tabaré Vázquez, Präsidentschaftskandidat des Mitte-Links-Bündnisses *Encuentro Progresista – Frente Amplio – Nueva Mayoría* (Fortschrittliche Vereinigung – Breite Front – Neue Mehrheit, EP-FA-NM) im dritten Anlauf nach 1994 und 1999 bereits im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit. Erstmals seit der Staatsgründung im Jahr 1828 wurde das Land von einem sozialistischen Präsidenten regiert. Die UruguayerInnen hatten eine desaströse Wirtschaftskrise gebraucht, um die konservative Regierung des Präsidenten Jorge Batlle aus dem Amt zu jagen. Vor allem dessen Colorado-Partei, die das Land seit der Unabhängigkeit als eine Art Privatbesitz betrachtete, wurde gedemütigt und erhielt nur noch gut zehn Prozent der Stimmen – weniger

Stimmen als allein die stärkste Liste innerhalb des Linksbündnisses, die von dem populären ehemaligen Tupamaro José »Pepe« Mujica angeführte MPP (*Movimiento de Participación Popular*) erreichte. Der Blanco-Partei war es kurz vor der Wahl gelungen, einen Modernisierungsprozess einzuleiten, und sie erreichte immerhin 34,3 Prozent der Stimmen. Mit dieser Wahl war die konservative Hegemonie endgültig Vergangenheit und nach der kurzen Phase eines Drei-Parteien-Systems von 1990 bis 2004 war ein Zwei-Parteien-Staat nach einem Rechts-Links-Muster entstanden. Dieser politische Umbau festigte sich bei den Regionalwahlen Anfang Mai 2005. Der EP-FA-NM gelang es, neben Montevideo, das die Linke schon seit 15 Jahren erfolgreich regierte und mit 60 Prozent der Stimmen wieder für sich gewinnen konnte, erstmals in sieben weiteren Provinzen die Mehrheit zu erringen. Insgesamt regierten sie damit fast 75 Prozent der uruguayischen Bevölkerung. Zehn der insgesamt 19 Provinzen konnte die konservative Oppositionspartei Blancos halten, die Colorados behaupteten sich nur in einer Provinz. Für die machtgewohnte ehemalige Regierungspartei ein Absturz in die Bedeutungslosigkeit.

Im Trubel über den Wahlsieg des Linksbündnisses ging die zweite

Entscheidung, die am 31. Oktober gefällt wurde, etwas unter: In einem Plebiszit lag den 2,5 Millionen wahlpflichtigen UruguayerInnen der Antrag vor, über ein Verbot der Privatisierung des Wassers zu entscheiden. Mit 64 Prozent der gültigen Stimmen entschieden sich die Menschen dafür, das Recht auf Trinkwasser als elementares Menschenrecht in der Verfassung zu verankern. Ein bisher weltweit einmaliger Vorgang mit Signalwirkung weit über das kleine südamerikanische Land hinaus. In einer von 127 Vereinigungen aus 36 Ländern unterzeichneten Erklärung wird das Ergebnis als »entscheidender Präzedenzfall für den globalen Wasserschutz, geschaffen mit den Mitteln der direkten Demokratie« bezeichnet. »Damit ist die Souveränität der natürlichen Ressource Wasser gegen die Angriffe internationaler Konzerne gesichert und ein Signal für die gesamte Region gesetzt worden.«

Eine deutsch-uruguayische Geschichte: Die Casa Bertolt Brecht in Montevideo

Stefan Thimmel

Die Casa Bertolt Brecht liegt am Rande der Altstadt von Montevideo, nur wenige Häuserblöcke von der Rambla, der Uferpromenade der uruguayischen Hauptstadt, entfernt. Über eine steile Treppe erreicht man die Räume des Kulturinstituts im ersten Stock des Hauses. Hier finden Deutschkurse statt, mehrmals die Woche werden Theater- und Zeichenworkshops angeboten, mindestens einmal im Monat auch eine Lesung, ein Liederabend, eine Vernissage. Seit über fünf Jahren wird mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung ein ganzjähriges politisches und soziales Veranstaltungs- und Diskussionsprogramm angeboten. Kooperationen gibt es seit mehreren Jahren auch mit der Heinrich-Böll-Stiftung und deutschen Gewerkschaften. So führt der von Ver.di finanzierte Solidaritätsfonds »Demokratische Medien in der Welt« seit vielen Jahren Kurse für RadiomacherInnen durch.

Die Casa Bertolt Brecht versteht sich als Teil der kritischen linken Kulturarbeit in Uruguay, das Besondere ist aber ihre Geschichte. Denn das heutige Kulturinstitut wurde 1964 als Institut der Freundschaftsgesellschaft Uruguay-DDR von Willi Israel, Ernesto Kroch und weiteren Deutschstämmigen gegründet. Ihr Anliegen war unter anderem, das



Tabaré Vázquez (2.v.l.) und Vizepräsident Rodolfo Nin Novoa



Bild eines »anderen Deutschlands« in Zeiten der Hallstein-Doktrin zu vermitteln und einen politischen, sozialen und kulturellen Austausch zwischen Uruguay und der DDR zu fördern. Die Hallsteindoktrin vom September 1955 besagte, dass die Bundesrepublik Deutschland keine diplomatischen Beziehungen zu Ländern unterhalten durfte, die die DDR diplomatisch anerkannt hatten. Das bedeutete auch, dass diese Länder keine Entwicklungshilfe der BRD erhielten.

Nicht wenige aus der Gründerzeit des Instituts waren wie Israel und Kroch deutsche Juden und standen der Kommunistischen Partei Uruguays nahe. Hinzu kamen uruguayische Intellektuelle wie der Ingenieur und Schriftsteller Juan Grompone oder der Autor Juan Antonio Sosa, der viele Jahre Präsident der Freundschaftsgesellschaft war. Das Kulturinstitut Uruguay-DDR wurde vom »realsozialistischen« Deutschland gefördert, sowohl politisch wie auch finanziell. So wurden mit Unterstützung des Herder-Instituts in Leipzig Deutschkurse angeboten. Ernesto Krochs Tochter Elly, die heute das Sekretariat der Casa leitet, konnte Ende der 1960er Jahre mit einem Stipendium nach Leipzig reisen und dort eine Ausbildung zur Sprachlehrerin absolvieren. Viele UruguayerInnen reisten vermittelt durch die Casa in die DDR, vor allem GewerkschafterInnen und KünstlerInnen, aber auch PolitikerInnen – darunter auch VertreterInnen der konservativen Parteien Colorados und Blancos. Für die regen Kontakte zur DDR in dieser Zeit war Guillermo »Willi« Israel zuständig. Die DDR schickte LiteratInnen und MusikerInnen nach Uruguay. 1972 nahm Uruguay diplomatische Beziehungen zur DDR auf, die Hallstein-Doktrin war obsolet geworden.

Ein gutes halbes Jahr nach dem Militärputsch im Juni 1973 wurde das Institut am 6. Januar 1974 von Militärs besetzt und von der Geheimpolizei geschlossen. Das Direktorium und Elly Kroch wurden verhaftet, allerdings nach drei Tagen wieder freigelassen. Ernesto Krochs Erklärung hierfür: »Auch den Militärs war die wirtschaftliche Bedeutung der Beziehungen zur DDR klar. Zu dieser Zeit gab es mehrere bedeutende Industrieansiedlungen der DDR in Uruguay.« Das Institut wurde jedoch geschlossen, 1978 wurden die Räume für die von den Militärs installierte »Kommission für Kinder« beschlagnahmt und die umfangreiche Biblio-

thek mit Hunderten deutschsprachigen Bücher wurde an die Botschaft der BRD übergeben. Nach dem Ende der Militärdiktatur dauerte es einige Monate, bis im November 1985 das Innenministerium die Rückgabe des Gebäudes und der Möbel an das Kulturinstitut anordnete. Die Umsetzung dieses Dekretes dauerte allerdings bis Juni 1988, erst dann war das Institut wieder arbeitsfähig.

Aber schon wenig später stand die Casa Bertolt Brecht kurz vor ihrer Schließung. Nach dem Fall der Mauer, dem Ende des »realexistierenden Sozialismus« und der DDR stand das Haus sowohl finanziell wie auch ideologisch vor der Auflösung. Ernesto Kroch, der für einen Neuanfang eintrat und seine Kontakte aus den Exiljahren in Frankfurt am Main u.a. zu politischen Stiftungen und Gewerkschaften einbrachte, erinnert sich an heftige politische Diskussionen: »Wir standen vor der Entscheidung, zu schließen oder weiterzumachen. Der sogenannte realexistierende Sozialismus war tot, aber in unseren Köpfen waren die Ideale des Sozialismus immer noch lebendig. Wir analysierten die Niederlage, versuchten zu verstehen, was falsch gemacht worden war und was wir falsch gemacht hatten. Aber schließlich war uns allen klar, dass der Kapitalismus mit seinem Elend und seinen Kriegen nicht das letzte Wort sein konnte.«

Am 7. September 1990 entschied das Direktorium einstimmig, als unabhängige Kulturinstitution in Uruguay weiterzuarbeiten. Die Casa



Bertolt Brecht konnte im wiedervereinigten Deutschland ihre Eigenständigkeit als Kulturinstitut behaupten, weil sie ein in Uruguay registrierter Verein und das Haus Eigentum dieses Vereins war. Die Deutschkurse wurden intensiviert, Theater- und Zeichenkurse kamen hinzu und die Zusammenarbeit mit sozialen Organisationen und politischen Gruppierungen in Uruguay wurde ausgebaut, neue Kontakte in Deutschland aufgebaut. Seit dieser Zeit ist Ernesto Kroch, der bis dahin nie einen Posten in der Casa eingenommen hatte, die treibende Kraft: als Ideengeber, als aktives Mitglied in den Basiskomitees der Frente Amplio, als Mittler zwischen sozialen Bewegungen und Organisationen in Uruguay und Deutschland. Der heute 92-Jährige hält mit seinem unermüdlichen Engagement die Generation der Älteren und die der jüngeren AktivistInnen, die erst in den letzten Jahren dazugekommen sind, zusammen.

Politik Aktuell: Die Linke an der Regierung



Von Vázquez zu Mujica: Bilanz und Perspektiven

Stefan Thimmel

Die Aufbruchstimmung ist zurückgekehrt. Der Wahlsieg des ehemaligen Untergrundkämpfers José »Pepe« Mujica Ende November 2009 steht für einen Neuanfang und für Kontinuität zugleich. Neuanfang, weil dem Strategen Mujica zugetraut wird, wenn schon nicht das System grundsätzlich umzubauen, so doch aber die Vorurteile zwischen den Generationen und die sozialen Spaltungen in der polarisierten uruguayischen Gesellschaft abzubauen. Eine grundlegende Staatsreform, Prioritätensetzung auf Bildung und Erziehung, Bekämpfung der Armut (ganz speziell auch der miserablen Wohnungs- und Lebensbedingungen ca. eines Drittels der Bevölkerung) sowie die Förderung innovativer Technologien stehen auf seiner Agenda für die Jahre 2010 bis 2015 ganz oben. Kontinuität, weil der ab März 2010 für fünf Jahre amtierende Präsident auch an die Schwerpunkte der Regierung Tabaré Vázquez anknüpfen will. Die Bewertung dessen Politik seit März 2005 schwankt allerdings zwischen Unterstützung und Kritik, sowohl seitens der politischen Gegner als auch aus den eigenen Reihen des Mitte-Links-Spektrums.

Die Bilanz der Regierungszeit von Tabaré Vázquez ist eine Erfolgsgeschichte, die vor allem international gewürdigt wird. Schon Ende 2008 bezeichnete die spanische Tageszeitung *El País* Uruguay als »eine Oase in der Wüste, die dem internationalen ökonomischen Sturm widersteht«. Die Arbeits- und Sozialpolitik rückte ins Zentrum der neuen Administration und die ökonomischen Daten sprechen für sich: Das Bruttoinlandsprodukt stieg zwischen 2005 und 2008 zwischen sieben und zehn Prozent und das Wachstum im Krisenjahr 2009 betrug trotz mehrerer schwerer Dürreperioden und des internationalen Preisanstiegs zum Beispiel für Rohöl neun Prozent.

Die uruguayische Auslandsschuld bei den internationalen Finanzinstitutionen wurde abgelöst. Die Arbeitslosigkeit sank von 20 Prozent im Jahre 2002 auf sieben Prozent in 2009. Der Reallohn stieg um 25 Prozent, für das unterste Drittel der Gesellschaft sogar um 35 Prozent, der Mindestlohn verdoppelte sich in vier Jahren auf 4.400 Pesos (ca. 150 Euro). 2004 lebten 32 Prozent der UruguayerInnen in Armut, vier Prozent davon in absoluter Armut. Laut dem Nationalen Statistikamt INE lag der Anteil der Armen 2009 bei 20 Prozent, derjenigen in absoluter Armut bei 1,5 Prozent.



Für die LandarbeiterInnen wurden der Acht-Stunden-Tag und eine Arbeitslosenversicherung durchgesetzt. Die Rente hat sich seit 2005 um 65 Prozent erhöht und wurde auch für Hausangestellte, Kulturschaffende und SportlerInnen eingeführt. Der Kündigungsschutz wurde verbessert und die Rechte der Gewerkschaften deutlich gestärkt, vor allem durch die Wiedereinführung der Räte für Lohnfragen (*Consejos de Salarios*). Diese beim Arbeitsministerium angesiedelten Räte setzen sich aus drei VertreterInnen des Staates und jeweils zwei aus Gewerkschaften und Unternehmensverbänden zusammen. Die hier ausgehandelten Mindestlöhne und Arbeitsbedingungen sind für die weiteren Lohn- und Gehaltsverhandlungen auf der Ebene der Unternehmen und Betriebe bindend. Für die Gewerkschaften ist das ein Bedeutungszuwachs, der sich auch in der Mitgliederzahl niederschlägt. Waren 2001 im Dachverband PIT-CNT 100.000 UruguayerInnen organisiert, sind es heute über 300.000. Ebenfalls auf der Haben-Seite: eine Steuerreform, durch die die unteren Einkommen entlastet wurden, eine Gesundheitsreform, durch die 700.000 Menschen, die nie zuvor eine Absicherung hatten, versichert wurden, und eine deutliche Erhöhung des Bildungsetats.



In der Außenpolitik erfolgte eine Re-Integration nach Lateinamerika. Die erste Regierungshandlung des Frente-Amplio-Präsidenten Tabaré Vázquez am 1. März 2005 war die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Kuba. In einem Austauschprogramm wurden Tausende StudentInnen nach Kuba zum Medizinstudium geschickt und das Programm *Operación Milagro* (Operation Wunder) aufgelegt, durch das über 12.000 sehbehinderte oder vor dem Erblinden stehende UruguayerInnen erfolgreich operiert werden konnten. Schließlich brach das Mitte-Links-Bündnis mit der Tradition der Blancos und Colorados, in internationalen Organisationen stellvertretend für die USA Fidel Castros Politik zu verurteilen. Mit Venezuela wurden ebenfalls wichtige Abkommen zur bilateralen Zusammenarbeit unterzeichnet und Uruguay befürwortete den Eintritt Venezuelas in den Mercosur, den 1991 von Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay gegründeten Gemeinsamen Markt des Südens. Das Land beteiligt sich mit weiteren sechs lateinamerikanischen Staaten an *Telesur*, dem multistaatlichen TV-Satellitensender mit Sitz in Caracas, der als Gegengewicht zur Dominanz von CNN und BBC im Jahr 2005 am 222. Geburtstag Simón Bolívars gegründet wurde.

In Bezug auf die Menschenrechtspolitik wurden unter der Frente Amplio erstmals die während der Militärdiktatur (1973–1985) begangenen Verbrechen untersucht. Militärs und politisch Verantwortliche, darunter auch der ehemalige Präsident Juan María Bordaberry (1972–1976), der den Militärs den Weg ebnete, sowie der Diktator Gregorio Álvarez wurden angeklagt und verurteilt. Ein Reparationsgesetz für die Opfer der Militärdiktatur wurde verabschiedet. Allerdings stieß die halbherzige Haltung weiter Teile der Frente Amplio zur Aufhebung des den Militärs Straffreiheit zusichernden *Ley de Caducidad* auf Kritik seitens der Menschenrechtsbewegung, die darin eine Ursache für das Scheitern des entsprechenden Referendums bei den Wahlen im November 2009 sah.

Die als Sofortmaßnahme nach dem Regierungsantritt angelaufenen Sozialprogramme, die Auszahlung eines »Bürger Einkommens« an fast ein Zehntel der uruguayischen Bevölkerung sowie weitere Sozial- und Bildungspläne wie der *Plan Ceibal* (mit dem 360.000 GrundschülerInnen bis Ende 2009 ein Laptop zur Verfügung gestellt wurde) sind Maßnahmen, die auch über Uruguay hinaus Anerkennung und Respekt gefunden haben. Das gleiche gilt auch für die sog. Homo-Ehe, die *Unión Concubinaria*, die Ende 2007 verabschiedet wurde und die heiratswilligen Männer- und Frauenpaaren in beinahe allen Rechten und Pflichten den PartnerInnen in einer herkömmlichen Ehe gleichstellt. Seit dem 10. September 2009 ist auch das volle Adoptionsrecht für alle, die in einer

stabilen gleichgeschlechtlichen Partnerschaft leben, Gesetz. Eine für Lateinamerika einzigartige Gesetzgebung. Trotz dieser (und weiterer) Erfolge und Erfolgsgeschichten gibt es dennoch auch Unzufriedenheit und Frustration. Natürlich bei den Oppositionsparteien, die z.B. heftig gegen die Sozialpolitik wetterten und das Steuersystem als »sozialistisch« diffamierten, aber eben auch innerhalb der Frente Amplio und seit 2006 auch außerhalb des Linksbündnisses. In der 2006 gegründeten *Asamblea Popular* haben sich die aus der Frente Amplio ausgetretenen »radikalen« Parteien und Bewegungen organisiert. Dazu zählt die Bewegung 26. März, weitere Gruppierungen der Linken außerhalb der FA wie die maoistische Kommunistische Revolutionäre Partei haben sich ebenfalls angeschlossen. Durch die *Asamblea* existiert erstmals seit Gründung der Frente Amplio eine parteipolitisch organisierte Opposition links von ihr. Noch ist sie allerdings zahlenmäßig unbedeutend: Bei der Wahl am 25. Oktober 2009 erreichte sie nur 0,6 Prozent der Stimmen. Für die *Asamblea* ist die aktuelle Regierung neoliberal, bedient vorrangig das internationale Kapital und tritt nicht für mehr Rechte der ArbeiterInnen ein.

Trotz der nur geringen Präsenz im polarisierten Wahlkampf zwischen José Mujica und dem neoliberalen Ex-Präsidenten Luis Alberto Lacalle reichen sowohl die diffuse Unzufriedenheit über den autoritären Politikstil der Vázquez-Regierung als auch die konkrete Ablehnung vieler Regierungsentscheidungen aber deutlich über den Kreis der *Asamblea*-WählerInnen hinaus und werden auch von vielen AktivistInnen der Frente Amplio geteilt. Für die VerteidigerInnen der Regierungspolitik sind es Sachzwänge, für die KritikerInnen Sündenfälle: gemeinsame Militärmanöver mit den USA, die Entsendung von uruguayischen »Friedenstruppen« u.a. nach Haiti und in den Kongo, das Durchpeitschen eines Investitionsabkommens »light« mit den USA ohne Diskussion mit der Basis, die Pläne für weitere Zellulose-Fabriken am Río de la Plata sind nur einige der Kritikpunkte. Mit jeder Entscheidung, die dem Wahlprogramm und gravierender noch dem Parteiprogramm der Frente Amplio widerspricht, verliert das Regierungsprojekt für die KritikerInnen an Legitimation. Sie werfen der Regierung und auch dem neuen Präsidenten vor, nach dem Wechsel der Linken von der Oppositions- auf die Regierungsbank die antiimperialistische Programmatik des Programms, die sozialistischen Reformkonzepte und die gewachsenen Strukturen der FA nicht mehr ernst zu nehmen. Die Basis-Komitees der Frente, die entscheidend zu ihrem Wachstum und der politischen Willensbildung beigetragen haben, werden nicht mehr an den Entscheidungen beteiligt, sondern nur noch vor den Wahlen zur Mobilisierung gebraucht.

Das Hauptversagen der Regierung wird jedoch darin gesehen, die Eigentumsverhältnisse nicht entscheidend verändert zu haben. Mehr noch, die KritikerInnen werfen der Regierung vor, Macht- und Reichtumskonzentration sogar gefördert zu haben. Offizielle Statistiken bestätigen das. Trotz aller offensichtlichen Erfolge ist die Ungleichheit in Uruguay, das traditionell eine extrem breite Mittelschicht mit nur sehr geringen Rändern oben und unten aufwies, gestiegen. In 13 der 19 Provinzen nahm die Ungleichheit zu und der GINI-Index, der 1998 0,438 betrug, im Jahre 2007 aber auf 0,457 anstieg, belegt dies. Dieser Index ist ein statistisches Maß zur Darstellung, wie Ungleichheit verteilt ist: Je näher der Wert an 1 liegt, desto größer ist die Ungleichheit. Zudem hat sich die Spekulation, die sich heute nicht mehr wie in den 1990er Jahren auf den Bankensektor beschränkt, in Sektoren wie der Agrarwirtschaft festgesetzt. Die Ausweitung der Sojaanbauflächen, der Ausverkauf des Landes an internationale Investoren und die Ausweisung immer größerer, ehemals für die extensive Viehwirtschaft genutzter Flächen für Eukalyptus-Monokulturen sind die wichtigsten Beispiele hierfür. Vor allem multinationale Konzerne haben dabei von den äußerst günstigen Rahmenbedingungen, die Mu-



gicas Vizepräsident, der ehemalige Wirtschafts- und Finanzminister Danilo Astori, gegen den Widerstand weiter Teile der Frente-Amplio-Basis durchsetzen konnte, profitiert.

Nichtregierungsorganisationen schließen sich dieser Kritik an und bringen ihre eigenen Punkte auf die Agenda: Feministische Gruppen sind wütend über das Veto des Präsidenten Vázquez vom November 2008 gegen die Legalisierung der Abtreibung; UmweltschützerInnen kritisieren die konzernfreundliche Politik und den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen (Soja ist in Uruguay zu 100 Prozent Gen-Soja).

Dieses Spannungsfeld, in dem sich die uruguayische Linke (sei es als Teil der Frente Amplio, sei es als linke Opposition zur Regierungspolitik) zu Beginn der zweiten Linksregierung befindet, muss unter dem neuen Präsidenten José Mujica dazu führen, dass die Frage »Was ist in Uruguay heute links?« wieder offener geführt wird. Das zumindest ist die Hoffnung vieler BasisaktivistInnen in Uruguay. In den letzten fünf Jahren war diese Debatte in der politischen Praxis kaum noch präsent, vielmehr prägte der sozialliberale Pragmatismus des Präsidenten Tabaré Vázquez die Agenda, die inhaltliche Auseinandersetzung war marginalisiert. Ein Plan für ein linkes Uruguay (*País de Izquierda*) wurde nicht mehr diskutiert. Dabei ist die Positionsbestimmung der Frente Amplio, die Diskussion über das Spannungsverhältnis Linke Regierung – Linke Partei(enbündnisse) – Soziale Bewegungen, die mit dem Regierungsantritt von Vázquez begonnen hatte und die auch mit dem Wahlsieg José Mujicas nicht abgeschlossen ist, der Schlüssel für das Überleben des ältesten Linksbündnisses in Lateinamerika. Innerhalb der Frente Amplio, vor allem aus den Basiskomitees heraus, gibt es durchaus Vorschläge: Besteuerung großer Vermögen und des Kapitals, weitere Erhöhungen der Löhne und Gehälter sowie der Renten, verstärkte Bekämpfung der Armut, (Wieder-)Aufbau einer Staatsindustrie und ein klares Bekenntnis zum Mercosur sind nur einige der eingebrachten Stichworte. Eine alternative Vision einer gerechten und solidarischen Gesellschaft jenseits des gescheiterten Staatssozialismus ist damit sicherlich noch nicht gefunden. Aber die Rückgewinnung politischer Gestaltungsmacht, die nicht nur auf pragmatische Lösungen setzt, wäre schon ein wichtiger Schritt in dieser Suchrichtung.

Vorwärts in die Vergangenheit – der linke Weg zurück zur Schweiz Lateinamerikas

Raúl Zibechi

Für die Mehrheit der UruguayerInnen und für einen überwältigenden Anteil der ärmeren Bevölkerungsschichten war die Regierung von Tabaré Vázquez die beste der letzten 50 Jahre. Mindestens. Seitdem ab Mitte der 1950er Jahre die als »Uruguay Batllista« bekannte Periode der importsostituierenden industriellen Entwicklung, die einen sozialen Pakt zwischen Staat, Unternehmern und Gewerkschaften einschloss, von den herrschenden Klassen aufgekündigt worden war, hatte es im Land kein nationales Projekt mehr gegeben, das die Mehrheit der ärmeren Bevölkerungsschichten einbezogen hätte. Mit dem Niedergang des batllistischen Staates wurde die Linke zur Erbin der Vision eines Landes in Frieden und mit Chancengleichheit, mit einem regulativen und ausgleichenden Staat, der »Schweiz Lateinamerikas« genannt wurde, um so die Unterschiede zu den anderen Staaten der Region herauszustreichen. Der Wachstumsprozess der uruguayischen Linken war langsam, aber stetig verlaufen, bis sie auf sozialem, politischem und kulturellem Gebiet die Hegemonie erobert hatte. Dies ermöglichte es der ersten Mitte-Links-Regierung in Uruguay, in einem Klima relativer Stabilität und hoher nationaler Übereinstimmung bei wichtigen politischen Fragen regieren zu können.

Die 2002 ausgebrochene ökonomische Krise führte dazu, dass sich die schon lange abzeichnenden Umbrüche auch in den Wahlergebnissen niederschlugen: Im Oktober 2004 gewann das Linksbündnis *Encuentro Progresista-Frente Amplio* bei den Nationalwahlen die absolute Mehrheit der Stimmen. Ein Wechsel, der sich auch in einem anderen grundlegenden Wandel in der uruguayischen politischen Kultur niederschlug: Die Colorado-Partei, die für mehr als ein Jahrhundert die Staatspartei gewesen war und das politische System bestimmt hatte, auch wenn sie ausnahmsweise einmal nicht an der Regierung war, wurde marginalisiert. Die Nationalpartei dagegen nahm, historisch betrachtet, die Rolle der verlässlichen Opposition ein. Sie war und ist, im Gegensatz zu den Colorados, nie fest im Staatsapparat, sondern auf der Ebene der Provinzen verankert. Diese Position haben die Blancos zumindest zum Teil behaupten können.

Die Frente Amplio ist die große Gewinnerin dieser tiefgreifenden Umbrüche, die als tatsächliche »Revolution auf Uruguayisch« bezeich-

net werden können. Eines Umbruchs unter Beachtung der Gesetze, auf allmähliche Art und ohne Konflikte mit der öffentlichen Ordnung. Die Frente Amplio ist zur neuen Staatspartei geworden. Anders als die Colorados betrachtet sie den Staat aber nicht als ihr Lehen, und ihre Art, das Regierungsgeschäft zu betreiben, zeichnet sich durch einen hohen Grad an Professionalität und Ehrlichkeit aus. Zusammenfassend betrachtet, scheint die politische, soziale und kulturelle Hegemonie, die die Frente Amplio im Laufe von drei Jahrzehnten errungen hat, nicht in Gefahr zu sein, und es sieht so aus, als ob sie von langer Dauer sein würde.

In der Menschenrechtspolitik wurde gemäß dem Programm der Frente Amplio eine Trendwende eingeleitet. Zum ersten Mal nach zwei Jahrzehnten Post-Diktatur wurden praktische Schritte unternommen, um die Wahrheit über die Verletzung der Menschenrechte ans Licht zu bringen. Im Umfeld der Militärkasernen wurden Ausgrabungen durchgeführt, um die sterblichen Überreste der »Verschwundenen« aufzufinden, ein unter den konservativen Vorgängerregierungen undenkbarer Schritt. Obwohl die Resultate eher spärlich ausfielen, ist es doch ein po-



litischer Erfolg, dass überhaupt zum ersten Mal auf den Militärgeländen gesucht wurde. Ein Signal für die Unterordnung der Militärs unter die Befehlsgewalt des Präsidenten, was vor dem Amtsantritt von Tabaré Vázquez alles andere als selbstverständlich war.

Die Gesundheitsreform ist möglicherweise die Maßnahme der Regierung mit der größten Tragweite. Die Gesundheitsversorgung wurde auf Sektoren der Gesellschaft ausgeweitet, die zuvor von ihr ausgeschlossen waren. Diese Demokratisierung des Gesundheitssystems ermöglichte allen UruguayerInnen den Zugang zu einer Krankenkasse. Vorher galt das nur für Menschen, die in einem festen Arbeitsverhältnis standen, also für eine Minderheit der Bevölkerung.

Zur Regulierung der Arbeitsbedingungen wurde das System der kollektiven Verhandlung wiederbelebt, das während der Hochzeit des Neoliberalismus in den 1990er Jahren unter dem Präsidenten Luis Alberto Lacalle abgeschafft worden war. Dies erlaubte zwei grundlegende Veränderungen: Neue Gewerkschaften entstanden und in der Folge nahm die Mitgliederzahl des Gewerkschaftsdachverbandes PIT-CNT stark zu. Zudem schreitet die Erholung der Reallöhne, zwar langsam, aber immerhin voran. Die Verluste der neoliberalen 1990er Jahre sind aber bei weitem noch nicht ausgeglichen. Hinzu kommt der deutliche Preisanstieg vor allem bei Lebensmitteln. Dennoch sind die Löhne zum ersten Mal seit der Rückkehr zur Demokratie tatsächlich gestiegen, und zwar auch für die untersten Lohnschichten.

Die Schaffung des Ministeriums für Soziale Entwicklung führte zu einer Konsolidierung der bis dahin nur schwach ausgebildeten Sozialpolitik und zu neuen Maßnahmen, von denen mehr als eine halbe Million Menschen, die in extremer Armut lebten, profitierten. Über mehr als zwei Jahre wurden durch den Notfallplan *Plan de Emergencia* die dringendsten Bedürfnisse von Einzelpersonen und Familien abgedeckt, die niemals zuvor staatliche Unterstützung erhalten hatten. Bis dahin waren bei den Armen nur ab und an Caudillos der Traditionsparteien Colorados und Blancos aufgetaucht, um einmalige Geschenke – gerne vor Wahlen – zu verteilen.

Die neue Sozialpolitik beschränkt sich aber nicht auf finanzielle Zuschüsse, sondern sie besteht vor allem aus vielfältigen Ausbildungs- und Erziehungsprogrammen, mit deren Hilfe die Eingliederung in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt erleichtert werden soll, sowie aus der Förderung kleiner Unternehmen. Diese unterschiedlichen Zugänge zu den ebenso unterschiedlichen Formen der Armut sind Teil der politischen Realität geworden und keine zukünftige Regierung, ganz gleich

welcher Partei, wird sich hier Rückschritte leisten können, ohne massiv an Zustimmung zu verlieren.

Zwei Jahre, nachdem der Notfallplan eingeführt worden war, wurden die finanziellen Ad-hoc-Zuwendungen eingestellt und eine dauerhafte soziale Unterstützung wurde als ein Recht proklamiert. Damit wurden erstmals soziale Unterstützungsmaßnahmen für arme Personen und Familien als regulärer Posten im Staatshaushalt berücksichtigt. Dieses Bündel von Maßnahmen, vor allem im Gesundheits- und Sozialbereich, ist kaum rückgängig zu machen, finden sie doch die Unterstützung der Mehrheit der uruguayischen Gesellschaft. In nur wenigen Jahren ist es gelungen, sie zu einem Teil des uruguayischen sozialen Bewusstseins zu machen.

In anderen Bereichen, wie z.B. im Erziehungsbereich, sind die Veränderungen weniger offensichtlich und haben sich noch nicht wirklich gefestigt; zu unterschiedlich sind hier die Interessen der verschiedenen AkteurInnen, als dass es in nur wenigen Jahren zu einem grundlegenden Wandel hätte kommen können. Aber auch hier sind die Weichen gestellt.

Zum Letzten wurde durch die Steuerreform ein progressives Steuersystem geschaffen. Diese neue Steuergerechtigkeit führte zu massiven Protesten eines kleinen Teils der oberen Mittelschicht und der Oberschicht, aber auch von Teilen der Gewerkschaften, die auch das Kapital stärker besteuert sehen wollten. Allerdings gelang es der Regierung, zu vermitteln, dass der Erfolg ihres Steuersystems vom Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen im Land abhängig ist.

Diese verschiedenen Reformen und neuen sektorialen Politiken scheinen zu zeigen, dass es in einem kleinen Land wie Uruguay möglich ist, Maßnahmen für die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft einzuführen, einige davon struktureller Art, ohne dass zentrale Elemente des neoliberalen Modells angetastet wurden. Dies bedeutet nicht, dass der Neoliberalismus für die Einführung dieser Reformen kein Hindernis dargestellt hätte, es ist vielmehr ein Ausdruck davon, dass die auf Privatisierung und Deregulierung setzende Variante dieser Politik sich mit der die gesamte Region erfassenden Krise von 1998–2002 erschöpft hat.

In Uruguay, wie in anderen Ländern der Region und im Besonderen in den Mitgliedstaaten des Mercosur, ist aber gerade eine zweite neoliberale Welle zu beobachten, die nicht mehr Privatisierung und Deregulierung propagiert, sondern auf Monokulturen wie Soja- und Eukalyptusplantagen setzt. Uruguay ist gemessen an seiner Größe und Bevölkerung zum Hauptexporteur von Zellulose in der Region geworden. Die An-

bauflächen für Soja sind von 12.000 Hektar im Erntejahr 2000–2001 auf 500.000 Hektar im Jahr 2007–2008 angestiegen. 95 Prozent der Produktion werden als nicht verarbeiteter Rohstoff exportiert. Insgesamt stiegen die uruguayischen Exporte deutlich an, aktuell liegen sie bei ca. 10 Milliarden US-Dollar jährlich und haben sich damit seit Beginn der Frente-Amplio-Regierung verfünffacht. Wenn insofern die Linke mit den Ergebnissen ihrer Regierungszeit, deren makroökonomische Daten auch in einer regionalen Krise noch ein Wachstum aufweisen, zufrieden sein kann, bleiben aber Probleme auf mittel- und langfristige Sicht, die es zu lösen gilt. Dabei sind vor allem die anhaltende Emigration sowie die Entstehung eines neuen gegen die Interessen der ärmeren Bevölkerungsschichten gerichteten Machtblocks zu nennen.

Alle Daten weisen darauf hin, dass, entgegen den Erwartungen, die Machtübernahme durch die Linke nicht dazu geführt hat, dass der lang andauernde Emigrationsprozess, der in den 1960er Jahren begann, gestoppt werden konnte. Obwohl es im ersten Regierungsjahr von Tabaré Vázquez einen Rückgang der Emigration gab, zeigen die Zahlen für 2007



und 2008, dass zwischen den ökonomischen Daten und der Emigration kein Zusammenhang mehr besteht. Ein Problem, das auch die Behörden beschäftigt, ist doch die Überalterung der Gesellschaft ein Phänomen, unter dem das Land zunehmend leidet.

Die Entstehung eines neuen Machtblocks, der durch die Rückkehr zum Export von Primärgütern wieder an Einfluss gewinnt, kann zu einer Situation ähnlich der in Argentinien im Jahr 2008 oder in Bolivien seit dem Amtsantritt von Evo Morales Ende 2005 führen. In diesen Ländern, aber auch in Brasilien, Paraguay und Chile, haben die Wirtschaftssektoren, die in der neoliberalen Phase der 1990er entstanden sind und sich durch den Exportboom seit 2005 konsolidierten, jeden grundlegenden Politikwechsel torpediert. Der Machtzuwachs der multinationalen Konzerne und der globalen Finanzakteure stellt ein Hindernis dar, mit dem sich die progressiven bzw. linken Regierungen konfrontiert sehen. In Uruguay ist heute ein Viertel des fruchtbaren Landes in ausländischem Besitz, die wichtigsten Produktionsketten und Exportindustrien wie die fleischverarbeitende Industrie oder die Reisindustrie wurden an brasilianische und Unternehmen aus anderen Ländern verkauft. Die Soja-, Getreide- und Fleischausfuhren werden von einer kleinen Gruppe von Exporteuren kontrolliert. Diese neuen Machtzentren verstärken die Abhängigkeit eines Landes, in dem schon immer eine fragile Situation herrschte.

In der ersten neoliberalen Phase in den 1990er Jahren konnte in Uruguay aufgrund einer wirksamen Zusammenarbeit von Teilen des politischen Systems und der sozialen Bewegungen der Versuch, die Staatsunternehmen, die von hohem strategischem Wert sind, zu privatisieren, zurückgeschlagen werden. Die heutige, neue Phase jedoch wird nur wenig diskutiert, vor allem weil es keine breite Debatte über das Entwicklungsmodell des Landes gibt. Solange dies so ist, wird es keinen radikalen Systemwandel oder -bruch in Uruguay geben, und insofern auch keine grundsätzliche Abkehr vom Neoliberalismus. Es besteht aber die Hoffnung, dass die uruguayische politische Kultur zu ihrer Eigenart zurückfindet und die Linke die schlimmsten Auswirkungen dieses Modells verhindert – eine typisch »uruguayische« Lösung wie zu Beginn der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts, als von der Schweiz Lateinamerika gesprochen wurde.

Übersetzung: Stefan Thimmel

José »Pepe« Mujica: Vom Stadtguerillero zum Präsidenten

Stefan Thimmel

Am 15. März 1985 öffneten sich für José Mujica Cordano die Gefängnistore, Zigtausende UruguayerInnen feierten in Montevideo seine Freilassung. 13 Jahre zuvor war er zum wiederholten Male verhaftet worden (das erste Mal 1964 nach einem versuchten Banküberfall) und als eine der sogenannten »Geiseln des Staates« in den Kerkern der uruguayischen Militärdiktatur verschwunden. Mehrere Jahre lang war er in ein Erdloch gesperrt (»In dieser Zeit habe ich gelernt, dass die Ameisen singen«, so Mujica), wurde gefoltert und von einem Ort zum anderen verschleppt. Niemand sollte wissen, wo er und seine MitstreiterInnen (darunter Raúl Sendic, Eleuterio Fernández Huidobro, Mauricio Rosencof und Yessie Macchi) gerade eingekerkert waren. Die Militärs hatten öffentlich be-



kundet, dass die Geiseln nur überleben würden, wenn Ruhe herrschte: keine Proteste, keine Demonstrationen, keine bewaffneten Aktionen. Pepe, wie der am 20. Mai 1935 während der Herrschaft des Diktators Gabriel Terra geborene Sohn eines pleite gegangenen kleinen Viehzüchters wie alle Josés genannt wird, überlebte. Und schon wenige Tage nach seiner Entlassung kündigte er an, dass der Kampf um eine gerechtere uruguayische Gesellschaft weitergehe, nur nicht mehr mit bewaffneten Mitteln. 24 Jahre später, am 29. November 2009, wurde José Mujica zum Präsidenten gewählt.

Der eigenwillige, volksnahe und nicht selten auch schrullige Senator, der bis zu seiner Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Frente Amplio im Mai 2009 die Bewegung für die Beteiligung des Volkes (*MPP, Movimiento de Participación Popular*), die Partei der ehemaligen Stadtguerilla Tupamaros, anführte, ist seit Jahren einer der beliebtesten, aber auch einer der umstrittensten Politiker des Landes. Mujica, der von März 2005 bis März 2008 als Minister für Landwirtschaft in der ersten Mitte-Links-Regierung des Landes amtierte, reiht sich mit seinem Sieg in



die Riege der linken lateinamerikanischen PräsidentInnen ein, die auch mit ihrer Persönlichkeit und ihrer Biografie für einen Neuanfang stehen. Ein ehemaliger Metallarbeiter in Brasilien, ein Aymara-Indígena in Bolivien, eine geschiedene, atheistische (im Exil u.a. in der DDR politisierte) Kinderärztin in Chile, ein Befreiungstheologe und laizierter Bischof in Paraguay, ein keynesianischer Ökonom in Ecuador: Das politische, soziale und professionelle Profil der Frauen und Männer an der Spitze der Staaten auf dem Subkontinent ist ebenso neu und differenziert wie das politische Spektrum der Parteien und Bewegungen in Lateinamerika.

Wie schon sein ganzes Leben lang polarisiert der Blumenzüchter und Mitgründer der Stadtguerilla auch noch heute. Nicht wenige seiner ehemaligen Mitstreiter aus den 1960er und 1970er Jahren kritisieren ihn für seinen schlingernden politischen Kurs und sind von seiner Bilanz als Minister unter dem Präsidenten Tabaré Vázquez enttäuscht. Vor allem für die armen Bevölkerungsschichten und für Teile der Mittelschicht verkörpert er aber nach wie vor Hoffnung, eine Option auf eine bessere Zukunft. Mujica, der ein großes Che-Guevara-Porträt an seiner Wohnungstür hängen hat, kämpft vor allem darum, die Menschen zu verändern. »Wir können alles um uns herum verändern, die Gesundheit, die Erziehung, die Ernährung, die Unterhaltung, die Häuser ... Wenn sich aber die Menschen nicht verändern, wenn die Werte die gleichen bleiben, bringt uns das alles nichts.« Aber man müsse auch »Kröten schlucken«, wie er die Kompromisse nennt, die er eingegangen ist. Gerade das werfen ihm seine KritikerInnen von links vor: Während seiner Amtszeit als Landwirtschaftsminister wurden große Teile des fruchtbarsten Landes an multinationale Konzerne, vor allem aus Europa und Brasilien, verkauft, Kleinbauern und kleine Viehzüchter wurden verdrängt, die Konzentration des Reichtums hat zugenommen.

Mujica, der in den frühen 1960er Jahren seine politische Arbeit im Rahmen der Blanco-Partei aufnahm, danach nach eigenem Bekunden Anarchist und Marxist war, bevor er 1969 als Führungsfigur der MLN-Tupamaros in den Untergrund ging, will heute von Ideologien nicht mehr viel wissen. »Der wichtigste Punkt muss für die Linke heute sein, den Menschen zu essen zu geben, die Bildung zu verbessern, obwohl man damit nicht das System verändert«, sagte Mujica schon 2004, als die von ihm angeführte Liste mit 300.000 Stimmen landesweit die meisten Stimmen erhielt.

Die Anekdote über den Beginn der Karriere José Mujicas ist Legende. Nachdem er 1995 ins Parlament gewählt worden war und zur ersten Sitzung mit klapprigem Motorrad und abgewetzten Jeans, wie immer

zerknittert und unrasiert, am Eingang des Parlaments erschien, verwies ihn der wachhabende Soldat auf den Hintereingang für Angestellte und fragte: »Wollen Sie lange bleiben?« »Wenn Sie mich lassen, fünf Jahre«, antwortete der ehemalige Tupamaro. Daraus sind jetzt 15 Jahre geworden: Er war Abgeordneter, Senator, dann Minister, danach wieder Senator. Heute tritt er auch schon mal rasiert und mit gebügelten weißen Hemden auf, mit Krawatte hat man ihn aber immer noch nicht gesehen. Als Präsident will Mujica sein Gehalt von 5.000 Euro einer Stiftung vermachen und weiter auf seiner *Chacra*, einer Art innerstädtischem Kleinbauernhof, wohnen. Hier züchtet er Blumen, die er und seine langjährige Kampf- und Lebensgefährtin, die heutige Senatorin Lucía Topolansky, noch bis vor kurzem auf dem Wochenmarkt verkauften.

Mujica ist nach wie vor *das* Phänomen in der uruguayischen Politik, obwohl seine Aura als ewiger Anarchist unter fünf Jahren Regierungseteiligung gelitten hat. Vor allem bei den Jugendlichen kommt er aber an. Diese neue Generation, die nicht mehr den ideologischen Ballast auf den Schultern trägt und sich von traditionellen Mustern lösen konnte, hat sich durch Mujica wieder politisiert. Die Jugendlichen und die »einfachen Leute« setzen auf den knorrigen Alten, weil er ihre Sprache spricht (und sich bei seinen drastischen Ausdrücken auch schon mal im Ton vergreift) und sich persönlich nicht durch die Macht verändert hat. Mujica vereint in seinem Stil viele Diskurse: Er spricht Jung und Alt an, StadtbewohnerInnen, marginalisierte Kleinbauern und Kleinbäuerinnen vom Land, Intellektuelle und sozial Ausgegrenzte. Und so ist für den harten Kern seiner AnhängerInnen die historische Bedeutung seiner Präsidentschaft klar: Alle 100 Jahre bestimmt ein »Pepe« die Geschicke des Landes. 1810 war es José Artigas, 1910 José Batlle y Ordóñez und ab dem 1. März 2010 wird es José Mujica sein.

Politische und soziale Bewegungen



Arbeiterbewegung und Gewerkschaften in Uruguay

Ernesto Kroch

Ende des 19. Jahrhunderts gab es in Uruguay nur die Pampa: eine scheinbar endlose Viehweide mit Millionen von Rindern und Schafen. In anderen lateinamerikanischen Ländern gab es Zuckerrohr- oder Kaffeeplantagen, Minen, in denen Kupfer oder Zinn abgebaut wurde etc. In Uruguay aber war die erste Industrieansiedlung eine Fleischextraktfabrik. 1861 wurde der *Frigorífico Liebig* in Fray Bentos gegründet. Der Namensgeber, der deutsche Chemiker Justus van Liebig, hatte kurz zuvor das Ammoniak-Kühlsystem erfunden und so konnte Fleisch erstmals nach Europa verschifft werden. 1905 und 1916 kamen die nationalen Gefrierfleischfabriken *La Uruguay* und *Artigas* und 1913 die nordamerikanischen Fabriken des Chicago-Trusts, die *Frigoríficos Swift* und *Amour*, hinzu.

In der exportorientierten Fleischindustrie waren viele Arbeiter beschäftigt. An ihren Standorten entstanden die ersten typischen Arbeiterviertel – im Osten der Bucht von Montevideo z.B. Cerro und La Teja – und die ersten Gewerkschaften. Die Ideen und Organisationen der Fabrikarbeiter erreichten aber auch die kleinen Werkstätten und Handwerker, die auf eigene Rechnung arbeiteten. Der Nährboden für den gemeinsamen Kampf waren die harten Arbeitsbedingungen. Hinzu kam ein weiterer Umstand, der zur Genesis der Arbeiterbewegung in spezifischer Weise beitrug. War in Europa der Bildung der verschiedenen Theorien des Klassenkampfes eine lange Praxis von gewerkschaftlichen Kämpfen und gesammelten Erfahrungen vorausgegangen, so war es in Uruguay umgekehrt: Mit den Schiffen, die die für den wirtschaftlichen Fortschritt notwendigen Arbeitskräfte aus Übersee brachten – 1860 waren 48 Prozent der Einwohner Montevideos nicht im Land geboren – kamen auch deren Ideologien ins Land. Und da die Einwanderer überwiegend aus Ländern wie Frankreich, Italien und Spanien kamen, war es der dort verankerte Anarchismus, der Ideologie und Aktionsstil bestimmte.

Zehn Jahre nach Gründung der ersten Gewerkschaft, der der Buchdrucker im Jahre 1865, wurde 1875 die *Federación Regional de la República Oriental del Uruguay* gegründet, damals mehr ein Arbeiterverein als ein Gewerkschaftsbund. Die Führer der Föderation waren ehemalige Mitstreiter des italienischen Freiheitshelden Garibaldi, Schüler des französischen Anarchisten Proudhon, Überlebende der Pariser Kommune und Verfolgte der europäischen Konterrevolution. Ab 1880 flammten



die ersten schweren Arbeitskämpfe auf, es streikten die Krankenpfleger, die Hafenarbeiter in Paysandú, in Montevideo kam es zu Arbeitsniederlegungen im Baugewerbe und bei den Straßenbahnen. 1905 wurde die erste Gewerkschaftszentrale Uruguays gegründet, die *Federación Obrera Regional del Uruguay* (FORU). Sie strebte nach der »wirtschaftlichen und sozialen Befreiung aller Werktätigen der Welt«. Mit der Gründung der Föderation erreichten die uruguayische Arbeiterbewegung ein höheres Niveau und der gewerkschaftliche Kampf eine neue Dimension. Zugleich bewirkte die anarchosyndikalistische Ausrichtung eine weitgehende Abstinenz im politischen Bereich. Mit der Konsolidierung der Demokratie und den Sozialreformen des Präsidenten José Batlle y Ordóñez hatten jedoch die politischen Akteure an Bedeutung gewonnen. Die FORU überließ diese Bühne den bürgerlichen konservativen und liberalen Parteien.

Das Vakuum in der politischen Repräsentation der Arbeiterklasse füllten die Sozialisten aus. 1904 wurde ein Sozialistisches Arbeiterzentrum, 1905 ein Karl-Marx-Zentrum geschaffen. 1910 kam es schließlich zur Gründung der Sozialistischen Partei. Ihr Führer Emilio Frugoni spielte eine herausragende Rolle im Kampf um den Acht-Stunden-Tag. Da weiterhin die anarchistische FORU die Mehrheit der Gewerkschaften vereinigte und die sozialistische UGT (*Union General de Trabajadores*) nur wenige Mitglieder hatte, ergab sich eine Arbeitsteilung zwischen den ideologischen Kontrahenten: Die einen führten die Arbeiter in den Gewerkschaftskämpfen an, die anderen in der Politik. Die Russische Revolution von 1917 brachte eine Wende. Durch sie verlagerte sich in Uruguay wie in ganz Südamerika der Schwerpunkt des Kampfes der Arbeiterschaft auf die Machtfrage. Hierdurch geriet die anarchistische Bewegung mehr und mehr ins Abseits. Die Sozialisten spalteten sich im Jahr 1919 in einen reformistischen und einen revolutionären Flügel. Die Mehrheit konstituierte sich als Kommunistische Partei Uruguays und schloss sich der Dritten Internationale an, die Minderheit baute die Sozialistische Partei wieder auf und orientierte sich an der Zweiten Internationale. Zeitgleich spalteten sich die Gewerkschaften in zwei Zentralen, was zu einer Schwächung der Arbeiterkämpfe gegenüber den Unternehmern führte. Bis 1924 kam es zwar noch zu einigen Streikwellen, doch danach war die Arbeiterklasse auf dem Rückzug. Dem Staatsstreich von Gabriel Terra im Jahre 1933 hatte sie nur wenig entgegenzusetzen.

Die Wiedergeburt der Gewerkschaftsbewegung zeichnete sich 1935 mit einem Bauarbeiterstreik ab. Die Arbeiterorganisationen hatten gelernt, dass der moralische und materielle Rückhalt in anderen Gesellschaftsschichten ein wesentliches Moment des Erfolges sein konnte. Die

alte Losung, »niemals Ministerteppeiche zu betreten«, wurde zu den Akten gelegt und es wurde mit der Diktatur verhandelt. Der so in kurzer Zeit gewonnene Streik machte Schule. Dabei spielte freilich auch die internationale Situation eine Rolle: Der Zweite Weltkrieg, der in Uruguay mit einem wirtschaftlichen Aufschwung einherging, gab der Gewerkschaftsbewegung neuen Auftrieb. Gewerkschaftskomitees, die lange Zeit gelähmt gewesen waren, organisierten sich neu, so z. B. bei der Eisenbahn und der Straßenbahn sowie in den Gefrierfleischfabriken. Die Arbeiter erkämpften neue Rechte: Tarifverträge, Familienzulagen, bezahlten Urlaub etc. Der Wirtschaftsboom hielt in Uruguay bis zum Koreakrieg an und die Industrie blühte auf. Die Gewerkschaften splitteten sich allerdings zunehmend auf. Das änderte sich erst 1966, als sich fast alle Gewerkschaften in der Dachorganisation CNT (*Convención Nacional de Trabajadores*) vereinigten.

Nach dem Koreakrieg verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage Uruguays drastisch, die Preise für Fleisch und Wolle fielen. Die Regierungsparteien stellten die bürgerlichen Freiheiten und Rechte zunehmend in Frage und froren unter dem Einfluss von IWF und Weltbank bei einer ins astronomische gestiegenen Inflation die Löhne ein. Auf diese provokative Strategie der Regierung reagierten die Gewerkschaften mit flexiblen Aktionen und neuen Bündnissen. Einen Höhepunkt bildete der Volkskongress von 1965, der die Allianz von 700 Organisationen mit über 800.000 Mitgliedern besiegelte. Eine andere Strategie verfolgte die Stadtguerilla MLN-Tupamaros, die den »direkten und schnelleren Weg« gehen wollte, den des bewaffneten Kampfes. Punktuell kam es aber auch zu einer Zusammenarbeit von Tupamaros und Gewerkschaften: 1969, während eines mehrmonatigen Streik der Bankangestellten, entführten die Tupamaros den Vorsitzenden des Bankenverbandes. Zwei Tage später war der Streik erfolgreich beendet. Es folgten vier weitere Jahre andauernder Konfrontation. Streiks im Gesundheitswesen, im Bankensektor, in der Textilindustrie etc. – und immer wieder 24-stündige Generalstreiks in Solidarität mit den Arbeitskämpfen in den einzelnen Sektoren. Es gab kaum einen Bereich des öffentlichen Lebens, der nicht von der Konfrontation erfasst worden wäre. Die verlorenen wie die erfolgreichen Aktionen zeigten die Möglichkeiten eines intelligent geführten Gewerkschaftskampfes auf. Aber auch die Grenzen. Um ebenfalls auf parlamentarischer Ebene die politischen Realitäten zu verändern, wurde deshalb im Februar 1971 die Frente Amplio gegründet. Bei den Wahlen im November desselben Jahres erreichte die Front 18 Prozent der Stimmen im Lande, in Montevideo über 30 Prozent.

Unter der Militärdiktatur

Am 27. Juni 1973 gegen 5 Uhr morgens wurde das Parlament von den Militärs besetzt und beide Kammern wurden aufgelöst. Noch am gleichen Tag antworteten die Gewerkschaften mit einem Generalstreik, die Arbeiter und Angestellten besetzten alle mittleren und großen Betriebe, Banken, Kraftwerke und die Erdölraffinerie, die Studenten die Fakultäten. Der Generalstreik legte das Land lahm, ohne dass er erklärt worden war. Drei Tage darauf befahl die Regierung die Auflösung der CNT, alle Gewerkschaftslokale wurden von der Polizei besetzt, ihr Eigentum beschlagnahmt, die verhafteten Gewerkschafter vor Militärtribunale gestellt. Der Generalstreik dauerte bis zum 11. Juli an, dann begann die Streikfront zu bröckeln und die jetzt illegale Leitung der CNT beschloss den Abbruch.

Auch wenn sich der gewerkschaftliche Widerstand, reduziert auf kleine Kerngruppen, jetzt nur noch in illegalen Bulletins, lokal beschränkten Betriebsaktionen und seltenen kurzen Streiks artikulierte, so garantierte er doch die organisatorische Kontinuität. Er fand zudem in einem



größeren Kreis Beitragszahler für die illegalen Gewerkschaften einen Ausdruck. Mehr als das: Das Vertrauen der Masse auf ihre auf die Probe gestellten Führer wuchs im Widerstand gegen die Diktatur. So schlugen drei Versuche der Militärs, die Arbeiter unter ihrem Kommando zu organisieren, fehl. Unter dem Druck der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) unternahm die Diktatur im September 1979 einen letzten Versuch. Armeeoffiziere besuchten die Militärgefängnisse, um mit Drohungen und Versprechungen ehemalige Gewerkschaftsführer zu überreden, unter ihrer Aufsicht »nationalistische Gewerkschaften« zu gründen. Kaum einer ließ sich von dieser Farce überzeugen.

Ab 1982 wurde der Widerstand der Gewerkschaften wieder stärker und wurde offener ausgetragen. Es gab Demonstrationen, kurze Streiks, Feiern zum 1. Mai. Eine neue Generation junger Gewerkschafter hatte sich formiert, die als Delegierte der legalen *Asociaciones Profesionales* auftraten, während die »alten Bekannten« im Hintergrund blieben, aber im Untergrund häufig die Fäden in der Hand hielten. Als wenige Wochen vor dem 1. Mai 1983 einige dieser neu gegründeten *Asociaciones* um Erlaubnis baten, den »Tag der Arbeit« feiern zu dürfen, hatte die Polizei keine Bedenken. Es kamen 150.000 Menschen, die Kundgebung vor dem Parlament wurde zu einer Demonstration gegen die Militärdiktatur. Die unbesetzten Stühle auf der Rednerbühne symbolisierten die abwesenden inhaftierten Gewerkschaftsführer. Es war der Anfang vom Ende der Militärdiktatur. Am 18. Januar 1984 legte ein Generalstreik alle Räder still. Die Militärs sahen sich gezwungen, mit den Politikern zu verhandeln. Nach zehn Jahren Gefängnis saß auch General Líber Seregni, der Präsident der *Frente Amplio*, mit am Tisch. Am 27. Juli 1984 kam es erneut zu einem 24-stündigen Streik und am 23. August mussten die Militärs für den 25. November 1984 freie Wahlen zugestehen.

Demokratie und Neoliberalismus

Über die Rückkehr zur Demokratie herrschte allgemeiner Jubel und die ersten Maßnahmen des neu gewählten Parlaments, u.a. eine Amnestie für alle politischen Gefangenen, schienen die Erwartungen zu bestätigen. Die neoliberale Wirtschaftspolitik wurde allerdings beibehalten. Die neu gegründete Gewerkschaftszentrale, jetzt PIT-CNT (*Plenario Intersindical de Trabajadores-Convención Nacional de Trabajadores*) genannt, versuchte über den Kampf für neue Sozialgesetze Verbesserungen durchzusetzen, die gewerkschaftliche Mobilisierung hatte aber nachgelassen. Unter dem Präsidenten Luis Alberto Lacalle (1990–1995) wurden die Öffnung des Marktes, die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse

und die Privatisierung staatlicher Unternehmen fortgeführt. Was den letzten Programmpunkt anbelangt, erlitt die Regierung allerdings 1992 eine spektakuläre Niederlage: Die Gewerkschaften der PIT-CNT starteten eine Kampagne gegen die Privatisierung der Elektrizitätswerke, der Telekommunikation und der Erdölraffinerie. Bei der anschließenden Volksabstimmung stimmten 72 Prozent der Bevölkerung gegen die Privatisierung. Doch ansonsten wurde die Wirtschaft in den 1990er Jahren gemäß der neoliberalen Ideologie umstrukturiert; fast die gesamte uruguayische Industrie wurde liquidiert. Die ehemals blühende Textilindustrie schrumpfte um 90 Prozent, die meisten metallverarbeitenden Betriebe mussten schließen. Importprodukte verdrängten die Güter aus heimischer Produktion. Der Umbau Uruguays zu einem »Finanzparadies« führte zur Marginalisierung Hunderttausender ehemaliger Arbeiter, während im Dienstleistungssektor nur wenige neue Stellen geschaffen wurden.

Unter der linken Regierung

Für die Gewerkschaften hat sich seit dem Machtwechsel vom 1. März 2005 einiges verändert. Eine der ersten Maßnahmen der linken Regierung war, die seit 13 Jahren nicht mehr einberufenen paritätischen Tarifkommissionen wieder einzuführen, erstmals auch für Landarbeiter und Hausangestellte. Diese Maßnahme und die Anhebung der Reallöhne verliefen im privaten Sektor nicht ohne Konflikte, Streiks, Betriebsbesetzungen und Entlassungen. Auf die Repressalien der Unternehmer reagierte das Parlament – jetzt mit Frente-Amplio-Mehrheit – mit neuen Gesetzen zum Schutz der Gewerkschaftsfreiheit und der Legalisierung von Betriebsbesetzungen. Dieser neue Handlungsspielraum sowie der wirtschaftliche Aufschwung und die beginnende, allerdings noch zaghafte Re-Industrialisierung führten in den letzten Jahren wieder zu einem Anwachsen der Gewerkschaften. In weniger als einem Jahr verdoppelte sich die Mitgliederzahl des PIT-CNT und es entstanden 300 neue Betriebskomitees. Es herrscht aber nicht nur Harmonie zwischen linker Regierung und wiedererstarkten Gewerkschaften. Diese fordern radikalere gesellschaftliche Transformationen, als sie die Frente-Amplio-Regierung im Rahmen eines kapitalistischen Wirtschaftssystems durchführt. Dabei setzt die große Mehrheit der PIT-CNT-Gewerkschaften sowie deren Zentrale auf Dialog statt auf Konfrontation und stützt die Regierung gegen die Offensive der bürgerlichen Opposition sowie der Unternehmerverbände.

Jenseits aller Kritik im Einzelnen setzt sie auf eine Kontinuität der linken Regierung.

Eine kleine Geschichte der Tupamaros Das Leben der Yessie Macchi

Theo Bruns & Angela Habersetzer

»Eine Operation im CIM durchführen heißt, sich in die Höhle des Löwen zu begeben« (*Actas Tupamaras*). 30. Mai 1970. Ein Kommando der uruguayischen Stadtguerilla MLN-Tupamaros überfällt kurz nach Mitternacht das Ausbildungszentrum der Marine (CIM) im Hafenviertel von Montevideo. Ohne dass ein einziger Schuss fällt, gelingt es ihnen, die Kaserne einzunehmen und die anwesenden Soldaten zu überwältigen. Die halbe Nacht über verladen sie die Beute – mehrere hundert Gewehre und eine große Anzahl weiterer Waffen – in Lastwagen. Zum Abschluss der Aktion hissen sie am frühen Morgen am Fahnenmast der Kaserne die Flagge der MLN. An der Aktion sind zwanzig Männer und zwei Frauen beteiligt. Eine von ihnen ist Yessie Macchi, Kampfname »Cecilia«.

* * *

Am 14. Juli 1946 wird Yessie Macchi in Montevideo geboren. Die spätere Tupamara wächst im Schoß einer Offiziersfamilie auf. Als Yessie vier Jahre alt ist, zieht sie mit den Eltern und der älteren Schwester in die Vereinigten Staaten um, wo der Vater einen Posten bei der *Junta Interamericana de Defensa* in Washington D.C. antritt. Als die Familie nach dreieinhalb Jahren an den Río de la Plata zurückkehrt, spricht Yessie fließend Englisch.

Nach einer kurzen religiösen Phase, in der sie davon träumt, nach Indien oder Bolivien zu gehen, um »den Armen zu helfen«, zieht sie mit 14 Jahren von zu Hause aus und stürzt sich voll ins Leben. Ihr selbstbewusstes, offensives Auftreten als Frau ist in der konservativen uruguayischen Gesellschaft eine Provokation. Als geschminkte und modisch gekleidete Sekretärin verstößt sie aber auch gegen den Kleidungskodex der Linken. »Ich werde die Revolution nicht in Jeans, sondern im Minirock machen«, verkündet sie. Die individuelle Revolte geht der politischen Revolte voraus.

Yessie Macchi politisiert sich nun rasch. Sie liest Camus, Sartre, Merleau-Ponty, Marx. Verfolgt den Befreiungskrieg in Algerien. Auf der Abendschule nimmt sie Kontakt zu linken SchülerInnen und StudentInnen auf. Innerhalb kurzer Zeit durchläuft sie mehrere politische Organi-

sationen, von der Kommunistischen Jugend bis zum maoistischen MIR. Schon bald langweilen sie die sterilen ideologischen Grabenkämpfe. Sie sucht eine praktische Antwort. Über einen Genossen bekommt sie Kontakt zur MLN (*Movimiento de Liberación Nacional*), der entstehenden Stadtguerilla. Der Eintritt wird ihr nicht leicht gemacht, noch verfolgt die Organisation eine zurückhaltende Rekrutierungspolitik. »*Armata y espera*« (Bewaffne dich und warte ab) lautet die Parole. Um eine Waffe zu erwerben, stiehlt die kleine dreiköpfige Gruppe, der Macchi angehört, nachts Blumen aus Gewächshäusern, um sie am nächsten Tag zu verkaufen. Aus dem Erlös wird ein Revolver Kaliber 38 gekauft. Endlich können sie der MLN beitreten.

* * *

Uruguay, das lange als die Schweiz Lateinamerikas gegolten hatte, wurde Anfang der 1960er Jahre von einer schweren Wirtschaftskrise geschüttelt. Auf die zahlreichen Streiks und Arbeitskämpfe antwortete die konservative Blanco-Regierung mit wachsender Repression. Wie in den Nachbarländern drohte ein Militärputsch. Zugleich elektrisierten die Beispiele der kubanischen und algerischen Revolution die Linke. Die Überzeugung reifte, dass es nicht ausreichte, auf eine revolutionäre Situation zu warten, sondern dass die Revolutionäre sie durch ihr Handeln selbst schaffen mussten. Eine explosive Situation, die nach etwas Neuem verlangte.



Yessie Macchi (Mitte) auf einer Veranstaltung in Hamburg 1992

Zündfunke waren schließlich die Märsche der Zuckerrohrarbeiter aus dem Norden des Landes nach Montevideo, die sich unter Führung Raúl Sendics, der einen leitenden Posten in der Sozialistischen Partei bekleidete, 1961 zur Gewerkschaft UTAA (*Unión de Trabajadores Azucareros de Artigas*) zusammengeschlossen hatten. Sie repräsentierten das verborgene Gesicht Uruguays, sie waren die Ärmsten der Armen, alltäglich konfrontiert mit der brutalen Klassengewalt der Großgrundbesitzer.

In Montevideo bildete sich ein Koordinationskreis von Linken unterschiedlicher Strömungen. Ihr gemeinsamer Nenner war die Unterstützung der UTAA, die die Besetzung von Ländereien plante, sowie – ein Novum – die eigene Bewaffnung, die zunächst der Selbstverteidigung dienen sollte. Dieser *Coordinador* war die Keimzelle der späteren MLN. Es ist ein Paradox in der an Paradoxen reichen Geschichte der MLN, dass die berühmteste Stadtguerilla der Welt ihren Ursprung vom Lande aus nahm.

Eine Waffenbeschaffungsaktion im Jahr 1963, die Entwendung von Gewehren aus dem Schweizer Schießclub, die gemeinhin als Gründungsakt der späteren Guerilla angesehen wird, führte zur Illegalisierung Sendics. Es folgten weitere Enteignungs- und Propagandaaktionen wie die Verteilung beschlagnahmter Lebensmittel in Elendsvierteln, die das spätere Robin-Hood-Image der Bewegung begründen sollten. 1965 entstand aus dem *Coordinador* die MLN-Tupamaros, die sich Anfang 1966 auf ihrem ersten Konvent ein Programm gab. Ihr Signum war die Einheit von Denken und Handeln. Ihr Prestige die Hingabe und Konsequenz ihrer Mitglieder. Ihr Ziel eine Gesellschaftsordnung, in der der Mensch und nicht der Profit Maßstab des Wirtschaftens ist. Ihr Name spielte auf das Rebellenheer des uruguayischen Nationalhelden und Sozialrevolutionärs José Artigas an, der bereits 1815 Landenteignungen als Mittel vorgeschlagen hatte, damit »die Unglücklichsten die Privilegiertesten seien«.

* * *

Tagsüber Sekretärin einer multinationalen Firma, verwandelt sich Yessie Macchi nun nachts in eine Militante der MLN. Es ist 1966, das Jahr des Amtsantritts des neuen Präsidenten Oscar Gestido. Die Tupamaros agieren zunächst noch abwartend. Als Gestido stirbt, übernimmt Ende 1967 Jorge Pacheco die Präsidentschaft, der das Land zunehmend militarisiert und mit Notstandsdekreten zu regieren beginnt. Die sozialistische Partei wird verboten, die Presse zensiert. Die Auseinandersetzungen eskalieren. Eine Studentenbewegung geht in Konfrontation zum Regime. Für Yessie

Macchi wird das Doppelleben immer schwieriger, sie beschließt, für eine Zeit aus dem Land zu verschwinden. So »verliert sie« – wie sie später halb im Scherz sagen wird – das »magische Jahr« 1968 in Uruguay.

Sie gibt vor, nach Paris zu gehen. In Wirklichkeit ist ihr Ziel Kuba. Das sozialistische Land in der Karibik verfolgt zu dieser Zeit, kurz nach dem Tod Che Guevaras in Bolivien, noch die Strategie der kontinentalen Revolution, operativ umgesetzt vom *Departamento América* unter Leitung des legendären Manuel Piñeiro »Barbarroja«. Auf der Insel geben sich Revolutionäre aus allen Ländern Lateinamerikas ein Stelldichein. Yessie Macchi erhält als Repräsentantin der MLN ein militärisches Training, nimmt aber auch an Ernteeinsätzen teil. Und zum ersten Mal in ihrem Leben verliebt sie sich ernsthaft: in einen venezolanischen Revolutionär mit dem Spitznamen *El Chino*. Nach kaum einem Jahr folgt die unvermeidliche Trennung, ihr Geliebter geht nach Venezuela, um sich der Guerilla Douglas Bravos anzuschließen, Yessie reist mit falschem Pass über Buenos Aires nach Uruguay zurück. Auf klandestinem Weg tauschen beide weiter Briefe aus. Nach einigen Monaten dann die Nachricht – Yessie ist gerade zum ersten Mal verhaftet –, dass *El Chino* im Kampf gefallen ist.

Nach ihrer Ankunft in Montevideo wird Macchi in den militärischen Sektor der MLN integriert. Die Tupamaros gehen von Propagandaaktionen zu einer neuen Etappe des Kampfes über, schrauben das Aktionsniveau hoch. Um einen Streik der Bankangestellten zu unterstützen, entführt ein Kommando der MLN im September 1969 den Bankier Gaetano Pellegrini Giampetro. Einen Monat später folgt am zweiten Jahrestag der Ermordung Che Guevaras die bisher spektakulärste Aktion der Tupas, die als Trauerzug getarnt die Stadt Pando besetzen. Obwohl die Aktion militärisch in einem Fiasko endet – auf dem Rückzug werden drei Compañeros erschossen und weitere verhaftet –, macht sie die Tupamaros mit einem Schlag weltweit bekannt.

Yessie Macchi war an der Vorbereitung der Aktion beteiligt, wird aber wenige Tage vor ihrer Durchführung verhaftet. Im Frauengefängnis Cabildo wird sie von Nonnen bewacht. Doch schon bald findet ihr Gefängnisaufenthalt durch eine symbolträchtige Aktion ein vorzeitiges Ende: Am 8. März 1970, dem Internationalen Tag der Frau, gelingt ihr mit zwölf weiteren Tupamaras während der Messe die Flucht aus der Gefängnis-kapelle. »Vater unser, erlöse uns von unseren Feinden«, überschreibt die Tupamara-Genossin Graciela Jorge ironisch ein Kapitel ihres den Fluchten der Frauen gewidmeten Buches *Historia de 13 Palomas y 38 Estrellas* (Geschichte von 13 Tauben und 38 Sternen).

Yessie Macchi schließt sich nun der Kolonne des Landesinnern an, die von Raúl Sendic geleitet wird. Im Mai nimmt sie an der erwähnten Waffenbeschaffungsaktion im Ausbildungszentrum der Marine teil. Die Tupamaros haben einen Strategiewechsel vollzogen und sich von den anfänglichen Robin-Hood-Aktionen verabschiedet. »Die Leute schauten vom Balkon aus zu und applaudierten. Wir wollten aber, dass sie sich am Kampf beteiligen«, erläuterte Yessie Macchi später. Am 31. Juli 1970 wird Dan Mitrione, ein Experte der CIA für »wissenschaftliche« Folter und Counterinsurgency, in Montevideo entführt und – als der geplante Gefangenenaustausch scheitert – erschossen. Es ist der einzige Fall einer Geiseltötung durch die Tupamaros. Der Film *Der unsichtbare Aufstand* von Constantin Costa-Gavras aus dem Jahr 1972 mit Yves Montand in der Hauptrolle wird diese Aktion zeitnah und eindrucksvoll darstellen.

Am 31. Januar 1971 wird Yessie Macchi zum zweiten Mal verhaftet, wieder kommt sie in das Gefängnis Cabildo, wo die Nonnen mittlerweile von weniger gottesfürchtigen Gefängniswärterinnen abgelöst worden sind. Und erneut gelingt ihr die Flucht. Am 30. Juli 1971 entkommt sie zusammen mit 37 weiteren Frauen durch einen Tunnel und weiter durch die Kloaken der Stadt. Stundenlang müssen sie sich duschen, um den Gestank wieder loszuwerden.

Nach ihrem erneuten Gefängnisausbruch ist Yessie Macchi endgültig zu einer der meistgesuchten Frauen Uruguays geworden. Ihr Foto prangt



auf den Titelseiten der Tageszeitungen. Nachdem am 5. September auch den Männern eine Massenflucht aus dem Gefängnis Punta Carretas gelingt, sind die Tupamaros auf dem Höhepunkt ihrer (Gegen-)Macht angelangt. Sie scheinen unbesiegbar. Auf politischer Ebene unterstützen sie bei den Wahlen im November 1971 die Frente Amplio mit ihrem Spitzenkandidaten, dem Ex-General Liber Seregni, und gründen eine eigene politische Organisation, die Bewegung 26. März, mit Mario Benedetti an der Spitze. Das Linksbündnis erringt mit 17 Prozent der Stimmen einen Achtungserfolg. Zum neuen Präsidenten aber wird der erzreaktionäre Juan María Bordaberry gewählt, der wenige Monate später die Bürgerrechte außer Kraft setzen und den inneren Kriegszustand verhängen wird.

Yessie Macchi ist währenddessen erneut im Umland von Montevideo aktiv. Es ist eine Zeit atemloser Aktivitäten und ständig eskalierender Auseinandersetzungen. Die Todesschwadronen beginnen zu agieren. Die MLN schlägt zurück. Die Zahl der Toten und Verhafteten steigt. Während der Vorbereitung der im Februar 1972 stattfindenden Besetzung der Stadt Soca lernt Yessie die »Liebe ihres Lebens« kennen: Leonel Martínez Platero. Trotz aller Widrigkeiten des Lebens in der Illegalität beschließen die beiden, ein Kind zu zeugen. Auch im Rückblick wird Yessie Macchi diese Phase der Klandestinität und des bewaffneten Kampfes als die glücklichste Zeit ihres Lebens bezeichnen, in der sie genau das tat, was sie für richtig hielt, kollektiv lebend und kämpfend, im Rahmen einer Organisation, der sie rückhaltlos vertraute.

Doch die Tupamaros haben den Gegner unterschätzt. Das Militär, dem die Bekämpfung der Guerilla übertragen worden ist – und dem die MLN ihrerseits den Krieg erklärt hat –, zerschlägt die Bewegung innerhalb weniger Monate, nicht zuletzt durch den systematischen Einsatz der Folter und aufgrund des Verrats zweier führender MLN-Kader. Die Gründe für die Niederlage sind bis heute umstritten. Weitgehende Einigkeit besteht darin, dass den Tupamaros »die Strategie ausgegangen war« und dass sie in die Falle einer militärischen Eskalation zwischen Guerilla und staatlichen Repressionsapparaten geraten waren, die sie in der Bevölkerung Sympathie kostete.

Am 13. Juni 1972 gerät auch die Gruppe um Yessie Macchi in Parque del Plata östlich von Montevideo in eine Konfrontation mit der Polizei. Es kommt zu einem langen Feuergefecht. Leonel und Yessie werden voneinander getrennt. Statt zu fliehen, durchstreifen sie die Stadt auf der Suche nach einander. Leonel wird schließlich durch Schüsse in den Rücken ermordet, als er sich ergibt, um einen Compañero zu schützen. Yessie

wird – nachdem sie die letzte Patrone verschossen hat – schwer verletzt festgenommen. Zum Zeitpunkt der Verhaftung schwanger, verliert sie ihr Kind aufgrund von gezielten Tritten in den Unterleib.

Yessie Macchi wird ins Militärhospital gebracht, in Gips gelegt und wie eine Beute zur Schau gestellt. Offiziere aller Waffengattungen defilieren an ihr vorbei, um sich am Anblick der legendären Guerillera zu weiden. Sobald es ihr Zustand erlaubt, wird sie aus dem Krankenhaus in eine Militärkaserne verschleppt. Es beginnt eine Zeit der Rotation durch verschiedene Kasernen des Landes – und der Folter.

Sie wird von einem Militärgericht verurteilt und schließlich in das Frauengefängnis Punta de Rieles gebracht, wo sie ein stürmisches Wiedersehen mit ihren Genossinnen erlebt. Doch auch dies ist nur ein kurzes Zwischenspiel. Ein Woche vor dem Putsch der Militärs am 27. Juni 1973 werden neun Frauen – kurz darauf auch neun Männer – zu Geiseln des Staates erklärt, denen für den Fall einer weiteren Aktion der Tupamaros mit Erschießung gedroht wird. Erneut werden die Geiseln in Militärkasernen verschleppt, wo sie die nächsten drei Jahre – die Männer neun – unter barbarischen Bedingungen in winzigen Verliesen dahinvegetieren.

In der Kaserne des Bataillon Florida wird Yessie Macchi in eine Zelle mit Elisa Michelini gesperrt, der Tochter des wenig später im Mai 1976 von den Militärs in Buenos Aires ermordeten Senators der Frente Amplio, Zelmario Michelini. Kurz darauf werden sie in die Kaserne »La Paloma« im Stadtteil Cerro von Montevideo verlegt. In den Nachbarzellen befinden sich weitere Gefangene. Die Schreie der Gefolterten dringen durch die Wände. Hier lernt Yessie einen Mitgefangenen, Mario Soto, kennen, mit dem sie sich durch ein in die Zellenwand gebohrtes Loch verständigen kann. Mit der Zeit entwickelt sich unter schwierigsten Verhältnissen eine »klandestine Romanze«. Dank der Solidarität eines Wachsoldaten gelingt es ihnen, zwei oder drei Mal zusammen zu sein, und Yessie schlägt ihm vor, hier, am unwirtlichsten aller Orte, ein Kind zu zeugen. Mario willigt trotz der unabsehbaren Folgen ein.

Ihre Entscheidung ist für Yessie Macchi ein Akt der Rebellion, eine Entscheidung für das Leben inmitten einer Atmosphäre des Todes. Um zu verhindern, dass ihre Schwangerschaft als Ergebnis einer Beziehung zu einem Soldaten oder einer Vergewaltigung ausgegeben werden kann, geben die beiden ihre Liebe bekannt und offenbaren ihren Wunsch, zu heiraten. Die zu erwartende Reaktion der Militärs ist ihre sofortige Trennung.

Als ihre Schwangerschaft wenig später nicht mehr zu übersehen ist, entscheiden die Militärs, die beiden Frauen – und alle anderen weibli-

chen Geiseln – in das Frauengefängnis Punta de Rieles zurückzuverlegen. »Für mich war die Schwangerschaft also glimpflich ausgegangen. Für meinen Compañero Mario traf das keineswegs zu. Er wurde drei Monate lang gefoltert, nur um den Namen dessen zu erfahren, der unsere Zusammenkunft ermöglicht hatte. Danach war er völlig traumatisiert, was schließlich in einer Krebserkrankung mündete, an der er am 27. Juni 1980 starb.« Ihre gemeinsame Tochter Paloma wird im Gefängnis geboren, aber nach wenigen Monaten von der Mutter getrennt und fortan von den Großeltern großgezogen.

Das Ende der Geiselhaft bringt zunächst keine Erleichterung. Die Bedingungen im Frauengefängnis Punta de Rieles – zeitweise sind hier mehrere Hundert weibliche politische Gefangene inhaftiert – sind äußerst hart. Das Regime verzeiht es den Frauen nicht, dass sie sich aufgelehnt haben und aus ihrer traditionellen Geschlechterrolle ausgebrochen sind. Zudem gibt es eine Gruppe von Gefangenen, die Yessies Entscheidung, im Knast ein Kind zu bekommen, nicht akzeptiert und sie mit Kritik und Unterstellungen konfrontiert. Erst langsam beginnt sich die Situation zu bessern. Die Erfahrung der Solidarität unter den Frauen, die Yessie Macchi später so oft beschrieben hat, ist das Ergebnis eines langen und harten Kampfes.

Anders als die Männer setzen die Frauen im Gefängnis eine horizontale Organisation durch und heben die Trennung nach politischen Organisationen weitgehend auf. Im Zentrum steht der gemeinsame Kampf gegen das Knastregime. »Wir kämpften um jede Genossin, gaben keine auf. Und so sind wir immer ein großes Kollektiv geblieben.« Die Frauen verteidigen die Autonomie des Gefangenenkampfes, geben aber auch keine Ratschläge in Bezug auf die außerhalb des Knasts zu befolgende politische Linie.

Ab 1980 zeichnet sich das Ende der Militärdiktatur ab. Die Militärs verlieren das Referendum über eine Verfassungsreform. Am 1. März 1985 tritt schließlich eine neu gewählte Zivilregierung ihr Amt an, begleitet von der größten Demonstration, die Uruguay bis dahin erlebt hat. Die Freiheit der Gefangenen ist nun das oberste Ziel. Am 10. März kommt das Gros der Gefangenen frei. Wieder sind Hunderttausende auf den Beinen, um sie zu empfangen. Es ist ein Volksfest, eine Sternfahrt führt zum Platz der Freiheit. »Und alle diese Leute, zusammen mit den Compañeros und Compañeras, die rausgekommen sind, gingen einfach nicht nach Hause, sondern umringten weiter die Knäste, um auf die anderen Compañeros und Compañeras, die noch im Gefängnis waren, zu warten.« Am 14. März 1985 öffnen sich endlich auch für die letzten 63 politi-

schen Gefangenen – unter ihnen Yessie Macchi – die Gefängnistore. Die ersten Tage und Wochen der Freiheit sind wie ein Rausch. »Wenn ich durch die Straßen in unserem Viertel spazierte, haben die Leute mich umarmt, haben geweint und immer wieder gesagt, verzeih mir, wir haben nicht gewusst, was sie mit euch gemacht haben.«

Es ist ein kleines Wunder: Als einzige Guerillaorganisation des Cono Sur haben die Tupamaros die Nacht der Militärdiktaturen politisch überlebt und konstituieren sich als legale politische Bewegung neu. Wie so häufig in ihrer Geschichte ist aus einer militärischen Niederlage ein politischer Sieg geworden. Aufgrund ihrer Haltung in der Vergangenheit genießen sie in der Bevölkerung großen Respekt. 1989 gründen sie die MPP (*Movimiento de Participación Popular*), mit der sie sich im Rahmen der Frente Amplio an den Wahlen beteiligen.

* * *

Die Wiedereingliederung in das Alltagsleben nach so vielen Jahren Gefängnis war für die freigekommenen Frauen extrem schwer. »Freiheit heißt nicht, dass sie dir die Türen vom Knast aufmachen. Die Freiheit zu erlangen dauert viel länger.« Die familiären Beziehungen waren zum Teil sehr belastet, viele Partnerschaften gingen nach so vielen Jahren der Trennung in die Brüche. Eine neue Liebe zu finden war schwer. »Ein Mann, der 15 Jahre gefangen gewesen ist und mit 40 rauskommt, ist ein Held. Eine Frau, die 15 Jahre gefangen gewesen ist und mit 40 rauskommt, ist eine Alte.« Die Verantwortung für die Kinder oblag zumeist den Frauen, und die ökonomische Situation war sehr angespannt. Es war nicht leicht, einen neuen Job zu finden. Die erste Zeit war »wie ein Taumeln«.

Die Doppelbelastung der Frauen brachte es mit sich, dass sie auch in ihrer politischen Präsenz zurückgedrängt wurden. Hinzu kam die erneute Konfrontation mit den vertikalistischen Strukturen der politischen Linken, die zum Rückzug, zur Privatisierung vieler Frauen führte. In einem *ak*-Interview beschreibt Macchi, dass die Frauen sich angesichts der männlichen Machtstrukturen buchstäblich »entwaffnet« gefühlt hätten. »Plötzlich hingen wir in etwas drin, was für uns schon ein Anachronismus war. Wir mussten uns einfügen in eine Welt, die wir weitgehend hinter uns gelassen hatten.«

Auch ihre Verarbeitung des bewaffneten Kampfes unterschied sich in spezifischer Weise von der der Männer. Yessie Macchi hat dessen historische Legitimität stets verteidigt und sich von seiner Umdeutung zu einer Art »bewaffneten Patriotismus« zur Verteidigung der Demokratie, wie

sie von einigen führenden Ex-Guerilleros vorgenommen wurde, kritisch abgegrenzt. Genauso wenig war sie für Verklärung und Mythenbildung zu haben. So kritisierte sie den Waffenkult der Männer und verwies darauf, dass der Ausübung von Gewalt die Gefahr der Pervertierung immer inhärent sei. »Ich glaube nicht, dass der bewaffnete Kampf läutert (Fanon). Er hat im Gegenteil hohe soziale und persönliche Kosten. Und es muss klar sein, dass es nicht einen einzigen überflüssigen Schuss geben darf. Nicht einen einzigen. Und das sagt dir eine, die wahrhaftig viel geschossen hat und Schießlehrerin der MLN war.« Der gemeinsame Nenner beider Positionen ist ein kritisches Verhältnis zur Macht.

Nach ihrer Haftentlassung engagierte sich Yessie Macchi in sozialen und politischen Projekten. In der MLN versuchte sie eine Frauenkommission zu etablieren und zu stärken. Sie thematisierte die Diskriminierung der lohnarbeitenden Frau, den Sexismus, die Gewalt in der Familie, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Eine Anstellung fand sie zunächst bei einem Hilfswerk, das sich um entlassene Gefangene und Rückkehrer aus dem Exil kümmerte. Später arbeitete sie als Hörfunkjournalistin für das Radio CX 44 Panamericana, das 1988 von den Tupamaros übernommen worden war. Als Mitbegründerin und Redakteurin war sie schließlich bis zu ihrem Tod im Februar 2009 für die unabhängige linke Nachrichtenagentur COMCOSUR (*Comunicación Participativa desde el Cono Sur*) tätig.

Mit den Jahren wuchs ihre politische Distanz zur MPP, die ab 2005 als stärkste Fraktion innerhalb der Frente Amplio an der Regierung beteiligt war. Auch bei den Tupamaros führte die Integration in das parlamentarische System zu Verschleißerscheinungen, nationalistischen Untertönen und inneren Auseinandersetzungen, in deren Folge der emanzipatorische Impuls verloren zu gehen droht. Die Nemesis der Macht. Yessie Macchi hat diese Anpassungs- und Deformationsprozesse und die wachsende Entfremdung von den Basisprozessen kritisiert, ohne die Rolle einer Dauerkommentatorin einzunehmen. Ihr Weg war die Rückbesinnung auf die sozialen Kämpfe und Probleme, insbesondere die der Frauen.

Den Mund halten wollte und konnte Yessie Macchi nie. Sie war eine in jeder Hinsicht rebellische Frau. Sie verkörpert die »andere« Geschichte der Tupamaros, die der Frauen, die unabgegoltene, mit der »kein Staat zu machen« ist.

Für Erinnerung und Wahrheit: Die Menschenrechtsbewegung in Uruguay

Olga Burkert

Die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen in Uruguay verläuft schleppend. 25 Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur (1973–1985) gibt es keinen gesellschaftlichen Konsens, die Vergangenheit umfassend aufzuarbeiten und die Verantwortlichen zu verurteilen. Auch nach fünf Jahren Mitte-Links-Regierung der Frente Amplio ist kein grundlegender Durchbruch zu verzeichnen. Im Oktober 2009 erlebten die Menschenrechtsbewegung und die Angehörigen der Opfer der Militärdiktatur einen herben Rückschlag, als eine Volksabstimmung zur Annullierung des Amnestiegesetzes, des *Ley de Caducidad*, bereits zum zweiten Mal scheiterte. Und doch ist die Menschenrechtsbewegung bis heute eine der stärksten sozialen Bewegungen in Uruguay.



Das »Gesetz über die Hinfälligkeit des Strafanspruchs des Staates« ist weniger sperrig ausgedrückt ein Amnestiegesetz, das allen Polizei- und Militärangehörigen Straffreiheit für ihre während der Diktatur begangenen Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen gewährt. Genau vor 20 Jahren hatte es schon einmal den Versuch gegeben, die herrschende Straffreiheit nach dem Übergang zur Diktatur zu durchbrechen. Auch 1989 hatte sich jedoch keine Mehrheit gefunden, der Amnestie im Land eine Absage zu erteilen. Dem uruguayischen Militär war es auch Jahre nach dem Übergang zur Demokratie gelungen, die während der Diktatur geschaffenen Strukturen der Angst aufrechtzuerhalten.

Nach dem Putsch von 1973 hatte das zivil-militärische Regime begonnen, die Bevölkerung systematisch einzuschüchtern, zu kontrollieren und zu terrorisieren. Es schuf ein System der sozialen Kontrolle und ein allumfassendes Bedrohungsszenario, was sich bis in die Gegenwart hinein als ein Trauma auswirkt. Gefängnis und Folter waren die Hauptinstrumente der politischen Repression. Zwischen 1972 und 1984 wurden etwa 60.000 UruguayerInnen inhaftiert. Dies brachte Uruguay den traurigen Rekord ein, im Verhältnis zur Bevölkerungszahl die höchste Anzahl politischer Gefangener weltweit zu haben. Darüber hinaus kam es während der Diktatur zu einem Massenexodus.

Die uruguayische Diktatur wird oft als weniger blutig beschrieben als beispielsweise das argentinische Militärregime. Im Nachbarland wurden nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen zwischen 1976 und 1983 etwa 30.000 Personen entführt und ermordet. Darüber hinaus trieb die argentinische Militärjunta die perfide Praxis des Verschwindenlassens und der Anonymisierung der Opfer zur Perfektion. Aber auch den uruguayischen Militärs gelang es, Misstrauen und Angst in der Gesellschaft zu säen. Dabei agierten sie nicht allein. Vielmehr gab es im Rahmen des sogenannten *Plan Cóndor* eine gut organisierte, grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Uruguay und den Juntas in Argentinien, Chile, Paraguay, Bolivien und Brasilien bei der Verfolgung von RegimegegnerInnen. Zahlreiche UruguayerInnen wurden im argentinischen Exil entführt.

International bekannt geworden sind die »Fälle« von Sara Méndez und María Claudia García, der Schwiegertochter des argentinischen Dichters Juan Gelman: Beiden Frauen wurden ihre neugeborenen Kinder geraubt und kinderlosen, regimetreuen Familien übergeben. Die Suche nach Sara Méndez' Sohn Simón und Gelmans Enkelin Macarena gaben der Menschenrechtsbewegung in Uruguay eine enorme Mobilisierungskraft.

Nachdem das Militärregime 1985 abgedankt hatte, versuchten die folgenden konservativen Regierungen unter den Präsidenten Sanguinetti, Lacalle und Batlle wenig bis gar nichts, um die Verbrechen der Diktatur aufzuklären. Im Vordergrund der Vergangenheitspolitik der demokratischen Regierungen stand, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen und »das Land zu versöhnen«. Da sich die Regierung durch die Bevölkerung, d.h. durch die erste Volksabstimmung von 1989, legitimiert sah, wurde die Menschenrechtsbewegung in ihren Bemühungen um die Aufklärung der Vergangenheit immer wieder in die Schranken verwiesen.

Der Kampf um die Erinnerung

In Uruguay entstanden die Menschenrechts- und sogenannten Opferorganisationen Anfang der 1980er Jahre, also in relativ großem zeitlichen Abstand zum Beginn der politischen Repression. Die von den Militärs ausgeübte umfassende soziale Kontrolle behinderte zunächst die Herausbildung von sozialen Bewegungen, die gegen die Diktatur mobilisierten. Wie in Argentinien waren es anfangs die Mütter und andere Familienangehörige der politischen Gefangenen und Verfolgten, die sich zusammenschlossen. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als das Militärregime mit einer Verfassungsreform scheiterte und bereits an Legitimität verlor. Die Zivilgesellschaft begann nun, sich gegen das Regime zu wenden und die Einhaltung der Menschenrechte zu fordern.

Zunächst entstanden juristische und kirchliche Organisationen, die Beratung und Begleitung für die Opfer der Diktatur anboten. 1981 wurde der uruguayische Ableger der argentinischen Organisation SERPAJ (*Servicio de Paz y Justicia*) gegründet. SERPAJ Uruguay ist bis heute eine der wichtigsten Menschenrechtsorganisationen im Land. Im Umfeld von SERPAJ organisierten sich auch andere zivilgesellschaftliche Organisationen, wie Gewerkschaften sowie studentische und kirchliche Organisationen, die sich in ihrer Arbeit auf die Verletzung der Menschenrechte während der Diktatur konzentrierten. Insgesamt entstanden zwischen 1981 und 1985 insgesamt 35 neue Nichtregierungsorganisationen. Viele von ihnen lösten sich jedoch nach dem Ende der Diktatur 1985 wieder auf. Weitere wichtige Organisationen, die bis heute existieren, sind u.a. das Menschenrechtssekretariat des Gewerkschaftsdachverbandes PIT-CNT, das *Instituto de Estudios Legales y Sociales* (IELSUR) sowie die Vereinigung ehemaliger politischer Gefangener *Crysol*. Nach dem Ende der Diktatur kümmerten sich die Menschenrechtsorganisationen vor allem um die aus der Haft Entlassenen sowie um die RückkehrerInnen aus dem

Exil. Eine der ersten Maßnahmen von Julio María Sanguinetti, des ersten demokratisch gewählten Präsidenten nach der Diktatur, war es, alle politischen Häftlinge freizulassen und umfassende Wiedereingliederungsprogramme für die ExilantInnen aufzulegen.

Die größte Angehörigenorganisation *Madres y Familiares de Uruguayos Detenidos-Desaparecidos* (MFDD) gründete sich 1983 aus drei kleineren Gruppen von Familienmitgliedern von Verschwundenen. Ihre Forderung nach Wahrheit über das Schicksal der Verschwundenen verlor auch mit dem Ende der Diktatur nicht an Gültigkeit. Einen Höhepunkt erreichte die Menschenrechtsbewegung Ende der 1980er Jahre, als eine Kampagne gegen das vom uruguayischen Parlament beschlossene Amnestiegesetz gestartet wurde. Mit der neuen erinnerungspolitischen Konjunktur Mitte der 1990er Jahre – unter anderem ausgelöst durch die Entwicklungen im Nachbarland Argentinien, wo erstmals hochrangige Militärs Verbrechen während der Diktatur öffentlich zugaben – erhielt auch die Menschenrechtsbewegung in Uruguay eine neue Dynamik.

Bis dahin hatten in Uruguay die Organisationen der Familienangehörigen den Kampf um die kollektive Erinnerung bestimmt. Nun traten erstmals auch die ehemaligen politischen Gefangenen, die Haft und Folter am eigenen Leib erfahren hatten, auf die erinnerungspolitische Bühne. Im Jahr 2001 wurde der Sammelband *Memoria para Armar* veröffentlicht, der 51 *Testimonios* von Frauen, die während der Diktatur inhaftiert waren, vereinte. Elena Zaffaroni beschrieb anlässlich der Präsentation des Buches in der Zeitschrift *Cotidiano Mujer* eindrücklich, wie sie als Frau und politische Gefangene die Diktatur in Uruguay erlebt hatte: »Das Unsere, typisch Uruguayische war die langjährige Inhaftierung. Wir alle oder die große Mehrheit, bewahren die Spuren dieser Zeit, in einer Mischung aus Schmerz und wehmütiger Erinnerung.«



Der neue Blick auf die Vergangenheit: Die Generation der Kinder

Ende der 1990er Jahre machte neben den ehemaligen politischen Gefangenen noch ein weiterer neuer erinnerungspolitischer Akteur lautstark von sich reden: die Kinder der Verschwundenen, der politischen Häftlinge und ExilantInnen. 1995 hatte sich in Argentinien eine Gruppe Söhne und Töchter der Verhafteten-Verschwundenen zusammengetan. Sie nannte sich H.I.J.O.S., *Hijos por la Identidad y la Justicia, contra el Olvido y el Silencio* (Kinder für Identität und Gerechtigkeit, gegen das Vergessen und Verschweigen). Angestoßen durch die Entwicklungen in Argentinien gründete sich 1996 auch in Montevideo eine Gruppe der HIJOS. In Uruguay gibt es etwa 50 Kinder von Verschwundenen. Auch wenn HIJOS Uruguay zahlenmäßig sehr viel kleiner ist als die Schwesterorganisation in Argentinien, erlangte die Gruppe schnell eine große Resonanz innerhalb der Gesellschaft und in den Medien.

Anders als in Argentinien schlossen sich HIJOS Uruguay von Anfang an nicht nur die Kinder von Verschwundenen, sondern auch von Ermordeten, Exilierten und ehemaligen politischen Gefangenen an. Der Zusammenschluss ist für die jungen AktivistInnen ein Raum, der nach innen geschützt ist und der gleichzeitig zivilgesellschaftlichen Protest gegen die Straflosigkeit organisiert. HIJOS stellten die bisherigen Erinnerungspolitiken nicht nur der post-autoritären Regierungen, sondern auch der Menschenrechts- und Angehörigenorganisationen in Frage.

Darüber hinaus entwickelten HIJOS neue Formen des Protests und der erinnerungspolitischen Intervention im urbanen Raum. Am bekanntesten sind die aus Argentinien »importierten« sogenannten *Escraches*. Das Verb *escrache* bedeutet im umgangssprachlichen Spanisch des Río de la Plata soviel wie »ans Licht bringen« oder »sichtbar machen«. Mit dieser Aktionsform wird versucht, die Verantwortlichen für Folter und Mord sozial zu verurteilen. Indem der Wohnsitz des Mörders öffentlich markiert wird, soll die herrschende Straflosigkeit sichtbar gemacht werden sowie eine gesellschaftliche Ächtung erreicht werden. Dem Tag des eigentlichen *Escrache* geht eine langfristige Arbeit im Stadtviertel voraus. Der *Escrache* soll keine isolierte Aktion einer kleinen (Menschenrechts-) Gruppe sein, sondern breite Unterstützung der lokalen Bevölkerung erlangen.

Im Kollektiv *Memoria en Libertad* haben sich Frauen und Männer zusammengeschlossen, die als Kinder und Jugendliche direkt vom Staatsterrorismus betroffen waren. Seit Mai 2008 setzen sie sich dafür ein, dass auch ihre Perspektive in der kollektiven Erinnerung Beachtung erfährt.

Dafür sammeln sie *Testimonios*, die sich mit der gewaltbelasteten Vergangenheit auseinandersetzen. Seit April 2009 werden diese Erinnerungen im neuen *Museo de la Memoria* der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Auch die Versuche, die kollektive Erinnerung im urbanen Raum festzuschreiben, setzen sich fort. Orte, die mit der autoritären Vergangenheit in Zusammenhang stehen, werden durch die Gesellschaft angeeignet und umgedeutet. Projekte wie *Lugares de la Memoria de la Resistencia* der Architektonischen Fakultät in Montevideo versuchen die Orte der Repression zu markieren und Geschichten des Widerstandes gegen die Diktatur zu sammeln. Auf der Internetseite www.memoria.org.uy kann ein virtueller Stadtrundgang gemacht werden, der zu 15 Orten der Erinnerung führt, die zur Reflexion und zum Nachdenken über die Geschichte anregen sollen.

Vergangenheitspolitik unter Tabaré Vázquez und der Frente Amplio

2005 kam das Mitte-Links-Bündnis Frente Amplio an die Macht. Die Hoffnung in der Bevölkerung – und vor allem bei den Menschenrechtsorganisationen – war groß, dass diese Regierung, die ihre Basis vor allem in den sozialen Bewegungen hat, die jüngste Vergangenheit des Landes endlich umfassend aufarbeiten würde. Präsident Jorge Batlle hatte im August 2000 zwar eine »Kommission für den Frieden« eingesetzt. Ihre Arbeit unterlag jedoch zahlreichen Einschränkungen. Im April 2003 stellte sie einen dürftigen Abschlussbericht von nur 85 Seiten Umfang vor. Ihr einziges Verdienst bestand darin, dass die staatliche Verantwortung für die systematische Verschleppung Tausender Menschen erstmals offiziell anerkannt wurde.

Doch auch nach Vázquez' Amtsantritt fiel die Aufarbeitung der Vergangenheit eher zögerlich aus. Wie seine Vorgänger lehnte er eine Annullierung des Amnestiegesetzes kategorisch ab. Allerdings nahm Vázquez als erster Präsident nach der Diktatur die Verpflichtung ernst, das Schicksal der Verschwundenen aufzuklären. Noch vor Amtsantritt kündigte er an, eine Untersuchung auf Ministerialebene durchzuführen. Und er nutzte den kleinen Spielraum, den das Gesetz für die Strafverfolgung der Verantwortlichen der Diktatur ließ. Laut Artikel 4 des *Ley de Caducidad* liegt es in den Händen der Exekutive, zu entscheiden, ob ein bestimmter Fall vor Gericht kommt oder unter das Gesetz fällt und die Täter somit vor Strafverfolgung schützt. Hatten Vázquez' Vorgänger immer zugunsten der Straffreiheit entschieden, so entschied sich der Frente-Amplio-Präsident in vielen Fällen dazu, sie vor Gericht zu

bringen und auch Militärs und Polizisten zur Verantwortung zu ziehen. Zuvor war es nur möglich, zivile Personen wegen ihrer Verbrechen während der Diktatur anzuklagen und strafrechtlich zu verfolgen, da sie formalrechtlich keinen Schutz durch das Straflosgesetz genossen. Das Gleiche galt für uruguayische Militärs, die im Ausland Straftaten begangen hatten, sowie für den Straftatbestand des Kindesraubs. Der Erste, der 2002 wegen »Mittäterschaft bei einer Freiheitsberaubung« angeklagt wurde, war der ehemalige Außenminister Juan Carlos Blanco, der sich seit Ende 2006 in Haft befindet. Ab November 2002 wurde auch gegen den ehemaligen Präsidenten Juan María Bordaberry (1972–76) ermittelt, dem u.a. Verfassungsbruch und Landesverrat vorgeworfen wurde, da er 1973 den Putsch herbeigeführt und die demokratischen Institutionen des Landes aufgelöst hatte. Im November 2006 wurde er wegen Mordes »in besonders schwerem Fall« verurteilt. Gegen ihn liefen mittlerweile so viele weitere Verfahren, dass sie zu einem Mega-Verfahren zusammengefasst wurden: Unter anderem waren Verfahren wegen mehrfachen Mordes, gewaltsamen Verschwindenlassens, der Beteiligung am Plan Cóndor und geistiger Urheberchaft bei der Ermordung der ehemaligen Abgeordneten Zelmar Michelini und Héctor Gutiérrez Ruiz sowie der Tupamaros Rosario Barredo und William Whitelaw 1972 in Buenos Aires anhängig. Im Januar 2007 wurde die Haftstrafe aufgrund seines Gesundheitszustands in Hausarrest umgewandelt.

Auch Militär und Polizei sind mittlerweile nicht mehr vor Strafverfolgung gefeit. Im September 2005 bestätigte Tabaré Vázquez, dass die Spitze der Militärhierarchie nicht unter das *Ley de Caducidad* falle. Im Oktober kündigte er die Ausarbeitung eines Gesetzes über »Genozid, Verbrechen gegen die Menschheit, Kriegsverbrechen und Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof« an. Dieses Gesetz wurde am 13. September 2006 verabschiedet, womit die universelle Rechtsprechung des Internationalen Strafgerichtshofs gemäß dem Rom-Statut Einzug ins uruguayische Recht erhielt. Im selben Monat wurden erstmals sechs Militärs und zwei Polizisten zu Haftstrafen verurteilt. Insgesamt wird bisher in 47 Fällen ermittelt, die vom Amnestiegesetz ausgenommen wurden.

Auf anderen Gebieten der Wahrheitsfindung tat die Regierung Vázquez ebenfalls mehr als ihre Vorgängerinnen. Im Juni 2007 wurde der Wahrheitsbericht *Nunca Más – Eine historische Untersuchung über das Verschwindenlassen* veröffentlicht, der die politische Repression in den Jahren 1972 bis 1983 untersucht. Tausende ehemals geheime und nun freigegebene Dokumente der Geheimdienste von Polizei und Militär wurden für den Bericht gesichtet. Auf 3.162 Seiten wurden die Verbrechen

der Diktatur und die Beteiligung des uruguayischen Militärs am Plan Cóndor umfassend dokumentiert. Erstmals wurden auch mögliche Orte genannt, an denen sich anonyme Massengräber befinden könnten.

Tabaré Vázquez versicherte bei der Veröffentlichung des Nunca-Más-Berichts, dass dieser keinen Schlusstrich darstelle und weiter ermittelt werde. Außerdem kündigte er die Erarbeitung eines Archivgesetzes an, das die für den Bericht verwendeten Materialien erstmals der Öffentlichkeit zugänglich machen soll. Im Oktober 2008 wurde das »Informationsfreiheitsgesetz« verabschiedet, das die Öffnung der Archive festschreibt. Im März 2009 wurde darüber hinaus ein Reparationsgesetz verabschiedet, das verschiedene Formen der ökonomischen Entschädigung für die Opfer der Diktatur und ihre Angehörigen vorsieht.

Die neue Kampagne zur Annullierung des Ley de Caducidad

Ein halbes Jahr nach dem Amtsantritt der Frente Amplio entbrannte die Debatte über die Abschaffung des *Ley de Caducidad* erneut. Immer mehr zivilgesellschaftliche Akteure forderten, die Straflosigkeit endgültig zu beenden. Die GegnerInnen des Gesetzes argumentierten, dass es schon zum Zeitpunkt der Verabschiedung verfassungswidrig gewesen sei. Außerdem habe sowohl die Verabschiedung des Gesetzes 1986 als auch das Referendum 1989 unter massivem Druck von Seiten der Militärs stattgefunden.

Um eine Annullierung des Gesetzes zu erreichen und die Gesellschaft für das Thema zu sensibilisieren, gründeten im November 2006 zahlreiche Angehörige von Verschwundenen gemeinsam mit dem Senator Rafael Michelini, dem Sohn des ermordeten Zelmar Michelini, und weiteren Frente-Amplio-SenatorInnen sowie zahlreichen Menschenrechtsorganisationen die »Nationale Koordination für die Annullierung des *Ley de Caducidad*« (kurz: *La Coordinadora*). Sogar 15 Militärs unterstützten das Anliegen. Aus den Reihen der Frente Amplio erhielten sie zunächst nur von der Kommunistischen Partei und von Michelinis Partei *Nuevo Espacio* Unterstützung. Erst im Dezember 2008 beschlossen die Delegierten der Frente Amplio, die Annullierung des *Ley de Caducidad* ins Parteiprogramm aufzunehmen.

Nachdem ein Jahr lang die gesellschaftliche Debatte um die Straflosigkeit intensiviert und versucht worden war, die Bevölkerung für die Teilnahme an einem erneuten Referendum zu mobilisieren, begann die *Coordinadora* im September 2007 damit, die benötigten Unterschriften zu sammeln. Ihre UnterstützerInnen zogen durch die Straßen, klingelten an Haustüren und versuchten PassantInnen zu überzeugen, für das

Referendum zu unterschreiben. Ende April 2009 konnten mit 340.000 Unterschriften sogar 75.000 Stimmen mehr als die benötigten zehn Prozent der Wahlberechtigten an das Wahlgericht übergeben werden. Mehr als 90.000 Menschen gingen am 20. Mai auf die Straße, um der über 200 Verschwundenen und Ermordeten der Militärdiktatur zu gedenken und gegen das Amnestiegesetz zu protestieren. Der *Coordinadora* war es gelungen, einen gesellschaftlichen Raum der Reflexion zu eröffnen und den Protest gegen die Straflosigkeit im Windschatten des Wahlkampfes auf die politische Tagesordnung zu setzen.

Jedoch machte keine der Parteien das Referendum offiziell zum Wahlkampfthema. Vor allem der Frente Amplio warfen die BefürworterInnen des »Sí« eine uneindeutige Positionierung vor. Sogar der Präsidentschaftskandidat José »Pepe« Mujica ließ durch öffentliche Äußerungen erkennen, dass er kein Interesse an der Inhaftierung »alternder« Militärs habe. Am 25. Oktober, dem Tag der Präsidentschaftswahlen, an dem auch das Referendum zur Abschaffung des Verjährungsgesetzes stattfand, konnte dann auch keine Mehrheit für eine Annullierung erreicht



Mahnmal für die Verschwundenen in Montevideo

werden. Zwar stimmten knapp 48 Prozent der Bevölkerung mit dem »rosa Wahlzettel« für ein Ende der Straflosigkeit, jedoch reichte das nicht aus, um das Gesetz zu kippen. Die erneute Niederlage ist angesichts der Tatsache, dass das Verfassungsgericht in einem Urteil ein paar Tage vor der Wahl in einem Einzelfall die Verfassungswidrigkeit des Amnestiegesetzes bestätigte, umso bitterer. Die Menschenrechtsbewegung hatte große Hoffnungen gehegt, dass das Urteil die Stimmung innerhalb der Gesellschaft zugunsten der Annullierung beeinflussen würde.

Nun bleibt noch ein zweiter Weg: Das Gesetz kann nicht nur über ein Referendum, sondern auch durch eine Entscheidung im Parlament für verfassungswidrig erklärt und damit abgeschafft werden. Die Frente Amplio hat ihre Mehrheit bisher jedoch ungenutzt gelassen. Die Frage, ob mit einem Präsidenten »Pepe« Mujica endlich der politische Wille vorhanden sein wird, die Straffreiheit in Uruguay ein für allemal zu beenden, kann die ehemalige »Geisel des Staates« ab März 2010 selbst beantworten.

Sara Méndez und die Suche nach ihrem Sohn Simón

Erich Hackl

»Eine endlose Geschichte.« Der Untertitel der Erzählung *Sara und Simón*, die ich vor fünfzehn Jahren geschrieben hatte, irritierte Sara Méndez. Sollte sie ihren Sohn eines Tages finden, dann würde die Geschichte, die am 13. Juli 1976 in Buenos Aires begonnen hatte, doch ein Ende finden. Damals war Sara von einem Kommando argentinischer und uruguayischer Militärs entführt und in das Folterlager Automotores Orletti verschleppt worden. Ihren zwanzig Tage alten Sohn Simón hatte sie in ihrem Haus zurücklassen müssen.

In den Jahren der Militärherrschaft sind in Argentinien und Uruguay zwischen 1976 und 1983 rund 500 Säuglinge und Kleinkinder geraubt und von Repressoren und anderen Parteigängern der Diktatur als vorgeblich leibliche Kinder aufgezogen worden. Ihre Mütter – »verschwunden«, ermordet. Nur Sara Méndez überlebte. Nach zwei Wochen war sie von Automotores Orletti nach Uruguay überstellt, dort offiziell verhaftet und wegen »subversiver Aktivitäten« zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wor-

den. Niemand konnte oder wollte ihr sagen, was aus ihrem Sohn geworden war, den sie an jenem 13. Juli zum letzten Mal gesehen hatte. Nach ihrer Freilassung Anfang der 1980er Jahre begann Sara, ihn zu suchen. Zuerst mit Unterstützung der *Abuelas* der Plaza de Mayo, dann gemeinsam mit Mauricio Gatti, dem Kindesvater. Die Suche nach Simón wurde zu einem Emblem der Menschenrechtsbewegung in Uruguay. 1989 hörten die Eltern von einem Jungen, der als Baby in Montevideo ausgesetzt und unter irregulären Umständen von einem kinderlosen Ehepaar adoptiert worden war. Sein Name war Gerardo Vázquez. Viele Indizien deuteten darauf hin, dass es sich bei ihm um Simón handelte. Aber sowohl seine Adoptiveltern als auch Gerardo selbst widersetzten sich einer Blutprobe. Auch die mit dem Fall befassten Richter lehnten es ab, die Identität des Jungen zu bestimmen, ebenso die Regierung Sanguinetti, unter Hinweis auf das »Gesetz über die Hinfälligkeit des Strafanspruchs des Staates«, das die Angehörigen von Polizei und Armee sogar der Pflicht zur Zeugenaussage enthob. Im April 1991 starb Mauricio Gatti. Erst neun Jahre später war Gerardo bereit, sich dem DNA-Test zu unterziehen. Das negative Ergebnis ließ Sara verzweifeln. Zum ersten Mal dachte sie daran aufzugeben.

Aber im März 2002 erhielt ich Nachricht von ihr: »Vielleicht wird die endlose Geschichte bald ein Ende haben.« Denn der uruguayische Politiker Rafael Micheleni – selbst Sohn eines von den Militärs ermordeten Senators der Frente Amplio – hatte in Buenos Aires den ehemaligen Polizisten Osvaldo Armando Parodi aufgetrieben, der gestand, ein Baby adoptiert zu haben. Der Junge sei in der Nacht auf den 14. Juli 1976 vor einem Krankenhaus, der Clínica Norte, gefunden worden. Seine Frau und er hätten ihm nie gesagt, dass er nicht ihr leiblicher Sohn sei. Der junge Mann reagierte unverhofft positiv. Die Blutprobe ergab, dass es sich bei ihm in der Tat um Simón handelte. Es kam zu einem beweg-



den Wiedersehen zwischen Mutter und Sohn, und die Nachricht darüber versetzte halb Uruguay in einen Freudentaumel.

Seither ist Sara von Glück und Sorge zerrissen. Es gibt Gründe, zufrieden zu sein. Simóns freundliches Wesen, seine Bereitschaft, Sara als Mutter anzunehmen. Die enge Beziehung seiner Frau zu Sara, sein Bedürfnis, sich mit Macarena, der in Uruguay lebenden Enkeltochter des argentinischen Dichters Juan Gelman, die wie er geraubt worden war, auszutauschen und über die Schwierigkeit, mit zwei Identitäten zurechtzukommen, zu reden. Die Tatsache, dass Sara im April 2007 Großmutter geworden ist. Es gibt auch Gründe, traurig zu sein. Die Tatsache, dass Simón in einer Familie aufgewachsen ist, die nichts auf Gerechtigkeit, auf Gleichheit gegeben hat. Dass er, wie sein vermeintlicher Vater, Polizist geworden ist. Dass er nicht loskommt vom Milieu seines Berufsstandes. Dass er seinen wirklichen Namen nicht annehmen will, sondern an dem festhält, den ihm seine Adoptiveltern gegeben haben: Aníbal Parodi.

Auch wird Sara den Verdacht nicht los, dass Simóns Ziehvater, der inzwischen verstorben ist, Michelini nur die halbe Wahrheit erzählt hatte. Simón hat eine Begegnung zwischen ihr und dem Ehepaar, das ihn sich angeeignet hatte, nie zugelassen. Aber einmal sah sie ein Foto des Mannes, und da glaubte sie, ihm schon einmal begegnet zu sein, damals, am 13. Juli 1976, als sie entführt worden war. Eine Ahnung, die keiner überprüft. Nicht die Justiz. Nicht Simón, der unter der Last der Wahrheit verhärten würde. Auch nicht Sara, die Angst hat, ihren Sohn ein zweites Mal, vielleicht für immer zu verlieren. Du hattest recht, hat sie bei unserer letzten Begegnung gesagt, das ist wirklich eine endlose Geschichte.

Gesetze sind längst nicht alles Die uruguayischen Frauen und ihre Kämpfe

Britt Weyde

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war Uruguay ein Vorbild an fortschrittlicher Gesetzgebung, auch und insbesondere was die Belange von Frauen betrifft: Mit den Errungenschaften im Bereich der Erziehung, der Arbeitsbedingungen, der politischen und zivilen Rechte war das Land anderen Ländern der Region weit voraus. Die 1911 gegründete Frauen-

Universität förderte schon früh die Bildung von Frauen, verschiedene Gesetze schufen bessere Arbeitsbedingungen für sie. Bereits 1913 wurde das Scheidungsrecht verabschiedet und seit 1932 gibt es das Wahlrecht für Frauen.

Diese Entwicklung wurde begünstigt durch das Zusammenwirken von beharrlichen Feministinnen, wie der Lehrerin María Abella oder der Ärztin Paulina Luisi, sowie einer Regierungspartei, die nicht nur den Forderungen der Frauenbewegung Gehör schenkte, sondern aus eigenem Antrieb Reformprojekte entwickelte. Der »Feminismus« von Präsident José Batlle y Ordóñez hatte jedoch einen zutiefst konservativen Charakter: Obwohl ihr Zugang zum Arbeitsmarkt durch Gesetze geregelt und gefördert wurde, blieb die Überzeugung unangetastet, der zufolge die eigentliche Bestimmung der Frau darin bestehe, eine gute Mutter und Hausfrau zu sein.

Der *Batllismo* stand aber nicht nur für eine fortschrittliche Gesetzgebung, sondern etablierte auch einen Grundbestand an Überzeugungen: zum einen den festen Glauben an Gesetz und Staat, der bei sozialen Konflikten und Ungerechtigkeiten regulierend zum Wohle aller eingreife, zum anderen die Überzeugung, dass die Gleichheit zwischen den Geschlechtern erreicht und der Machismo ein Problem anderer lateinamerikanischer Länder sei. Folglich fühlten sich die Studentinnen, die in den späten 1960er Jahre gegen das autoritäre Pacheco-Regime und die Wirtschaftskrise demonstrierten, durchaus gleichberechtigt mit ihren männlichen Mitstreitern. Die Tupamaras, die mit der Waffe in der Hand so manchen Rollenbildern widersprachen, dachten ähnlich. Geschlechtsspezifische Beweggründe für ihren Widerstand hatte kaum eine der damaligen Aktivistinnen.

Die autoritäre Zuspitzung unter Pacheco und die folgenden Diktaturjahre erschütterten das uruguayische Gesellschaftsmodell nachhaltig und erklärten die liberalen und demokratischen Werte für ungültig. Ein patriarchal-militärischer Diskurs bestimmte die Öffentlichkeit und im Erziehungswesen wurde ein reaktionäres Familienbild propagiert, das den Geschlechtern feste Rollen zuwies. Die Sphäre der politischen Macht war ausschließlich von Männern besetzt.

In den Jahren der Diktatur erhöhte sich die Quote der weiblichen Erwerbstätigkeit. Dies war durch die Expansion des Exportsektors bedingt, für den »traditionell weibliche« und schlecht bezahlte Tätigkeiten benötigt wurden. Aber auch Exil oder Haft der Männer schufen Bedarf an weiblichen Arbeitskräften. Besonders in den unteren Bevölkerungsschichten nahm die Zahl der weiblichen Haushaltsvorstände zu. Die

Stellung der Frau innerhalb der Familie wurde aufgewertet, aber die Privatsphäre gewann auch an Bedeutung, da weitreichende Verbote die traditionellen Funktionsweisen der Politik außer Kraft gesetzt und das öffentliche Leben lahmgelegt hatten.

Vor diesem Hintergrund entstanden die neuen sozialen Bewegungen, die nach dem Plebiszit von 1980 begannen, gegen das Regime zu kämpfen. Uruguayische Frauen der verschiedensten politischen Überzeugungen und Klassenzugehörigkeiten spielten eine wesentliche Rolle in diesem Widerstand, der seinen Ursprung im privaten oder nachbarschaftlichen Rahmen genommen hatte. Neue Protestformen spiegelten diese Politisierung des Alltags wider: Stadtteilweit koordinierte Einkaufsstreiks, Stromabschaltungen (*apagones*) und Kochtopf-Konzerte (*caceroleos*) drückten die Unzufriedenheit aus. Es entstanden erstmalig Organisationen, deren Mitglieder ausschließlich Frauen waren und die begannen geschlechtsspezifische Missstände zu benennen und entsprechende Forderungen zu erheben.

Im Laufe des Jahres 1984 reorganisierten sich die zuvor verbotenen Parteien; mehrere Parteien gründeten Frauensektionen, wobei die aktivste von der linken Frente Amplio (FA) gestellt wurde. Im Vorfeld der Wahlen riefen die Frauen des Parteienbündnisses für den 15. November

1984 zu einer Demonstration auf. Auf dieser größten Frauendemonstration, die es bis dahin in der Geschichte des Landes gegeben hatte, versammelten sich 100.000 Frauen im Zentrum Montevideos. Sie thematisierten auch frauenspezifische Belange wie die Forderung nach »Demokratie im Haushalt«, die zuvor vom Wahlkomitee der FA abgelehnt worden war. Trotz der wichtigen Rolle, die uruguayische Frauen im Widerstand gegen die Diktatur gespielt hatten, blieb ihnen der Zugang zur Politik im traditionellen Sinne so gut wie versperrt. Bei den Wahlen im November 1984 wurde keine einzige Frau ins Parlament gewählt.

Waren die 1980er Jahre eine Zeit des Aufbruchs, in der ein Bewusstwerdungsprozess einsetzte und unzählige Kollektive, Netzwerke, Medien und Initiativen entstanden, so waren die 1990er Jahre eine Zeit der Konsolidierung und NGOisierung der Frauenbewegung. Einige Organisationen und Medienprojekte erhielten aus den Töpfen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit Gelder, die es ihnen ermöglichten, gute Arbeit zu leisten. Das brachte diesen Zusammenhängen häufig den Vorwurf ein, »vom Ausland finanziert« zu sein, weshalb diese »bürgerlichen Frauen« nicht Teil der Linken seien. In der Tat entstammten und entstammen die meisten der in den NGOs tätigen Frauen nicht der Arbeiterklasse; doch mit diesem Vorwurf entledigten sich viele linke Männer ganz bequem der lästigen »Frauenthemen«.

Die Diskrepanz zwischen formal-rechtlicher Gleichstellung und gesellschaftlicher Realität besteht nach wie vor. Auch im heutigen Uruguay sind Frauen in der Parteipolitik unterrepräsentiert. Die Frauen der Frente Amplio begannen 1985 für die Quotenregelung innerhalb der politischen Parteien zu kämpfen – lange Zeit vergeblich. Noch Mitte der 1990er Jahre lag der Prozentsatz der weiblichen Parlamentsabgeordneten bei nur fünf Prozent. Mittlerweile hat sich das Panorama leicht verändert: Im 2009 neu gewählten Parlament werden im Abgeordnetenhaus 15 und im Senat vier Frauen vertreten sein (im Vergleich zu 14 weiblichen Abgeordneten insgesamt nach den Wahlen 2004); somit sind 13,8 Prozent der Parlamentsabgeordneten Frauen. Ein Zuwachs, der höher hätte ausfallen können, wenn das Quotierungsgesetz vom April 2009 bereits in Kraft gewesen wäre. Dieses sieht für die Wahllisten der Parteien eine Mindestquote von 30 Prozent für Frauen vor. Die einzige Partei, die bereits vor diesem Gesetz die Quote anwandte, war die Sozialistische Partei.

Lange Zeit schienen die Parteimänner quer durch alle politischen Lager große Angst vor Machtverlust zu haben und sperrten sich gegen die Quotierung. »Die Listenplätze werden in den Kneipen und auf den Grillfesten entschieden, wenn die Frauen zu Hause bei den Kindern sind«,



merkt die Juristin Flor de María Meza an, von daher seien zwar viele Frauen an der Parteibasis aktiv, wenn es aber um die Verteilung der politisch relevanten Posten gehe, behalte das Patriarchat die Oberhand.

»Das Schlimme ist, dass die Männer sich nicht ändern«, bringt es die ehemalige FA-Abgeordnete Margarita Percovich auf den Punkt. Auch die jüngeren Männer würden sich nicht mit dem Gedanken anfreunden, mal zum Putzlappen oder zum Kochlöffel zu greifen. Besonders in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit nähmen die Frauen zudem oft die Rolle der Familienernährerin ein und »die Männer, die sich immer als Haushaltsvorstand empfunden haben, halten das nicht aus und werden gewalttätig«. Eine Untersuchung des uruguayischen Innenministeriums veröffentlichte vor wenigen Jahren die schockierende Zahl, dass in Uruguay alle 14 Tage eine Frau von ihrem (Ex-)Partner umgebracht wird. Das Thema der häuslichen Gewalt war in Uruguay lange Zeit tabuisiert. Die Frauen, die vor einigen Jahren begannen, Gewalt in der Familie zu thematisieren, wurden für verrückt erklärt. Mittlerweile ist es ihnen jedoch gelungen, das Schweigen zu brechen. Seit 1995 gilt die *violencia doméstica* als Straftatbestand. Die Beamten des Innenministeriums müssen entsprechende Sensibilisierungskurse absolvieren; außerdem gibt es die Forderung nach mehr Frauenkommissariaten und Schulungen der MitarbeiterInnen, um das Strafgesetz auch wirksam in die Praxis umzusetzen. »Mittlerweile haben wir eine Reihe von Gesetzen, so z.B. das 2002 verabschiedete Gesetz 17514, das vorbeugende Maßnahmen vorsieht, aber es fehlt am Geld, um die Gesetze wirklich umsetzen zu können«, meint Flor de María Meza. »Und für die Strafverfahren bräuchten wir spezielle Gerichte.« So ist das Thema nach wie vor ein wichtiger Punkt auf der Agenda der uruguayischen Frauen. Am 25. November, dem internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen, werden jedes Jahr Demonstrationen und Straßenaktionen organisiert. Und die *Mujeres de Negro* (Frauen in Schwarz) aus dem Stadtteil La Teja versammeln sich jeden ersten Donnerstag im Monat in der Innenstadt, um auf die Problematik aufmerksam zu machen.

Ein weiteres Thema, für das sich Aktivistinnen, Nichtregierungsorganisationen und weibliche Abgeordnete einsetzen, ist so alt wie universell: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Die uruguayischen Frauen haben im Schnitt immer noch ein um 40 Prozent geringeres Einkommen als Männer mit vergleichbaren Tätigkeiten.

Eine Errungenschaft im Arbeitsbereich ist der Achtstundentag für Hausangestellte. Unter Tabaré Vázquez ist außerdem ihre Aufnahme in das Renten- und Arbeitslosenversicherungssystem beschlossen worden

und es gibt seit August 2008 eigenständige *Consejos de Salarios* für die Hausangestellten, in denen Tarifverhandlungen geführt werden – ein großer Fortschritt, da diese Angestellten seit jeher informell beschäftigt und somit Willkür und Ausbeutung ausgesetzt waren.

Abgrenzungen und Abtreibungen

Nur eine Minderheit der Frauen, die sich in Uruguay für Frauenbelange einsetzen, bezeichnet sich offen als »Feministinnen«. Viel zu offensiv, meinen einige und vermeiden das Wort, obwohl sie aus hiesiger Sicht durchaus feministische Positionen einnehmen. In der uruguayischen Gesellschaft ist der Irrtum weitverbreitet, dass *feminismo* das Äquivalent zu *machismo* bilde, dass Feministinnen männerfeindlich seien oder dass sich ihre Politik nur an Frauen richte. Gegen solche und andere Irrtümer schreibt seit 1985 die Zeitschrift *Cotidiano Mujer* an, sie berichtet über Aktionen und bietet eine Plattform für theoretische Debatten. Aus dem gleichen Kontext kommt die Radioredaktion *Nunca en Domingos*, die täglich – außer sonntags – ein Programm zu aktuellen feministischen Themen bringt. Selbstbewusst feministisch treten auch die *Feministas Autónomas Las Decidoras* auf, die zuletzt im November 2009 zu einem Frauentreffen einluden, um über Arbeit, Technologie, Kunst, Allmende, Biopolitik und Abtreibung zu diskutieren.

Das Gesetzesprojekt zur *Salud Sexual y Reproductiva*, das die Entkriminalisierung der Abtreibung in den ersten drei Monaten vorsieht, fand 2008 die Zustimmung des Senats und der Abgeordnetenversammlung. Daraufhin legte Präsident Vázquez im November 2008 sein Veto ein, obwohl Umfragen ergeben hatten, dass 63 Prozent der Bevölkerung für die Abschaffung des aus dem Jahr 1938 datierenden Abtreibungsverbotes sind. Diese autoritäre Maßnahme des Präsidenten war ein Affront für das breite Aktionsbündnis, das die Abschaffung des Abtreibungsverbots fordert. »Tabaré hatte offensichtlich vergessen, wer ihn gewählt hat«, kommentiert die Rechtsanwältin Meza.

Pepe Mujica wird seinem Vorgänger hierin wohl nicht folgen: Er versicherte den weiblichen Frente-Amplio-Abgeordneten vor den Wahlen, dass er ein Gesetzesprojekt zur Entkriminalisierung nicht behindern werde. An anderer Stelle ließ er verlauten, dass ein solches Gesetz unerlässlich sei, um die dramatischen Konsequenzen des derzeitigen Verbots zu vermeiden. Denn natürlich wird in Uruguay trotz Verbot abgetrieben, und je weniger Geld die betroffene Frau auftreiben kann, desto unhygienischer und gefährlicher ist der illegale Abbruch. Im März 2010 werden die Frauen im Parlament einen neuen Gesetzesvorschlag einreichen.

Vom Sklaven zum unsichtbaren Afro-Uruguayer

Karl-Ludolf Hübener

2. Februar. Es dämmt an der Ramírez-Bucht in Montevideo. Kerzen flackern in unzähligen in den Strandsand gebuddelten Löchern. Zum Rhythmus der Trommeln bewegen sich weiß gekleidete Tänzerinnen. Bedächtig waten Gruppen von Menschen ins Meerwasser. Sie tragen kleine Schiffchen voller Opfergaben: Blumen, Parfüm, Münzen, duftende Seifen, rote Äpfel und so manche Schnapsflasche. Die Schiffchen werden zu Wasser gelassen und von den Wellen davongetragen. Opfergaben für Yemanjá, die Meeresgöttin, eine Orisha, Gottheit afroamerikanischer Religionen.

Abertausende von Menschen machen mit oder schauen einfach nur zu. Wie bei den *Llamadas* im Karneval wird manchem an diesem Tag bewusst, dass es auch dunkelhäutige Landsleute gibt. Dennoch hält sich die Legende, dass der Uruguayer als Einwanderer aus Europa mit den Schiffen an den Río de la Plata kam. Noch immer ist mit der viel zitierten *madre patria* Spanien gemeint.

Auf Schiffen kamen auch die Vorfahren der Afro-UruguayerInnen nach Montevideo, allerdings in Ketten gelegt, vor allem aus Angola, Mosambik und dem Kongo. 1743 machte das erste Schiff mit Sklaven in Colonia del Sacramento fest. Die meisten Sklaven kamen zwischen 1789 und 1810 in der Bucht von Montevideo an. Der Stadt war 1791 von der spanischen Krone das exklusive Recht verliehen worden, Sklaven für den Süden des Subkontinents, Chile und Peru eingeschlossen, einzuführen. Zigtausende, genaue Zahlen sind nicht bekannt, überquerten den Atlantik. Ein Afrikaner kostete inklusive Überfahrt 160 Pesos. Für den Verkauf ein wenig aufgepöppelt brachte er 400 Pesos ein.

Der Anteil der versklavten AfrikanerInnen an der Gesamtbevölkerung war allerdings in Uruguay nie so hoch wie in den Nachbarländern. In Uruguay gab es weder große Zuckerrohr- noch Kakao-Plantagen und auch keine Gold- und Silberbergwerke. SklavInnen wurden als Dienstpersonal, in Küche und Haushalt, in Bäckereien, im Baugewerbe und vereinzelt als Knechte auf dem Lande zur Arbeit gezwungen. Eine Durchschnittsfamilie in Montevideo besaß im 18. Jahrhundert zwei Schwarze.

Über das Schicksal der versklavten Schwarzen erfahren die jungen Uruguayer in ihren Schulbüchern wenig. Ausführlich wird die Zeit der Unabhängigkeitskämpfe und des Nationalhelden José Gervasio Artigas

dokumentiert, verschwiegen wird aber zumeist, was die verstorbene Lágrima Rios, Tango- und Candombe-Sängerin und zeitweilige Präsidentin des Kulturzentrums *Mundo Afro* anmerkte: »In Artigas' Heer waren die Sklaven freie Personen, sodass sich viele seinem Heer anschlossen.« Mehrere Hundert dunkelhäutige Soldaten folgten dem General ins paraguayische Exil. Allenfalls von seinem Gefährten Ansina ist offiziell die Rede, aber nicht weil er Poet, Bänkelsänger und Liedertexter war, sondern weil er Artigas den Mate-Tee zubereitete.

Es gab mehrere Anläufe, Sklavenhandel und Sklaverei abzuschaffen oder wenigstens einzuschränken. Zumeist vergeblich. »Es gibt keine Sklaven mehr auf dem Territorium der Republik«, lautete Artikel 1 eines Gesetzes aus dem Jahr 1842, aber die »Befreiten« wurden sogleich als Soldaten zwangsverpflichtet: als Kanonenfutter für die Caudillos im »Großen Krieg«, den zu dieser Zeit die beiden Traditionsparteien Colorados und Blancos ausfochten. Erst vier Jahre später wurde die Sklaverei abgeschafft. Das änderte allerdings nichts an der sozioökonomischen Lage der Schwarzen. Sie taugten in den Augen vieler weißer Landsleute



nur für unqualifizierte härteste Arbeit – als Hilfsarbeiter im Hafen, in Lagerhallen, Gerbereien oder Schlachthäusern, die Frauen allenfalls als Haushaltshilfe. Ihnen blieb nur Marginalität, Ausschluss und Armut.

Aus einer Volkszählung 1996 geht hervor, dass ca. sechs Prozent der Gesamtbevölkerung oder 165.000 Einwohner Afro-UruguayInnen sind. Zum Zeitpunkt der Erhebung waren 13,7 Prozent der Schwarzen arbeitslos, aber nur 9,2 Prozent der weißen Männer. Über 50 Prozent aller afro-uruguayischen Frauen arbeiteten in Privathaushalten, aber nur 25 Prozent der weißen Frauen. Das Einkommen der weißen Bevölkerung war um 65 Prozent höher als das ihrer schwarzen Landsleute. Armut ist in Uruguay schwarz: 90 Prozent der schwarzen Uruguayer leben in Armut, bestätigte Edgardo Ortuno, der bislang einzige schwarze Abgeordnete und Mitglied der Frente Amplio. Nur 52 Prozent der schwarzen Bevölkerung schließen die Schule ab, kaum mehr als hundert Afro-UruguayerInnen haben einen Universitätstitel erworben – in einem Land, das stolz auf seine egalitäre Erziehung ist.

Von der intellektuellen und akademischen Welt wurden sie auch früher kaum wahrgenommen, auch nicht als 1872 die Wochenblätter *La Conservación* und *El Progresista* erschienen. In ihnen griff eine Gruppe von Schwarzen die liberale Forderung nach Gleichheit auf, die zwar wortreich gepredigt, in der Praxis aber negiert wurde. Mit den Blättern wollten sie die eigene Gemeinde bilden und erziehen. Dort stießen die *progresistas* allerdings auf geringes Echo. Das Projekt scheiterte, auch aus Mangel an Geld.

Einflüsse der Négritude-Debatte in den 1930er Jahren, die die kulturelle Eigenständigkeit der Afrikaner betonte, machten sich auch in der schwarzen Gemeinde Montevideos bemerkbar. Eine Gruppe schwarzer Intellektueller knüpfte an sie an und gab von 1933 bis 1950 die Zeitschrift *Nuestra Raza* heraus. Sie veröffentlichten zudem die Schrift *La Raza negra en el Uruguay: novela histórica de su paso por la esclavitud*. In ihr ist die mündliche Überlieferung der Sklaven festgehalten. Der Versuch, mit der 1937 gegründeten *Partido Autónomo Negro*, die gegen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und für eine eigene parlamentarische Repräsentanz kämpfte, mehr Gehör auf der politischen Bühne zu erreichen, war nur von kurzlebiger Dauer.

Die Autonome Partei war nicht der letzte Versuch, sich in eigenen Bewegungen oder Parteien zu organisieren. Doch zunächst versetzte die Militärdiktatur der Kultur und dem kommunalen Leben der Schwarzen einen schweren Schlag: Viele wohnten früher vor allem in den Stadtvierteln Barrio Sur und Palermo. Die uniformierten Terroristen vertrieben

sie aus den traditionellen Conventillos, ärmlichen Mietshäusern, in die Randbezirke der Stadt. Vorwand war, »die Stadt zu verschönern«, aber es ging wohl eher um wertvolle Grundstücke. Am 3. Dezember 1978 riefen die Trommeln zum letzten Mal vor dem Conventillo *Medio Mundo* zur Verteidigung der Wohnungen auf. Vergeblich. Von den Conventillos *An-sina* und *Medio Mundo*, Wiegen des einzigartigen Candombes, blieben nur Ruinen übrig. Damit waren auch gemeinsame Treffpunkte zerstört. Heute ist der 3. Dezember der »Nationale Tag des Candombe, der afro-uruguayischen Kultur und der rassischen Gleichheit«.

Seit 1988 versucht insbesondere das Kulturzentrum *Mundo Afro*, Identität und Zusammenhalt der Afro-UruguayerInnen zu stärken und eine stärkere Partizipation der schwarzen Gemeinde im öffentlichen Leben sowie eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu erreichen. Im Zentrum stehen Themen wie Gender, Jugendliche, Ausbildung und Forschung. Organisiert werden Beratungsdienste, aber auch kulturelle Veranstaltungen. *Mundo Afro* will der historischen Erinnerung auf die Sprünge helfen, um der Unkenntnis der eigenen Geschichte, Kultur und Philosophie entgegenzuwirken.

Afro-UruguayerInnen haben die kulturelle Entwicklung Uruguays beeinflusst. Beispielsweise ist die Liste schwarzer Erzähler und Poeten umfangreich, aber wenig bekannt. Es dauerte bis 1990, ehe *Mundo Afro* das schriftstellerische Schaffen der Afro-Uruguayer in zwei Bänden – *Antología de poetas negros uruguayos* – vorstellen konnte. Dennoch bleibt dieser kulturelle Beitrag für die meisten weißen Historiker und Kulturkritiker »unsichtbar«. Eine subtile Form der Diskriminierung.

»Der brutalste Rassismus besteht aber unserer Ansicht nach darin, in einer Gesellschaft aufgewachsen zu sein, die immer so tat, als wären wir alle gleich und als gäbe es keine Unterschiede zwischen den Ethnien«, klagt Sergio Ortuno, Begründer der Candombe-Schule in *Mundo Afro*. Das erinnert an die Mär eines harmonisch integrierten und homogenen Uruguay, im Unterschied zum Rest Lateinamerikas. Damit werden jedoch gesellschaftliche und kulturelle Unterschiede und Diskriminierungen zwischen den Ethnien verneint. Es komme Panik auf, ergänzt die Universitätsprofessorin Susana Rudolf, wenn von »Verschiedenheit« die Rede sei. Vor Ungleichheit würden die Augen verschlossen.

Auch linke Politiker argumentierten lange Zeit, Ungleichheit liege im »kapitalistischen System und in der Klassengesellschaft« begründet. Dem hält der Abgeordnete Ortuno entgegen: Ungleichheit sei »nicht allein auf wirtschaftliche Ursachen zurückzuführen«. Das sexuelle Anderssein der diskriminierten Homosexuellen sei auch nicht an Klassen gebunden.

»Ein Schwarzer nimmt den richtigen Platz ein, wenn er als Chauffeur, Müllmann, Portier, Erdnussverkäufer oder Zeitungsverkäufer tätig ist. Das ist der gute Schwarze, der regelmäßig seine Trommel herausholt, viel Wein trinkt, Witze reißt und für den alles ein Spaß ist«, hat Agapito Carrizo, schwarzer Intellektueller, Poet, Candombe-Trommler und Journalist beobachtet. »Aber wenn er Professor, Dozent, Arzt oder Rechtsanwalt ist, dann ist das keineswegs natürlich.«

Mit Vorurteilen, ob sie nun offen oder unterschwellig geäußert werden, haben es Afro-UruguayerInnen immer noch zu tun. Nach wie vor gelten schwarze Mitbürger als arbeitsscheu und intellektuell minderbegabt. Sinnliche und sexuelle Elemente ihrer Kultur werden als »triebhaft« diffamiert. Am besten seien sie im Sport, besonders im Fußball, beim Tanz oder im Bett – ein zweifelhaftes Lob, das einige Betroffene allerdings übernommen haben.

Wie schwer sich selbst die linke Stadtregierung Montevideos mit den schwarzen BürgerInnen tut, zeigte sich 2007 am »Tag des nationalen Erbes«. Eine offizielle Kommission hatte drei schwarze Frauen als Repräsentantinnen des Beitrags der »afro-uruguayischen Kultur zum nationalen Erbe« ausgewählt: zwei Candombe-Tänzerinnen und eine Sängerin. Die Kommission habe es sich leicht gemacht und das Klischee vom tanzen- und trommelnden Schwarzen bedient, beklagte Miguel Angel Pereira von *Mundo Afro* in einem Interview mit der Zeitschrift *Brecha*. Außerdem handele es sich um einen Fall von Paternalismus, denn *Mundo Afro* sei nicht einmal zu Rate gezogen worden, sonst hätte die Auswahl wohl anders ausgesehen. Im politischen wie im kulturellen Bereich gebe es schließlich eine lange Liste von AktivistInnen, Schriftstellern, Musikern und Malern, die das schwarze Erbe besser hätten vertreten können.

Gegenseitige Hilfe: Wohnungsbaukooperativen

Ernesto Kroch

Neben den Gewerkschaften und der Menschenrechtsbewegung sind die Wohnungsbaukooperativen eine der stärksten sozialen Bewegungen Uruguays. Hunderte dieser Kooperativen haben sich in dem Dachverband FUCVAM (*Federación Uruguaya de Cooperativas de Ayuda Mutua*) zusammengeschlossen. Die Geschichte dieser Bewegung ist von sozialen

Kämpfen geprägt, die eine wichtige politische Bedeutung hatten. So unter der Militärdiktatur, als das Kollektiveigentum an Wohnungen zerschlagen und in Privateigentum überführt werden sollte, was aber am Widerstand der Kooperativenmitglieder scheiterte.

Der Ursprung der Kooperativenbewegung in Uruguay liegt in den 1960er Jahren. Ein 1960 vom Parlament angenommener »Nationalplan für Wohnungsbau« sah außer der Förderung der privaten und öffentlichen Wohnungsbauprojekte auch eine Gesetzgebung über »Wohnungsbaukooperativen gegenseitiger Hilfe« vor. In einer kleinen Ortschaft der Provinz Florida wurden 1966 auf dieser Grundlage die ersten drei Genossenschaften gegründet. Heute sind daraus über 400 geworden, der größte Teil von ihnen befindet sich in Montevideo. Fast alle haben sich FUCVAM angeschlossen.

An einer solchen Genossenschaft können, laut Gesetz, zehn bis 200 Familien teilnehmen. Nachdem der Titel einer »juristischen Körperschaft« erteilt ist, der Voraussetzung für die Vergabe von Krediten ist, haben die künftigen BewohnerInnen unter der Anleitung von Fachleuten ein bestimmtes Soll an Arbeitsstunden pro Woche zu leisten. Alle Beschlüsse werden gemeinsam gefasst. Es gibt zwei Arten von Kooperativen: In der einen werden die Kooperativisten EigentümerInnen ihrer Wohnung, in der anderen – der großen Mehrzahl – werden sie »NutznießerInnen«. In diesem Fall ist die Kooperative als Gesamtvertreterin aller für die Zahlung der Zinsen und Rückzahlungsraten verantwortlich. Wird ein Mitglied krank oder arbeitslos, tritt die Gemeinschaft für die Ausfallzeit ein. Insofern bleiben das Kollektiv und die Solidarität auch über die Bauzeit hinaus erhalten.

Die soziale und politische Bedeutung der Bewegung geht über die Dimension ihres Anteils am Wohnungsbau hinaus. Wo ein Kooperativen-Wohnkomplex entsteht – meist von GewerkschafterInnen einer Branche organisiert –, werden auch bald ein Kindergarten, eine Poliklinik, eine Turnhalle und eine Bibliothek gegründet. Und im *Salón Comunal* kommen alle Probleme, auch die der Gewerkschaft und der Politik, zur Diskussion. Die Kooperativen sind Orte der politischen Debatte und Mobilisierung.

Die Kooperativen gegen die Diktatur

In den Wohnkooperativen erwuchs der erste offene soziale Widerstand gegen die Militärdiktatur. Als die uruguayische Wohnungskreditbank B.H.U. (*Banco Hipotecario de Uruguay*) im August 1983 die Rückzahlungsrate der Kredite um 15 Prozent erhöhte – in einem Jahr, in dem die

Werkträgern keinen Inflationsausgleich in Form höherer Gehälter bezogen hatten –, erklärte FUCVAM den Zahlungsstreik. Alle, auch private Kreditschuldner der Staatsbank schlossen sich dem an. Die eingefrorenen Monatsraten wurden bei anderen Banken und Friedensgerichten hinterlegt.

Die Militärregierung, der die Kooperativen schon lange ein Dorn im Auge waren – mehrere ihrer AktivistInnen waren im Gefängnis, andere im Exil – antwortete mit einem Gesetz, das alle Wohnkooperativen-Mitglieder in Privateigentümer ihrer Wohnung verwandelte, die nun persönlich für die Abzahlung der Kredite verantwortlich waren. Am 26. Februar 1984 gingen die KooperativistInnen, wie auch die StudentInnen und GewerkschafterInnen, auf die Straße, um Unterschriften für ein Plebiszit zu sammeln, das dieses »Gesetz« aufheben sollte. An diesem Tag kamen 300.000 Unterschriften zusammen, wenige Tage darauf die für eine Volksabstimmung benötigten 600.000 Stimmen. Trotz Drohungen, Polizei und Festnahmen.

Die Militärregierung reagierte, indem sie exemplarisch gegen die Wohnkooperative der staatlichen Bankangestellten BANREP vorging. Alle Wohnungen wurden in Privateigentum der Kooperativmitglieder umgewandelt. Die Antwort von FUCVAM bestand in der Verweigerung jeder weiteren Zahlung an die B.H.U. Zu diesem Zeitpunkt standen die für November 1984 anberaumten Wahlen unmittelbar bevor und die Diktatur war politisch am Ende. Aber obwohl alle Parteien zuvor übereingekommen waren, das Kooperativen-Privatisierungsgesetz der Militärs aufzuheben, versuchte der neu gewählte Colorado-Präsident Julio María Sanguinetti, genau dies zu verhindern. Erst nachdem der Oberste Gerichtshof es für verfassungswidrig erklärt und die KooperativistInnen mehrere staatliche Grundstücke besetzt hatten, hob es das Parlament endgültig auf. Seitdem versuchten die nachfolgenden konservativen Regierungen, für die die Bewegung ein rotes Tuch war, die Baukredite der B.H.U. für die Kooperativen auf ein Minimum zu reduzieren und die juristische Anerkennung neuer Kooperativengründungen zu verzögern.

Überhaupt hatte der seit der Diktatur eingeführte und unter den demokratischen Nachfolgeregierungen fortgesetzte neoliberale Kurs den Wohnungsbau seiner sozialen Komponente entkleidet und zu einem privaten Geschäft gemacht. Die B.H.U wurde zu einer Bank, die nach rein marktwirtschaftlichen Kriterien arbeitete. Der Zinssatz wurde auch für Kooperativen angehoben. Letztlich unterschied sich die B.H.U. kaum noch von den Privatbanken, die ab 1996 ebenfalls ins Hypotheken- und Wohnungsbaugeschäft einstiegen. Kredite wurden praktisch nur noch

an private Bauunternehmen vergeben. Zwar trat die B.H.U jetzt auch als Bauherr, Makler, Planer und Kontrolleur auf, doch machte der verlangte Eigenkapitalnachweis die Bauvorhaben oder Baukredite nur noch für die höhere Mittelschicht zugänglich.

Der Anteil der Arbeitskosten an den Gesamtbaukosten sank immer weiter. Dies nicht etwa wegen moderner Technologien, die bei den beschränkten Bauprojekten des kleinen Landes ohnehin kaum zur Anwendung kamen, sondern weil die Reallöhne seit der Diktatur stark gefallen waren. Der Baumarkt wurde dollarisiert und die Liberalisierung der Mieten und deren sprunghafte Erhöhung führten zur Ausdünnung der Stadtmitte und einer Abwanderung aus Montevideo. Familien des Mittelstandes, die vordem ein Ferienhäuschen oder auch nur ein bescheidenes *Rancho* in der östlichen Nachbarprovinz Canelones hatten, verlegten ihren Dauerwohnsitz dorthin. So zieht jeden Morgen ein Auto- und Busstrom ins westliche Montevideo und abends umgekehrt zurück nach Osten.



Die Kooperativen und die Frente Amplio

Nach dem Amtsantritt der ersten Mitte-Links-Regierung in Uruguay im März 2005 bestand die Hoffnung, dass alles anders und besser laufen würde, ist doch im Programm der Frente Amplio die Förderung der Genossenschaftswirtschaft als Ziel festgeschrieben. Mehrere ihrer Koalitionspartner sahen darin sogar einen Weg zum Sozialismus, andere zumindest die Anbahnung einer Wirtschaftsdemokratie.

In diesem Sinne beschloss das Parlament auch ein Gesetz zu Produktionsgenossenschaften, das für sie Steuerfreiheit, zinsgünstige Kredite mit langen Laufzeiten, technische Beratung und Präferenz bei staatlichen Aufträgen vorsieht. Und das blieb nicht nur ein Papiertiger. Vor allem in den Provinzen, in denen die Frente Amplio regiert, wurden Kooperativen unterstützt. So z.B. in Montevideo im Bereich Recycling von Glasflaschen, Papier, Metall etc. In den Provinzen Treinta y Tres, Paysandú und anderen wurde das Kooperativen-Netz CONSOL gegründet, das auf die Herstellung von Baumaterialien spezialisiert ist.

Doch paradoxerweise blieben zunächst die Wohnungsbaugenossenschaften, die die längste Tradition des Kooperativismus in Uruguay aufweisen, von der Förderung durch die neue Regierung ausgeschlossen. Sie lagen in heftigem Streit mit dem Ministerium für Wirtschaft und Finanzen. Das ursprüngliche Projekt der dem Parlament vorgelegten Steuerreform hätte sie genauso besteuert wie kapitalistische Unternehmen. Der Minister behauptete, viele Kooperativen seien dies nur dem Namen nach, nutzten aber Lohnarbeit.

Die Steuerreform war, insofern sie eine progressiv gestaffelte Einkommensteuer einführte – bisher gab es nur eine Lohnsteuer – und die Mehrwertsteuer senkte, ein wesentlicher Beitrag zur Umverteilung von oben nach unten. Doch waren mehrere ihrer Klauseln umstritten, darunter auch die Besteuerung der Wohnungsbaukooperativen. Nach der Besetzung des Wohnungsbauministeriums durch Mitglieder von Kooperativen lenkte die Regierung schließlich ein. Wie Produktionskooperativen werden nun auch die Wohnungsbaukooperativen von Steuern befreit bleiben.

Der Konflikt um das neue Steuergesetz wurde noch durch die von FUCVAM verlangte Streichung ihrer Schulden aufgeheizt, für die die Frente Amplio, als sie noch in der Opposition war, selbst eingetreten war. Die Hypothekenbank wurde von den vorherigen konservativen Regierungen mit einem Schuldenberg von 800 Millionen US-Dollar an die Frente-Amplio-Regierung übergeben. Vetterwirtschaft, Korruption, aber auch die Säumigkeit der KreditnehmerInnen hatten fast zu ihrem

Bankrott geführt. Auf Vorgabe des Internationalen Währungsfonds hatte die vorherige Regierung begonnen, sie in eine rein kommerzielle Bank umzuwandeln. Das neue Direktorium hat seitdem versucht, sie auf ihre soziale Funktion zurückzuführen. Und in dieser Hinsicht ist der Kooperativwohnungsbau eine der effektivsten Formen. Anders kommen Menschen mit geringem Einkommen kaum zu einem Dach über dem Kopf.

Die Bauunternehmer sehen das nicht gern und selbst die Bauarbeitergewerkschaft hat ihre Probleme mit dieser Konkurrenz, obwohl sie selbst einen der größten Komplexe von Wohnungen auf genossenschaftlicher Basis errichtet hat. Das zentrale Problem ist jedoch die öffentliche Investition. So fiel z.B. der 2007 vom Parlament beschlossene Haushalt für Sozialwohnungsbau eher mager aus und betrug laut FUCVAM nur ein Fünftel des Benötigten. Obwohl im Gegensatz zu den vorhergehenden Regierungen in den Bereichen Gesundheitswesen, Unterricht, Infrastruktur (Hafen, Eisenbahn) und öffentliche Sicherheit ein bedeutsamer Zuwachs an Investitionen zu verzeichnen ist, bleibt der Wohnungsbau davon weitgehend ausgeschlossen.

Das Argument lautet, hunderttausend Wohnungen ständen leer und es gebe ein Überangebot an Wohnraum. Doch dabei handelt es sich um eine Milchmädchenrechnung. Wie soll eine Familie aus einer Elendsiedlung aus ihrer Blechhütte in das leer stehende Häuschen mit Vorgarten im Reichenviertel umziehen?

Zwar blockierten die Frente-Amplio-Regierungen von Montevideo und Maldonado zum Entsetzen der Kapitalanleger und Bauunternehmer Großbauten in bestimmten Arealen der Hauptstadt sowie geplante Wolkenkratzer im Touristenzentrum Punta del Este. Und auch das Wohnungsbauministerium bezog gegen *Barrios Cerrados* (abgezaunte Viertel der oberen Mittelklasse) und die urbane Spaltung der Gesellschaft Stellung. Zur tatsächlichen Integration der Marginalisierten in den ca. 500 Elendsvierteln im Land (*Asentamientos* oder *Cantegriles* genannt) hingegen gibt es nur wenige Ansätze. Hier fehlt ein langfristiger Plan.

Ein ähnlicher Widerspruch ist es, wenn die Regierung einen Vertrag mit Venezuela abschließt, um zur Bezahlung der Erdöllieferungen uruguayische ArchitektInnen und AktivistInnen von FUCVAM nach Caracas zur Anleitung im kooperativen Wohnungsbau zu schicken – 50 sind bereits dort –, ihn im eigenen Land aber ausdünn, statt ihn zu fördern. Und das, obwohl der kooperative Wohnungsbau eine dreifache Rolle in der Entwicklung des Landes spielen könnte: Beschaffung von Arbeit, menschenwürdiges Wohnen und solidarisches Handeln.

»Nennen wir es einfach H« Vom Umgang mit der sexuellen Vielfalt

Albrecht Girle

Wenn es nach der Gesetzeslage ginge, dürfte es für Minderheiten in Uruguay kaum Probleme geben. Nirgends in Lateinamerika genießen zum Beispiel Homosexuelle größeren Schutz und mehr verbriefte Rechte als hier. Eigentlich sollte man meinen, dass Schwule, Lesben und Transgender entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil selbstbewusst und unverkrampft im öffentlichen Leben sichtbar sind, aber so ist es nicht. Auffällig unauffällig, zumindest unscheinbar wirkt die schwul-lesbische Szene. Was Zugereisten aus europäischen Großstädten wie ein Paradox erscheint, ist auch für einheimische Betroffene nur schwer zu erklären. Versuchen wir eine Annäherung.

Ich stehe noch ein wenig unter dem Eindruck des fantastischen Internationalen Festivals des schwul-lesbischen Films, das schon zum dritten Mal in Montevideo stattfand. Es war ein Genuss: eine kompetente Leitung mit politischem Gespür, eine Jury aus anerkannten Fachleuten, 56 sehenswerte Wettbewerbsbeiträge aller Genres aus vier Kontinenten, zahlreiche Begleitveranstaltungen, sogar an der Uni und im Goethe-Institut. Der Name des Festivals ist ein Wortspiel aus dem Alltagsjargon: »Llamale H«. Das ist natürlich unübersetzbar und hat in diesem Kontext mindestens drei sinnngemäße Bedeutungen: *Schluss mit der Debatte! Mach doch, was du willst! Nenn' es einfach H* (wie Homosexualität)! Es spricht für den Realismus und die Selbstironie der Uruguayer, dass selbst bei diesem unzweideutigen Event das H-Wort nur als Abkürzung vorkommt.

Die kommerzielle Szene ist mit einigen Bars, Discos, Sexkinos und zwei Saunaklubs recht überschaubar. Nichts Großes, nichts Grelles. Die einschlägigen Läden firmieren meistens als *gay friendly* oder einfach *friendly* und sind z.B. unter www.uruguayfriendly.com gelistet. Ein großer Teil des Nachtlebens spielt sich daneben im privaten Raum ab. Wer dazugehört, muss keine Langeweile fürchten.

Manchmal begleiten wir Gonzalo ins *Chueca*. Das ist eine kultivierte Bar, die überwiegend von Schwulen und Lesben besucht wird. Wer die Hausnummer nicht kennt, läuft an der unscheinbaren Fassade garantiert vorbei. Man sitzt an der verspiegelten Bar oder auf niedrigen Hockern, hört ordentliche Musik, kann sich trotzdem ohne Geschrei unterhalten,

Zeitschriften lesen, die Bilder mit wechselnden Zeichnungen und Gemälden betrachten, Spiele spielen oder Freunde erwarten. Abends nach elf Uhr belebt sich allmählich die Szene, zum Wochenende wird ein Podest an der hinteren Wand zur Bühne.

Fast jeden Mittwoch kommt Gonzalo zum Tanzen her, denn dann verwandelt sich das Lokal in ein Parkett für Tango und dessen schnellere Version, die Milonga. Im Programm steht *Milonga Queer!*. Und genauso ist es: Zwei junge Männer, die eben noch komplizierte Schritte probiert haben, und ein lachendes Lesbenpaar tauschen die PartnerInnen. Ein Tanzlehrer gibt auf Wunsch Anleitung. Alles sehr entspannt. Man grüßt sich. Gonzalo hat seinen Freund Damian beim Tanz kennengelernt. So leidenschaftlich sie sich zur Musik bewegen – beim Küssen erwischt man sie auch hier nicht. Zärtlichkeiten in der Öffentlichkeit sind (noch) verpönt.

Warum diese Zurückhaltung, selbst wenn Homosexuelle unter sich sind? Fragen wir Gonzalo: Der 34-Jährige mit der Leidenschaft für Musik und Tanz arbeitet an einer staatlichen Oberschule als Lehrer für Physik und Mathe. Er lebte bisher als Single mit Hunderten CDs in einer Dachwohnung hoch über Montevideos Altstadt.

Im täglichen Leben wird alles Geschlechtliche mehr oder weniger totgeschwiegen, von Macho-Prahlerien einmal abgesehen, erzählt er: »Aber die sexuellen Tabus haben sich seit den 1990er Jahren schon sehr gelockert.« Als er selber in den Wirren der Pubertät merkte, dass er Jungs viel attraktiver fand als Mädchen, war er verstört wie alle jungen Schwulen. Die argentinischen *Telenovelas*, in denen damals schon Vorzeige-Lesben und -Schwule auftauchten, waren für ihn und viele andere zumindest ein Zeichen, dass sie mit ihrer Neigung nicht allein auf der Welt waren. An ein Coming-out ohne Wenn und Aber wagten – und wagen – die meisten Heranwachsenden trotzdem nicht zu denken.

Dabei hatte Gonzalo Glück: In seiner Familie war Sex kein Tabu. Besonders die Mutter und deren Eltern unterstützten den Jungen in seiner Entwicklung. Sie schickten ihn auf ein privates *Colegio* mit erweitertem Lehrplan: Ab der 6. Klasse gab es so etwas wie Sexualkunde, und Gonzalo war der Einzige in seiner Klasse, der von Zuhause Aufklärungsliteratur mitbringen konnte.

Die sonst verbreitete Sprachlosigkeit angesichts allen Geschlechtlichen muss alte Wurzeln haben. Obwohl im laizistischen Uruguay die Trennung von Staat und Kirche seit Anfang des 20. Jahrhunderts festgeschrieben ist, haben sich bis heute puritanische Einstellungen erhalten, die von jener typischen Doppelmoral gekennzeichnet sind, die Gonzalo

als »süditalienische Mentalität« beschreibt. Wenn in der Familie jemand schwul oder lesbisch ist, gilt die stumme Absprache: »Jeder weiß es, aber niemand spricht darüber.« Die meisten Betroffenen spielen das Spiel mit, trotz aller Demütigungen. Für die Heranwachsenden ist es deshalb doppelt schwierig, wenn sie nach positiven Vorbildern für einen Lebensentwurf ohne anerkannte Muster suchen. »Die Hauptängste«, sagt Gonzalo, »betreffen die Familie.« Ein Bruch mit der Verwandtschaft wäre für die meisten undenkbar, nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen.

Ein weiterer Grund für die Mimikry mag in der Enge der individuellen Lebenswelten liegen: Selbst in der Millionenstadt Montevideo bekommt man rasch das Gefühl des Jeder-kennt-jeden. Wie viel mehr auf dem Land! Weit verbreitet ist der Wunsch, das Private, das Intime (und eben auch das Sexuelle) vor fremden Blicken zu schützen. Die Vorsicht ist auch eine Hinterlassenschaft der Militärdiktatur, die alles Unerwünschte als abweichendes Verhalten gebrandmarkt und verfolgt hat. Richtig Angst haben muss heute zwar niemand, aber man und frau bleibt besser ungeoutet. Man weiß ja nie ...

Seit 2004 gibt es ein Antidiskriminierungsgesetz (*Ley N° 17.817: Lucha contra el racismo, la xenofobia y la discriminación*), das ausdrücklich die sexuelle Orientierung und die sexuelle Identität schützt – und zwar mit



einer gerichtsfesten Klarheit, die man auch dem deutschen Antidiskriminierungsgesetz wünschen würde (das übrigens erst zwei Jahre später auf Drängen aus Brüssel eher halbherzig verabschiedet wurde).

Seit Ende 2007 gibt es die Homo-Ehe, die hier *Unión Concubinaria* heißt und heiratswillige Männer- und Frauenpaare in beinahe allen Rechten und Pflichten den Partnern einer herkömmlichen Ehe gleichstellt: im Zivilrecht, im Erbrecht und in der Hinterbliebenenversorgung. Das Recht auf Adoption blieb zunächst ausgeklammert, um auch Abgeordneten der bürgerlichen Opposition eine Zustimmung zu erleichtern. Seit dem 10. September 2009 gilt nun das volle Adoptionsrecht für alle, die in einer stabilen gleichgeschlechtlichen Partnerschaft leben.

Das Partnerschaftsgesetz sieht eigentlich eine »Aufgebotsfrist« von fünf Jahren vor: Zwischen dem Antrag auf die *Unión Concubinaria* beim Zivilregister und dem rechtskräftigen Inkrafttreten der eingetragenen Partnerschaft sollte ursprünglich diese ungewöhnlich lange »Bewährungsfrist« liegen. Die Familienrichter auf dem Standesamt fanden nach kurzem Nachdenken eine pragmatische Lösung: Wenn es genügend Zeugen und Beweise für eine seit Jahren stabile Lebensgemeinschaft gibt, besiegeln sie den Bund auch ohne die Warteschleife. So konnten schon gut drei Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes Juan Carlos Moretti und Adrián Figuera als erstes homosexuelles »Ehepaar« in Montevideo vor die Fernsehkameras treten. In der Provinz tun sich die Behörden allerdings oft noch schwer, wie vor allem von Lesbenpaaren berichtet wird.

Hier hat das kleine Uruguay Geschichte geschrieben: Dem Gesetz für die »Homo-Ehe« waren öffentliche und parlamentarische Kontroversen vorangegangen, die in der Gesellschaft positiv nachwirkten. Dies war auch ein ausdrückliches Hauptmotiv für die Gesetzesinitiative aus dem Regierungslager: in der Gesellschaft für mehr gegenseitige Toleranz zu werben und den sozialen Frieden zu stärken. Mittlerweile hat auch in den Streitkräften ein Umdenken begonnen. Der generelle Ausschluss der Schwulen vom Militärdienst wurde in aller Form aufgehoben – mit Bedauern über die gesellschaftlichen Folgen dieses Verdicts.

Der Vatikan zeigte sich ob dieser Entwicklungen sehr besorgt und warnte vor einem »Dammbruch in Lateinamerika« und der Erosion des Sakraments der Ehe. In den katholisch geprägten großen Nachbarstaaten gibt es für die Menschenrechts- wie die Homosexuellenbewegung nun das naheliegende Beispiel, dass es ohne Feindbilder in Uruguay besser läuft. In Brasilien, wo alljährlich nach Schätzungen rund 300 schwule Männer ermordet werden, wächst dagegen laut amnesty international die Gewalt.

Seit dem Regierungsantritt der Frente Amplio im Jahr 2004 wandern auch im staatlichen Erziehungswesen die Steine: Derzeit gibt es einen breiten gesellschaftlichen Diskurs um eine grundlegende Bildungsreform. Eine Vorreiterrolle spielte dabei die flächendeckende Einführung von Sexualkunde in allen Schulstufen.

Die einschlägigen Lehrpläne sind erarbeitet, verabschiedet und verteilt. Jetzt wird darum gerungen, die Inhalte wirklich im Schulalltag umzusetzen und in die Köpfe der Schülerinnen und Schüler zu tragen. Dazu müssen landesweit die Eltern ebenso überzeugt werden wie die Beamten der Schulbürokratie und nicht zuletzt die 15.000 Lehrerinnen und Lehrer der Primarstufe (bei den ebenfalls 15.000 Lehrkräften an weiterführenden Schulen scheint es leichter zu gehen). Die Kampagne zur Lehrerfortbildung läuft.

Ein historisches Detail verweist auf den Fortschritt: Die heutige Leiterin der Fachkommission für Sexualerziehung im Bildungsministerium, eine angesehene Gynäkologin und Sexualpädagogin, wurde genau zehn Jahre zuvor von der damals konservativen Regierung von ihrem Posten gefeuert, weil sie darauf bestanden hatte, das Thema weibliche und männliche Homosexualität im Unterricht zu behandeln. Damit würde man die Kinder nur verführen, hieß es damals.

Die gesellschaftspolitisch aktive Schwulen- und Lesbenbewegung Uruguays ist zwar zahlenmäßig klein, aber ungemein zäh, produktiv und von bündnispolitischer Schläue. Mit dem Rückenwind der Mitte-Links-Regierung hat sie es in wenigen Jahren geschafft, die Akzeptanz sexueller Minderheiten zu einem Prüfstein für den Zustand der Gesamtgesellschaft und die Reife der Demokratie zu machen. Der Homoverband *Colectivo Ovejas Negras* (»Die schwarzen Schafe«), in feministischen Zusammenhängen arbeitende Vereinigungen wie A.L.U. (*Asociación de Lesbianas Uruguayas*) und lokale Zusammenschlüsse von AktivistInnen der Transgender-Bewegung schmiedeten das Bündnis FUDIS (*Federación Uruguaya de la Diversidad Sexual*), das seit Jahren die wichtigste Demonstration des Landes auf die Beine stellt. Das Zauberwort heißt *Diversidad*. Es geht um nichts weniger als die Gleichberechtigung all jener Formen des Lebens und Liebens, die unter dem Kürzel LGBT (*Lesbianas, Gays, Bisexuales y Trans*) zusammengefasst werden.

An jedem letzten Freitag im September gibt es in Montevideo die *Marcha por la Diversidad*, eine fröhliche Parade mit politischem Hintergrund. Startpunkt ist die Plaza de la Diversidad (die tatsächlich so heißt), eine kleine Freifläche mit regenbogenbunten Wänden am Eingang zur Altstadt. Von dort geht der Zug über die Plaza Independencia, über die

Flaniermeile Avenida 18 de Julio zur Plaza Libertad, wo vor dem Sitz des Obersten Gerichtshofs eine Kundgebung mit anschließendem Konzertprogramm stattfindet.

Beim Auftakt stürzen sich die Kameralleute wie immer und überall auf die toll geschminkten Paradiesvögel der Parade. Aber im Laufe des rund einstündigen Marsches wächst die Menge der Teilnehmenden um ein Vielfaches an: Die meisten kommen direkt von der Arbeit und unterscheiden sich in nichts von den Passanten am Straßenrand. Der größte Hingucker ist eine Regenbogenfahne von ca. 200 Quadratmetern, die von mindestens einhundert DemonstrantInnen getragen wird. Auch beim diesjährigen Marsch lief, ohne viel Aufhebens mitten in der Menge, der Oberbürgermeister von Montevideo, Ricardo Ehrlich, die ganze Strecke mit.

Was 15 Jahre zuvor mit einer winzigen Aktion weniger Mutiger begann, ist heute ein unübersehbarer Teil der Bürger- und Menschenrechtsbewegung des Landes. »Eine Gesellschaft und die Reife ihrer Demokratie werden daran gemessen, wie sie mit ihren (sexuellen) Minderheiten umgehen« – das ist der Tenor dieser Bewegung. Der Gast aus Westeuropa bemerkt sofort den ungewohnten Zungenschlag: Kein Handeln aus der zweiten Reihe zur *Abwehr* der eigenen Diskriminierung, sondern ein Programm *für* eine andere Gesellschaft. Da bleibt kaum Platz für die Zickigkeit und Larmoyanz, die viele Insider-Debatten in Europa mittlerweile belasten.

»*En cada beso una revolución*« lautete das Motto für die *Marcha* im September 2009, und dabei ging es um mehr als das Küsschen im Verborgenen. Dahinter stehen Ansprüche an beide Seiten: an die eigene Community, ihre anderen Formen des Miteinanders in der Öffentlichkeit endlich sichtbar zu machen, und die Aufforderung an den »Rest« der Gesellschaft, auf dem Weg in eine bessere Gesellschaft die Mauern der sexuellen Orientierung als unerheblich beiseitezuschieben. Die Losung aber, die man in dem bunten Zug von mehr als 10.000 TeilnehmerInnen gleich hundertfach sehen konnte, war auf die Präsidentschaftswahlen ausgerichtet und hieß: »Keine Stimme für die Homophobie« – eine Wahlempfehlung vor dem Hintergrund, dass die erzkonservativen Colorados und die kleine Partido Independiente sich dem gesamten Gesetzgebungsverfahren zur Gleichstellung konsequent verweigert hatten.

Als Lackmustest für die tatsächliche Gleichstellung galt im Jahr 2009 die Situation von Menschen, die ihr biologisches Geschlecht ändern: Transsexuelle sind die am meisten Ausgegrenzten und müssen ihre häufig erbärmliche wirtschaftliche Existenz durch Prostitution bestreiten. Die

Demonstranten forderten umfassende Unterstützung für den Wechsel der sexuellen Identität – von der Namensänderung und der Geschlechtsumwandlung auf Kosten des Gesundheitssystems bis zu einem spezialisierten Programm zur Aufnahme in die Arbeitswelt.

Der Durchbruch für die *Marcha* kam im Jahr 2007. Auf dem Höhepunkt einer hitzigen Diskussion um die gesetzliche Freigabe der Abtreibung hatten Frauenorganisationen für den gleichen Tag zu einer Kundgebung vor dem *Palacio Legislativo* aufgerufen, um am Sitz des Parlaments Tausende Unterschriften für die Straflosigkeit der Abtreibung zu übergeben. Viele aktive Lesben hatten sich in den Dienst dieser Bewegung gestellt. Nach den Reden vor dem Parlamentsgebäude zogen die Frauen lautstark in die Innenstadt und vereinten sich dort mit der *Marcha por la Diversidad* zur bisher größten Kundgebung des Landes für sexuelle Selbstbestimmung. Berührungsängste waren nicht wahrnehmbar.

Ein Anliegen der Demonstrationen früherer Jahre steht zum Glück nicht mehr obenan: Die Programme zur Behandlung und zur Prävention von HIV und AIDS haben Tritt gefasst. Es gibt auf nationaler Ebene eine ständige Kommission, die sich um die medizinische und soziale Versorgung der Betroffenen kümmert und die Vorbeugung koordiniert. An Autobussen werben Plakate ohne jede Prüderie für den Gebrauch von Kondomen. Montevideos Stadtverwaltung unterhält zusätzlich eine Telefon-Hotline, und lesbisch-schwule Selbsthilfegruppen bekommen Unterstützung und sprechen die eigene Szene an.

Füße auf dem Boden, Stimme in der Luft **Radios comunitarias**

Carlos »Castor« Ramos

Es war das Haus einer Arbeiterfamilie, wie alle anderen, am Ende der Straße. Um dorthin zu gelangen, musste ich auf einem schmalen Pfad an einem anderen Haus vorbeigehen, das von einer bedrohlichen Hündin namens *Loba* (Wölfin) bewacht wurde. Ihre Leine hing ziemlich locker. Ich ging schnell über die Straße und betrat das Haus von Elma.

Ihr Sohn Adrian, Mitglied des Radios, war nicht da. Elma bat mich herein und wir betraten das Zimmer von Adrian. Ein Bett, Kartons, ein

paar CDs, viele Kassetten, Graffiti. Eine kleine Kiste mit Transistoren, die voller Erde war, und ein Kabel, das bis zur Decke ging. Sofort wusste ich: Hier war ich im Herzen von *Alternativa FM*, dem Piratensender des Stadtteils Belvedere. Wir schreiben das Jahr 1995.

An diesem Tag wollte der Zufall, dass ich mein Debüt im *radio sin permiso* (»das Radio ohne Genehmigung«) hatte. Zehn Jahre blieb ich dabei. Ich erinnere mich an den Adrenalinstoß, den ich jeden Tag vor der Übertragung bekam. Wir gingen nachts auf Sendung, weil zu vorgerückter Stunde die Polizei nicht – oder zumindest nicht legal – in Privathäuser eindringen konnte. Der eigentliche Stress lag natürlich in den Stunden davor: Da mussten wir die Geräte befördern (wir ließen sie nie im Sender) und dabei höllisch aufpassen, dass uns niemand folgte. Auch die Fahrräder für den Transport mussten wir organisieren.

Aber das Härteste kam zum Schluss, wenn nach der Sendung die Anlage in ihr Versteck zurückgebracht werden musste – wieder mit dem Fahrrad. Auf den Straßen war es gefährlicher als tagsüber, da gab es Diebe, Junkies und korrupte Polizisten auf Streife. Trotz unserer Vorsichtsmaßnahmen wurden wir fünf Mal von der DNC – also von Leuten vom Verteidigungsministerium – durchsucht, was für uns riesige Verluste mit sich brachte. Unsere Parole des Widerstands lautete: Auch wenn sie uns durchsuchen, gehen wir in derselben Nacht auf Sendung. Tatsächlich setzten wir das auch so um. In einer Zeit, in der es noch nicht so viele Sender gab, war es wagemutig, auf diese Art Radio zu machen. Irgendwie authentisch, vielleicht irrational, einfach mit Liebe.

Sendegeräte in besetzte Schulen bringen, Antennen für Bauernkongresse organisieren, Gruppen von Schwulen, Lesben und Frauen im Programm zu Wort kommen lassen, Essen für Fabrik- oder Landbesetzungen sammeln – wir waren nicht die Ersten und noch weniger die Einzigen. Aber wir waren mit dabei, und die Saat geht immer noch auf.

Wie alles anfang

Ein großer Teil der lateinamerikanischen Medienlandschaft wird vom kommerziellen Sektor, also vom Markt beherrscht. Das Programmangebot ist zunehmend entpolitisiert, billige Shows und Telenovelas beherrschen das Panorama. Uruguay bildet da keine Ausnahme.

Alle Massenmedien in Uruguay – Radio, Fernsehen und Zeitungen – sind in wenigen Händen und Familien konzentriert. Defeo, Scheck, Romay und Fontaina sind dabei die wichtigsten Namen. Mit ein paar anderen zusammen bilden sie die derzeitige Elite, die die Medien im Land beherrschen.

Während der Diktatur in Uruguay wurde 1977 mit dem Gesetz 14670 der Rundfunk als eine Dienstleistung im Interesse der Öffentlichkeit definiert. Diese Norm verbot Sendungen, die nicht von der Exekutive autorisiert waren, und verfügte, dass Sender, die dem zuwiderhandelten, geschlossen und ihre Sendeanlagen ohne Recht auf Entschädigung beschlagnahmt werden konnten. Die mit der Kontrolle beauftragte Behörde – die Nationale Leitung für Kommunikation (*Dirección Nacional de Comunicaciones*, DNC) – unterstand dem Verteidigungsministerium.

In den 1980er Jahren kamen die ersten Piratensender auf. Sie machten noch viele Fehler, hatten eine geringe Reichweite und waren recht kurzlebig. Anfang der 1990er Jahre entwickelte sich dann ein außergewöhnliches Radioprojekt: das *cx44 Radio Panamericana*. Es arbeitete und sendete von Montevideo aus und war von der ehemaligen Stadtguerilla MLN-Tupamaros gestartet worden. Hier wurde versucht, die Senderäume für Information, Kommunikation und Unterhaltung wirklich demokratisch zu nutzen.

Am 24. August 1994 ereignete sich in der Nähe des Filtro-Krankenhauses das sog. Massaker von Jacinto Vera. Der Hintergrund: Damals sollten drei baskische Staatsbürger an Spanien ausgeliefert werden, da ihnen Mitgliedschaft bei der ETA vorgeworfen wurde. Tausende von Menschen protestierten friedlich vor dem Krankenhaus, in dem die drei festgehalten wurden. Radio Panamericana berichtete über die Ereignisse und beförderte die Solidarität mit den Basken. Wenige Stunden vor deren Abschiebung griffen Stoßtrupps die Protestierenden an. Die Repression des uruguayischen Staates gegen seine BürgerInnen fiel heftig aus: Es gab Tote und Hunderte von Verletzten. Der Radiosender *cx36 (Radio Centenario)* wurde für einige Tage geschlossen, die Schließung des Senders *cx44* dauert bis heute an. Die soziale Bewegung erlitt ein Trauma, das tiefe Spuren hinterlassen hat.



1995 löste ein Uni-Streik einen zwei Monate andauernden Konflikt aus. In dieser Zeit ging *Radio FEUU* auf Sendung, das Radio des Studierenden-Verbandes von Uruguay. Mit der Ruhe in der Hauptstadt war es erst einmal vorbei. Doch die uruguayische Regierung reagierte schnell und ging gegen die Radios vor, die zu dem Zeitpunkt sendeten: *El Puente FM* im Stadtviertel La Teja und *Alternativa FM* im Stadtteil Belvedere.

Ab 1996 gab es einen wahren Boom dieser Radios, die sich selbst als *radios comunitarias* bezeichnen: in Montevideo, in der nördlichen Grenzstadt Artigas, im Zentrum des Landes (La Paloma, Durazno) und auch in Valizas an der Atlantikküste. Diese Radios gaben sich ein soziales Profil, waren auf ein Stadtviertel oder eine Gemeinde bezogen oder richteten sich an eine bestimmte Interessensgruppe, wie marginalisierte Jugendliche, SchülerInnen oder StudentInnen. Einige schmückten sich mit dem schönen Namen »Piraten-Radio« oder »freies Radio«.

Im Dezember 1995 begann eine weitere repressive Phase, in deren Verlauf mehrere Sender durchsucht und wertvolle Sendegeräte beschlagnahmt wurden. Um der Repression etwas entgegenzusetzen und die eigenen Positionen der Öffentlichkeit zu präsentieren, organisierte die uruguayische Sektion des »Weltverbandes der Kommunitären Radios« AMARC-ALC im April 1996 das landesweit erste Treffen dieser Radios: »Mit den Füßen auf dem Boden und der Stimme in der Luft« lautete der Tagungstitel. Im Juni entstand die Koordination der Kommunitären Radios von Uruguay ECOS. ECOS versucht, alle alternativen Initiativen im Land zusammenzuführen. Seine Gründungsprinzipien beziehen sich auf die Sender, die keinen Gewinn anstreben und eine kollektive Eigentumsform haben.

Dialog statt Repression

Im Jahr 2000, während der Präsidentschaft Jorge Batlles von der Colorado-Partei, wurde eine Behörde zur Regulierung der Kommunikationsdienstleistungen – URSEC – geschaffen, die die alte Behörde des Verteidigungsministeriums (DNC) ersetzte. Anfangs arbeitete dort aber noch dasselbe Personal. Um die rechtlich ungeklärte Situation der kommunitären Radios zu regeln, wurde ein Dialog-Tisch eingesetzt, zu dem der Nationale Rundfunkverband von Uruguay ANDEBU, der Verband der Radiosender im Landesinneren RAMI und die uruguayische Sektion des Weltverbandes AMARC eingeladen wurden. ECOS, die nationale Koordination der freien Radios, blieb außen vor.

Zwischen ECOS und AMARC Uruguay vertieften sich die Differenzen anlässlich der Frage, wie mit dieser Initiative umzugehen sei. Die

Verbände distanzierten sich voneinander, was bis heute ein großes Problem für die Bewegung der alternativen Medien in Uruguay darstellt.

Beim Dialog-Tisch wurde die Intoleranz der Unternehmergruppen gegenüber den alternativen Medien offensichtlich. Alte Argumente wurden hervorgeholt, so gab z.B. María Celia Fontaina, die Vorsitzende von ANDEBU, in der Zeitschrift *Broadcaster* (Nr. 15, 1996) zum Besten:

»Die illegalen Sender stehen für den Missbrauch des demokratischen Systems. Wo immer sie auftreten, sind sie ein Symbol für Anarchie und Subversion.«

Ergebnis der Verhandlungen war eine Gesetzesvorlage für kommunitäre Medien. Als das Mitte-Links-Bündnis *Frente Amplio-Encuentro Progresista-Nueva Mayoría* im März 2005 an die Regierung kam, wurde die Gesetzesinitiative im Parlament debattiert. Im Dezember 2007 wurde das Gesetz schließlich von der Abgeordnetenkammer angenommen. Das Gesetz Nr. 18232 zu kommunitären Radios verfügt das Recht auf Ausdrucks-, Kommunikations- und Informationsfreiheit sowie das Recht, zum Zweck der Rundfunkübertragung ein Kommunikationsmedium zu gründen. Nach Meinung von Carlos Casares von der alternativen Nachrichtenagentur Comcosur bedeutet dieses Gesetz »selbst im lateinamerikanischen Kontext einen riesigen Fortschritt«. Man habe nicht mit einem Gesetz gerechnet, das einen demokratischen und transparenten Zugang für die Arbeit der kommunitären Radios und Fernsehkanäle bereithalte.

Für die Koordination ECOS hingegen widerspricht das Gesetz ihren Gründungsstatuten. Sie meint, dass das Gesetz ihre horizontale Organisationsform nicht respektiere. Außerdem bleibe der Ermessensspielraum der Exekutive bei der Verwaltung der Frequenzen nach wie vor bestehen. Im Juni 2009 hat die URSEC den Sender *La Klasista fm*, der seit zehn Jahren in Montevideo gesendet hatte, schließen lassen. Grund: »Störung anderer Frequenzen«. Der ungleiche Kampf für die »Öffnung der Mikrofone« in Uruguay geht in die nächste Runde.

Übersetzung: Bettina Reis

Gauchos und »Gauchismo« heute

Alvaro de Giorgi

Das Zahlenverhältnis Rinder zu Menschen hat sich bis heute in Uruguay wenig geändert: Auf einen Einwohner kommen im Schnitt 3,6 Rinder, die weltweit höchste Pro-Kopf-Rate. Das war schon während der Phase der Kolonisierung der Río-de-la-Plata-Region im 17. und 18. Jahrhundert so. Die Anzahl der Rinder, 1603 ist die erste Schiffsladung mit Zuchtrindern und Pferden vermerkt, überstieg die der Menschen auf dem Gebiet der »Banda Oriental«, dem heutigen Staatsgebiet Uruguays, um das Mehrfache. Dem Vieh folgten im Laufe des 18. Jahrhunderts die ersten Siedler aus Europa, die sich mit der indigenen Bevölkerung und Menschen afrikanischer Abstammung vermischten.

Schnell passten sie sich an die neuen Gegebenheiten der Region an: Die *praderas* genannten Pampa-Graslandschaften füllten sich mit verwilderten Rindern und Schafen. Diese Periode der soziokulturellen Evolution der Region wird das »Leder-Zeitalter« genannt. Ebenso unverzichtbar und allgegenwärtig wie das Leder war das Pferd, das Transport- und Arbeitsmittel, Waffe im Überlebenskampf und treuer Freund



des Gauchos war. Per Definition ist der Gaucho ein »Reiterwesen«, der Pferdemenschen der *pradera* am Río de la Plata. Mit der extensiven Viehwirtschaft entwickelten die Gauchos ihre eigene Kultur. Sie widersetzten sich den Versuchen, die freien Weiden einzugrenzen, sie waren Widersacher der Behörden und Gegner des Privateigentums. Genau aus diesen Motiven beteiligten sie sich leidenschaftlich am Freiheitskampf von José Gervasio Artigas gegen Spanier und Portugiesen. Später waren sie wesentlich an den Bürgerkriegen des 19. Jahrhunderts beteiligt, in die der junge Staat Uruguay verwickelt war.

Am Ende des 19. Jahrhunderts begann mit der Modernisierung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ihr Niedergang. Die auch im übertragenen Sinn zu verstehende Einzäunung des Landes führte zum Verschwinden der Gauchos. Für die meisten bestand seit dieser Zeit die Gaucho-Kultur nur noch symbolisch, etwas abfällig auch als *gauchesca* bezeichnet, was das Pittoreske und Folklorehafte betonen sollte. Das literarische Zeugnis dieses Wandels ist das Epos *Martín Fierro* des argentinischen Journalisten José Hernández, das er zwischen 1872 und 1879 veröffentlichte und das heute als argentinisches Nationalepos angesehen wird. Die Gauchos waren von da an nur noch einfache, arme Landarbeiter, die sich auf den weitläufigen *estancias*, den großen Farmen, verdienen mussten. Diese Arbeitsbedingungen und die ungleichen Besitzverhältnisse sind auch heute noch die Regel. 54 Prozent der Rinder sind im



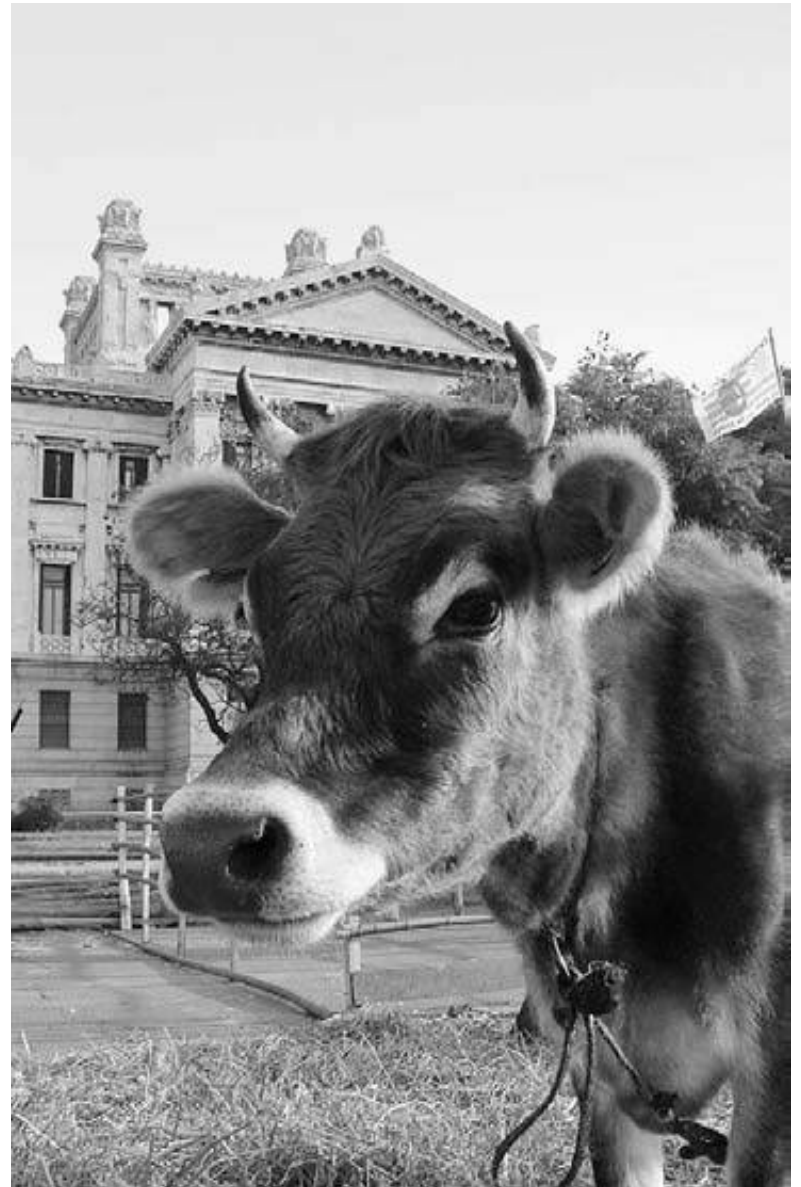
Besitz von nur 11 Prozent der Züchter, die mindestens über eine Anzahl von mehr als 500 Rindern verfügen.

Erst ein gutes Jahrhundert nach dem Verschwinden der Gaucho-Kultur entwickelt sich in Uruguay wieder eine soziale Bewegung, die sich zum Ziel gesetzt hat, das Erbe dieser Kultur anzutreten. Vor allem in den zentralen und nördlichen Provinzen des Landes gibt es eine Renaissance der Gauchos, z.B. in Tacuarembó. Hier war und ist die extensive Viehwirtschaft immer noch die traditionelle Wirtschaftsform. Die Wiederaneignung der Gaucho-Kultur äußert sich im Entstehen von Gemeinschaften und Clubs, die sich *sociedades criollas* oder *aparecerías* nennen. In den kleinen Siedlungen und Dörfern bilden sich neue soziale Netzwerke der Landbevölkerung, an denen sich Bauern, Saisonarbeiter sowie kleine Produzenten und ihre Familien beteiligen. Jede dieser Gemeinschaften von *criollos* – so nennen sich auch in Uruguay bis heute die im Land Geborenen mit einer guten Portion Stolz – lebt von der Beteiligung ihrer Mitglieder. Dazu gehört vor allem die Organisation der traditionellen Feste, der *fiestas criollas*. Wenn im südamerikanischen Sommer die Ernten eingebracht sind, die Hauptschlachtzeit vorbei ist und das Vieh nach dem Winter wieder gut genährt ist, findet an fast jedem Wochenende ein Fest statt. Das geht von Dezember bis in den Mai hinein. Von all diesen Festen, die sich im Namen oftmals auf die indigenen Ureinwohner der Region beziehen und *Yaguari* oder *Queguay* heißen, ist die *Fiesta de la Patria Gaucha* das größte und bedeutendste. Immer am zweiten Märzwochenende strömen bis zu 100.000 Menschen in die Stadt Tacuarembó. Lassowerfen, Rodeos, Ringkämpfe etc. werden dargeboten. Hauptattraktion dieser Veranstaltungen aber ist die sogenannte *jineteada*. Bei diesem Spektakel, das sich an den alten Traditionen orientiert, muss sich der Reiter möglichst lange auf dem Rücken eines wilden Pferdes halten.

Mit der Wiederbelebung und im Gewande der Traditionen wendet sich diese neue soziale Bewegung auch gegen die als feindlich empfundene Durchkapitalisierung des Lebens auf dem Land. Und so waren es an vorderster Stelle Gauchos aus dem hohen Norden, die sich 2004 vehement gegen das Vorhaben der damaligen konservativen Regierung wandten, die Wasserversorgung im Land zu privatisieren. Mit ihrem 600 Kilometer langen Ritt aus der Grenzregion zu Brasilien nach Montevideo gelang ihnen eine der spektakulärsten Aktionen zur Unterstützung der Volksabstimmung gegen die Privatisierung des Wassers: 63 Prozent stimmten im Oktober 2004 dafür, das Grundrecht auf Wasserversorgung in die Verfassung aufzunehmen.

Übersetzung: Stefan Thimmel

Ökonomie, Ökologie und Industriekultur



Ökonomische Dreifaltigkeit: Banken, Rinder, Zellulose

Joachim Becker

Montevideo ist deutlich anzusehen, wann die Ära der Prosperität in Uruguay ihr Ende fand: schon vor etwa 50 Jahren. Entlang der zentralen Hauptverkehrsader Montevideos, der Avenida 18 de Julio, stehen noch die Prachtbauten als steinerne Zeugen der großen Prosperität des frühen 20. Jahrhunderts. Diese Phase begann im späten 19. Jahrhundert und beruhte vor allem auf dem Agrarexport, speziell von Fleisch. Montevideo entwickelte sich als wichtiger Hafen und Zentrum der Fleischverarbeitung. Der Wirtschaftsaufschwung zog viele ImmigrantInnen, vor allem aus Italien, an. Allmählich wuchs auch die Zahl kleiner verarbeitender Betriebe. Parallel entstanden die Anfänge einer Arbeiterbewegung.

Die Colorado-Regierungen des frühen 20. Jahrhunderts erkannten die herausziehenden neuen sozialen Fragen. Sie reagierten hierauf, indem sie Sozialversicherungen schufen und den Acht-Stunden-Arbeitstag einführten. Mit diesen Sozialreformen bildete Uruguay die Avantgarde in Lateinamerika und war selbst vielen europäischen Ländern voraus. Zu dieser Zeit wurde der Staat nicht nur auf dem Gebiet der sozialen Sicherung, sondern auch beim Aufbau der Infrastruktur initiativ. Ein zentraler staatlicher Bankensektor wurde geschaffen. Damit nahm der Staat Schlüsselpositionen im wirtschaftlichen Entwicklungsprozess ein. Diese frühe entwicklungsfördernde und sozial integrative Rolle des Staates hat dazu beigetragen, dass es bis heute in Uruguay eine starke Identifikation mit dem öffentlichen Sektor gibt.

Die wirtschaftliche Grundlage der Prosperität war allerdings nicht sehr breit, und sie war anfällig für internationale Preisschwankungen. Das Agroexport-Modell zeigte schon gegen 1913, also vor dem ersten Weltkrieg, »Zeichen der Erschöpfung«, wie der uruguayische Wirtschaftshistoriker Luis Bértola hervorhebt. Mit der großen Weltwirtschaftskrise, die 1929 begann, kam es zu seinem Ende. Die internationalen Rohstoffpreise fielen stark. Der Agrarexport fiel als Wirtschaftsmotor aus. Eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik wurde unausweichlich. Allmählich kam es zu einer verstärkten Orientierung auf den Binnenmarkt und einem beschleunigten Ausbau einer auf ihn orientierten Industrie, die primär in Montevideo entstand. Diese Industrialisierung bedeutete eine Diversifizierung der uruguayischen Wirtschaft. Allerdings ist Uruguay ein



sehr kleines Land, sodass der binnenmarktorientierten Industrie recht enge Grenzen gesetzt sind und Massenproduktionsvorteile nicht erzielt werden können. Ein potenzieller Ausweg aus der Enge des Marktes hätte die regionale Zusammenarbeit sein können. Diese stand aber politisch nicht auf der Tagesordnung. Mitte der 1950er Jahre wurde ein Tiefststand des Handels mit Argentinien erreicht, der auch mit dem politisch gespannten Verhältnis zwischen beiden Ländern zusammenhing. Damit wurden die engen Grenzen des Binnenmarktes für Uruguay schon sehr früh, nämlich Mitte der 1950er Jahre, empfindlich spürbar. Nach dem Ende des Korea-Kriegs-Booms erlahmte auch der Export. Die zweite Phase der Prosperität kam an ihr Ende.

Mit der Krise der produktiven Sektoren verlagerten sich die wirtschaftlichen Aktivitäten zunehmend in den Finanzsektor. Dieser Schwerpunktwechsel konnte die Probleme aber nicht lösen. Vielmehr zeigt die uruguayische Wirtschaft seit 50 Jahren eine starke Anfälligkeit für Finanzkrisen. Diese machten Uruguay zu einem der verlässlichsten Kunden des Internationalen Währungsfonds (IWF), der in kritischen Situationen immer wieder mit liberalen Auflagen zu Gunsten der Gläubiger intervenierte. Die erste Finanzkrise erfolgte schon 1965, danach war fast jedes Jahrzehnt eine weitere fällig – 1970/71, 1981/82 und zuletzt 2002. In den 1960er Jahren gingen die instabile wirtschaftliche Situation und die Verschlechterung der sozialen Lage mit einer politischen Polarisierung einher. Die Schaffung eines schlagkräftigen Gewerkschaftsdachverbandes und eines linken Parteienbündnisses, der Frente Amplio, waren Ausfluss der sozialen Mobilisierung. Die Rechte antwortete hierauf mit immer repressiveren Maßnahmen.

Die 1973 etablierte Militärdiktatur steigerte die Unterdrückung zu einem in der uruguayischen Geschichte beispiellosen Ausmaß. Die Niederschlagung der Arbeiterbewegung wurde zur Voraussetzung einer sehr restriktiven Lohnpolitik. Niedriglöhne sollten die Exportfähigkeit stärken, um so aus der Zahlungsbilanzkrise herauszukommen. Die ersten Jahre der Militärdiktatur waren durch eine Politik der Exportförderung gekennzeichnet. Eine starke internationale Überliquidität ermöglichte dem Militär Ende der 1970er Jahre die Möglichkeit zu einem Wechsel in der Wirtschaftspolitik. Statt Devisen über Exporte zu verdienen, wurden Devisen nun durch Auslandskredite ins Land gebracht. Gleichzeitig wurde die uruguayische Währung aufgewertet. Dies erschwerte Exporte und verbilligte die Importe. Billige Importe verschärften die äußere Konkurrenz und schränkten die Spielräume für Lohn- und Preiserhöhungen ein. Mit einem Rückgang der Inflation und billigen Importen

hoffte das Militärregime, die Mittelklasse auf seine Seite zu ziehen. Doch sollte sich das Wachstum auf Pump binnen Kurzem als Scheinblüte herausstellen. Importe und Auslandsverschuldung schnellten in die Höhe. Als die USA Ende der 1970er Jahre die Zinsen drastisch erhöhten, wurden die Auslandsschulden rasch zu einer unerträglichen Last. Dollarschulden wurden nicht nur im Ausland aufgenommen, auch die Banken in Uruguay stellten ihr Geschäft zunehmend auf die US-Währung um. Als die Abwertung des uruguayischen Pesos unvermeidlich wurde, kamen die uruguayischen Schuldner und die Banken gewaltig in die Klemme. 1981 rutschte Uruguay in die Rezession, 1982 kam es zum wirtschaftlichen Debakel. Zwischen 1982 und 1984 ging das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 15,7 Prozent zurück, die Reallöhne fielen um 28 Prozent und die Arbeitslosigkeit stieg in Montevideo auf 14 Prozent. Die abhängig Beschäftigten gehörten zu den Hauptleidtragenden der Krise. Die Bankenverluste wurden sozialisiert. Der Zentralbank kaufte bis Ende 1984 faule Schulden im Wert von elf Prozent des BIP auf. Die Finanzkrise brachte das Militär endgültig in eine politisch unhaltbare Position, es musste unter dem Druck sozialer Proteste den Rückzug in die Kasernen antreten.

Die 1980er Jahre standen in Uruguay im Zeichen der Bedienung der Auslandsschuld und des IWF. Um die für den Schuldendienst notwendigen Devisen aufzubringen, sahen sich die uruguayischen Regierungen gezwungen, möglichst Exportüberschüsse zu erzielen. Da die Exporte nicht leicht zu steigern waren, bedeutete dies primär eine Beschränkung der Binnennachfrage, um so die Importnachfrage zu dämpfen. Im Hinblick auf die wirtschaftspolitischen Prioritäten gab es eine deutliche Kontinuität zwischen dem Militärregime und der Regierung Sanguinetti nach der Redemokratisierung. Letztere bemühte sich allerdings, die soziale Krise abzumildern.

Zu Beginn der 1990er Jahre begannen die internationalen Finanzquellen wieder zu sprudeln, da es einerseits zu neuen Formen der Schuldenregulierung bei Peripherieländern gekommen war und andererseits in vielen Ländern des Zentrums ein Überschuss an Liquidität vorhanden war. Daraufhin erfolgte eine Neuauflage der Politik der späten 1970er Jahre, obwohl diese bereits einmal gescheitert war. Wiederum wurde die Priorität auf die Inflationsbekämpfung gelegt. Und um die Inflation zu reduzieren, wurde erneut auf einen überbewerteten Wechselkurs und Preisdruck durch billige Importe gesetzt. In- und ausländische Finanzinvestoren freute diese Politik. Der Mittelklasse sagten billige Importgüter und die Möglichkeit günstiger Auslandsreisen zu. Die Kehrseite war der beschleunigte Niedergang verschiedener Industriesektoren, die

dem Druck durch die billigen Importe nicht standhalten konnten. In manchen Fällen milderten die durch die Mitgliedschaft im Mercosur verbesserten Exportmöglichkeiten die negativen Folgen der überbewerteten Währung etwas ab. Die Erosion der produktiven Sektoren zog eine steigende strukturelle Arbeitslosigkeit nach sich.

Wie schon Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre wuchsen auch jetzt die Importe schneller als die Exporte und nahm die Auslandsverschuldung rasant zu. Eine Korrektur der Politik durch eine Abwertung war nicht leicht möglich. Die Mittelklasse verschuldete sich beträchtlich in Dollar, um Konsumgüter zu kaufen. Sie verdiente jedoch uruguayische Pesos. Im Fall einer Abwertung drohte den DollarschuldnerInnen – und den Banken – eine Finanzklemme. So wurde die Mittelklasse eng an das Wirtschaftsmodell gebunden. Allerdings gab es auch verbreitete Vorbehalte gegen Elemente der liberalen Wirtschaftspolitik der 1990er Jahre. So erzielte die Linke 1992 bei einem Referendum gegen die Privatisierung eine deutliche Mehrheit. Diese Art von Widerständen setzten dem Ultraliberalismus bestimmte Grenzen. Daher nahm die liberale Wirtschaftspolitik in Uruguay auch nicht derart extreme Formen an wie im benachbarten Argentinien, obwohl die Grundmuster ähnlich waren.

Kurz nach dem Kollaps eines ähnlichen Wirtschaftsmodells in Argentinien kam es 2002 auch in Uruguay zu einer schweren Finanzkrise. Der Peso wurde abgewertet. Obwohl ca. 2 Mrd. US-Dollar, also 16,6 Prozent des BIP des Jahres 2002, in die Stützung des Finanzsektors gepumpt wurden, mussten mehrere Banken ihre Pforten schließen. Zwischen Ende 1998 und Ende 2002 ging das BIP real um 22,6 Prozent zurück, also noch stärker als zu Beginn der 1980er Jahre. Besonders schlimm war die Industrie von der Rezession betroffen. Die Arbeitslosigkeit verdoppelte sich zwischen 1998 und 2002 von 10,2 auf 19 Prozent. Die hohe Arbeitslosigkeit und der Realeinkommensverlust führten zu einem starken Anstieg der Armut. Diese verdoppelte sich 2002, dem schlimmsten Krisenjahr, von 16,7 auf 31,2 Prozent der Bevölkerung. Zentrumsnahe Viertel Montevideos entvölkerten sich. Viele konnten es sich nicht mehr leisten, dort zu wohnen. Die Armenviertel am Stadtrand hingegen expandierten rasch. Die Stimmung war depressiv. Die Krise war Hauptgesprächsthema: Wer ist arbeitslos geworden? Wer ist zuletzt ausgewandert?

Im Gegensatz zu Argentinien kam es jedoch nicht zu einer sozialen Explosion, obwohl es einige gut organisierte Proteste gab und sich neue Bündnisse formierten. Die Gewerkschaft der Bankangestellten nahm bei der Organisation der durch die Bankenkrise Geschädigten eine zentrale Position ein, und sie machte auch die interessantesten Vorschläge

zur Restrukturierung des Bankensektors. Die liberal-konservative Regierung zeigte sich in der Krise völlig überfordert. Es wurde rasch klar, dass sie bei den nächsten Präsidentschaft- und Parlamentswahlen abgewählt werden würde, was 2004 auch geschah. Die Regierung von Tabaré Vázquez sah sich mit einem schweren Erbe konfrontiert: hohe Arbeitslosigkeit, für uruguayische Verhältnisse sehr hohe Armut, Überschuldung. Gleichzeitig gab es in der WählerInnenschaft der Frente Amplio widersprüchliche Erwartungen: Einerseits wurde ein Abbau der Arbeitslosigkeit und eine Verbesserung der sozialen Lage gewünscht, andererseits blickten manche, vor allem aus der Mittelklasse, auch mit Nostalgie auf die 1990er Jahre mit ihrer Scheinprosperität und den billigen Importgütern zurück. Diese beiden Wunschrichtungen waren unvereinbar. Denn die billigen Importgüter hatten zum Ruin von Industrien und zur Arbeitslosigkeit beigetragen.

Zur makroökonomischen Stabilisierung und zur Sozialpolitik hatte die Regierung der Frente Amplio klare Vorstellungen. Sie suchte das Profil der Auslandsschulden zu verbessern, ohne den Schuldendienst in



Frage zu stellen. Tatsächlich gelang es, die Schuldenlast etwas weniger drückend zu gestalten. Auch die Verpflichtungen gegenüber dem IWF wurden nach argentinischem und brasilianischem Vorbild vorzeitig getilgt, sodass sich Uruguay von der direkten Einmischung in seine Wirtschaftspolitik befreien konnte. Die vorsichtige Geld- und Budgetpolitik war allerdings mit dem IWF ohnehin nicht strittig. Relativ weit entfernte sich die Regierung von der IWF-Orthodoxie im Bereich der Arbeitsbeziehungen. Die Gewerkschaften wurden institutionell deutlich gestärkt. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder und Arbeitskonflikte nahm stark zu. Die Gewerkschaften versuchten den starken Einkommensverlust, der infolge der Krise entstanden war, auszugleichen. Trotzdem sind die Lohnverluste aus der Krise oft noch nicht aufgeholt.

Keine klare Strategie hatte die Regierung im Hinblick auf eine Verbesserung des Produktionsprofils. Sie nutzte die gute Rohstoffkonjunktur aus. Als einen weiteren Aktivposten sahen zentrale Minister, wie Finanzminister Danilo Astori, die neu aufgenommene Zelluloseproduktion, die zu einem Zerwürfnis mit Argentinien führte. Nach den jahrelangen Aufforstungen war die Produktion von Zellulose oder Papier eine nahe liegende Konsequenz. Sie erhöhte die Deviseneinnahmen, weist allerdings – ähnlich wie der Agrarexport – eine starke Abhängigkeit von der internationalen Konjunktur auf. Ihr Beschäftigungseffekt ist minimal. Neben Rindern und Zellulose setzte die Regierung Vázquez auf den Ausbau einzelner Dienstleistungssektoren, darunter auch den Ausbau des Hafens von Montevideos. Skeptischer als ihre Vorgänger war die Regierung im Hinblick auf den Finanzsektor. Diesen sah sie eher als Last denn als Aktivposten. So ergriff sie Maßnahmen, die seine Krisenanfälligkeit mindern sollen. Dazu gehörte auch die behutsame Zurückdrängung des Dollars.

Für manche Wirtschaftssektoren war die zeitweilige Aufwertung des Pesos gegenüber dem Dollar ein Problem, weil sie die Absatzchancen im Ausland schmälerte bzw. den Druck durch Importe erhöhte. Ungünstig war diese Entwicklung zumindest für Teile der Industrie. Eine Industriepolitik ist nicht erkennbar. Sie ist das Stiefkind der Wirtschaftspolitik. Dabei müsste sie zentraler Bestandteil einer Politik sein, die dem Slogan der Frente Amplio von einem *país productivo* – einem »produktiven Land« – reale Taten folgen lassen würde. Die handelspolitische Annäherung an die USA und die Mercosur-skeptische Haltung wichtiger Sektoren der Regierung hing auch mit der Orientierung auf den rohstoffbasierten Export zusammen. Im Gegensatz zu Argentinien und Brasilien ist allerdings die Handelsbilanz von Uruguay negativ. Die Importe sind

zuletzt deutlich schneller als die Exporte gewachsen. Dies stellt eine Achillesferse des aktuellen Wirtschaftsmodells dar.

Dank der über mehrere Jahre günstigen internationalen Konjunktur erholte sich die uruguayische Wirtschaft zwischen 2003 und 2008. 2004 wurde ein Wirtschaftswachstum von real 11,8 Prozent, 2005 und 2006 von 6,6 bzw. 7,0 Prozent erreicht. 2008 erreichte das reale Wirtschaftswachstum noch einmal 8,9 Prozent. Dies führte auch zu einem deutlichen Rückgang der Arbeitslosenrate auf 7,9 Prozent im Durchschnitt des Jahres 2008. Aufgrund der wirtschaftlichen Erholung und der Regierungspolitik ging der Anteil der ungeschützten Arbeitsverhältnisse ohne Sozialversicherung deutlich zurück.

Der Konjunkturaufschwung hat auch zu einem deutlichen Rückgang der Armutsrate auf etwa 20 Prozent der Bevölkerung im Jahr 2008 geführt. Damit lag sie aber immer noch höher als vor Beginn der Krise. Die Armut hat die Regierung aber auch durch eine Politik systematischer Einkommenstransfers gelindert. Während der Regierungszeit der Frente Amplio erhielten insgesamt etwa 110.000 Haushalte ein *ingreso ciudadano* (Bürger Einkommen) in Höhe von ca. 40 Euro monatlich als Einkommensstützung. Derzeit ist die Regierung dabei, die Notprogramme auf längerfristige sozialpolitische Maßnahmen umzustellen. Trotzdem ist das Wachstum der letzten Jahre als Wachstum ohne Entwicklung zu kennzeichnen. Die beträchtliche Abhängigkeit vom Agrarexport ist geblieben und hat sich nur in Richtung auf einige andere Produkte verschoben. Trotz der gestiegenen Reallöhne sind die Früchte des Wachstums sehr ungleich verteilt. Im Jahr 2008, einem Jahr mit sehr hohem Wachstum, war in den Vierteln der ArbeiterInnenschaft und unteren Mittelschicht Montevideos von der statistisch aufscheinenden Prosperität nichts zu sehen.

Die globale Wirtschaftskrise hat auch in Uruguay zu einem deutlichen Wachstumseinbruch und steigender Arbeitslosigkeit – auf 8,8 Prozent im April 2009 – geführt. Die Instabilität bei den Rohstoffpreisen und die anhaltende Dürre forderten ihren Tribut. Allerdings erweist es sich jetzt als Vorteil, dass der Anteil der Exporte und Importe am BIP und damit der Grad der Außenöffnung für so ein kleines Land relativ gering ist. Brasilien als ein wichtiger Exportmarkt erweist sich gegenüber der Krise als relativ resistent. So gibt es auch regional stabilisierend wirkende Impulse. Bislang ist Uruguay von der Krise weniger betroffen als Länder in Ostasien oder Osteuropa. Die Regierung hat einige Maßnahmen zur Stabilisierung der Beschäftigung getroffen. Trotzdem ist die Lage als labil einzuschätzen.

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung der Frente Ampelio ist sowohl durch Kontinuitäten als auch durch Brüche gekennzeichnet. Am deutlichsten sind die neuen Akzente im Verhältnis von Kapital und Arbeit sowie in der Sozialpolitik. Die strukturellen Probleme der uruguayischen Ökonomie, wie einseitige Orientierung auf den Agrarexport, geschwächter Industriesektor, hoher Grad der Dollarisierung, sind jedoch ungelöst. Damit bleibt Uruguay anfällig für Wirtschaftskrisen. Und jede Krise hat dauerhaft angestiegene Armut und eine Erosion der Löhne gebracht.

Ein ambivalentes Verhältnis: Uruguay und der Mercosur

Joachim Becker

Es ist kein Zufall, dass der Sitz des Mercosur (*Mercado Común del Sur*) in Montevideo ist. Bewusst wurde nicht eines der großen Mitgliedsländer – Argentinien oder Brasilien – gewählt, sondern eines der beiden kleinen Länder. Gleichzeitig zeigt sich hierin auch das ursprüngliche Engagement Uruguays für die regionale Integration. Für Uruguay mit seinen nur gut drei Millionen EinwohnerInnen sind die außenwirtschaftlichen Beziehungen wichtiger als für seine beiden großen Nachbarländer. Entsprechende Bedeutung hat für das kleine Land am Río de la Plata der Mercosur als regionale Gruppierung.

Gegründet wurde der Mercosur 1991 durch Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Doch seine Wurzeln reichen weiter zurück. Als in den frühen 1970er Jahren der uruguayische Agrarexport in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auf zunehmende Schwierigkeiten stieß und in den Außenwirtschaftsbeziehungen eine kritische Lage entstand, setzte das damalige uruguayische Militärregime auf eine verstärkte zweiseitige Zusammenarbeit mit den beiden Nachbarländern Argentinien und Brasilien. 1974 wurde ein entsprechendes Abkommen mit Argentinien, 1975 mit Brasilien geschlossen. Diese Abkommen waren Teil einer Politik, die auf Exportsteigerungen ausgerichtet war. Die Wirtschaftspolitik der Diktatur beruhte zudem auf der Unterdrückung der Gewerkschaften und der Senkung der Löhne. Trotz der Wirtschaftsabkommen

entwickelten sich die Ausfuhren in die beiden Länder aber nicht zufriedenstellend, da diese ebenfalls – besonders Argentinien – unter wirtschaftlicher Instabilität litten. In der Zeit der Militärregime im Cono Sur in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren gab es insgesamt eine nur sehr beschränkte wirtschaftliche Zusammenarbeit. Im Vordergrund stand die regionale Zusammenarbeit bei der Repression gegen oppositionelle Regungen, die *Operación Cóndor*. Diese war speziell zwischen Uruguay und Argentinien äußerst eng.

Mitte der 1980er Jahre veränderte sich die politische Konstellation. Die Wirtschaftspolitik der Militärregime in Argentinien und Uruguay endete in einem Debakel, in Brasilien in einer Wirtschaftskrise. Argentinien's Militärs hatten den Krieg um die Malvinas verloren und mussten von der politischen Bühne abtreten. Sie hinterließen hohe Auslandsschulden. Daraufhin suchten die redemokratisierten Regierungen Argentinien's und Brasiliens eine verstärkte Wirtschaftszusammenarbeit. Diese sollte die produktiven Sektoren und die internationale Position beider Länder stärken. Uruguay fürchtete bei der wirtschaftlichen Annäherung der



beiden Nachbarn an den Rand gedrängt zu werden. Die regionale Kooperation konkretisierte sich dann 1991 in dem Viererbündnis des Mercosur, der auch Paraguay einschloss.

Der Mercosur zielte aber nicht auf eine sektorale Zusammenarbeit und bewusste Stärkung der Industrie, sondern auf einen Abbau der Handelshemmnisse zwischen den Mitgliedsländern. Er beruhte also auf einem traditionellen liberalen Ansatz. Dieses Modell fügte sich bestens in die neoliberale Wende in der Wirtschaftspolitik Argentiniens, Brasiliens und Uruguays zu Beginn der 1990er Jahre ein. Preisstabilität, hohe Renditen für Finanzinvestoren und billige Importe wurden zu zentralen Elementen der Wirtschaftspolitik. Die Währungen wurden stark überbewertet. Während der 1990er Jahre waren die Preise in Montevideo teilweise höher als in Berlin oder Wien. Bei einem derartigen Preisniveau waren Exporte für die Mercosur-Länder entsprechend schwierig. Für die Exporteure gewannen so die Ausfuhren in die anderen Mercosur-Länder, wo ähnlich hohe Preise galten, an Bedeutung. Erleichtert wurden sie zudem durch geringe Entfernungen und den Abbau von Handelsbarrieren. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre stiegen die uruguayischen Exporte in die Mercosur-Länder tatsächlich deutlich an. Während 1991 36,4 Prozent der uruguayischen Ausfuhren in den Mercosur gingen, wuchs ihr Anteil bis 1998 auf 55,4 Prozent. Die Jahre 1991 bis 1998 waren eine Zeit relativer Harmonie im Mercosur. Alle Länder verfolgten eine ähnlich ausgerichtete Wirtschaftspolitik und es gab wenig Handelskonflikte.

Allerdings brachte das Wirtschaftsmodell hohe Defizite in der Handelsbilanz und eine explodierende Auslandsschuld mit sich. Auf Dauer erwies es sich als nicht tragfähig. Als erstes Land rückte Anfang 1999 Brasilien von dieser Politik ab. Die brasilianische Währung, der Real, wurde deutlich abgewertet, um das Handelsbilanzdefizit zu verringern. Dieser Schritt hatte unmittelbare Auswirkungen auf den Handel mit den anderen Mercosur-Ländern. Ihre Exporte wurden erschwert, während der Konkurrenzdruck durch brasilianische Waren auf ihren Binnenmärkten zunahm. Obwohl die Trendwende in der brasilianischen Politik den Mercosur als ganzen betraf, wurden die anderen Mitglieder davon nicht vorab in Kenntnis gesetzt. Auch Pläne, die Auswirkungen der brasilianischen Abwertung auf die anderen Mercosur-Länder abzufedern, gab es nicht. Argentinien und Uruguay reagierten auf die Abwertung der brasilianischen Währung, die sich verschlechternden Außenwirtschaftsbilanzen und die abnehmenden Kapitalzuflüsse mit einer radikalen Sparpolitik. Die Binnennachfrage wurde systematisch eingeschnürt, das Bruttoinlandsprodukt sank in beiden Ländern. Mit der Rezession in Ar-

gentinien gerieten auch die uruguayischen Exporte in das Nachbarland unter Druck. Das Bild wurde komplettiert durch einseitige Abwehrmaßnahmen gegen Importe aus der Region, vor allem seitens Argentiniens. Eine Spirale der Handelskonflikte kam in Gang.

2001/2002 kamen auch Argentinien und kurz darauf Uruguay an den Punkt, an dem das Wirtschaftsmodell der 1990er Jahre nicht mehr fortsetzbar war. Hier waren allerdings die Krisenfolgen wegen der hohen Dollarisierung der Ökonomie weit schlimmer als in Brasilien. Die Abwertung brachte die zahlreichen inländischen Dollarschuldner ins Schleudern. Es krachte gewaltig im Bankensystem. Argentinien fror die Konten vorübergehend bis auf Abhebungen von 250 Argentinischen Pesos in der Woche ein, in Uruguay wurden mehrere Banken geschlossen. Das Zahlungssystem funktionierte nicht mehr. Die Wirtschaft brach ein. Allein 2002 ging das Bruttoinlandsprodukt in beiden Ländern um real zwölf Prozent zurück, Arbeitslosigkeit und Armut nahmen rasant zu.

Mit der schweren Krise Argentiniens erlitten die uruguayischen Exporte in das Nachbarland einen weiteren Einbruch. Hatten die Exporte Uruguays in die Mercosur-Länder 1998 – dem letzten Vorkrisenjahr – noch 55,3 Prozent der Gesamtausfuhr ausgemacht, so lag ihr Anteil 2005 nur noch bei 22,9 Prozent. Damit lag ihr Anteil deutlich niedriger als 1991, dem Gründungsjahr des Mercosur. Der Anteil des Mercosur an der uruguayischen Einfuhr ist hingegen kaum zurückgegangen und lag 2005 immer noch bei 42 Prozent. Daher ist das Handelsbilanzdefizit Uruguays mit dem Mercosur von 1998 bis 2005 von 119,2 Mio. US-Dollar auf 849,5 Mio. US-Dollar gestiegen. Der Handel mit dem Mercosur hat also für Uruguay im Gefolge der Krise eine sehr ungünstige Wendung genommen.

Auf Ebene des Mercosur sind diese Ungleichgewichte nicht angegangen worden. Stattdessen schlossen Brasilien und Argentinien auf bilateraler Ebene einen Vertrag zum Umgang mit den Handelsasymmetrien. »Die Unterzeichnung des Protokolls über die wettbewerbliche Anpassung zwischen Buenos Aires und Brasilia kann ein Wendepunkt sein, da verschiedene Sektoren in Asunción und Montevideo dies so interpretieren, dass sie außerhalb des eigentlichen Integrationsprozesses gelassen werden«, warnte Eduardo Gudynas, ein Experte auf dem Gebiet der regionalen Integration. Tatsächlich gibt es im Mercosur eine Tendenz zum Bilateralismus der beiden Großen. Die brasilianische Regierung sieht zwar den Mercosur als ein strategisches Element ihrer Außen- und Außenwirtschaftspolitik an, ihre Politik gegenüber Paraguay und Uruguay trägt dem aber nur unzureichend Rechnung. Verbal ist den kleineren

Mitgliedern eine stärkere Berücksichtigung ihrer Interessen zugesagt worden, doch folgen den Worten nur allmählich Taten.

Die Hauptkonflikte hat Uruguay nicht mit Brasilien, sondern mit Argentinien. Argentinien ist für den uruguayischen Industriegüterexport besonders wichtig und gleichzeitig sehr findig im Erfinden von Handelshemmnissen. Völlig aus dem Ruder gelaufen ist die Konkurrenz der beiden Länder um die Anziehung von Auslandskapital, speziell in der Zelluloseproduktion. Der Streit um eine Zellulose-Fabrik in Fray Bentos am Grenzfluss Río Uruguay ist von einem lokalen Konflikt mit ökologischer Bedeutung zu einem zwischenstaatlichen Zerwürfnis mit nationalistischer Aufladung eskaliert. Dies betrifft in verschiedener Hinsicht den Mercosur. Die Politik gegenüber transnationalen Konzernen ist nicht reguliert. Argentinische AktivistInnen blockieren seit über zwei Jahren teilweise den Grenzverkehr mit Uruguay. Für Uruguays Regierung hatte der Konflikt eine regionale Dimension und so trug sie ihn in die Mercosur-Gremien. Argentinien's Regierung wollte den Mercosur hingegen nicht mit diesem zweiseitigen Konflikt belasten.

Obwohl nach der Krise in Brasilien, Argentinien und Uruguay Mitte-Links-Regierungen gewählt wurden, hat dies den Zusammenhalt des Mercosur nicht gestärkt. Die wirtschaftlich begründeten Konflikte haben zugenommen, ohne dass wirksame Mechanismen für deren Eindämmung gefunden worden wären. Alle Mitgliedsländer versuchen die wirtschaftliche Dynamik über Exporte zu beschleunigen. Diese neomerkantilistische Orientierung erschwert eine gemeinsame Strategie.

Diese Konfliktlinien haben auch den Zusammenhalt in internationalen Handelsverhandlungen geschwächt. So brachten die Mercosur-Länder und Venezuela zwar das US-Projekt einer gesamtamerikanischen Freihandelszone zum Straucheln, doch begann Uruguay im Sommer 2006 offen mit einem bilateralen Handelsabkommen mit den USA zu liebäugeln, was Washington auch mit anderen Ländern (z.B. Kolumbien, Peru) als Ersatz für eine kontinentweite Lösung anstrebt. Die Befürworter in der uruguayischen Regierung, wie der Präsident Tabaré Vázquez (2005–2009) und sein Finanzminister Danilo Astori (2005–2008), versprachen sich davon eine Belebung des Agrarexports. Dies passte zu ihrer wirtschaftspolitischen Strategie, die auf Fleisch-, Zellulose- und Dienstleistungsexporten basierte. Dafür waren sie anscheinend bereit, die industrielle Entwicklung und wirtschaftspolitische Spielräume zu opfern. Unter dem Druck von US-kritischen Kräften in der eigenen Regierung und der Mercosur-Partner mussten sie ihre Pläne abschwächen. Diese sind aber nicht vom Tisch.

Diese inneren Spannungen lassen Fortschritte in der politischen Institutionalisierung des Mercosur, wie der Schaffung eines gemeinsamen Parlaments, labil erscheinen. Abzuwarten bleibt, welche Wirkungen der im Gang befindliche Beitritt Venezuelas zum Mercosur haben wird. Er könnte ihm neue kommerzielle Impulse – vor allem im Energiebereich – geben, aber auch neue Rivalitäten – vor allem zwischen Brasilia und Caracas – schaffen.

Industriekultur: Der Frigorífico Anglo in Fray Bentos

Stefan Thimmel

Vom Zentrum des 25.000 EinwohnerInnen zählenden Städtchens Fray Bentos, der Hauptstadt der Provinz Río Negro, schwingt sich die Küstenstraße, die *Rambla Costanera*, leicht den Hügel hinab zum Strand hin und geht dann in die Uferstraße über, die zum Gelände der *Liebig's Extract of Meat Company, Ltd. (LEMCO)* führt. Hier nahm der deutsch-brasilianische Ingenieur Georg Giebert im Auftrag des deutschen Chemikers Justus von Liebig 1862 die industrielle Massenproduktion von Fleischextrakt auf.

Ein großformatiges Schild der Stadtregierung von Fray Bentos macht auf die Anstrengungen zur Revitalisierung aufmerksam, die seit dem Sturz der Militärs in Uruguay im Jahre 1985 unternommen wurden: auf das *Primer Museo de la Revolución Industrial del Uruguay* und auf den *Parque Industrial*. Der 60 Meter hohe Schornstein aus dunkelrotem Klinker überragt die durcheinandergewürfelte Dachlandschaft der Fabrikgebäude, Arbeiterwohn- und Herrschaftshäuser. Die Geschichte der Fabrik ist an den Gebäuden abzulesen, so an der Herrschaftsfassade des klotzigen, fensterlosen Kühlhauses aus den 1920er Jahren, die dem Río de la Plata zugewandt ist und die vom Reichtum der Fabrik bis nach Argentinien künden sollte. Von den ca. 500 Menschen, die heute im *Barrio Anglo* wohnen, haben einige wenige noch selbst Höhen und Tiefen der Fabrik miterlebt. In den etwa 200 Häusern des Viertels, die von den Deutschen gegen Ende des 19. Jahrhunderts gebaut wurden, entstand mit den Jahren eine eigene kleine multikulturelle Welt, Anfang des 20. Jahrhunderts arbeiteten Menschen aus 23 Nationen in der Fabrik. Die über

80 Schiffe pro Jahr, die schon in den 1890er Jahren den Weg über den Atlantik suchten, beladen mit europäischem Eichenholz, Maschinen oder Stahlprodukten brachten auch eine einzigartige Vegetation mit in das Barrio. Samen von Blumen, Gräsern und Bäumen aus Europa waren mit an Bord und verbreiteten sich im *Anglo* und verströmen noch heute im südamerikanischen Frühling einen berauschenden Duft.

Waren es Ende des 19. Jahrhunderts über 1.000 Menschen, die Arbeit im Schlachthaus, dem *Frigorífico* fanden, so stieg die Zahl bis 1924 auf über 4.000 an und im Jahr 1979, als die Produktion endgültig stillgelegt wurde, waren immer noch 1.900 Menschen beschäftigt.

Der *Anglo* ist im ganzen Land und über Südamerika hinaus immer noch ein Mythos. 1924 ging die LEMCO in den Besitz des englischen Fleischtrusts *Frigorífico Anglo* über. Nach einer Phase des explosionsartigen Wachstums in den Jahren des Ersten Weltkriegs ging der Bedarf an Fleischprodukten und Lederwaren weltweit zurück. Der Aufschwung wiederholte sich im Zweiten Weltkrieg, um dann erneut von einer Rezession abgelöst zu werden. Der letzte Boom fiel in die Jahre des Koreakrieges 1950–1953. Das Auf und Ab der Fabrik und des Wohlstands von Fray Bentos war immer auch eine Geschichte von Krieg und Frieden und eng verknüpft mit den weltweiten Konjunkturzyklen.



Die Leute im Barrio reden auch heute noch viel von »den Deutschen« – *los Alemanes*. In deren Zeit wurden die Wohnungen für die ArbeiterInnen gebaut, es gab im Viertel Elektrizität, bevor Montevideo ans Netz ging, und zusätzlich zum Lohn wurden mehrere Kilogramm Fleisch pro Familie und Tag verteilt. Es wurden Schulen, ein Krankenhaus, ein Gemeinschaftszentrum und Sportanlagen gebaut. Und das in Zeiten, als in Europa der Manchester-Kapitalismus sein hässlichstes Gesicht zeigte. Und das vielleicht Erstaunlichste: Die Häuser für die ArbeiterInnen entstanden zwischen Ort und Fabrik, neben den Badestränden der Herrschaften. Die Deutschen wohnten teilweise mittendrin, eine Ausgrenzung der ArbeiterInnen fand zu der Zeit nicht statt.

Als 1979 die Produktion endgültig stillgelegt wurde, plünderten zuerst die Militärs die gesamte Anlage, von den Biedermeier- und Jugendstilmöbeln der Herrschaftshäuser der Engländer bis zu den Pflanzen und Anlagen im Botanischen Garten. Die demokratisch gewählte Regierung stellte dann 1986 das gesamte Gelände, Barrio und Fabrik, unter Denkmalschutz, und nach vergeblichen Versuchen, die Fleischverarbeitung wieder aufleben zu lassen, entstand 1988 die Idee des Museums und des Industrieparks. Heute sind einige wenige staatlich geförderte Kleinbetriebe und Labors der nationalen Umweltbehörde hier untergebracht.



Viele Menschen in der Stadt und im Barrio wollten jedoch anfangs von alledem nichts wissen. Immer noch wird mit verklärtem Blick nach rückwärts von den guten alten Zeiten des *Anglo* geschwärmt. Die Jahre, die seit der endgültigen Schließung vergangen sind, haben die Erinnerung an die Abhängigkeiten, das alltägliche Elend der ArbeiterInnen, speziell der vielen Frauen, die immer in der Fabrik beschäftigt waren, an den harten Kampf der Gewerkschaften, die mehrere Märsche nach dem über 200 Kilometer entfernten Montevideo für bessere Arbeitsbedingungen organisierten, verdrängt. Was bleibt, ist der Mythos.

Die Scheiben der Maschinenhalle sind zersplittert. Der Regen trommelt auf den Blechdächern ein vielstimmiges Konzert. Die Dampfmaschinen und Kompressoren für die Gefrieranlage der Kühlkammern rosten still und vorwurfsvoll vor sich hin. Die beiden Holzkräne aus den 1920er Jahren drehen sich bei den heftigen Frühlingsgewittern, die aus dem kalten Süden in den subtropischen Norden ziehen, laut ächzend im Wind. In den Schlachtsälen, den *salas de matanzas*, sind an den weißgekachelten Wänden hier und dort noch Blutspritzer zu sehen.

Man kann sich das alles vorstellen: die ArbeiterInnen zwischen Tausenden von brüllenden, verstörten Rindern, die von den Gauchos in ihrer martialischen Lederkluft in die Korralen getrieben werden. Wie sie sich durch mehrere Wannen mit Wasser und Desinfizierungsmitteln drängen, mit Prusten und tierischem Lärm. Dann geht es immer höher, Hunderte Hufe trampeln die breiten Holzstege hinauf zum höchsten Punkt der ganzen Fabrik, wo in mehreren Reihen die Schlächter stehen und den Tieren von oben herab mit einem riesigen Totschläger den Schädel spalten.

In den Zeiten der Hochkonjunktur wurden täglich bis zu 2.000 Tiere abgeschlachtet und die Kadaver auf den Weg geschickt, bis sie als Fleischextrakt, Corned Beef oder in Form eines anderen der über 100 Produkte im Hafen auf Schiffe verladen wurden. Alles wurde verwertet, die Haut, das Fleisch, die Knochen, die Hufe, die Hörner, das Blut, restlos alles, es gab keine Abfälle. Heute herrscht eine gespenstische Grabesstille in den riesigen Hallen, nur ab und zu bewegt der Wind einen der Haken, die wie vergessen immer noch an einer Rolle an der Decke baumeln. Die Schritte tönen unnatürlich laut, ansonsten herrscht Stille.

Natur und Umwelt

»Uruguay natural« gegen »Uruguay productivo«

Javier Taks

Wie in den meisten lateinamerikanischen Ländern werden Umweltthemen in Uruguay erst seit den späten 1980er Jahren diskutiert und ernst genommen. Lange galt, dass es im dünn besiedelten, kaum industrialisierten Uruguay keine ernsthaften Umweltprobleme gebe, und die Behörden brüsteten sich mit dem internationalen Umweltranking (*Environment Sustainability Index*), auf dem Uruguay auf Platz 3 rangiert. Diese Sichtweise machte sich auch die erste Mitte-Links-Regierung ab 2005 mit ihrem Slogan *Uruguay Natural* zu eigen. Aber dieses hauptsächlich für den internationalen Tourismusmarkt entwickelte Motto ist nur die eine Seite der Medaille. Denn die Umweltprobleme haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Vor allem durch die Ausbreitung der Anbauflächen für Monokulturen wie Soja, Eukalyptus, Mais und Reis für den Export und das Zurückdrängen der Viehwirtschaft hat sich die Umweltbilanz verschlechtert. Durch den Anstieg der Weltmarktpreise für Getreide und vor allem für Soja ist die Anbaugrenze immer weiter ins Inland verschoben worden. Die Ausweitung der Landwirtschaft und der forstwirtschaftlichen Monokulturen hat direkte Auswirkungen auf die traditionelle extensive Viehwirtschaft. Die Viehzucht findet heute auf deutlich kleineren Flächen statt, Kleinbauern werden zunehmend vertrieben bzw. müssen ihre Familienbetriebe aufgeben, und es kommt zu einem massiven Einsatz von Pflanzenschutz- und Unkrautvernichtungsmitteln. Außerdem werden immer mehr Antibiotika eingesetzt. Die immer intensivere Landwirtschaft geht mit einer zunehmenden Ver-



schmutzung des Wassers mit Schwermetallen, Nitraten, Phosphor und organischem Material einher. Zudem wird der Ackerboden häufig übernutzt, was zu Erosionserscheinungen auf rund 30 Prozent des nationalen Territoriums und auf ca. 80 Prozent der Anbauflächen geführt hat. Ursachen hierfür sind die wenig nachhaltigen Anbaumethoden, die Art der angebauten Kulturen sowie die immer heftiger auftretenden Regenfälle.

Uruguay ist ein wasserreiches Land. Trotzdem ist die Situation im Einzugsgebiet des Río Santa Lucía, aus dem fast die Hälfte der Bevölkerung ihr Trinkwasser bezieht, alarmierend. Durch extreme Trockenperioden in den letzten Jahren ist der Wasserstand deutlich gesunken, zudem hat sich die Qualität des Wassers enorm verschlechtert. Die Situation der Wasserversorgung zeigt, dass trotz der Volksabstimmung im Oktober 2004, bei der das Verbot der Privatisierung des Wassers, eine nachhaltige Bewirtschaftung sowie die Partizipation der Bevölkerung bei der öffentlichen Wasserpolitik in der Verfassung festgeschrieben wurden, keine wesentlichen Fortschritte erzielt wurden.

Die Luftverschmutzung in Uruguay ist bis heute relativ gering. Eine Ausnahme ist das Mikrozentrum von Montevideo. Hier konzentriert sich der Autoverkehr, die Mehrzahl der Fahrzeuge ist nicht auf dem neusten Stand der Umwelt- und Abgastechnik und es gibt keine Kontrolle bzw. Sanktionierung von Umweltvergehen. Ein neues Mobilitätssystem, angeregt durch die Stadtverwaltung von Montevideo, versucht den öffentlichen und privaten Nahverkehr umweltfreundlicher zu gestalten. Das Fahrrad als Verkehrsmittel spielt dabei wie fast überall in Lateinamerika keine wesentliche Rolle. Davon abgesehen ist die Luft am östlichen Ufer des Río de la Plata im Gegensatz zu Buenos Aires vor allem wegen der fehlenden Großindustrie – nur an der Bucht von Montevideo verursacht eine Erdölraffinerie industrielle Luftverschmutzung – relativ sauber.

In Bezug auf alternative Energien ist in den letzten Jahren einiges in Bewegung gekommen. Es wurde erstmalig ein Energieplan vorgelegt, der bis 2015 die Unabhängigkeit vom Erdöl zu erreichen sucht, indem auch andere Energieträger gefördert werden sollen, darunter regenerative Energien wie Windkraft, Solarenergie und Biomassenutzung. Allerdings sind auch Kohle- und Gaskraftwerke als Alternativen zum Petroleum vorgesehen, was von ökologischen Gruppen, aber auch von WissenschaftlerInnen stark kritisiert wird. Auf Kritik stießen auch die Gedankenspiele während der Amtszeit von Tabaré Vázquez, ein Atomkraftwerk zu errichten. Allerdings wurden diese Pläne nicht umgesetzt und vom Präsidenten José Mujica ist nicht zu erwarten, dass er auf Atomenergie setzt.

Was die Ausweisung von Naturschutzgebieten, Reservaten und ökologischen Schutzzonen angeht, ist die Mitte-Links-Regierung ihrem Ziel eines *Uruguay Natural* näher gekommen. Mit Finanzierungshilfen des Fonds für Globale Ökologie der Vereinten Nationen wurden Naturreservate eingerichtet, so z.B. die *Quebrada de los Cuervos* (Provinz Treinta y Tres), die *Esteros de Farrapos* (Provinz Río Negro) und das *Cabo Polonio* (Provinz Rocha). In der Provinz Rocha befindet sich auch das ökologisch intakteste und interessanteste Gebiet. Die küstennahen Feucht- und Sumpfgebiete (*bañados*) wie die *Laguna Negra* und die riesige *Laguna Merín* sind einzigartige Schutzgebiete für Wildvögel und unter Ornithologen in der ganzen Welt bekannt. Aber gerade hier haben sich auch die Anbaugelände, hauptsächlich für Reis, in den letzten beiden Jahrzehnten stark ausgedehnt. Die Sümpfe trocknen in der Folge aus, der Lebensraum vieler Tier- und Pflanzenarten wird zerstört. An den geltenden Gesetzen vorbei werden Tatsachen geschaffen.

Insgesamt hat die Relevanz des Umweltschutzes zugenommen. Im Unterschied zu den vergangenen Jahren gibt es ein Verständnis dafür, dass die Umwelt ernst genommen werden muss und nur so das »natürliche Uruguay« mit dem »produktiven Uruguay« versöhnt werden kann.

Übersetzung: Stefan Thimmel

Eukalyptusplantagen und Zellstofffabriken Uruguay wird zum Papiertiger

Stefan Thimmel

»Bioethanol« aus Zuckerrohr oder -melasse, Biodiesel aus Soja- oder Palmöl, Soja oder Mais als Futtermittel, Rodungen im Primärregenwald für die Fleischproduktion: Der boomende Agrarsektor in Lateinamerika hat auf der einen Seite zu exorbitanten Gewinnen für die transnationalen Konzerne und inländischen Großgrundbesitzer geführt. Auf der anderen Seite werden Kleinbauern durch die Landkonzentration von ihren Anbauflächen vertrieben, gravierende Umweltprobleme wie Wasserknappheit, der großflächige Einsatz von Pestiziden und die Verbreitung von genmodifizierten Anbausorten (in Uruguay sind fast 100 Prozent der Sojaproduktion gentechnisch verändert) gefährden das sozi-

ale und ökologische Gleichgewicht. Bei diesem durch das Agrobusiness betriebenen Strukturwandel spielen die (vornehmlich) europäischen Forstwirtschaftskonzerne und Zellstoffproduzenten, die auch in Uruguay als Direktinvestoren mit offenen Armen empfangen werden, eine immer bedeutendere Rolle. War bislang Brasilien bevorzugtes Zielland der Zelluloseproduzenten, so holt Uruguay stark auf. In den letzten Jahren wurden drei europäische Konzerne ins Land gelockt, insgesamt liegen Anträge für sieben Mega-Fabriken zur Zellstoffproduktion vor. Zuletzt unterzeichnete Anfang September 2008 das portugiesische Unternehmen *Portucel* eine Absichtserklärung mit der uruguayischen Regierung für den Bau der dann größten Zellstofffabrik der Welt mit einer Jahresproduktion von 1,3 Millionen Tonnen.

Verschärfte Umweltgesetze und die Einbeziehung der energieintensiven Industrien in den CO₂-Emissionshandel ab 2012 in der EU einerseits und günstige klimatische Bedingungen in Lateinamerika andererseits sind für die Zellstoffunternehmen ein Anreiz, in den dünn besiedelten Regionen am Río de la Plata ganze Landstriche aufzukaufen. Hier



wachsen die Eukalyptus-Bäume in nur acht Jahren auf 20 Meter Höhe an und können »geerntet« werden. Weiter locken nahezu unerschöpfliche Wasserreservoirs. Die ökonomischen Rahmenbedingungen für die Konzerne sind in Uruguay äußerst investorenfreundlich. Freihandelszonen werden eingerichtet, Subventionen für die Forstwirtschaftsmonokulturen gezahlt und Weltbank und Co. gewähren milliardenschwere Darlehen. Die Folge dieses Booms: Ganze Ökosysteme werden für die Herstellung von Zellulose-Frischfasern zerstört. So ist auch in Uruguay das ökologische Gleichgewicht der umgangssprachlich Pampa genannten Graslandschaften bedroht. Zudem werden immer wieder illegale Rodungen durchgeführt und Auflagen missachtet, da es für die Konzerne billiger ist, die geringen Strafen zu zahlen als auf die Umwelt und die Kulturlandschaften Rücksicht zu nehmen. So holzte im September 2008 der spanische ENCE-Konzern illegal 80 Hektar des *Monte Indígena* ab und zerstörte so ein einzigartiges, sehr artenreiches Ökosystem – laut Firmenvertretern ein Versehen, für den damaligen uruguayischen Landwirtschaftsminister Ernesto Agazzi ein »ökologisches Desaster«.

Die uruguayische Bevölkerung steht in ihrer übergroßen Mehrheit hinter dem Ausbau der Zellstoffindustrie und der Ausweisung weiterer Flächen für vor allem Eukalyptus-Monokulturen. Die wenigen Umweltaktivisten im Land sind isoliert. Die Regierung will weitere Genehmigungen vergeben und nutzt bisher geschickt eine historisch gewachsene, unterschwellige Abneigung der Uruguayer gegen den großen Nachbarn Argentinien und das Versprechen auf Arbeitsplätze, um jeden nennenswerten Protest im Keim zu ersticken. Allerdings wächst der Widerstand. Besonders die Kleinbauern im Land sind von den sich immer weiter ausbreitenden Plantagen in ihrer Existenz bedroht.

Anfang Oktober 2007 gründete sich in Uruguay ein Regionalverband von Umweltgruppen mit Teilnehmern aus Uruguay, Argentinien und Brasilien. »Die Ausbreitung der Monokulturen, der täglich stattfindende Verkauf des Landes an ausländische Konzerne und die Errichtung schmutziger Industrien in unserer Region schaffen irreparable Schäden und nehmen in keiner Weise Rücksicht auf unsere Lebensformen, unsere Würde, auf unsere Verpflichtung, eine gesunde und saubere Umwelt für alle zu erhalten«, so die Abschlusserklärung des Treffens. Die Ökobilanz der Plantagen ist katastrophal. »Die Menschen werden von ihrem Land vertrieben, die Nahrungsmittelproduktion wird verdrängt, es gibt keine Artenvielfalt von Flora und Fauna mehr – andere Pflanzen können in der Nachbarschaft von Eukalyptus nicht überleben und Tiere verlieren ihre Nahrungsquellen – und es werden massiv Chemikalien eingesetzt.

Deshalb sprechen wir von Grünen Wüsten«, so Ricardo Carrere von der Nichtregierungsorganisation *Grupo Guayabira* und Koordinator des WRM (*World Rainforest Movement*). Washington Lockart von der Bewegung der kleinen Viehzüchter aus Mercedes, der Hauptstadt der Provinz Soriano, berichtet, dass seit 1994, als die Plantagen massiv ausgeweitet wurden, schon 6.000 Kleinbauern und Viehzüchter ihre Betriebe aufgeben mussten. Der Wasserverbrauch der Monokulturen ist enorm: Die langen Wurzeln der Eukalyptusbäume saugen pro Tag bis zu 120 Liter aus dem Boden, der Grundwasserspiegel sinkt in nur wenigen Jahren rapide und die Landwirtschaft in den umliegenden Ländereien wird unrentabel. Der durch die Bäume ausgelaugte Boden braucht dringend Nährstoffe und die Monokulturen sind anfällig für Schädlinge. Das macht den massiven Einsatz von Agrochemikalien nötig, darunter auch das Herbizid *Roundup* des Chemieriesen Monsanto, das unspezifisch alle Pflanzenarten abtötet. Traditionelle landwirtschaftliche Exportgüter können hier nicht mehr angebaut werden.

Neben der befürchteten Umweltverschmutzung durch die Zellstoffwerke ist die Ausweitung der Plantagen die größte Sorge der betroffenen Menschen und der Umweltaktivisten in Uruguay, so z.B. von REDES-AT, der uruguayischen Sektion von *Friends of the Earth*. Für den effektiven Betrieb der Fabriken müssen weitere Hunderttausende Hektar Monokulturen angelegt werden. Eine Untersuchung des internationalen Gewerkschaftsdachverbandes REL-UITA stellte Ende 2005 fest, dass in einigen uruguayischen Plantagen halbsklavische Arbeitsbedingungen herrschen und vermehrt Kinderarbeit auftritt. Zudem erhalten die Arbeiter weder eine Einweisung in den Gebrauch der Agrochemikalien noch entsprechende Schutzkleidung.

Der Boom der Monokulturen in Uruguay wurde 1987 unter dem konservativen Präsidenten Julio María Sanguinetti durch ein Gesetz eingeleitet, durch das bis zu 50 Prozent der Investitionssumme von der öffentlichen Hand subventioniert und die Firmen von allen Steuern befreit wurden. Obwohl in Uruguay eigentlich nur die weniger fruchtbaren Böden bepflanzt werden dürfen, fanden sich so viele Schlupflöcher im Gesetz, dass auch fruchtbare Regionen am Río Uruguay bepflanzt wurden. Aktiengesellschaften mit den richtigen politischen Verbindungen schossen buchstäblich aus dem Boden und mit Steuertricks konnte eine Vollfinanzierung durch den Staat erreicht werden. Heute sind in Uruguay knapp zehn Prozent der gesamten Fläche des Landes mit Eukalyptus-, Zedern- und Kiefernmonokulturen bepflanzt, wobei sich der Großteil der Plantagen in ausländischer Hand befindet (allein das US-Unterneh-

men Weyerhäuser besitzt 140.000 Hektar). Ende 2005 strich die neue Mitte-Links-Regierung die direkten Subventionen, tastete allerdings die Steuerbefreiung für die Plantagen nicht an. Das Kyoto-Protokoll tut sein Übriges: Die Monokultur-Waldflächen können als gebundene Tonnen Kohlenstoffdioxid auf dem CO₂-Kredite-Markt verkauft werden und bessern so die Ökobilanz vor allem der europäischen Staaten auf.

Auf die internationale Agenda gerückt ist der Zellstoffboom wegen des seit über vier Jahren andauernden und erbittert geführten Streits zwischen Uruguay und Argentinien um die Errichtung der weltweit größten Zellulosefabrik im uruguayischen Fray Bentos. Im November 2007 ging in der 23.000 EinwohnerInnen zählenden Kleinstadt am Río Uruguay die finnische *Botnia*-Fabrik in Betrieb und produziert seitdem jährlich eine Million Tonnen gebleichten Eukalyptuszellstoff für den Export – auch nach Deutschland. Insgesamt 1,2 Milliarden US-Dollar wurden investiert, die größte ausländische Investition in der Geschichte Uruguays. Dauerhaft wurden nur ca. 150 Arbeitsplätze geschaffen, indirekt knapp tausend. Gleichzeitig wurden in der Viehwirtschaft, im Tourismus und



in der Fischerei Arbeitsplätze vernichtet. In der Forstwirtschaft werden mit 4,4 Menschen pro 1.000 Hektar nur sehr wenige Arbeitskräfte benötigt. Sogar die in Uruguay traditionell dominierende extensive Viehwirtschaft beschäftigt mit 5,8 Arbeitern auf 1.000 Hektar mehr Menschen. Negativ wirkt sich der Betrieb der Fabrik auch auf den Tourismus aus. Nicht nur die übergroße Mehrheit der 80.000 Einwohner der der Fabrik gegenüberliegenden argentinischen Stadt Gualeguaychú, die zu Beginn der Bauarbeiten fast geschlossen gegen das Projekt Sturm liefen, sondern auch eine Minderheit der Uruguayer in der betroffenen Provinz Río Negro befürchtet negative Auswirkungen auf den Tourismus. Seit vier Jahren blockieren argentinische Aktivisten die internationale Brücke der Freundschaft und damit die wichtigste Straßenverbindung zwischen beiden Ländern. Während in der Vergangenheit nationalistische Töne überwogen, hat der neue Präsident Mujica versprochen, das Problem »bei einem Mate« an der Brücke zu lösen.

Kultur und Alltagsleben



Am Anfang war die Bibliothek Eine kleine Geschichte der uruguayischen Literatur

Gaby Küppers



»Sean los orientales tan ilustrados como valientes« (»Mögen die Bewohner des Ostens so aufgeklärt wie tapfer sein«), soll José Artigas einst ausgerufen haben, als er die Gebiete östlich des Uruguay-Flusses in die Unabhängigkeit führte. Der Spruch des in zahllosen Standbildern verewigten Nationalhelden kommt nicht von ungefähr. Denn Bildung und Lektüre als Mittel zur Bildung waren für das Land Uruguay konstitutiv. Bücher sollten die Überlegenheit der nach einem eigenen laizistischen Staat Strebenden symbolisieren. Vor dem Hintergrund dieser Überzeugung schlug am 4. August 1815, vier Jahre nach Ausbruch der Unabhängigkeitskämpfe und 13 Jahre vor der endgültigen Staatsgründung, ein gewisser Dámaso Antonio Larrañaga dem *Cabildo* (Stadtregierung) von Montevideo vor, eine öffentliche Bibliothek zu gründen. Die Grundlage sollten seine eigenen Bücher sein, weitere betuchte KreolInnen trugen ihren Teil zum Anfangsbestand bei. Weniger als ein Jahr später, am 26. Mai 1816, war es so weit. Die erste öffentliche Bibliothek, mit beträchtlichen 5.000 (!) Titeln bestückt, und Kern der späteren Nationalbibliothek, wurde eingeweiht. Seither ist der 26. Mai in Uruguay der Tag des Buches.

Nun wird in dem Land zum Glück bis heute auch an den anderen Tagen des Jahres gelesen. ZeugInnen dessen sind die Scharen von BesucherInnen des Flohmarkts der Tristán-Narvaja-Straße, die dort Sonntag für Sonntag auf zahllosen Büchertischen nach Nachschub stöbern. Neben dem Tag des Buches gibt es diverse Buchmessen. Und zudem geht man seit bald 50 Jahren zur Weihnachtszeit in Montevideos Parque Rodó zu einem Fest der Bücher, umsonst und draußen und mit etlichen Konzerten und anderen Belustigungen garniert. Der Park ist benannt nach José Enrique Rodó (1872–1917), einem eigentlich konservativen Kulturphilosophen, dessen universalistisches Bildungsideal ihn aber auf den lobenswerten Gedanken brachte, dass Bücher ein Menschenrecht darstellen und frei zugänglich sein sollten.

Dies betonen BuchhändlerInnen in Uruguay auch heute noch, und es muss dieser Geist sein, der sie jüngst wieder optimistisch stimmt. Nach dem wirtschaftlichen Einbruch 2001/2002 hat sich der Buchmarkt erholt, hört man. Und spanische Verlagshäuser dominieren noch nicht wie in anderen Ländern den Markt. Jährlich erscheinen in Uruguay 1.200 Titel.

Damit liegt Uruguay im Verhältnis zur EinwohnerInnenzahl mit an der Spitze in Lateinamerika.

Andererseits sind die Auflagenhöhen der Bücher bei drei Millionen UruguayerInnen zwangsläufig niedrig. Mehr als tausend Exemplare eines Werks zu verkaufen gilt schon als Erfolg. Wie überall werden weit mehr Sachbücher als belletristische Titel verlegt. Und wie allenthalben sind Esoterik und Selbsthilferatgeber kaum zu schlagen. So brachte es der *Da Vinci Code* von Dan Brown mit 30.000 verkauften Büchern auch in Uruguay auf Rekordzahlen. Ein noch größerer Erfolg war mit 60.000 Exemplaren allerdings *La locura uruguaya* des Psychologen Gustavo Ekroth beschieden. Das sind allerdings ansonsten unerreichte Hits.

Obwohl – oder weil? – ein Drittel der UruguayerInnen im Ausland lebt, ist die Beschäftigung mit dem eigenen Land und der eigenen Geschichte ein vorrangiges Thema, sowohl beim Sachbuch wie bei der Literatur im engeren Sinne. Nachdem in der ersten Phase nach dem Ende der Diktatur eine Reihe von historischen Romanen (Tomás de Mattos, Mercedes Rein, Napoleón Baccino u.a.) dem Bedürfnis der UruguayerInnen nach Schaffung einer kollektiven Geschichte jenseits des Grauens Rechnung zu tragen schienen, reihten sich nach und nach die Stimmen der in den Kerkern Geknechteten oder aus dem Exil Zurückgekehrten ein. Bis heute nimmt die Aufarbeitung der Diktatur einen zentralen Platz im uruguayischen Literaturbetrieb ein. Die erst 2007 erschienene autobiografische Erinnerung an seine Kerkerjahre *El hombre numerado* von Marcelo Estefanell hielt sich mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Ende der Diktatur wochenlang an der Spitze der nationalen Bestsellerliste. Seit dem Sieg der Frente Amplio sind daneben politische Sachbücher im Aufschwung, allen voran inzwischen mehrere Biografien Pepe Mujicas.

Auch in der Belletristik ist es offenbar im Kern die Auseinandersetzung mit dem eigenen Land, die die uruguayischen AutorInnen umtreibt und bei den heimischen LeserInnen beliebt macht. Nun hat jedes Land seine Heiligen Kühe, die richtiger Heilige Bullen heißen müssten, handelt es sich doch mit verlässlicher Regelmäßigkeit um männliche Vertreter des literarischen Geschäfts. Uruguay ist da keine Ausnahme, man denke nur an das Trio Onetti, Benedetti & Galeano (siehe Porträts). Neben diesem auflagenstarken Dreigestirn existiert eine für ein bevölkerungsarmes Land wie Uruguay erstaunlich große Zahl weniger übersetzter, aber durchaus nicht unbekannter SchriftstellerInnen. Frauen dürfen hier ohne weiteres mitgenannt werden. Einer Frau gebührt gar womöglich das Verdienst, den ersten Roman Uruguays verfasst zu haben. Zwar behauptet die herrschende Literaturkritik, *Caramurú* aus der Fe-

der des uruguayischen Staatsbürgers Alejandro Magariños Cervantes sei der erste uruguayische Roman. Doch »uruguayisch« ist bestenfalls der Autor und mit Abstrichen das Thema. Denn Magariños Cervantes, ein großer Reisender, lebte damals in Spanien. Laut eigenen Angaben hat er das Werk um 1850 in Málaga herausgebracht. Ein entsprechender Beweis in Buchform ist nicht erhalten. In manchen uruguayischen Literaturgeschichten wird eine derart krause Inhaltsangabe von *Caramurú* kolportiert, in der es von Ungereimtheiten und romantischen Halbgeschwister-Verstrickungen nur so wimmelt, dass man getrost nach spannenderen Ursprüngen der Nationalliteratur suchen sollte.

Warum also nicht Marcelina Almeida? Anders als *Caramurú* erhalten und in der Nationalbibliothek Uruguays einsehbar ist ihr Roman *Por una fortuna una cruz* aus dem Jahre 1860. Die Autorin nimmt darin die Verpflichtung der Frauen zur Ehe aufs Korn. Solch präfeministische Literatur entstand in jener Zeit in Lateinamerika allenthalben und bezeugte das Aufkommen einer gebildeten Schicht in den jungen Nationalstaaten, deren Frauen das nationale Selbstverständnis mitbestimmen wollten und sich dabei die Ausweitung von Frauenrechten mit dem Mittel der Literatur zum Ziel setzten. Davon handelt auch die laut Erscheinungsdatum 1857 drei Jahre zuvor entstandene Geschichte *La caja de la costura* (Das Nähkästchen) von einer nicht weiter bekannten Eloisa B. Darin geht es um die Schwierigkeit, Lektüre, also Bildung, und Hausarbeit miteinander zu vereinbaren. Im selben Jahr 1857 machte in Montevideo übrigens ein *Club Socialista* von sich reden, dessen Mitglieder, ausschließlich Frauen, das Versammlungslokal nur verschleiert betraten. Man ahnt, warum. Den Damen sei die Lektüre schlechter Romane wohl zu Kopfe gestiegen, höhnte denn auch die Zeitschrift *La Semana*.

Auch in einem laizistischen Staat wie Uruguay waren die Ausgangsbedingungen für das Wortergreifen von Frauen also prekär, dennoch aber vergleichsweise besser als in Ländern ohne Trennung von Kirche und Staat. So waren Frauen nicht von vorneherein aus Schicklichkeitsgründen gezwungen, lediglich für das besagte Nähkästchen zu schreiben. Im Gegenteil kamen Autorinnen in der uruguayischen Literatur nicht nur ausnahmsweise vor, sondern haben immer wieder wichtige Akzente gesetzt. Delmira Agustini (1886–1914), Juana de Ibarbourou (1895–1979), Idea Vilariño (1920–2009; siehe Porträt) und Ida Vitale (geb. 1924) waren auf je verschiedene Weise tabu- und bahnbrechende Dichterinnen, die Sinnlichkeit und Begehren in unerhörte Formen zu bringen wussten. Die Prosaautorin Armonía Somers (1914–1994) hat neben Felisberto Hernández (1902–1964) das Phantastische in die uruguayische Literatur

eingeführt, von dem noch viel bei der seit ihrer Flucht ins Exil im Jahre 1972 in Barcelona lebenden Cristina Peri Rossi (geb. 1941), einer der heute bekanntesten und innovativsten VertreterInnen der uruguayischen Literatur, nachklingt.

Phantastische Literatur ist jedoch nur eine unter vielen Spielarten der reichen uruguayischen Literatur. So verbindet Ana Solari (geb. 1957) in dem mit Comicbildern illustrierten Roman *Zack* Elemente der Phantasy-Literatur, der Science Fiction und des sogenannten *realismo sucio* (benannt nach dem *dirty realism* in den USA) zu einem eigenartig beklemmenden Ganzen. Der 1993 erschienene Erstlingsroman der Schriftstellerin und Sängerin beschreibt ein unschwer als Uruguay in der Diktatur zu identifizierendes Land, in dem sich der Protagonist Zack zwischen unerklärlichen Explosionen, verschwindenden Menschen und zusammenbrechenden Bauten bewegt, auf der Suche nach einem mehr und mehr entschwindenden Sinn.

Die Mehrzahl der seit dem Ende der Diktatur erschienenen Romane geht andere Wege. Die für Science Fiction konstitutive Erfindung anderer Außenwelten scheint, mit Ausnahme von Natalia Mardero (geb. 1976; *Posmonauta*, 2000; *Guía para un universo*, 2004) nicht die Sache uruguayischer AutorInnen zu sein.

Die Diktatur hatte den existierenden Literaturbetrieb verwüstet. Etliche AutorInnen landeten im Gefängnis, sofern sie nicht rechtzeitig das Land verlassen konnten. Ein Fetzen Papier und ein Bleistiftstummel wurden im Kerker für viele zum Überlebensmittel. Unter den denkbar ungünstigsten Bedingungen entstand die Literatur des sogenannten *In-silio* (im Gegensatz zum *Exilio*) – mehr als 50 Gefangene haben späteren Forschungsergebnissen zufolge während der Militärdiktatur in den beiden Hochsicherheitsgefängnissen Punta Carretas und La Libertad sowie dem Frauengefängnis Punta de Rieles im weiteren Sinne Literatur verfasst, darunter bereits bekannte Schriftsteller wie Mauricio Rosencof (geb. 1933), aber auch solche, deren Hauptwerk erst später liegt, wie Carlos Liscano (geb. 1949). Dessen im schwedischen Exil verfassten *El camino a Itaca* (1994) halten manche für den besten Roman der letzten Jahre. Im Jahr 2000 überdachte er in *La ciudad de todos los vientos* seine Rückkehr nach Montevideo und die Bedingungen dortigen Schreibens, um sich im folgenden Jahr noch einmal zurückzuwenden zur Diktatur und in *El furgón de los locos* vom Moment der Befreiung aus in die Zelle zurückzukehren und das restlose Zurückgeworfensein des jungen Gefangenen auf sich selbst zu reflektieren. Neben diesen Literaten im eigentlichen Sinn brachte der Knast aber auch Schreiber wie Marcelo Estefanell hervor, der

nie vorhatte, Autor zu werden und am Ende unverhofft den Bestseller des Jahres lancierte. Wenn Rosencof recht hat, wurde in den Jahren der Diktatur mehr Literatur hinter Gefängnismauern verfasst als draußen.

Die Gefängniszelle, die zwischen 1973 und 1984 aus beinahe jeder uruguayischen Familie jemand kennenlernen musste, ist seither aus der uruguayischen Literatur nicht mehr wegzudenken. Die freiwillige oder unfreiwillige Beschränkung auf den kleinstmöglichen Raum, sei es als Resultat einer Freiheitsberaubung oder als Zufluchts- und Schutzraum, aus dem es ein Entkommen nur mit dem Mittel der Imagination gibt, ist ein unzählige Male wiederkehrendes Motiv und so etwas wie die uruguayische Kernerzählung geworden. Kaum ein Werk steht dafür sinnbildlicher als *La Margarita* von Mauricio Rosencof, das Phantasiewerk, dem im wörtlichen Sinn die Flucht gelang. Die Liebesgedichte aus *La Margarita*, heimlich auf Zigarettenpapier notiert, konnten im Saum von Schmutzwäsche aus dem Kerker geschmuggelt und veröffentlicht werden. 1994 wurden sie von dem bekannten Liedermacher Jaime Roos vertont und zum Verkaufsschlager.

Der aus einer polnisch-jüdischen Migrantenfamilie stammende Dramatiker Mauricio Rosencof wurde 1972 als Kader der Tupamaros verhaftet und verbrachte 13 Jahre im Gefängnis, davon elf Jahre als Staatsgeisel in Isolationshaft, ständig mit der Drohung lebend, zusammen mit acht weiteren einsitzenden Tupamaro-Führern erschossen zu werden. Von der Zeit der Einzelhaft zeugt *Wie Efeu an der Mauer* (1990), das er zusammen mit Eleuterio Fernández Huidobro, *El Nato*, verfasst hat, der zeitweise in einer angrenzenden Zelle saß und mit dem er sich über ein selbst erfundenes Klopfalphabet verständigte. Mauricio Rosencof konnte das Gefängnis 1985 lebend verlassen. Der Knast hingegen verließ ihn nicht, weder thematisch noch räumlich. Seine Wohnung lag eine Zeit lang gegenüber dem ehemaligen Gefängnis Punta Carretas, das in einem seltsamen Anfall von Geschichtsvergessenheit in ein Shopping Center verwandelt wurde.

Vieles von der Gefängnisliteratur, wie Rosencofs Roman *El Dios verde* (Der grüne Gott), ging verloren, in diesem Falle vermutlich von Wachsoldaten vernichtet. Rosencofs Theaterstücke wie *Die Schlacht im Stall* (1988) oder seine Romane wie *Der Bataraz* (1992, dt. 1995) und *Der Gesandte des Feuers* (2004; dt. 2007) sind Ergebnis der schier unbändigen Phantasie eines Geschundenen, den die Schergen nicht zu brechen vermochten, eines Menschen, der es schaffte, der Enge des Knastes mithilfe der Phantasie zu entfliehen, und genau dies wieder und wieder beschreibt. Im Zentrum seiner Literatur stehen Kreaturen am Rande des Wahnsinns, der oft rea-

listischer wirkt als die grausame Realität. Der *Bataraz* etwa, ein gesprenkelter Hahn, ist ein realer oder auch nur eingebildeter Zellengenosse des Ich-Erzählers, an dem dieser sich auf für die LeserInnen ästhetisch wie psychologisch faszinierende Weise abarbeitet, auf der Suche nach Sinn zwischen den vier schier erdrückenden Wänden, mit einem unvergleichlichen Sinn für Humor, der wohl überlebensnotwendig ist, wenn man elf Jahre Einzelhaft seelisch unbeschädigt überleben will. In *Der Gesandte des Feuers* taucht fast 20 Jahre nach dem Ende der Diktatur wieder die Zelle auf. Diesmal ist es die einer psychiatrischen Anstalt, in der sich ein Irrer mit wirklichen und erfundenen Gestalten unterhält und dabei über den Umweg des scheinbar Verrückten Wahrheiten zum Ausdruck verhilft und vor allem die menschliche Würde thematisiert.

Die Beklemmung des Knasts, das Bewahren der Würde und die Flucht mithilfe der Phantasie sind Schlüsselbegriffe auch für die Romane von Mario Delgado Aparain (geb. 1949). Mehrere seiner Romane spielen in Mosquitos, einem imaginären Provinznest. Delgado Aparain beschreibt die Militärdiktatur nicht aus der Sicht der »HeldInnen«, der politischen Gefangenen, sondern aus der Sicht derer, die am Rande leben, wie der schwarze Johnny Sosa in *Die Ballade des Johnny Sosa* (1987, dt. 1996). Johnny verweigert sich den Anmaßungen der Diktatur mehr aus Würde denn aus politischer Einsicht und hat die Folgen zu tragen. Dort wo die *Ballade* endet, beginnt *Februarmond* (1998, dt. 2001). Die Militärs haben einen Freund des Protagonisten Gregorio Esnal verschleppt, eines absonderlichen Bücherwurms, der daraufhin sein Zimmer verriegelt und verrammelt, um erst nach Monaten die selbstgewählte Einzelzelle zu verlassen. Um seine allseits angefeindete Nichte zu retten, verfällt er auf eine ebenso großartige wie wahnwitzige Idee: Er erfindet die Geschichte des Ortes und der Nichte neu. Gregorios phantasievolle und in Zeiten der Diktatur äußerst hintersinnige Flunkerei entlarvt zudem die heimlichen Sehnsüchte der Ehefrauen der Militärs und Kollaborateure nach einer anderen Art von Helden. Die angebliche Tradition öffnet der Nichte eine Zukunft, doch verbiegt sich der Onkel nicht so weit, selbst zum Kollaborateur zu werden, und bezahlt dafür.

Das reale Eingeschlossensein wie dessen Widerhall im Gesellschaftskörper ist ein schier unerschöpfliches Motiv in der uruguayischen Literatur, selbst in einer AutorInnen-Generation, die die Diktatur bestenfalls als Kind erlebt hat. Pablo Casacuberta (geb. 1969) beschreibt in *El mar* (2000), anders als der Titel suggeriert, nicht die Weite im herkömmlichen Sinn. Im Gegenteil findet sich der Protagonist, ein junger Mann, in einem unermesslichen Tunnel ohne erkennbare Mauern wieder, in den

ein Zug vom Meeresstrand aus einfährt. Nachdem der Zug gebremst hat und die Zugführer augenscheinlich gekidnappt worden sind, tapen die Passagiere buchstäblich im Dunkeln. Auf sich zurückgeworfen, gleichsam in einer existentiellen Grundsituation, müssen sie ihre Rettung organisieren. Individuelle Fluchten, die Übernahme von Verantwortung, Herdenbildung und Rebellion, Verzweiflung und Gefahr und die Annahme des Schicksals sind die Stationen der Entwicklung. *El mar* ist eine ebenso andeutungsreiche wie beklemmende und sparsame Parabel von einer der jüngeren Stimmen Uruguays. Pablo Casacuberta veröffentlicht seine Texte im Übrigen auch gerne im Internet. Zusammen mit Claudia Amengual (ebenfalls geb. 1969) wurde er auf dem Buchfestival von Bogotá 2007 zu den 39 besten lateinamerikanischen Autoren unter 39 Jahren gezählt. Auch Claudia Amengual thematisiert Enge und Ausbruch. In dem Roman *Desde las cenizas* (2005) animiert eine fehlgeleitete E-Mail die Hauptfigur Diana, eine für sie bald existentiell wichtig werdende Korrespondenz aufzubauen und dem Gefängnis des Hausfrauendaseins zu entfliehen. Erst durch die virtuelle Beziehung lernt sie, zwischen Gewohnheit und Notwendigkeit zu unterscheiden und existenzielle Krisen in ihrer Umgebung zu erkennen und anzugehen.

Die Passantin (2003), für die Andrea Blanqué (geb. 1959) 2006 den deutschen LiBeraturpreis für Autorinnen aus Asien, Afrika und Lateinamerika erhielt, beschreibt eine andere Form des Eingeschlossenseins, nämlich die des Wortes in der Intimität eines Tagebuchs, das in falsche Hände gerät. Die Tagebuchschreiberin braucht die Aufzeichnungen wie eine Krücke, um zu sich selbst zu finden, und stürzt beinahe, als sie ihr zu früh weggenommen wird – eine überzeugende Reflexion über weibliches Schreiben und Emanzipation.

Ein weiterer »typisch weiblicher«, allerdings prosaischerer Ort ist der Dreh- und Angelpunkt des Romans *La limpieza es una mentira provisoria* (1997; Das Reinemachen ist eine provisorische Lüge) von Marisa Silva Schultze (geb. 1956). Die allabendliche monotone und einsame Tätigkeit des Geschirrabwaschens liefert der Protagonistin den Vorwand, über ihre Welt nachzudenken, aber auch in der Routine die Lösung zu finden, um mit ihrer Angst vor der Welt, die mit plötzlichen Momenten von Courage abwechselt, fertig zu werden. Dass Frauen Wissenschaft von ihrem eigenen Ort, und sei es der Küche, aus zu entwickeln vermögen und dabei zu anderen, der Realität oft angemesseneren Erkenntnissen kommen als Männer, bewies schon im 17. Jahrhundert die mexikanische Nonne Sor Juana Inés de la Cruz. Marisa Silva Schultzes Roman erscheint wie eine Hommage an die – freilich unerwähnte – Präfeministin. Die Autorin,

Historikerin und Geschichtslehrerin, sieht sich als Vertreterin der Generation des *Desexilio*, dem sie in dem Roman *Apenas diez* (2006) nachspürt. Ihr Schreiben wurde vom Ende des Exils und dem Versuch der Reintegration geprägt. In einem Interview beklagte sie, wie wenig die jüngere Geschichte im Schulunterricht behandelt würde. Das erneute Aufgreifen der Thematik steht sicher auch mit der Infragestellung der Straflosigkeit der Verbrechen der Militärdiktatur seit dem Eintritt der Frente Amplio in die Regierung im Zusammenhang. *La Limpieza* nimmt einen typisch weiblichen Aufenthaltsort, die Küche, um Innen- und Außenwelten auszuloten, ein auch stilistisch gelungener Monolog, der augenzwinkernd die Vorstellung von weiblicher »Küchenphilosophie« demontiert.

Während die meisten der genannten Romane sich ausdrücklich in Montevideo verorten und insofern schon geografisch spezifisch uruguayische Werke darstellen, führt Henry Trujillo (geb. 1965) in *Tres buitres* (2007; *Drei Geier*) seine Leserschaft aus der Stadt hinaus bis nach Bolivien. Dorthin schmuggelt er einen Lieferwagen, um sich einen Traum zu erfüllen, den ein Drittel der EinwohnerInnen Uruguays in den letzten 100 Jahren teilt: ins Ausland zu gehen. Doch auch er sitzt am Ende vor dem Mikrofon eines Journalisten in der Altstadt von Montevideo, um ein haarsträubendes Roadmovie zu erzählen. Allerdings bereut er nicht, dass die geplante Auswanderung nicht geklappt hat.

Einer, dem in den 1970er Jahren die Auswanderung gelang, ist Daniel Chavarría (geb. 1933). Über Brasilien, Madrid, Hamburg und weitere Stationen erreichte er auf abenteuerlichen Wegen Kuba, wo er heute noch lebt. Die Weltläufigkeit seiner Literatur ist insofern nicht nur seiner überbordenden Phantasie zu verdanken, sondern ist in den realen Erfahrungen eines Mannes verankert, der sich im Urwald durchgeschlagen und ein Flugzeug entführt hat, um nach Kuba zu gelangen. Den Autor, eigentlich Lehrer für Griechisch und Lateinisch, verbindet in Stoffauswahl, verschlungenem Erzählstil, Sinn für Krimi und Suspense und unverhohlenen politischem Ansatz viel mit dem mexikanischen Autor Paco Ignacio Taibo II. Kuba und die Karibik rücken in seinen Büchern zunehmend in den Vordergrund, sodass es schwer ist, das Gesamtwerk Daniel Chavarrías einer Nationalliteratur zuzuordnen.

Über den Kuba-Uruguayer Daniel Chavarría und den Mexikaner Paco Ignacio Taibo II hinaus hat die Gattung des Kriminalromans in den vergangenen Jahren eine ganze Schar neuer VertreterInnen in Lateinamerika gefunden. Ein spannender kollektiver Versuch in Uruguay war 1993 *La muerte hace buena letra*, bei dem ähnlich wie bei dem später abwechselnd von Paco Ignacio Taibo II und Subcomandante Marcos ge-

schriebenen *Unbequeme Tote* (2005), jeder der zwölf beteiligten Autoren, darunter Mario Benedetti, Hugo Burel, Omar Prego und Sylvia Lago, eine Folge schrieb, auf deren Basis der oder die Nächste den Fortgang der Geschichte aufbauen musste. Wenn auch Krimis weiterhin nicht zur literarischen Hauptströmung gehören, zählen doch einige Krimiautoren wie Juan Grompone, eigentlich Ingenieur, zu den bekanntesten zeitgenössischen AutorInnen des Landes. Themen der unmittelbaren Gegenwart greift der Krimischriftsteller César Murillo auf. In *Morir en Punta del Diablo* geht es um den mysteriösen Tod eines ehemaligen Folterers. In der Krimihandlung tauchen auch reale Figuren wie die Tupamara Yessie Macchi auf. Und einen wird man bestimmt nicht vergessen: Carlos Rehermann (geb. 1961), der in *El robo del cero Wharton* (1995) den Raub eines Bildes aus einem Museum Montevideos voraussagte. Literatur wusste schon immer mehr von der Wirklichkeit, als so mancher dachte.

Idea Vilariño:

»Dichtung ist eine Aufgabe, die das Leben verzehrt«

Erich Hackl

Von all den großen, kühnen, unbeugsamen Dichterinnen, die Lateinamerika hervorgebracht hat, ist sie die bedeutendste und, trotz ihrer selbstgewählten Abgeschlossenheit und der Rigorosität ihres Schaffens, auch die populärste: Idea Vilariño, die 1920 in Montevideo geboren wurde, als zweitälteste Tochter eines, wie sie schreibt, verliebten und in seine Kinder vernarrten Paares: »Er ein Dichter und Anarchist; sie eine gebildete und unersättliche Leserin – Eigenschaften, die fünf intelligente, künstlerisch talentierte Kinder erben werden: Alma, Idea, Azul, Poema, Numen.« Schon als Fünfjährige hatte Idea Gedichte verfasst, bei denen es ihr weniger auf den Inhalt, vielmehr auf Rhythmus und Metrik ankam. Aber bereits die ersten »erwachsenen« Gedichte, die sie mit siebzehn schrieb, verraten ihre Fähigkeit, Zweifel und Leidenschaft miteinander zu verschmelzen, und die Ernsthaftigkeit, mit der sie sich mitzuteilen vermag. Dichtung sei kein Spiel, sondern »eine Aufgabe, die das Leben verzehrt«. Sie unterrichtete Literatur, redigierte die Zeitschrift *Número*, Organ der sogenannten Generation von 1945, die das intellektuelle Leben



Uruguays nachhaltig geprägt hat, und schrieb für die Wochenzeitung *Marcha*, die bis zu ihrem Verbot durch das Militärregime, 1974, das wichtigste Forum für lateinamerikanische Intellektuelle war, stellte die Mitarbeit aber für lange Zeit ein, nachdem sich der Herausgeber Carlos Quijano geweigert hatte, ihr Gedicht *El amor* wegen dieser für unsittlich gehaltenen Verse abzdrukken: »Heute ist die einzige Spur ein Taschentuch / das jemand vergessen verwahrt / ein Taschentuch mit Blut Sperma Tränen / das gelb geworden ist.«

Obwohl sie als Parteigängerin der Tupamaros gefährdet war, weigerte sich Idea, das Land während der Diktatur zu verlassen. Schon zuvor hatte sie Liedtexte geschrieben, die den Aufbruch der radikalen Linken mit Zuversicht begleiten. Interpretiert

von Alfredo Zitarrosa, Daniel Viglietti, Pepe Guerra und dem Duo Los Olimareños, sind sie rasch zu Volksliedern geworden. Nur wenige wissen, daß *Los orientales*, die Hymne des rebellischen Uruguay, von Idea stammt, und wer es weiß, staunt über die Kunst dieser einsamen und um Einsamkeit ringenden Frau, Sehnsucht und Entschlossenheit vieler Menschen glaubhaft auszudrücken. Idea hat, von wissenschaftlichen Studien und literarischen Übersetzungen abgesehen, zeitlebens wenig veröffentlicht. Im Grunde sind es nur vier Gedichtsammlungen, die – erstmals zwischen 1955 und 1980 erschienen – ihren Ruhm begründet haben: *Noc turnos*; *Poemas de amor*; *Pobre mundo*; *No*. Immer wieder aufgelegt und von der Autorin verknappert, korrigiert und neu gereiht, zirkulieren sie auch als Raubdrucke. Dazu kommen einzelne Gedichte auf Lesezeichen, Schlüsselanhängern und Plakaten, in Filmspulen und als erstaunlich dauerhafte Graffiti an Hauswänden. Idea Vilariño ist der seltene Fall einer Dichterin, die von immer neuen Generationen entdeckt und erkannt wird, trotz der Stille, die um sie ist.

Wie kommt es, hat die Kritikerin Carina Blixen einmal gefragt, dass ihre Gedichte einen so sehr berühren und ergreifen, wo sie doch der-

art skeptisch, asketisch, spröde sind. Aber die Verwunderung über den scheinbar schroffen Gegensatz von Reduktion und Emotion trägt die Antwort auch schon in sich: Es ist die Intensität dieser Gedichte, die sie einzigartig und unentbehrlich macht, dank der Konzentration auf das gerade noch Sagbare, des Verzichts auf Ausschmückung wie Anekdote, des Misstrauens gegenüber der Metapher, des sparsamen Umgangs mit Adjektiven, der Überzeugung, dass jedes Gedicht nur einen Gedanken verträgt, und nicht zuletzt dank der Bereitschaft ihrer Verfasserin, die großen Themen, um die es ihr geht – Liebe, Verlassenheit, Tod – ehrlich und illusionslos anzugehen, aufrichtig sich selbst gegenüber, zugleich »voll Feuer/ lebendig/ von einem Leben, das danach giert/ jede Grenze zu überschreiten/ zärtlich/ bis zur Erschöpfung innig«.

Lange Zeit hat Idea Vilariño in einer Wohnung im Stadtteil Malvín verbracht, inmitten von Büchern, Katzen und Arzneien, ist spät aufgestanden, hat die Nächte durchwacht, Verse auf ein Blatt geschrieben, sie verworfen, neu geschrieben. Zuletzt lebte sie, bettlägrig und müde geworden, in einem Pflegeheim im Prado. Am 28. April 2009 ist sie in ihrer Heimatstadt Montevideo gestorben.

Ein zweisprachiger Gedichtband (*An Liebe*), übersetzt von Peter Schulze-Kraft, Erich Hackl und Dorothee Engels, erschien 2005 in der Bibliothek Suhrkamp.

Juan Carlos Onetti: Anti-Caudillo der Literatur

Valentin Schönherr

Juan Carlos Onetti (geb. 1909 in Montevideo, gest. 1994 in Madrid) ist der Unbekannteste unter den Großen der lateinamerikanischen Literatur. Eine Generation vor den Autoren des »Boom« geboren, wurde er von diesen in den höchsten Tönen gepriesen. Carlos Fuentes sah in ihm »das Fundament der lateinamerikanischen Moderne«, Julio Cortázar attestierte ihm, »der größte Schriftsteller Lateinamerikas« zu sein. Aber noch im Jahre 1964, als viele seiner bedeutenden Romane längst erschienen waren, schickte eine Buchhandlung Onetti hundert Exemplare seines Erstlingswerks *Der Schacht* (1939) zurück, weil das Buch unverkäuflich sei. Erst nachdem ihm 1980 mit dem Cervantes-Preis die bedeutendste li-

terarische Auszeichnung der spanischsprachigen Welt verliehen worden war, konnte Onetti von finanziellen Sorgen befreit leben und schreiben.

Gänzlich unerklärlich ist diese Lücke zwischen Wertschätzung und Verwertung nicht. Denn um Popularität hatte sich Juan Carlos Onetti nie bemüht. Nicht im Literaturbetrieb, in dem er sich rar machte – als ihm 1962 der uruguayische Nationalpreis verliehen wurde, verzichtete er auf die Dankesrede mit den Worten: »Ich rede nicht, ich schreibe.« Und auch beim Schreiben selbst ist Onetti kein Verführer. Wo er politisch wird, ist er nicht appellativ. Wenn er melancholisch ist, fehlt das Romantische. Erfindet er eine andere Welt, dann geschehen dort keine wunderbaren Dinge, sondern die notorische Begrenztheit des Menschen tritt nur umso deutlicher zutage.

Die andere Welt, die Onetti erfand, ist die Stadt Santa María – ein fiktiver Ort an der uruguayischen Küste, an dem gleich mehrere seiner Romane spielen, angefangen mit *Das kurze Leben* (1950). In diesem Roman imaginiert sich Juan María Brausen, ein Drehbuchautor mit Schreibblockade, in eine Fantasiewelt hinein. Er erschafft nicht nur den Ort mitsamt

Personal, sondern spielt selbst – unter dem »falschen« Namen Arce – mit. Dass eine andere Figur im Kosmos Santa Marías, der Arzt Díaz Grey, als Onettis Alter Ego gelten kann und es darüber hinaus noch wechselnde Ich-Erzähler gibt, gibt beim Lesen das eine oder andere Rätsel auf, welches man mit dem Bleistift in der Hand entschlüsseln muss – so man denn will. Aber Onettis Schreiben erschöpft sich nicht im Spurenlegen. Die Multiperspektivität ist vielmehr der Schlüssel dazu, das Erzählen als eine Befreiung zu erkennen.

Beispielhaft zeigt das der farbigste seiner spröden Romane, *Leichensammler* (1964). Hier verschlägt es den abgehalfterten Bordellbetreiber Larsen nach Santa María. Der konservative Stadtrat gestattet ihm nach unzähligen Anträgen, einen Puff mit den wenigen, gealterten Prostituierten zu eröffnen. Aber das Laisser-faire ist nur von kurzer Dauer, denn der Pfarrer mobilisiert die moralinsauren Schichten der Gesellschaft. Nach hundert Tagen muss Larsen, endgültig geschlagen, wieder abziehen.

Hier setzt sich zwar der Obskurantismus gegen die Liberalität durch. Aber die Liberalität selbst ist fragwürdig – fragwürdig wie alles Geschehen in diesem wie auch Onettis anderen Romanen. Fragwürdig, weil oft zusammenhanglos. Weil ohne klare Pointe (ein junger Mann dringt mit einer Pistole in das Bordell ein und übergibt Larsen nach kurzem Wortwechsel die Waffe, statt ihn, wie man erwartet hätte, zu erschießen) und ohne einheitliche erzählerische Perspektive. Fragwürdig, würde der Skeptiker Onetti sagen, wie alles, was passiert und für sich genommen keinen Sinn ergibt. Erst der Roman, die Erfindung schafft einen Sinn – »einen zugegebenermaßen unerklärlichen, an dem ich aber nur zweifeln könnte, wenn ich gleichzeitig an meiner eigenen Existenz zweifelte«, wie es im *Leichensammler* einmal heißt.

Onetti führt uns durch das widerspruchreiche Kreisen im Provinzuniversum Santa María vor, wie erfunden unsere Welt ist – erfunden gerade nicht im harmlosen Sinne, sondern im enthüllenden. Er zerstört die Illusion der eigenen Gewissheiten und demontiert die wohlklingenden Sinnstiftungen der anderen als bloße Behauptungen. Damit wird Onetti zum Anti-Caudillo der Literatur schlechthin. Seine Schriften wirken wie ein Gegengift, wenn der Eigensinn in Gefahr ist.

Die Werke von Juan Carlos Onetti erscheinen in einer von Jürgen Dormagen und Gerhard Poppenberg vorzüglich edierten Gesamtausgabe im Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.



**»Der Pessimist ist ein gut informierter Optimist«
Der uruguayische Lyriker, Romancier und Erzähler
Mario Benedetti**

Karl-Ludolf Hübener

»Vielleicht ist es das Geheimnis Benedettis, dass es um ihn keine Geheimnisse gibt«, schrieb ein Kritiker. Er sei immer dieselbe Person geblieben, kohärent im Schreiben wie im Denken, ein »ebenso bescheidener wie großzügiger Mensch«, wie ihn nicht nur seine Freunde rühmen. Mario Benedetti, Lyriker, Erzähler und Romancier, ist der meist gelesene Autor Uruguays und weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt. Er hat fast 80 Bücher veröffentlicht, seine Gedichte, Erzählungen, Romane und Theaterstücke wurden in über zwanzig Sprachen übersetzt. Seine Romane wurden verfilmt, viele Gedichte von prominenten Sängern vertont.

Der 1920 im Landesinneren geborene Schriftsteller, der auch in der Deutschen Schule in Montevideo die Schulbank gedrückt hat, versuchte

sich schon als Schüler an Kurzgeschichten. Später schickte er seine literarischen Gehversuche an die legendäre Wochenzeitung *Marcha*, deren Mitarbeiter er werden sollte. *Marcha* publizierte einige Kurzgeschichten Benedettis, die später in den Erzählungenband *Montevideanos* aufgenommen wurden – ein Buch, mit dem er sich einen Namen machte. Es spiegelt Geist und Atmosphäre der uruguayischen Hauptstadt wider.

Doch sein Geld verdiente Benedetti zunächst nicht mit Prosa und Poesie. Mit vierzehn Jahren saß er hinter der Kasse in einem Ersatzteillager, bevor er als Schreiberkraft und Buchhalter seine Pesos verdiente. Die Zeit in Büros und Amtsstuben – die »bürokratische Wirklichkeit war bedrückend« – schlug sich

später in Gedichten und Erzählungen (*Der Haushaltsplan*) nieder: Mittelmaß, Frust, Konventionen, Konformismus, Feigheit und Korruption, das Milieu des Büroangestellten – verpackt in Gesprächsfetzen, erstarrte und sinnentleerte Sprache, aber auch voller brillanter Wortspiele und Szenen voller Komik. Uruguay sei »das einzige Büro der Welt, das den Rang einer Republik« erreicht habe, schrieb Benedetti damals.

Auch später hat ihn die Bürowelt nicht ganz losgelassen. So in *Gnadenfrist*, seinem erfolgreichsten Roman, der über 100 Auflagen erreichte und auch verfilmt wurde. Es ist das intime Tagebuch eines verbitterten Beamten, der sich kurz vor der Pensionierung fast widerwillig in eine 25 Jahre jüngere Frau verliebt: »In einem Hotel in der Calle Rivera ... sagte mir einmal eine Frau den herrlichen Satz: »Du machst beim Lieben ein Gesicht wie ein Büroangestellter.««

Nichts hat Mario Benedetti so politisiert wie die kubanische Revolution, ein einschneidendes Ereignis, wie für viele seiner Schriftstellerkollegen. Später engagierte er sich in der Bewegung 26. März, die politisch den Tupamaros nahe stand und Mitglied der linken Parteienkoalition Frente Amplio war, bis 1973 die Militärs putschten: »Das Ländchen hatte sich in eine wichtige Nation verwandelt, mit Folter und allem«, kommentierte sarkastisch Benedetti. Wie viele andere Uruguayer flüchtete auch Benedetti ins Exil. Es dauerte von 1973 bis 1983 (Stationen: Buenos Aires, Lima, Havanna, Palma de Mallorca und Madrid).

In *Frühling im Schatten* spiegeln sich Folter, Verfolgung und Exil wider, aus verschiedenen Perspektiven und auf verschiedenen Sprachebenen. Vor allem das Schicksal der spurlos Verschwundenen, der *desaparecidos*, wühlt noch heute viele Uruguayer auf: »Sie befinden sich irgendwo/ geordnet/ ungeordnet/ taub/ sie suchen sich/ sie suchen uns ...« Im Exil hat Benedetti »Sieben Plagen« ausgemacht: Pessimismus, Defätismus, Frustration, Gleichgültigkeit, Skeptizismus, Mutlosigkeit und Nichtanpassung. Er machte jedoch nicht nur negative Erfahrungen: »Das Exil ließ mich reifen. Es hat meinen kulturellen Horizont erweitert.«

Sein Wahlspruch war: »Wir Intellektuellen können die Welt nicht verändern, aber wir müssen weiterhin unsere Wahrheit verbreiten.« Das hat er in seinen journalistischen Arbeiten, in Essays und Kommentaren versucht umzusetzen, mit unterschiedlichen Akzenten. 1985 erschien der Band *Literatur und Revolution* mit kompromisslosen Aussagen wie: »Ohne Revolution bleibt Kultur immer Privileg, auf einer Ebene, zu der die Gesellschaft als Ganzes keinen Zutritt hat.« Später ging Mario Benedetti verhaltener mit dem Wort Revolution um: »Weniger soziale und politische Poesie, ich bin existenzieller geworden.«



Das hinderte ihn nicht, weiterhin eindeutig Stellung gegen US-Imperialismus und neoliberale Weltordnung zu nehmen. Er wehrte sich gegen die Kommerzialisierung Che Guevaras (»Sie haben ihn in ein Konsumgut verwandelt / in inhaltslose Erinnerung / in ein Gestern ohne Rückkehr / in einbalsamierte Wut«), bewunderte den verstorbenen Tupamaro-Anführer Raúl Sendic und ließ Fidel Castro und die kubanische Revolution nie fallen. Er verstand sich zeit seines Lebens als Sozialist. Darin wusste er sich einig mit seinem Freund Daniel Viglietti, dem über Uruguay hinaus bekannten, politisch engagierten Sänger und Komponisten. Ihre Wege kreuzten sich im Exil in Mexiko. Dort gaben sie 1978 erstmals eines ihrer Lesekonzerte für »Zwei Stimmen«. Musik und Wort, voller Anklagen, sensibler Erzählungen, aber auch mit humorvollen Einwüfen. Ein Dauererfolg bis zu seinem Tod – auch unter jüngeren Menschen, was Benedetti freute: »Eine Generation ohne Utopien wird immer unbeweglich sein.«

Beweglich blieb Benedetti bis ins achte Lebensjahrzehnt. Unentwegt publizierte er Gedichtbände. In seiner Poesie ringen gegensätzliche Kräfte: Melancholie und Zweifel, aber auch Hoffnung und Kraft. Oder wie Benedetti es einmal ausdrückte: Der Pessimist ist ein gut informierter Optimist!

Mario Benedetti ist am 17. Mai 2009 in Montevideo gestorben.

Eduardo Galeano: Erinnerungen an Geschichten »von unten«

Karl-Ludolf Hübener

Juli 2008: Eduardo Galeano wird erster Ehrenbürger des Mercosur, des Gemeinsamen Marktes Südamerikas. Glückwunschtelegramme lateinamerikanischer Präsidenten – von Brasiliens Lula über Chiles Bachelet bis hin zu Venezuelas Chávez – treffen ein. Nur einer hüllt sich in Schweigen: Tabaré Vázquez, Uruguays Präsident. Er hat dem Erfolgsautoren nicht verziehen, dass dieser die Regierung der linken Frente Amplio vor einer Entwicklung »ganz nach kolonialem Vorbild« gewarnt hatte: vor der Förderung von Eukalyptus-Plantagen, gigantischen Zellulosefabriken und anderen Monokulturen. Der Autor der *Offenen Adern*

Lateinamerikas hatte nicht zufällig vor Entscheidungen gewarnt, »die in fünfzehn oder zwanzig Minuten getroffen werden, deren Konsequenzen jedoch Jahrhunderte währen«.

Jahrhunderte verhängnisvoller Entwicklungen hatte Galeano schon in den *Offenen Adern*, 1971 erschienen, beschrieben. Das Buch ist nach wie vor ein Dauerbrenner, ein Bestseller, der in viele Sprachen übersetzt wurde. Und eine der besten Einführungen in die Geschichte Lateinamerikas – eine Historie der Ausplünderung, der Abhängigkeit, aber auch des Widerstands der »Eroberten«. Gegengeschichte zur offiziellen Geschichte. Gehalten in einer einfachen, knappen und verständlichen Sprache und nicht in einer »Art Geheimsprache« (Galeano), wie sie manche Soziologen, Politologen und Wirtschaftswissenschaftler pflegen.

Seit seinem fünfzehnten Lebensjahr ist der 1940 geborene Autor journalistisch tätig. Von 1961 bis 1964 war er Redaktionschef der angesehenen Wochenzeitung *Marcha*, danach Chefredakteur von *Epoca*. Ab 1965 leitete er die Publikationsabteilung der Universität von Montevideo. Der Terror der Militärdiktatur trieb Galeano 1973 ins Exil. Zunächst nach Buenos Aires, wo er die Zeitschrift *Crisis* leitete. Als auch dort die uni-



formierten Schergen Menschen mit Folter und Mord zu verfolgen begannen, flüchtete er nach Spanien. Von 1976 bis 1985 lebte er in der Nähe Barcelonas.

Im spanischen Exil schrieb er die dreibändige *Erinnerung an das Feuer*. Die renommierte *Le Monde* reihte die Trilogie unter die zehn lateinamerikanischen Bücher, die man unbedingt gelesen haben müsse, wenn man den Kontinent verstehen wolle. Es handelt sich um ein chronologisch geordnetes Mosaik aus unzähligen Mythen, Alltagsgeschichten, Episoden, politischen Informationen, historischen Skizzen und Zeugnissen – um Lateinamerika besser kennenzulernen, auch in seinen kleinen Begebenheiten, unbekannten, aber aufschlussreichen Details und Menschen, die keine hohen Posten bekleiden. Geschichte und Geschichten »von unten«. Technik und Methode, die Galeano auch in späteren Werken (u. a. *Das Buch der Umarmungen*; *Wandelnde Worte*; *Der Ball ist rund und Tore lauern überall*; *Die Füße nach oben*; *Espejos*) anwendet. Alles auf streng historischer Basis, aber vom Autor neu gestaltet. Eine Art dokumentarischer Poesie, wie er es nennt, gleichzeitig politisches Sachbuch. Ein Grenzfall der politischen Literatur.

»Amerika kennt sich selber nicht«, meint Eduardo Galeano. Erinnern ist deshalb für Galeano ein Schlüsselwort: »Ohne Erinnerung wird Lateinamerika seine Identität, seine Eigenständigkeit, seinen eigenen Weg nicht finden.« Er erinnert an die »uralten Stimmen, die uns sagen, dass wir Kinder dieser Erde sind«, Kinder der Pachamama, der Mutter Erde. Die Mutter könne »weder verkauft noch verpachtet« werden. Die Ureinwohner Amerikas sind Protagonisten in mehreren Werken Galeanos, der mit Evo Morales, dem ersten indianischen Präsidenten Boliviens, befreundet ist: »Während in Mexiko-Stadt tote Vögel vom Himmel fallen, anderswo Flüsse zu Kloaken, Meere zu Müllhalden und Urwälder zu Wüsten verkommen, beschwören diese hartnäckigen Stimmen eine andere Welt, nicht diese Welt, die Wasser, Boden, Luft und Seele vergiftet.«

Es ist eine Absage an die neoliberale Brutalität gegen Menschen und Natur und an lateinamerikanische Eliten und Politiker – auch wenn sie sich das Etikett »links« umhängen –, die glauben in den Zentren der Macht die Lösung aller Probleme zu finden und »im Kopieren viel fähiger als im Schöpferischen« sind. Eduardo Galeano, unabhängiger und von der Dependenztheorie geprägter Sozialist, stemmt sich gegen den »unsichtbaren Kolonialismus«, der uns einredet, »dass Unterwürfigkeit dein Schicksal sei und Ohnmacht deine Natur«. Eine andere Welt sei möglich! Aber er warnt vor der Illusion, man könne mit Büchern die Welt verändern.

Theater: Angriff der neuen Generation

Gabriel Peveroni

Als Geburtsstunde des uruguayischen Theaters gilt der *Circo Criollo*, ein Wanderzirkus, der ab Ende des 18. Jahrhunderts von Dorf zu Dorf zog und in volkstümlichen Spektakeln die Lebensgeschichten der regionalen Volkshelden Juan Moreira und Martín Fierro erzählte. Die *Casa de Comedias* war der erste Theatersaal in Montevideo, in dem ab 1800 vor allem spanische Klassiker aufgeführt wurden. Nach der Unabhängigkeit Uruguays und den Bürgerkriegswirren kam es dann zum Bau des ersten »richtigen« Theaters in Uruguay: 1856 wurde das *Teatro Solís* eingeweiht, das zu dem Zeitpunkt das imposanteste Theater der Region war und bis heute zu den wichtigsten Aufführungsstätten des Landes zählt. Seit den 1940er Jahren ist es zudem Sitz der staatlichen *Comedia Nacional*, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Werke uruguayischer AutorInnen aufzuführen.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts eroberten die ersten Theaterstücke aus uruguayischer Feder die Bühnen des Landes: Florencio Sánchez (1875–1910) und Ernesto Herrera (1889–1917), die als Journalisten zu schreiben begonnen hatten, begeisterten das Theaterpublikum mit ihren sozialkritischen Stücken. Doch bis in die 1930er Jahre dominierten argentinische Ensembles die uruguayischen Bühnen. 1937 wurde das *Teatro del Pueblo* gegründet, das als Ausgangspunkt der unabhängigen Theaterszene gilt, die in den 1950er und 1960er Jahren ihre beste Zeit hatte. Neue Aufführungsorte und Theatergruppen entstanden: *El Galpón*, *Teatro Circular*, *Taller de Teatro* u.a. An den Spielorten der unabhängigen Theaterszene erlebten auch die Stücke uruguayischer Autoren viel gefeierte Aufführungen, so z.B. von Juan Carlos Legido, Carlos Maggi oder Mauricio Rosencof, der auch nach der Militärdiktatur wieder für die Bühne schreibt und einer der wichtigsten Theaterautoren des Landes ist.

Mit der Machtübernahme der Militärs 1973 gingen für die unabhängigen Gruppen die Lichter aus, so musste z.B. das *Galpón*-Ensemble nach Mexiko ins Exil gehen. Andere Gruppen blieben wie *El Circular* im Land und machten unter extrem schwierigen Bedingungen weiter.

Nach dem Abdanken der Militärs startete die uruguayische Theaterszene einen Neuanfang. Die Theaterkritikerin Georgina Torello stellt fest: »Seit dem Ende der Diktatur zeichnete sich eine neue Ästhetik ab, zwei herausragende Beispiele dafür sind die Straßentheaterstücke des *Teatro*

del Carro (1985) sowie die Aufführung von *Macbeth* unter der Regie von Álvaro Ahunchain (1986). In diesen Aufführungen zeigt sich die Notwendigkeit, aus dem konventionellen Theatersaal und seinen verschlüsselten Botschaften, wie sie während der Diktatur gezwungenermaßen üblich waren, auszubrechen und neue Räume und Formen zu erkunden.«

In den letzten zehn Jahren hat sich die Theater-Landkarte Montevideos deutlich verändert. Eine neue Generation von AutorInnen, SchauspielerInnen und DramatikerInnen setzt sich in erfrischender Weise vom Theater der 1960er Jahre, aber auch vom Theater des Übergangs zur Demokratie und der Postdiktaturjahre ab – sowohl in thematischer als auch in ästhetischer Hinsicht. Die Theatersaison 2000 gipfelte in Montevideo in einem symbolträchtigen Ereignis: Die vier RegisseurInnen, die für den renommierten Theater-Preis *Florencio* vorgeschlagen wurden, waren alle um die 35 Jahre alt: Mario Ferreira, Alberto Rivero, Mariana Percovich und Roberto Suárez. In ihrem Schaffen spiegeln sich die neuen Paradigmen wider, die für das neue uruguayische Theater charakteristisch sind: der Aufstieg neuer SpielleiterInnen am Rande dessen, was bis



dahin als unabhängiges Theater galt; unkonventionelle Spielorte sowie das Bedürfnis nach neuen Autoren, deren Stücke auf die Bühne gebracht werden, darunter Heiner Müller und Bernard Marie Koltés, aber auch Rafael Spregelburd.

»Unsere Generation hat ihre Werke geschaffen, ohne irgendjemanden um Erlaubnis zu bitten, und hat sich schließlich etablieren können«, betonte Percovich in einem Interview mit der Zeitschrift *Posdata* im Dezember 2000. »Mit dem Ereignis, das uns vier hier zusammenbringt, kommt eine Etappe – das Theater der 1980er und 1990er Jahre – zum Abschluss.« Das Bewusstsein eines Generationenwechsels hatte sich bei den jährlich stattfindenden Treffen des *Jungen Theaters*, die von der Stadtverwaltung organisiert werden, bereits angekündigt. Die Finanzkrise des Jahres 2002 erschütterte das politische Gefüge der 1990er Jahre grundlegend und ließ das Gefühl aufkommen, dass das Land, wie es früher einmal gewesen war, unwiederbringlich den Bach heruntergegangen war. Neben den politischen Folgen, die sich im Wahlsieg der Frente Amplio 2004 artikulierten, hatte dies auch Folgen im Bereich der Künste.

Die Premiere von *Mi Muñequita* im Oktober 2004 im altherwürdigen *Teatro Circular* stellte einen Wendepunkt in der modernen Theaterszene dar: Der zu diesem Zeitpunkt 21-jährige Gabriel Calderón hatte in dieser schwarzen Komödie über ein Mädchen, das innerhalb einer scheinbar behüteten, aber gewalttätigen Familie aufwächst, mit beißendem Humor die Doppelbödigkeit der gesellschaftlichen Normalität aufgezeigt. *Mi Muñequita* wurde trotz aller Anfeindungen, die das Stück als banal, oberflächlich und grotesk abtaten, zum Publikumserfolg.

Calderón hatte gezeigt, dass es möglich war, einen eigenständigen Weg zu gehen und zugleich erfolgreich zu sein. In einem Land, das zuvor in tiefste Depression gestürzt war, entwickelte eine neue Generation von Kulturschaffenden Ansätze der Selbstverwaltung sowie einen selbstbewussten Umgang mit dem Staat und bevormundenden Institutionen. Zum aktuellen Zustand der uruguayischen Theaterlandschaft meint Georgina Torello: »Heutzutage entsteht wirklich Innovatives nicht mehr in den Institutionen wie z.B. dem *El Galpón* oder *El Circular*, die unter der Tyrannei des Theater-Abonnements stehen. Wirklich interessante Aufführungen können heute in einem Fremdspracheninstitut, einer ehemaligen Apotheke oder einem Shopping-Center zu sehen sein.« So begannen Gruppen wie *Los Polacos* und *Deteneos* – Letztere führten 2003 unter der Regie von María Dódera *El hueco* auf, ein Hiphop-Musical, in dem städtische Jugendgangs thematisiert werden – ihre Stücke außerhalb der für die Jugend vorgesehenen Räume aufzuführen.

In den letzten Jahren ragen AutorInnen und RegisseurInnen wie Fiorella Rabuffetti (*La redención*), Sofía Etcheverry (*Quitamanchas*) und Alejandro Gayvoronsky (*Santa familia, Bu*) hervor. Alle bearbeiten mit schwarzem Humor das Thema der zutiefst gestörten Familie. Calderón selbst ist zwischen 2003 und 2009 als Dramatiker, Produzent und Regisseur unermüdlich kreativ geblieben. Er hat sich als eine der wichtigsten Figuren im Bühnenbereich fest etabliert. Als Schauspielerin ist Verónica Perrotta hervorzuheben, die in Mariana Percovichs Stücken brillierte und die Hauptdarstellerin des Films *La Espera* von Aldo Garay ist. In dem 2006 uraufgeführten Stück *Quemadura china*, einer Liebesgeschichte zwischen zwei siamesischen Zwillingen, die getrennt wurden, zeigt sie ihr ganzes Können als eine der markantesten SchauspielerInnen der Gegenwart.

Und was ist aus den RegisseurInnen der 1990er Jahre geworden? Viele von ihnen haben sich – manchmal etwas glücklos – in den wichtigsten Institutionen des Landes versucht. Mariana Percovich war bis 2007 an der Spitze der *Escuela Municipal de Arte Dramática*, der städtischen Theaterschule, tätig. Danach arbeitete sie u.a. mit Alberto Rivero und Gabriel Calderón für das Ministerium für Erziehung und Kultur, das mit Hilfe des Projekts *¡En escena!* die Bühnenkünste voranbringen will. Außerdem kehrte sie zur Bühne zurück: Die Aufführung des Klassikers *Bodas de Sangre* von Federico García Lorca im Teatro Solís im Jahr 2008 war emblematisch für die Zeit: Die minimalistische Inszenierung mit ihren leichten Kitsch-Elementen irritierte das konservative Publikum und provozierte heftige Diskussionen zwischen den Generationen.

Alberto Rivero hat in den letzten Jahren seine Tätigkeit als Regisseur verlagert und eine Karriere an der Spitze verschiedener Karnevalsensembles in Montevideo gemacht. Außerdem geht er nach wie vor seiner Berufung als Schauspiellehrer nach. Mario Ferreira ist zurzeit Direktor der Comedia Nacional und gehört zum festen Team der Kompanie seit 2004. Seine beste Regiearbeit legte er jedoch außerhalb der staatlichen Kompanie vor: Das Stück *Frozen* ist von Teilen der Kritik als beste Theateraufführung der letzten Jahre gefeiert worden. Roberto Suárez, der jüngste der vier KandidatInnen für den Theaterpreis Florencio im Jahr 2000, hat in den letzten Jahren einige Stücke inszeniert, von denen *El hombre inventado* mit dem Ensemble der Comedia Nacional das beste war. Im Moment arbeitet er an seinem Debüt als Filmregisseur, was ihn ein wenig von den Theaterbühnen entfernt hat.

Zwei der Personen, die nach der Krise 2002 am meisten gegläntzt haben, gehören gleichfalls der Generation der 1990er Jahre an: María Dode-

ra und Marianella Morena. Doderá hat weiterhin nach ungewöhnlichen Aufführungsorten gesucht und hochkarätige Aufführungen geschaffen, so z.B. *El ejecutor* (2001), *Groenlandia* (2005 im 26. Stock des Telekommunikations-Hochhauses aufgeführt) oder *Berlin* (2007 im Goethe-Institut aufgeführt). Marianella Morena ist Autorin und Regisseurin von *Los últimos Sánchez*, dem wohl experimentellsten Stück der letzten Jahre, das 2006 im Ausstellungssaal des städtischen *Museo Subte* uraufgeführt wurde. Das Stück verschreibt sich vollständig einer post-dramatischen Ästhetik und untersucht ausgehend von einem fast bizarren Vätermord die Identitätsreste eines Landes, das untergegangen ist und praktisch aufgehört hat zu existieren.

Zu den wichtigsten Theateraufführungen nach der Krise zählt auch *Gatomaquia* unter der Regie von Héctor Manuel Vidal, vielleicht der einzige der »Veteranen«, der mit der neuen Generation auf einer Wellenlänge liegt. Vidal nahm den alten Text von Lope de Vega und überraschte das Publikum mit seiner Inszenierung und seinem Ensemble mit dem jungen Schauspieler Leandro Núñez an der Spitze.

Während die Generation der 1990er Jahre vor allem bedeutende RegisseurInnen hervorgebracht hat, so hat in den letzten Jahren die Stunde der DramatikerInnen geschlagen: Neben dem Schreibtalent, das Gabriel Calderón und Marianella Morena mit ihren Stücken gezeigt haben, ist Sergio Blanco zu erwähnen, der zwar in Paris lebt, aber mit Stücken wie *Calibre 45* und *Kiev* großartige Werke geschaffen hat, die in der Comedia Nacional aufgeführt wurden.

Inhaltlich hat sich der Blickwinkel der neuen Theatergruppen – ähnlich wie im neuen Kino – von den Debatten und Reflexionen über die Militärdiktatur der 1970er Jahre gelöst. Gabriel Calderón vermerkt es als positiv, dass die heutigen Theatersujets vielseitiger als vor 20 oder 30 Jahren sind: »Heutzutage ist das Theater freier als früher. Im Theater der Diktaturjahre musste über bestimmte Dinge gesprochen werden, das war nicht nur eine soziale, sondern auch eine ethische und spirituelle Verpflichtung. Als dann die Diktatur vorbei war, verschwand der Feind bzw. war nicht mehr so sichtbar. Jetzt sind die Themen viel diffuser, der Horizont hat sich erweitert und die Möglichkeiten haben sich vervielfacht. Heute sind wir nicht mehr dazu verdammt, über ein Thema zu reden. Es gibt nicht mehr die moralischen Verpflichtungen, was Theater sein oder nicht sein soll.«

Übersetzung und Bearbeitung: Britt Weyde

Der Tango ist der Sohn der Milonga ...

Stefan Thimmel

Ist der Tango nun eine argentinische oder eine uruguayische Erfindung? War Carlos Gardel, der berühmteste Interpret des Genres, ein Uruguayer oder ein Argentinier? Oder doch ein Franzose? Fragen, die bis heute fast alle ArgentinierInnen und UruguayerInnen nicht kalt lassen. Allerdings wird darüber eher mit einem Augenzwinkern gestritten – im Gegensatz zur erbitterten Rivalität im Fußball. Doch zweierlei ist unbestritten: Der erste Tango wurde 1886 in Montevideo komponiert und *La Cumparsita*, das bekannteste Tango-Stück überhaupt, wurde 1917 von Gerardo Matos Rodríguez, einem Architekturstudenten, in der uruguayischen Hauptstadt geschrieben und an der Plaza Independencia in einem Schuppen, dort wo heute der Palacio Salvo steht, uraufgeführt.

Trotz der Dominanz und der großen Festivals von Buenos Aires gilt Montevideo also als die Geburtsstadt des Tangos. Das hat auch Jorge Luis Borges, der Übersetzer der argentinischen Literatur des letzten Jahrhunderts, eingestanden: Seine *Milonga para los orientales* von 1965 spricht davon, dass der Tango in den Straßen der Altstadt von Montevideo geboren sei. Sklaven aus Afrika, viele davon über Brasilien nach Uruguay gekommen, vermischten vor gut 150 Jahren ihre traditionelle Musik mit neuen Rhythmen und Tönen, es entstand der Candombe, eine Art Tanzperformance, und später die Milonga, ein gesungenes Duell. Der in Uruguay innig geliebte Sänger und Komponist Alfredo Zitarrosa (1936–1989) hat in einem seiner Liedtexte festgestellt: »Der Tango ist der Sohn der Milonga und die Milonga ist die Tochter des Candombe.« Ab ca. 1880 wurde zu dieser neuen Musik in Buenos Aires und Montevideo auch getanzt. Erst um 1910 fügten deutsche Einwanderer das Bandoneon (eine Weiterentwicklung des Akkordeons durch Heinrich Band), später das typische Instrument des Tangos, zu den bis dahin bestimmenden Instrumenten Flöte, Violine und Gitarre hinzu.

Auf dem Umweg über Europa – vor allem in Paris erlebten der neue Tanz und das neue Lebensgefühl in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts einen Boom – kam der Tango an den Río de la Plata zurück. Und ist von diesem Zeitpunkt an mit dem Namen Carlos Gardel verknüpft. Der legendäre Tangosänger, der 1935 mit nur 45 Jahren bei einem Flugzeugabsturz im kolumbianischen Medellín ums Leben kam, brachte den Tango auf die internationalen Bühnen, wurde der erste Tan-

go-Weltstar und stand auch in ersten Tango-Filmen vor der Kamera. Geboren wurde der Sänger, der mit Titeln wie *Mi noche triste*, *El día que me quieras* oder *Mi Buenos Aires querido* weltberühmt wurde, wahrscheinlich 1890 im französischen Toulouse. Seine eigenen Angaben zu seinem Geburtsort sind widersprüchlich. Einerseits bestätigte Gardel in seinem Testament, in Toulouse geboren zu sein, andererseits behauptete er immer wieder, im uruguayischen Tacuarembó auf die Welt gekommen zu sein. Und obwohl die uruguayische Regierung schon 1936, ein Jahr nach seinem Tod, Frankreich offiziell als sein Geburtsland anerkannte, sind die meisten UruguayerInnen immer noch davon überzeugt, dass der König des Tango ein Landsmann ist. Für viele ArgentinierInnen ist und bleibt er hingegen ein Porteño – ein Einwohner von Buenos Aires.

Tango in Uruguay ist Tango in Montevideo. Und der ist in der uruguayischen Hauptstadt im Vergleich zum pulsierenden, weltläufigen und von Tanz-Touristen bevölkerten Buenos Aires eher unspektakulär, Tango-Shows gibt es nur wenige. Nur während der Hochsaison von Dezember bis März, wenn die Touristen von den riesigen Kreuzfahrtschif-



fen für wenige Stunden zu Tausenden die Altstadt von Montevideo bevölkern, machen die einheimischen Tango-Profis ein kleines Geschäft. In den letzten Jahren besinnt sich aber auch Uruguay wieder mehr auf dieses kulturelle Erbe. Seit 1987 findet das Tangofestival *Joventango* statt, das weniger von internationalen Touristen als mehr von jungen, tango-begeisterten UruguayerInnen besucht und gestaltet wird. Während die schummrigen und anrühigen Tangokneipen rund um den Hafen von Montevideo verschwunden sind, hat die 1895 gegründete *Baar Fun Fun*, am Rande der Altstadt von Montevideo gelegen, überlebt und ist heute ihre eigene Legende. Hier traten und treten sie alle auf, Junge und Alte, die berühmten und weniger berühmten SängerInnen, die Maestros am Bandoneon. Ebenfalls erhalten haben sich die Radiosender, die rund um die Uhr Programme mit alten und knarrenden Aufnahmen aus den Frühzeiten des Tangos senden. Aber nicht nur die Vergangenheit des Tangos ist in Montevideo lebendig. In den letzten zehn Jahren hat sich eine junge, dynamische Tango-Szene entwickelt. Vor allem Frauen bestimmen diese Generation, Malena Muryala und Maia Castro sind zwei ihrer bekanntesten Vertreterinnen.

Geklärt ist heute auch, wem bzw. wozu der Tango eigentlich gehört: nämlich zum kulturellen Erbe der Menschheit. Am 31. September 2009 nahm die UNESCO den Tango in ihre Liste des »immateriellen Kulturerbes der Menschheit« auf, symbolträchtig von Argentinien und Uruguay gemeinsam beantragt. Am gleichen Tag wurde auch der Candombe in die Liste aufgenommen. Der allerdings gehört Uruguay allein.

Musik für das globale Dorf

Britt Weyde

Uruguay klingt. Und es klingt nach, bei denjenigen, die das Land bereist haben. Aber auch bei vielen, die nie dort waren. Das kleine Land hat eine unglaubliche Vielfalt an großartiger Musik hervorgebracht, an InterpretInnen, die in Lateinamerika – manche auch weltweit – bekannt geworden sind, Innovationen angestoßen haben und mit ihren Texten und Melodien die Herzen der Menschen berühren.

Bei einem Streifzug durch die letzten 50 Jahre der uruguayischen Populärmusik wird man den Eindruck nicht los, dass hier eine große

musikalische Familie am Werk ist; immer wieder tauchen bestimmte Namen auf, Referenzen werden erwiesen. Das Gute daran sind die kreativen Synergieeffekte. Es zeigt aber auch, dass viele UruguayerInnen im Grunde ihres Herzens recht konservativ sind und gerne am einmal Liebgewonnenen festhalten. So verwundert es nicht, dass das legendäre *Canto-popular*-Duo Los Olimareños im Mai 2009 zwei Wiedervereinigungskonzerte – nach der Trennung vor 19 Jahren – im randvollen *Estadio Centenario* gab.

Viele uruguayische MusikerInnen wissen, wie sie aus den reichhaltigen musikalischen Quellen der Vergangenheit schöpfen und in Verbindung mit Entwicklungen von außen Neues schaffen können, das gleichzeitig lokal und global klingt.

Verschiedene Folklore-Stile vom Land bilden zusammen mit den für Montevideo und den Karneval so typischen Genres Candombe und Murga die Grundlage für die Musik, die in den 1960er Jahren als *canto popular* bekannt und beliebt wurde. Neben Daniel Viglietti gilt Alfredo Zitarrosa als eine der ganz großen Stimmen des lateinamerikanischen *canto popular*. Der Journalist, Poet, Moderator, Theaterschauspieler und bekennende Linke trat 1964 – mit 28 Jahren – zum ersten Mal als Sänger auf. Wie kaum ein anderer verstand er es, die Klänge, Rhythmen und Themen des ländlichen Uruguay in seine Musik aufzunehmen. Charakteristisch für Zitarrosas Musik sind seine »männliche« dunkle Stimme und sein druckvolles Gitarrenspiel. Unter der Militärherrschaft wurde seine Musik verboten, von 1976 bis 1984 lebte er im Exil. Bei seiner Rückkehr nach Montevideo erwartete ihn eine große Menschenmenge am Flughafen von Carrasco – »die wichtigste Erfahrung in meinem Leben«, wie der Sänger später schrieb. Zwischen 1965 und 1988 nahm er knapp 40 Platten auf. 1989 starb er überraschend – mit erst 52 Jahren.

»Wenn ich zu Hause aufstehe, mache ich mir einen Mate und höre *canto popular*«, bekennt Emiliano Branciaci, Sänger der zurzeit populären Rockband *No Te Va Gustar*. Solcherlei Ehrerbietungen finden sich in Interviews mit uruguayischen MusikerInnen jeglicher Stilrichtungen. Die wichtigsten Namen, die dann fallen, sind Los Olimareños (bzw. die nach der Trennung 1990 solo musizierenden Braulio López und Pepe Guerra), José Carbajal, Aníbal Sampayo, das Duo Los Zucarás (das nach dem Tod von Humberto Piñeiro zu El Zucarás wurde), Héctor Numa Moraes, Jorge Lazaroff (vom zu Diktaturzeiten entstandenen Musikerkollektiv *Los que iban cantando*) oder Larbanois & Carrero.

Nicht nur die uruguayische Variante des Singer-Songwriting, der *canto popu*, wie ihn jüngere Semester flapsig bezeichnen, hat seinen

festen Platz beim uruguayischen Publikum und beschwört das große Wir-Gefühl. Parallel zum Siegestaumel nach dem Wahlsieg der Frente Amplio gab es 2004/2005 einen Boom der uruguayischen Rockmusik. Ähnlich wie in der Politik macht sich mittlerweile jedoch Ernüchterung breit. »Die uruguayische Rockmusik wächst und wächst – aber wir machen immer noch einen *rock criollo*, eine einheimische Rockmusik mit dem Rücken zur Welt«, beklagt Kulturjournalist und Autor Gabriel Peveroni. »Schön und gut, dass wir uns untereinander kennen, aber dieser Selbstbezug ärgert mich. Wenn du hier in einem Plattenladen bei ›Rock Latino‹ guckst, findest du fast nur uruguayische Rockmusik«, sagt der Mitherausgeber des Buches *Rock que me hiciste mal*.

Doch zurück zu den 60er Jahren, als neben der Begeisterung für den *canto popular* die große weite Welt mit der Musik der Beatles, der Rolling Stones u.a. an den Río de la Plata kam und junge MusikerInnen inspirierte. *Los Shakers* konnten mit ihren Auftritten im Badeort Punta del Este während der uruguayischen Sommersaison 1964/65 nicht nur ihr Publikum, sondern auch die anwesenden argentinischen Musikagenten mitreißen. Die Folge: ein drei Jahre währender Konzertmarathon durch die Tanzlokalitäten ganz Argentiniens. Aus dieser Zeit stammt auch der Begriff der »uruguayischen Invasion Argentiniens«. An dieser musikalischen Landnahme beteiligten sich neben weiteren uruguayischen Combos auch *Los Mockers*. Die beiden bekanntesten uruguayischen Rockgruppen der 60er Jahre bedienten interessanterweise auch den durch Beatles und Rolling Stones begründeten Dualismus in der damaligen Rockmusik: Während *Los Shakers* den Beatles musikalisch nacheiferten, kreierten *Los Mockers* einen Sound, der dem der Stones verblüffend ähnlich war. Doch beide Bands waren weit davon entfernt, nur nachzuahmen; bei *Los Shakers* kam es sogar zu einer Einbindung von Tango- und Candombe-Elementen in ihre Rockmusik.

Der wahre Meister der musikalischen Fusion war jedoch jemand anderes. Die Rede ist von Eduardo Mateo, einem der einflussreichsten Musiker Uruguays. Er entwickelte einen sehr persönlichen Gesangsstil und erkundete unentdeckte musikalische Welten: Er hatte keine Skrupel, die unterschiedlichsten Stile zusammenzubringen – Jazz, Rock, Candombe, Milonga, die brasilianische Bossa Nova sowie arabische, indische, afrikanische, karibische Einsprengsel – und das Ende der 60er Jahre, 20 Jahre vor dem Entstehen der sogenannten World Music!

Zusammen mit Rubén Rada und sechs weiteren Musikern gründete er 1967 *El Kinto*, »historisch gesehen die beste Musikgruppe Uruguays«, laut Musikjournalist Peveroni. In multimedialen Konzerthappenings

mit dem Titel *Musicasiones* stellten sie dem Publikum ihr neues Genre vor, das einen immensen Einfluss auf nachfolgende Generationen ausüben sollte: den *Candombe-Beat*. Mit *El Kinto* wurde auch die spanische Sprache in der uruguayischen Rockmusik hoffähig. Nach Auflösung der Gruppe startete Mateo 1970 seine Solo-Laufbahn. Drogenkonsum und Gerüchte über seine angebliche Verrücktheit waren seiner Karriere nicht förderlich, sodass er trotz seiner Genialität immer wieder unter prekären Bedingungen leben musste. Zudem machte er es seinem Publikum mit seinem experimentierfreudigen Künstlernaturell nicht gerade leicht: Hatte sich die breite Masse gerade an seinen Sound gewöhnt, hatte er schon einen neuen Stil parat, der noch seltsamer als der vorherige war. Mateo starb 1990 mit erst 49 Jahren in absoluter Armut.

Zwei ehemalige Mitglieder der legendären Combo *El Kinto*, Rubén Rada und Chichito Cabral, beteiligten sich Ende 1970 an der nächsten wegweisenden Gruppe: *Tótem* – sechs erfahrene Musiker, die mit Lust, Wut und Liebe Musik machten. Sie führten das Genre Candombe-Beat weiter und brachten es mit energiesprühenden Shows unter die Leute. Ende 1971 füllte *Tótem* jeden Konzertsaal, in dem die Gruppe auftrat. Bandmitglied Eduardo Useta streicht heraus, das Besondere an *Tótem* sei eine gewisse *negritud* in der Rhythmusstruktur der Stücke, die sich der Bezugnahme auf afrouuguayische Musikstile verdanke. »El Negro« Rubén Rada war es auch, der mit seinen Entertainer-Qualitäten und kompositorischen Geniestreichen sowie seiner vielschichtigen Stimme für die Beliebtheit von *Tótem* sorgte.

Bereits zu Diktaturzeiten entstand in den USA die Gruppe *Opa*, bei der neben Rubén Rada auch Hugo Fattoruso mit von der Partie war – ein Multiinstrumentalist, Sänger und Komponist, der zuvor schon Bandmitglied des brasilianischen Sängers Milton Nascimento gewesen war und zusammen mit seinem Bruder Osvaldo *Los Shakers* gegründet hatte. Sowohl Rubén Rada als auch Hugo Fattoruso sind bis heute anerkannte und beliebte Musiker in Uruguay.

Die Machtübernahme durch die Militärs im Jahr 1973 bedeutete einen schweren Schlag für alle Kulturschaffenden in Uruguay. Vor allem die politischen VertreterInnen des *canto popular* sahen sich mit Zensur und Repression konfrontiert. Die uruguayische Rock'n-Roll- und Beat-Welle flachte jäh ab. Nach jedem Rockkonzert gab es Polizeirazzien, »sie nahmen alle Leute mit, die sie zu packen bekamen. Du musstest eine ganze Nacht lang auf der Polizeiwache verbringen und sie schnitten dir unter Schlägen die langen Haare ab«, erinnert sich der Sänger Jaime Roos. Nun musste praktisch wieder bei Null angefangen werden, weil die meisten

einflussreichen MusikerInnen verboten, verhaftet oder im Exil waren. Dennoch wurde in den »dunklen« 70er Jahren weiterhin Musik gemacht. Die neue Generation nahm den Faden der in den 60er Jahren populär gewordenen Strömungen auf; Kritik wurde nur noch zwischen den Zeilen geäußert. Da die Einbindung von innovativen Elementen aus dem Rock oder Beat vorerst ausblieb, näherten sich einige VertreterInnen der uruguayischen Populärmusik der *música culta*, der zeitgenössischen klassischen Musik an. Ihr Einfluss auf die Populärmusik resultiert jedoch schon aus der Zeit vor 1973: Die MusikerInnen des *canto popular* hatten der formalen musikalischen Ausbildung von jeher einen hohen Stellenwert eingeräumt. Daniel Viglietti z.B. hatte eine ausgezeichnete musikalische Ausbildung genossen und war selber Dozent. Einer seiner musikalischen Arrangeure und Berater war der herausragende zeitgenössische Komponist Coriún Aharonián. Er und seine Frau Graciela Paraskevaidis, ebenfalls eine wichtige Musikwissenschaftlerin und Komponistin, unterrichteten einen großen Teil der MusikerInnen der neuen Generation, u.a. Jorge Lazaroff, Leo Masliah und Fernando Cabrera.

Doch auch die uruguayische Rockmusik war nicht unterzukriegen. Einer, der den Weg des Candombe-Beat weiterging, war Jaime Roos. Als Teenager hatte er die Konzerte seiner Idole *El Kinto* und *Tótem* mitverfolgt. In den 70ern verbrachte er einige Jahre in Europa, wo er begann Stücke zu schreiben und zu singen. 1982 verärgerte er die uruguayischen Militärmachthaber mit seinem Hit *Durazno y Convención*. Mit diesem Song wollte er die Umbenennung der Straße, in der er geboren wurde, kritisieren: »Anstelle von *Convención* hatten sie der Straße den Namen *Latorre* gegeben, den Namen eines schrecklichen Diktators!« An einigen seiner bekanntesten Stücke ist auch die beliebte Murga-Gruppe *Falta y Resto* beteiligt, die mit ihren Chorpässagen langlebige Ohrwürmer geschaffen hat. Auch Jaime Roos ist nach wie vor von den uruguayischen Bühnen nicht wegzudenken.

Ein anderer Musiker, der seine ersten musikalischen Schritte noch zu Diktaturzeiten machte und in keine Schublade passen mag, ist der heute 53-jährige Fernando Cabrera. 1984 startete er seine Karriere als Solo-Künstler – in einer Zeit, als die politische Öffnung die Rückkehr vieler MusikerInnen ermöglichte. Gleichzeitig herrschte in der uruguayischen Musikszene ein erbitterter Streit zwischen den VerfechterInnen des »reinen« *canto popular* einerseits, die den Einfluss der Rockmusik als »imperialistisch« verurteilten, und anderen, die sich über die »Folklore-Musiker« lustig machten, die ihrer Meinung nach musikalisch stehen geblieben waren und deren Texte politischen Pamphleten glichen. Fernando

Cabrera lässt sich ebenso wenig wie Jaime Roos in eines der beiden Lager einordnen. Cabrera ist bis heute seinem Synkretismus zwischen Rock, Jazz, *música culta* und *canto popular* treu geblieben und betont, dass »viel zu viele musikalische Genres vom Río de la Plata vernachlässigt werden. Das Schlimmste dabei ist die allgemeine Vorstellung, dass die einzigen Rhythmen und Genres mit einem Patent auf Modernität die Murga und der Candombe seien.«

Mit dem Ende der Diktatur kam eine neue Generation von Rockmusikern auf, die – im internationalen Vergleich verzögert – Punkrock mit radikalen, mitunter nihilistischen Texten spielten. Mit ihren recht depressiven Melodien spiegelten sie das Lebensgefühl der unter 30-Jährigen nach zwölf Jahren Diktatur perfekt wider. Die berühmtesten Vertreter der 85er-Generation sind *Los Estómagos* und *Los Traidores*, auf die sich heutige Rockgrößen nach wie vor beziehen. *Los Estómagos*, die insgesamt nur vier Platten aufnahmen, integrierten auf ihre Weise die lokalen musikalischen Besonderheiten, z.B. in der Revolverpunkversion des Tangos *Cambalache*. Die musikalische Karriere von *Los Traidores* dauerte länger, immer noch sehr hörens Wert ist ihr 1998 aufgenommenes Album *En la profunda noche*, auf dem ihre bekanntesten Hits in einer zeitlosen Akustikversion verewigt sind.

Neben diesen etwas düsteren Vertretern des 80er-Jahre-Rock machten gegen Ende des Jahrzehnts die Komiker-Combos *La Tabaré Riverock Banda*, *Los Tontos* und *El Cuarteto de Nos* von sich reden. Allen drei Gruppen sind theatralische Elemente bei ihren Auftritten sowie zynisch-provokative Texte gemeinsam. »Wir gaben der Bewegung etwas Farbe und waren so etwas wie die Parodie einer Rockgruppe [...] wir hatten ein bisschen was vom Punk und vom Karneval«, erzählt Renzo Teflón von *Los Tontos*. Seit 25 Jahren unterhalten *El Cuarteto de Nos* ihr Publikum mit ihren heiteren und ätzend-kritischen Songtexten. Auf dem Höhepunkt ihrer Popularität angelangt, veröffentlichen sie 1996 die Platte *El Tren Bala* und traten mit Absicht in einen der größten politischen Fettnäpfe Uruguays: mit dem Stück *El día que Artigas se emborrachó* (»Der Tag, an dem Artigas sich betrank«). Die Satire über den uruguayischen Unabhängigkeitshelden brachte der Gruppe eine Strafanzeige ein sowie die Auflage, dass die Platte nicht an Jugendliche unter 18 Jahren verkauft werden durfte. Ihr Erfolg ist dennoch ungebrochen. Die Gruppe spielt außerdem gekonnt mit Gegensätzen, z.B. zwischen der *música culta* und dem Genre der Populärmusik, über das gemeinhin die Nase gerümpft wird: die *música tropical*. Denn auch im eher subtropischen Uruguay gibt es in Form von Cumbia-Gruppen lokale Ableger der beliebten *mú-*

sica tropical. Bekannteste Beispiele sind die Gruppen *Chocolate* mit ihrem anzüglichen Hit »Mayonesa« sowie *Monterrojo*, *Los Fatales*, *Karibe con K*, *Gilda*, *Bola 8* und *L'Autentika*. Wichtigstes Styling-Element dieser volksnahen Unterhaltungsbands sind gewellte und gegelte Haarmatten. »Die Mittelklasse verabscheut Cumbia. In Argentinien gibt es hingegen die *Cumbia Villera*, die beißend sozialkritisch sein kann«, merkt Gabriel Peveroni an. »Die Cumbia in Uruguay ist dümmel und frivoler. Das liegt auch daran, dass in Uruguay der Karneval so stark ist und der Cumbia und der Rockmusik den Platz streitig macht.«

Die zweite Welle der uruguayischen Rockmusik wird Ende der 80er Jahre von der dritten Welle abgelöst, die bis heute andauert. Dabei sind durchaus Kontinuitäten zu verzeichnen.

Bei den 1989 entstandenen *Buitres* sind die ehemaligen Mitglieder Gabriel Peluffo und Gustavo Parodi von den *Estómagos* mit von der Partie. Auch *La Trampa* stand zunächst in der Tradition der Dusterrockmusik der Postdiktaturjahre; mittlerweile haben sie sich mit ihrem geradlinigen, kraftvollen Mestizo-Rock als eine der Rockgrößen Uruguays etabliert. Die etwas punkigere und lustigere Variante dieser Generation wird von *Trotsky Vengarán* verkörpert. Die bis heute wichtigsten und bekanntesten Vertreter des uruguayischen Indie-Rocks formierten sich ebenfalls zu Beginn der 90er Jahre: die *Buenos Muchachos*. Mittlerweile scheinen sie mit ihrer recht schwermütigen Gitarrenmusik auf dem Zenit ihres Erfolgs angelangt.

Gab es Mitte der 80er Jahre noch polemische Diskussionen über die Rockmusik als »imperialistische Bedrohung«, so kam es ab Mitte der 90er Jahre zu einem ungebremsen Aufstieg. Am 26. und 27. Oktober 2003 fand im Departement Durazno das bis dahin größte Rockmusikspektakel aller Zeiten in Uruguay statt: Mehr als 50.000 BesucherInnen feierten die bekanntesten uruguayischen Rockbands auf diesem Festival, das dank seines größten Sponsors, einer Biermarke, den Namen *Pilsen Rock* bekam. Bisher hat das Festival sechs Mal stattgefunden.

Das uruguayische Rockspektrum hat sich seit den 90er Jahren weiter ausdifferenziert: Neben dem klassischen Gitarrenrock kamen nun auch Elektronik und Samples mit ins Spiel. Ende 1994 ließ die Gruppe *Peyote Asesino* einen neuen Stil erklingen, der Heavy Metal, Funk und Hip-hop miteinander verbindet. Der argentinische Produzent Gustavo Santaolalla nahm sie unter seine Fittiche. Heraus kamen ein Plattenvertrag mit dem internationalen Musikmulti Universal und Studioaufnahmen in Los Angeles. Die zweite wichtige Hip-hop-Band der 90er Jahre war *Plátano Macho*, für die Luciano Supervielle in die Tasten griff. Der Pianist und

Produzent, der heute beim *Bajofondo Tango Club* mitmacht, erklärt sein Faible für Hip-hop damit, dass er eine Zeit lang in Frankreich gelebt habe, wo diese Musik schon seit den 80er Jahren eine wichtige Rolle spielt.

Andere Musiker folgten ihrem Beispiel: Mitte der 90er Jahre entstand im Westen Montevideos das Hip-hop-Kollektiv *Oeste Pro Funk*. Die wichtigsten Namen sind hier *La Teja Pride* – die seit 2003 im Zweijahresrhythmus wunderbare Platten veröffentlichen und politisch kein Blatt vor den Mund nehmen – und *Contra las Cuerdas*. Letztere haben nach drei Jahren Arbeit 2008 ihr lang erwartetes Album herausgebracht. »Unser Sound ist roh und kratzig; entscheidend sind die Samples, die wir benutzen«, erklärten sie in einem Interview mit der Zeitung *La Diaria*. »Dabei gefallen uns viele verschiedenen Musikarten: *canto popular*, *Candombe* u.a.«

Ein weiteres Genre beginnt ebenfalls in den 90ern zu erklingen: Unter dem Namen *tuco* – die uruguayische Bezeichnung für die Nudelsoße, die von allem etwas enthält – werden Rock und Reggae, Rap und Funk, Salsa und Candombe-Beat verschmolzen. Eine der ersten Combos, die diese



Die HipHop-Band *La Teja Pride*

Mischung spielte, ist *Abuela Coca*. Bandleader Chole Gianotti verweist darauf, dass das Konzert der französischen Supergruppe *Mano Negra* im Jahr 1992 im Bahnhofsgelände AFE der Musikszene Montevideos neue Impulse gegeben habe. »Wir wollten, dass unser Publikum Spaß hat und dass Schluss ist mit dieser weit verbreiteten negativen Stimmung«, erklärt er die damalige Motivation seiner Band.

Ähnliche Namen, ähnliche musikalische Zutaten: *La Vela Puerca*, die erfolgreichste und bekannteste Latin-Ska-Rock-Band Montevideos, hat mittlerweile vier CDs herausgebracht, füllt Stadien in Uruguay und Argentinien und war schon mehrere Mal in Europa auf Tournee. Ihre Geschichte begann am 24. Dezember 1995, als einige junge Musiker auf einem Straßenkonzert im Stadtteil Punta Carretas in Montevideo auftraten und damit die Tradition der kostenlosen Weihnachtskonzerte begründeten, die im Laufe der Jahre immer größer wurden. Seit ihrem dritten Album *A Contraluz* ist ihre Musik rockiger geworden, der Ska-Anteil wurde zurückgefahren. Bemerkenswert ist der relativ hohe Anteil an feinen Balladen, teilweise nur mit Akustik-Gitarre begleitet. Dabei kommen immer wieder großartige Melodien heraus. »Das Lied an die Macht« ist erklärtes Motto der Band.

Die argentinische Tageszeitung *La Nación* titelte einmal »Uruguay exportiert Rockmusik, die fast wie argentinische Rockmusik klingt«, konkret gemeint war damit *No Te Va Gustar*. Die »jungen Veteranen« von NTVG machen schon seit 15 Jahren zusammen Musik. Die musikalische Basis von NTVG ist ein – nicht quadratischer – Rock, der Anschlussstellen für Reggae, Ska, Salsa und Candombe bereithält. *La Nación* nannte ihre Melodien gar *beatlescas*, also der Beatles würdig. Textlich bieten NTVG identitätsstiftende Alltagsgeschichten oder Liebeslieder in unpräziser Sprache. Angesichts ihres Erfolgs bemerkte ein uruguayischer Basisaktivist und Musikliebhaber, dass die Band seiner Meinung nach »das Symbol für den ›Wandel à la uruguaya‹ sei. Bei ihren Konzerten singen sie sogar die Nationalhymne.«

Kritischer und radikaler als die ganz Großen sind *Cuatro Pesos de Propina*, die politische Mobilisierungen mit ihren Konzerten unterstützen, z.B. die Kampagne zur Annullierung des Strafflosigkeitsgesetzes. Ihre musikalischen Grundzutaten sind Rock und Ska, ergänzt durch Candombe- und Murga-Elemente.

Seit Beginn des neuen Jahrtausends machen sich immer mehr elektronische Klänge breit. Eine geniale Verbindung zwischen elektronischer Musik und Hip-hop sowie Tango, Milonga und Candombe zeichnet den *Bajo Fondo Tango Club* aus. Hier ziehen argentinische und uruguayische

Soundtüftler an einem Strang. Begründer der mitreißenden Melange sind der Argentinier Gustavo Santaolalla und der Uruguayer Juan Campodónico, Ex-Mitglied von *Peyote Asesino*. Der 30-jährige Luciano Supervielle (ehemals *Plátano Macho*) macht das Trio komplett. »Ich war nie Tango-Musiker. Mit unseren jeweiligen musikalischen Sprachen versuchen wir eine Annäherung an den Tango, aber auch an den Candombe und die Milonga«, beschreibt Supervielle die Herangehensweise des Projekts, das häufig fälschlicherweise auf das Label »Elektrotango« reduziert wird. Auf der zweiten der mittlerweile drei Platten des *Bajo Fondo Tango Club* sind als Gastmusiker u.a. die Hiphopper von *Contra las Cuerdas* vertreten. Supervielle hat inzwischen als Produzent und Komponist einen randvollen Terminkalender. So hat er die Filmmusik zum Kinofilm *El Baño del Papa* komponiert und bei der letzten Studioplatte von Jorge Drexler mitgearbeitet.

Der Sänger und Gitarrist Jorge Drexler kann ohne Umschweife als der innovativste uruguayische Singer-Songwriter der Gegenwart bezeichnet werden. Zehn Platten hat der Musiker mit der schmeichelnden Stimme seit 1992 veröffentlicht, wobei die sechste, *Sea* (2001), eine Schlüsselposition einnimmt. Unter dem Produzententeam Juan Campodónico und Carlos Casacuberta ist ein Werk entstanden, das auf äußerst geschmeidige Art und Weise *canto popular*, Pop und Elektronik vereinigt. 2005 gewann Jorge Drexler den ersten Oscar in der Geschichte des Landes: In der Kategorie des besten Originalsongs heimste er für seinen Song *Al otro lado del río* (aus dem Film *Die Reisen des jungen Che*) die Hollywood-Trophäe ein.

Zur neuen Generation der uruguayischen *cantautores*, die Folk mit Pop und Elektronik verbinden, gehört auch Martín Buscaglia. Er führt ein gewichtiges musikalisches Erbe mit sich: Sein Vater hatte sich an den *Musicasiones* von *El Kinto* beteiligt. »Ich bin direkt an den Fleischtöpfen aufgewachsen«, sagt der 37-Jährige, der es mit einem Stück aus seiner CD *El evangelio según mi jardinero* auf einen Sampler des europäischen Weltmusiklabels Putumayo geschafft hat.

Seit einigen Jahren gibt es zudem eine interessante Elektropopszene, wie z.B. die Frauenband *Closet*, die auf Englisch singt. Zu dieser Szene zählt auch das queere Multitalent Dani Umpi – Schriftsteller, Videokünstler und Musiker –, der mit seinen 35 Jahren bereits Erfolge über die Landesgrenzen hinaus feierte.

Allgemein ist zu beobachten, dass das große Wir-Gefühl in den letzten Jahren hermetischeren, subjektiven, schwer zu fassenden Ansätzen gewichen ist. »Viele jüngere Uruguayer hassen alles, was ›latino‹ ist. Ihr

musikalisches Vorbild ist England«, stellt Peveroni fest. So erklärt sich auch der Erfolg von Bands wie *Astroboy*, die einen recht ungebrochenen Britpop à la *Oasis* auf Spanisch machen. Psychedelische Sounds haben ein Comeback; im Kommen sind so diverse Stile wie Noise-Pop, Indie-Elektro, aber auch Cumbia, an die sich Max Capote heranwagt. Auch das schnörkellose Lied, das sich *La Vela Puerca* an die Macht gewünscht hatte, nimmt unangefochten seinen Platz ein, so bei Franny Glass. Die Emo-Variante eines Liedermachers gibt uns mit dem Song *Emiliano y Juliana* ein schönes Beispiel für seine absurd-lakonische Liedkunst. Von der Akustikgitarre begleitet, wird die Geschichte zweier verlorener Seelen besungen, die beide eine Gottesvision haben und nach einigen Verwicklungen, u.a. einer gescheiterten Revolution, die Liebe finden und vom Glauben abfallen.

Cantante Popular Der Gitarrist und Sänger Daniel Viglietti

Andrés Renna

Die 60er Jahre des letzten Jahrhunderts waren in Uruguay durch heftige soziale Kämpfe geprägt. Mit ihnen einher ging der Boom der sogenannten *música popular*: Unter dieser Bezeichnung kam eine Generation von MusikerInnen und SängerInnen auf, die den *canto popular*, die uruguayische Version des Singer-Songwriting entscheidend veränderten. Sie suchten neue musikalische Ausdrucksformen und griffen mit ihren Texten, die Mut und Hoffnung verbreiten sollten, in die sozialen Auseinandersetzungen ein. Einer der herausragenden Vertreter dieser musikalischen Strömung ist der 1939 in Montevideo geborene Daniel Viglietti.

Von Kindheit an wächst er in einem musikalischen Umfeld auf. Seine Mutter, die Pianistin Lyda Indart, bringt ihm die klassische Musik nahe, sein Vater die Folklore-Musik. Schon in jungen Jahren zeigt sich sein außergewöhnliches Talent im Gitarrespiel. Mitte der 1950er Jahre beginnt er eine musikalische Laufbahn als Konzertgitarrist und verfasst die ersten eigenen Kompositionen. Schnell zieht er die Aufmerksamkeit der Konzertgäste und Musikkritiker auf sich. Viele sehen in ihm *den* nationalen Hoffnungsträger für die Konzertgitarre. Doch Daniel Viglietti und seine

Gitarre entscheiden sich für einen anderen Weg. Tief beeindruckt von der kubanischen Revolution, widmet Viglietti sich der Fortentwicklung des *canción popular* und setzt sich in seinen Liedern mit der sozialen Realität seines Landes und Lateinamerikas auseinander. Berühmtestes Beispiel ist sein Stück *A desalambrar*, das Teil der 1967 erschienenen Platte *Canciones para el hombre nuevo* ist. Das Stück avanciert zum Klassiker des *canto popular*. »A desalambrar« ist der revolutionäre Aufruf, die Zäune um den Großgrundbesitz einzureißen und das Land den Besitzlosen zu geben: »Ich frage alle hier, / habt ihr nie daran gedacht, / dass diese Erde uns gehört / und nicht dem, der am meisten hat.«

Mit dem Erscheinen dieser LP schließen sich die MusikerInnen des *canto popular* den Protesten gegen soziale Ungleichheit an. Das politische Lied, das »ein politisches Programm entwirft«, wie Viglietti es ausdrückt, geht auf die sozialen Bewegungen zu. AktivistInnen und MusikerInnen profitieren gleichermaßen von diesem Bündnis und inspirieren sich gegenseitig. In diese Jahre fällt eine der kreativsten Schaffensphasen Vigliettis. In seinem Repertoire verbindet sich der rebellische Gestus mit der Poesie von AutorInnen wie Cesar Vallejo, Federico García Lorca, Rafael Alberti, Mario Benedetti, Idea Vilariño u.a.

Im Jahr 1972 ist Daniel Viglietti auf einem Gipfel seiner Popularität angelangt, während die Regierung mit brutaler Repression gegen die Opposition vorgeht. Die Gefängnisse füllen sich mit politischen Gefangenen, und auch Viglietti wird verhaftet. Dank einer internationalen Solidaritätskampagne, an der sich u.a. Miguel Angel Asturias, Jean Paul Sartre und François Mitterrand beteiligen, kommt er wieder frei. Doch nur wenig später begibt er sich 1973 nach dem Militärputsch in ein Exil, das elf Jahre dauern sollte. Von Paris aus verbreitet er seine Musik in der ganzen Welt und beteiligt sich an den Kampagnen gegen die lateinamerikanischen Diktaturen. Trotz Repression und Zensur bleiben seine Lieder in der lateinamerikanischen Bevölkerung die ganze Zeit über lebendig und



machen den Widerstandsgruppen auf der Straße und den politischen Gefangenen Mut. Als sich 1984 das Ende des Militärregimes abzeichnet, kehrt Viglietti nach Uruguay zurück, wo er von Tausenden von Landsleuten begeistert empfangen wird. Sofort setzt er sich auf seinen Konzerten für die Freilassung der politischen Gefangenen und die Wiederherstellung der Demokratie ein.

Bereits im Exil hatte sich Viglietti mit einer anderen kulturellen Gationsfigur Uruguays zusammengeschlossen: In Mexiko hatte er Mario Benedetti kennen und schätzen gelernt. Aus dem Zusammentreffen zwischen Musiker und Schriftsteller entsteht die Konzert-Lesung *A dos voces* (Mit zwei Stimmen), die bis Ende der 90er Jahre jährlich stattfand und auf LPs bzw. CDs festgehalten wurde.

Nach dem Übergang zur Demokratie schließt sich Viglietti der Bewegung gegen die Straflosigkeit an. Auch für andere Bewegungen greift er unermüdlich – und häufig unentgeltlich – in die Saiten, sei es auf einem Konzert gegen die Privatisierung des Wassers oder einem Festival zur Unterstützung einer Landbesetzung im Norden Uruguays. Gegenüber der Frente-Amplio-Regierung nimmt er eine im Grundsatz solidarische, in letzter Zeit aber auch zunehmend kritische Haltung ein.

Parallel zu seinen Aktivitäten als Sänger ist er als Journalist für die Wochenzeitung *Brecha* tätig. In Radio und Fernsehen führt er durch eigene Sendungen. Auch nach über 50 Bühnenjahren vermag Daniel Viglietti mit seiner Stimme und seiner Gitarre das Publikum zu berühren. Und er setzt seine Suche fort, die ihn mit Generationen von Menschen verbindet, die wie er an der Utopie einer solidarischen Welt festhalten.

Übersetzung: Britt Weyde

Ein kleiner Gigant: Das uruguayische Kino

Bettina Bremme

Das uruguayische Kino erlebt in den letzten Jahren einen Boom, was die internationale Bekanntheit angeht. Filme wie *En la puta vida* (2001), *El último tren* (2002), *25 Watts* (2001) und *Whisky* (2003) verschafften einer Filmlandschaft, die jahrzehntelang im Schatten der großen Nachbarn Argentinien und Brasilien stand, eine zuvor nicht dagewesene Aufmerksamkeit. Zwar genießt bereits seit Jahrzehnten der Dokumentarfilmer

Mario Handler, der zur Gründungsgeneration des Nuevo Cine Latinoamericano gehört, internationale Anerkennung in Cineastenzirkeln. Erst in den letzten Jahren jedoch schafften es Filme aus Uruguay nicht nur auf internationale Festivals, sondern vereinzelt auch in europäische Kinos.

Auf der Berlinale 2009 gewann ein Film aus Uruguay überraschend drei der wichtigsten Preise des Wettbewerbs: Für sein Filmdebüt *Gigante*, der in Montevideo spielt, wurde der argentinische Regisseur Adrián Biniez mit dem Silbernen Bären – Großer Preis der Jury, dem Preis für das beste Erstlingswerk sowie mit dem Alfred-Bauer-Preis ausgezeichnet, der eine besonders innovative künstlerische Leistung würdigt.

Gigante wurde von der uruguayischen Produktionsfirma Control Z Films realisiert, die 2001 von den Regisseuren Pablo Stoll und Juan Pablo Rebella gemeinsam mit dem Produzenten und Cutter Fernando Epstein gegründet wurde. Ebenso wie der von ihnen produzierte Film *Whisky* ist *Gigante* eine internationale Koproduktion – in diesem Falle zwischen Uruguay, Argentinien, den Niederlanden und Deutschland.

Die aktuelle Filmszene Uruguays ist klein, aber inhaltlich und stilistisch vielschichtig. Die thematische Palette reicht von Filmen wie *25 Watts*, *Whisky* und *Gigante*, die von tristen Existenzen in den Vororten Montevideos handeln, bis hin zur liebevollen Satire über ein Schmugglerdorf in der Provinz, dessen EinwohnerInnen anlässlich eines Papstbesuches das Geschäft ihres Lebens wittern (*El baño del Papa / Das Bad des Papstes*, 2007). Die Kritik am neoliberalen Ausverkauf des Landes und der sozialen Verelendung weiter Bevölkerungskreise findet ihren Ausdruck in so unterschiedlichen Filmen wie *El último tren*, wo alte Männer eine Lok entführen, um deren Abtransport nach Hollywood zu verhindern, dem Dokumentarfilm *Aparte* (*Abseits*, 2003) von Mario Handler, der 18 Monate lang Menschen in einem Elendsviertel Montevideos in ihrem Alltag begleitete, oder *En la puta vida*, wo es eine junge Frau als Prostituierte nach Europa verschlägt. Bei allen stilistischen Unterschiedlichkeiten schwingt oft ein humorvoller Unterton mit, wobei die Nuancen von melancholischer Ironie bis hin zur grellen Satire changieren.

Die beiden Hauptpersonen des Films *Gigante* schieben Nachtschichten in einem Supermarkt in Montevideo: Jara, ein schüchterner Mann, der seinen massigen Körper bevorzugt in Heavy-Metal-T-Shirts hüllt, kontrolliert als Sicherheitsangestellter die Monitore der Überwachungskameras. Nebenbei schlägt er die Zeit mit Musikhören und dem Lösen von Kreuzworträtseln tot. Zu Jaras Job gehört es, die anderen Angestellten zu kontrollieren. Mit verstohlenem Interesse verfolgt er die Bewegungen

der hübschen, etwas ungeschickten Putzfrau Julia. Aus dem sicheren Abstand des Überwachungsraumes klickt er ihr Abbild an sich heran. Jara ist von der jungen Frau so fasziniert, dass es ihm irgendwann nicht mehr reicht, sie nur geisterhaft über einen der grobkörnigen Schwarzweissmonitore flimmern zu sehen. Er beginnt, Julia in ihrer Freizeit zu folgen: ins Internet-Café, an den Strand und sogar zu einem Date mit einem anderen Mann; immer im Hintergrund, unfähig, sie anzusprechen. Erst als es im Supermarkt zu Entlassungen kommt und auch Julia auf die Straße gesetzt wird, ist Jara gezwungen, über seinen Schatten zu springen.

Gigante erzählt die Geschichte eines Voyeurs, ohne in die üblichen Psychopathen-Stereotype zu verfallen. So meinte Adrián Biniez auf der Pressekonferenz der Berlinale am 9. Februar 2009: »Hinter den Sicherheitskameras befinden sich immer Personen. Mich interessierte es, diese verborgene und vergessene Seite zu zeigen. Ich wollte eine Figur entwerfen, deren Arbeit es ist, die anderen durch einen Bildschirm zu betrachten. Die Überwachungskamera ist die Verlängerung von Jaras Begehren.«

25 Watts, der Debütfilm des Regieduos Juan Pablo Rebella und Pablo Stoll, zeigt 24 Stunden im Leben dreier Freunde Anfang zwanzig aus ei-



nem Vorort von Montevideo. Zu Beginn tritt einer der Jungs auf der Straße in Hundekot. Auch den Rest des Films über machen die Protagonisten keine großen Sprünge, sondern hängen mit Vorliebe am Straßenrand herum, trinken und quatschen. Zwischendurch trollt sich der eine oder andere kurz davon, um mehr oder weniger lustlos etwas anderes zu tun: einen Lautsprecherwagen durch die Gegend fahren, den Hamster füttern, Pornos in der Videothek ausleihen ... In einer Szene, die bizarr und banal zugleich ist, platzieren die Drei die gelähmte, geistig weggetretene Großmutter eines von ihnen so, dass sie die Zimmerantenne des Fernsehers stabilisiert, damit sie ungestört in die Röhre glotzen können. Rebella und Stoll gelingt mit *25 Watts* das Kunststück, Langeweile zu zeigen, ohne selbst zu langweilen. Dafür sorgt vor allem der trockene, lakonische Humor, die cool-distanzierte, nicht pädagogisierende Haltung, mit der eine Geschichte erzählt wird, die eigentlich eine Nicht-Geschichte ist. Entgegen den etablierten Gesetzen der Filmdramaturgie passiert im Laufe dieser 91 Minuten nichts Wesentliches.

Whisky, der zweite und traurigerweise letzte gemeinsame Film von Rebella und Stoll – Juan Pablo Rebella nahm sich 2006 das Leben –, erzählt von Gestalten, die Gefangene ihrer gebetsmühlenartigen Routine sind. Jacobo Köller, Inhaber einer kleinen Strumpffabrik in Montevideo, und seine Angestellte Marta wirken wie aufeinander eingetaktete Maschinenrädchen: Als der hagere, düstere ältere Herr morgens vorfährt, wartet Martas geduckte, mausgraue Gestalt bereits auf der Straße vor heruntergelassenen Rolladen. Fast wortlos betreten die beiden die Fertigungshalle, deren Inventar alsbald von fahlem Neon erleuchtet wird. Etwas allerdings ist anders an diesem Tag. Nach Arbeitsschluss bittet Jacobo Marta in sein Büro und tritt mit einer ungewöhnlichen Bitte an sie heran: Marta soll sich für ein paar Tage als seine Frau auszugeben. Jacobo erwartet seinen Bruder aus Brasilien, um den Todestag der Mutter nach jüdischem Ritual zu begehen. Und offenbar ist ihm der Gedanke peinlich, sich seinem Bruder als einsamer Junggeselle zu präsentieren. Marta akzeptiert das Ansinnen ihres Chefs so ausdruckslos, als sei sie gebeten worden, eine Tasse Tee aufzusetzen. Unverzüglich machen die beiden sich daran, die Farce in Szene zu setzen. Als der Bruder am Tag darauf auf dem Flughafen ankommt, strahlen Jacobo und Marta bereits eine gediegene Eheroutine aus. *Whisky* ist ein melancholischer, subtil komischer Film der kleinen Gesten, die unscheinbar und vielsagend zugleich sind. Der Eindruck von Starrheit und Routine wird verstärkt durch eine betont statische Kamera, die nie zu dicht an die Personen herangeht. Der Film zeigt die Lebenslügen seiner Protagonisten, ohne sie bloßzustellen.

Während in anderen Filmen ein dramatisches Ereignis wie der Tod einer nahestehenden Person eine befreiende Katharsis auslöst, gelingt es den Gestalten von *Whisky* in keinem Moment, die Barrieren, die sie voneinander trennen, über den Haufen zu werfen.

El último tren (*Der letzte Zug*) schlägt dagegen wesentlich kämpferischere Töne an. Ironisch gesagt, könnte man ihn als eine »Ästhetik des Widerstandes für Eisenbahnfreunde« bezeichnen. Denn anhand des Kampfes gegen den Verkauf einer alten Lok werden en passant eine Reihe heutiger und vergangener gesellschaftlicher Auseinandersetzungen thematisiert: vom Spanischen Bürgerkrieg über Streiks im Uruguay der 1940er und 1960er Jahre bis hin zum Kampf gegen den Ausverkauf ganzer Volkswirtschaften an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Am Anfang des Films von Diego Arsuaga rauchen noch nicht die Loks, sondern nur die Köpfe: Die »Gesellschaft der Eisenbahnfreunde«, eine Runde betagter Herren, diskutiert über eine illegale Aktion. Ein Geschäftsmann hat ihre geliebte Lok Nummer 33, genannt *Corazón de Fuego* (Herz aus Feuer), aufgekauft und will sie an ein Filmstudio in Hollywood verhökern. Um das zu verhindern, beschließen sie kurzerhand, die Lok zu entführen. Treibende Kraft ist Antonio López, ein pensionierter Dozent. Ihn treibt nicht nur sein linker Kämpfergeist an, sondern auch das Gefühl, nach dem Erhalt des Resultates einer medizinischen Untersuchung nichts mehr zu verlieren zu haben: »Es ist besser, von Kugeln durchlöchert zu sterben als auf ein Bett gestreckt«, versucht er seinen Freund, den ehemaligen Lokführer Pepe, zu motivieren: »Es gibt Momente in der Geschichte, da muss man handeln.«

Am Anfang funktioniert der Coup erstaunlich gut: Während Antonio und Pepe sowie zwei Mitstreiter mit der Lok das Außentor des Eisenbahndepots aufräumen, liest ein anderer Verschwörer vor laufender Fernsehkamera ein Kommuniqué mit den Forderungen der Entführer vor: Die Lok 33 solle auf uruguayischem Boden bleiben und zum nationalen Kulturgut erklärt werden. »El patrimonio no se vende« – »Das Erbe verkauft man nicht«, steht auf dem von Hand gepinselten Spruchband, mit dem die Lok durch die Weite der uruguayischen Pampa knattert. Den Ausbrechern dicht auf den Fersen folgt ein stetig anwachsendes Geschwader von Gesetzeshütern. Auch wenn *El último tren* nicht gerade Sympathiewerbung für den Attrappenschwindel des Hollywoodkinos betreibt, spielt der Film doch mit den Genres Western und Roadmovie und verfolgt das bewährte dramaturgische Muster von Verfolgungsjagd und Showdown. *El último tren* lebt aber auch von der Komik der Redescharmützel, die sich die Protagonisten untereinander liefern. Die wi-

derständigen Alten sind während ihrer heroischen Fahrt ins Ungewisse permanent dabei, einander zu behäkeln: Mal geht's um den Wahrheitsgehalt von Pepes Erzählungen vom Kampf gegen die Faschisten in Spanien, dann um die Frage, ob ein Leck in der Lok mit Zahnersatz-Haftcreme geflickt werden kann. Während die alten Kämpfer all ihre Raffinesse, all ihre schwindenden physischen Energien daran setzen, den Verfolgern zu entweichen, rattert der Zug auf rostigen Schienen an Geisterbahnhöfen vorbei, Zeichen des Niederganges immenser Landstriche. Unterwegs nähern sich aber immer mehr Leute dem Geschehen. Die Nachricht von der Entführung scheint sich wie ein Lauffeuer zu verbreiten.

Der Film *En la puta vida* erzählt von der 27-jährigen Elisa, die sich mit ihren zwei Kindern in Montevideo durchs Leben schlägt. Als ihre Versuche, gemeinsam mit ihrer Freundin Lulú einen Frisiersalon zu mieten, an Geldmangel scheitern, heuern die beiden in einem Bordell an. Elisa verliebt sich in den Zuhälter Plácido und überredet ihn, sie und Lulú nach Barcelona mitzunehmen, wo dieser, wie er sagt, »ein Geschäft wie dieses betreibt«. Das »Geschäft« in Barcelona entpuppt sich vor Ort als mieser Straßenstrich. Die Uruguayerinnen konkurrieren dort mit brasilianischen Transvestiten und anderen »Illegalen«. Der Kontakt mit den Einheimischen beschränkt sich auf die Polizisten, die regelmäßig Razzien veranstalten, und natürlich die Freier. Besonders komisch ist eine Szene, in der die Prostituierten sich mit Fäusten und Krallen darum streiten, ob dieser Teil der Straße »uruguayisches« oder »brasilianisches« Territorium ist, und ein älterer Kunde lapidar vermerkt: »Dies ist Katalonien, und hier bezahle ich.« *En la puta vida* basiert auf dem realen Fall eines Zuhälterrings, der im italienischen Mailand aufgedeckt wurde, und ist von dem Buch *El huevo de la serpiente* (*Das Schlangenei*) der Journalistin María Urruzola inspiriert. Was die Inszenierung angeht, setzt die Regisseurin Beatriz Flores Silva nicht auf die bei sozialkritischen Filmen beliebte Doku-Optik, sondern auf satirische Übertreibung, temperamentvolle Akteurinnen, rasantes Erzähltempo, knallige Dessous und dekorativ-abgefuckte Szenarien. Ihre Heldin Elisa ist kein verhuschtes Opfer, sondern eine sinnliche, resolute, wenn auch nicht allzu intelligente Überlebenskünstlerin. Elisa ist zweifelsohne eine Seelenverwandte von *Pepita, la pistolera* (1993), der Heldin eines anderen Films von Beatriz Flores Silva. Auch hier geht es um eine alleinerziehende Mutter, die das alltägliche Ringen um jeden Peso leid ist. Während Pepita eines Tages spontan auf die Idee kommt, Kreditbüros zu überfallen, entschließt sich Elisa mit dem gleichen abgebrühten Pragmatismus, »anschaffen« zu gehen. An einem Punkt allerdings kippt die Atmosphäre von *En la puta*

vida ins Bedrohliche: Nach dem gewaltsamen Tod ihrer Freundin Lulú streift Elisa einsam durch die Straßen Barcelonas. Der Traum vom besseren Leben ist zerplatzt, jetzt möchte sie nichts wie zurück nach Montevideo. Kein leichtes Unterfangen, wenn man mit gefälschten Papieren eingereist ist! Nachdem ihr die Rückkehr unter spektakulären Umständen gelungen ist, gibt Elisa vor laufenden Kameras ein politisches Statement ab: »Glaubt nicht an die Reise nach Spanien. Es ist die Hölle. Glaubt an euch, kämpft für euch. Kämpft und verteidigt euch. – Und Sie, Herr Präsident, Sie sind für die Uruguayerinnen, die in Spanien arbeiten, verantwortlich. Bringen Sie sie zurück und geben Sie ihnen eine würdige Arbeit.«

Polvo nuestro que estás en los cielos (2008), der neueste Film von Flores Silva, erzählt aus der Sicht eines Mädchens, das nach dem Tod der Mutter zur Familie des Vaters, eines Angehörigen der Oberschicht kommt, die Geschichte der von gesellschaftlichen Spannungen geprägten Jahre vor dem Militärputsch. Auch die Filmemacherin Manane Rodríguez, die während der Diktatur nach Madrid emigrierte, wo sie seitdem lebt, nähert sich einem schmerzhaften Kapitel der uruguayischen Geschichte auf dem Hintergrund eines familiären Dramas: *Los pasos perdidos* (Die verlorenen Schritte, 2001), dessen Handlung sich an Fällen von Kindesverschleppung in Uruguay und Argentinien orientiert, erzählt die Geschichte der 20-jährigen Kindergärtnerin Mónica, die mit ihren Eltern – der Vater ist Argentinier, die Mutter Spanierin – ein scheinbar ganz normales Leben in einer spanischen Kleinstadt lebt. Da taucht ein älterer argentinischer Schriftsteller namens Bruno Leardi auf, der behauptet, dass Mónica eigentlich Diana heiße, Tochter zweier »Verschwundener« der Militärdiktatur und er ihr leiblicher Großvater sei. *Los pasos perdidos* ist die Geschichte eines von vielen inneren Widerständen und nagenden Zweifeln geprägten Entwicklungsprozesses, der die Hauptperson schließlich dazu führt, sich einer schmerzhaften Wahrheit zu stellen.

Auch der neueste, 2008 fertig gestellte Dokumentarfilm von Mario Handler nähert sich dem Thema der Diktatur: Die Idee des Films mit dem Titel *Decile a Mario que no vuelva* (Sag Mario, dass er nicht zurückkehren soll) war, sowohl Opfer als auch Täter der Militärherrschaft zu interviewen und diese Positionen in eine Art Dialog treten zu lassen. Eine schwere Erkrankung zwang Handler, sich für die Realisierung des Projektes die Unterstützung seines alten Freundes und Weggefährten Mario Jacob und anderer Filmemacher zu holen. Im Laufe der Dreharbeiten wurden insgesamt 65 Personen interviewt, wobei nur 15 davon in die Endfassung des Films Eingang fanden. Die Aufzeichnungen der rest-

lichen Gespräche sollen als historische Dokumente auf einer separaten DVD publiziert werden.

Globalisierung und Migration bieten nicht nur ein unerschöpfliches Reservoir für Kinogeschichten. Auch das Leben und die Arbeit der Filmschaffenden selbst sind zunehmend von ihnen geprägt. Manche gehen für immer aus Uruguay fort, andere kehren zurück oder pendeln zwischen verschiedenen Ländern: Mario Handler und Beatriz Flores Silva zog es nach Jahren in Venezuela bzw. Belgien wieder zurück nach Montevideo. Der gebürtige Uruguayer Adrián Caetano (*Un oso rojo*, 2002, *Crónica de una fuga*, 2006) lebt und arbeitet seit Jahren in Argentinien, sein Kollege Rodrigo Plá (*La zona*, 2007) in Mexiko.

Ähnlich wie die anderen Kinolandschaften des Kontinents hat sich auch die uruguayische in den letzten Jahren in rasantem Tempo internationalisiert. Die Kontakte zu Argentinien waren schon immer sehr intensiv. So ist es normal, dass in uruguayischen Filmen wie *El último tren* oder *En la puta vida* die Hauptrollen von ArgentinierInnen gespielt werden. Gleichzeitig stammt beispielsweise Daniel Hendler, Lieblingsschauspieler und filmernes Alter Ego des argentinischen Regisseurs Daniel Burman (*El abrazo partido*, *Die geteilte Umarmung*), aus Uruguay. Der argentinische Regisseur Adrián Biniez wiederum zog vor Jahren aus privaten Gründen nach Montevideo, wo auch sein Erstlingsfilm *Gigante* spielt.

Wie überall in Lateinamerika bringt die Globalisierung auch für die uruguayische Filmszene widersprüchliche Begleiterscheinungen mit sich. Zu den negativen Aspekten zählt das Abwandern mancher Talente aufgrund der wirtschaftlichen Instabilität und der strukturellen Schwäche der einheimischen Filmindustrie. Eine positive Auswirkung ist das Ansteigen der internationalen Koproduktionen.

So waren an Flores Silvas *Polvo nuestro* – mit einem Etat von 1,2 Millionen Dollar der bisher kostspieligste uruguayische Film – Partner aus Chile, Kuba, Belgien und der Schweiz beteiligt. Und ohne Geldgeber von außen wäre es dem uruguayischen Kino noch schwerer gefallen, die Wirtschaftskrise von 2001/2002 zu überstehen. Zudem erweitert der verstärkte Austausch mit anderen Erfahrungen den Horizont. Auf diese Weise entstehen Geschichten, die in der unverwechselbaren Eigenart Uruguays wurzeln und zugleich universell sind.

Als das Unanständige zivilisiert und zum Geschäft wurde: Karneval in Montevideo

Karl-Ludolf Hübener

»Die Leute kreischten, so schrill wie nur möglich. Sie kleideten sich so verrückt und unanständig wie möglich und stießen laute Schimpfwörter hervor. Es galt, all das zu tun, was während des Rests des Jahres als verboten oder anstößig galt.« So und ähnlich beschrieben Chronisten die Anfänge des Karnevals in Montevideo: In den engen Gassen der Altstadt flogen Wasserbeutel, Eier, Mehl, Tomaten und faule Apfelsinen. Eimer von Wasser ergossen sich über arglose Spaziergänger. Enthemmt und zügellos, wie es hieß, tobten sich die Karnevalisten aus. Es gab Verletzte. Eierwerfer fielen vom Dach oder Balkon. »Barbarisch« war einst der Karneval in Montevideo, als »barbarisch« galt das Land, vor allem in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Doch die »Zivilisation« holte schließlich den Karneval ein. 1850 untersagte die Regierung, mit Straußeneiern zu werfen. Als 1856 das Solís-Theater eingeweiht wurde, fanden dort bald den ganzen Januar über Maskenbälle statt. »Das Mitführen von Spazierstöcken, Stäben oder anderen Geräten, die zu Tumulten führen können, ist verboten«, hieß es in einer Anordnung des Theaters. Doch draußen tobte weiter der wilde Karneval. Eier wurden mit Farbe gefüllt. Ein gutes Geschäft, denn ein Unternehmer setzte täglich allein 20.000 derartiger »Wurfgeschosse« ab.

1872 wurden endgültig alle Eier- und Wassergeschosse verboten. Der Schwerpunkt des karnevalistischen Treibens verlegte sich auf Umzüge und Maskenbälle, veranstaltet von den immer zahlreicher am Río de la Plata ausgeschifften Einwanderern, vor allem Italienern und Spaniern. Auf den Kostümfesten in Clubs und Sälen dominierte bis ins 20. Jahrhundert die weiße Hautfarbe, die Afro-Uruguayer waren davon weitgehend ausgeschlossen. Nicht so von den Umzügen unter freiem Himmel. 1863 wälzte sich der erste Umzug kostümierter Karnevalsgruppen, der *comparsas*, durch die Altstadt. Darunter waren auch reine Frauencompos mit Namen wie *Die Unwiderstehlichen*, *Die Verführerinnen* oder die *Infernalischen Alten*.

Kein Karneval ohne Candombe. Es ist die ureigenste uruguayische Musik und das einzigartige Erbe der Schwarzen Uruguays: »Auf ihm fußt alles, was den Karneval bewegt«, unterstreicht der Trommelbauer Fernando »Lobo« Nuñez: »Für die *comparsas*, die *conjuntos lubolos*

und die Murgas ist der Candombe das wichtigste Rhythmusinstrument. Aber der Candombe beschränkt sich nicht auf die Karnevalstage.« Auch zu anderen Jahreszeiten wärmen Afro-Uruguayer die Membranen der Trommeln über einem Feuer an. Sie trommeln und rufen zum Mitmachen auf: daher der Name *llamada* (*llamar* = rufen). Stundenlang ziehen sie durch die Straßen, gefolgt von einer immer größer werdenden Schar von Tanzenden, insbesondere an Wochenenden.

Der Ruf der Trommeln ertönte erstmals in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts in Montevideo. Verbürgt ist, dass die aus Afrika verschleppten Sklaven sich sonntags an der Stadtmauer treffen durften. Mit Trommelschlägen riefen sie auch andere schwarze Leidensgenossen. Gemeinsam ließen sie ihre Trommeln sprechen, drückten ihre Gefühle, Ängste, Traurigkeit und Verzweiflung aus. Später trafen sich die Schwarzen auch in den sogenannten *Salas de Nación*, zumeist heruntergekommenen Kolonialhäusern. Hier mischten sich die verschiedenen Rhythmen der schwarzen Herkunftsländer zum Candombe, der erstmals 1834 erwähnt wurde. Auch die Schlaginstrumente des Candombe – *chico*, *repique* und



piano – sind Eigenentwicklungen. Aus weggeworfenen Holzbottichen, Fässchen für Mate-Tee und Oliven bastelten sie ihre Trommeln und überzogen sie mit Rinderhäuten.

Traditionen leben auch in den *comparsas* weiter. Es handelt sich um drei für eine Karnevalsgruppe unentbehrliche Figuren: Da ist der *escobero*, der mit einem Besen das Böse aus dem Wege fegt. Er dirigierte früher die Zeremonien in den Salas und wirbelt heute mit einem mit Bändern dekorierten Stab vor den Trommlern. Die *mama vieja*, die »alte Mama«, im weiten weißen Unterrock, mit Fächer und Sonnenschirm, repräsentiert die alte erfahrene Frau. Dritter im Bunde ist der *gramillero*, der weißbärtige »Heiler« mit seinem Köfferchen voller Kräuter. Im Gehrock und mit Zylinder stellt er auch den weisen Alten dar. Gestützt auf einen Stock und mit zittrigen Bewegungen, bewegt er sich wie in Trance vor der vielköpfigen *comparsa*. Im Gefolge des »Dreigestirns« tanzt eine Schar früher fast ausschließlich dunkelhäutiger Mädchen und Frauen zum Candombe-Rhythmus der Gruppe der Trommler. Die *Llamadas*, die ihren Ruf in den Straßen der Stadt ertönen lassen, sind sicherlich die populärste karnevalistische Veranstaltung, aber nur ein kleiner Ausschnitt



aus Uruguays Karneval. Über 45 Tage lang lösen farbenfrohe Umzüge, Tanz- und Gesangsveranstaltungen einander ab. Auf der Avenida 18 de Julio, in den traditionellen Vierteln der Schwarzen, auf Hunderten von Stadtteilbühnen (*tablados*). Mittlerweile haben sich immer mehr hellhäutige, knapp bekleidete Schönheiten in den Mittelpunkt geschoben – als Blickpunkt für Zuschauer und Fernsehkameras. Der Karneval ist auch in Montevideo Teil des Showbusiness geworden. Manche Neuerung erinnert an Rio de Janeiro. Alles ist kommerzieller, aber auch professioneller geworden. Das karnevalistische Treiben bewegt Millionensummen. Eine Murga aufzubauen, kann umgerechnet mehr als 100.000 Euro kosten. Die Szenerie ist durchstrukturiert, spezialisierte Textautoren, Regisseure und Dirigenten überlassen nichts mehr dem Zufall und der Spontaneität. Fernsehen und Werbung diktieren das Geschehen. Bei den Wettbewerben der *Comparsas* und *Murgas* geht es um viel Geld. Und um Aufstieg oder Abstieg in die zweite Liga. Wie im Fußball. Und wie in der beliebtesten Sportart der Uruguayer haben sich auch im Karneval Korruption, mafiose Seilschaften und Geldwäsche eingenistet.

Der Karneval spült mehr Pesos in die Kassen als sämtliche kulturellen und sportlichen Events im Laufe eines Jahres – vor allem auf das Konto der Karnevalsvereinigung DAECPU und des Fußball- und TV-Unternehmers Pablo Casal. Dieser hat sich wie im Fußball die lukrativen TV-Übertragungsrechte gesichert, vor allem der *Llamadas*, die Zigtausende anziehen. Statt einer Nacht wird nun zwei Nächte lang übertragen. Währenddessen sitzen die Zuschauer brav vor dem Fernseher oder hinter den Absperrungen auf Stühlen, Privilegierte auf VIP-Tribünen. Die Zeiten des barbarischen Karnevals sind unwiderruflich vorbei.

Murgas: Musikalische Satire mit politischem Biss

Lisa Buhl

Es heißt, der uruguayische Karneval sei der längste der Welt und er habe, neben zahlreichen Trommelgruppen, vor allem eines zu bieten: die Auftritte der *Murgas*. *Murgas* sind etwas speziell Uruguayisches. Erstmals im Jahre 1876 erwähnt, mischen *Murgas* Elemente des südspanischen Karnevals mit afro-uruguayischen Rhythmen. Obwohl sie heute zuneh-

mend kommerzialisiert sind, handelt es sich immer noch um eine Kulturform »vom Volk für's Volk«.

Eine Murga hat zwischen 16 und 20 Mitglieder und vereint Theater, Musik, ausgefallene Kostüme und satirische Texte zu einer expressiven, glanzvollen Darbietung. Murgas bestehen aus einem Chor, der bis vor kurzem ausschließlich aus männlichen Sängern bestand, und drei bis vier Musikern, die die klassischen Begleitinstrumente *Bombo* (Bass-Trommel), *Platillo* (Becken) und *Redoblante* (Trommel) spielen. Jede Murga hat ihren eigenen Stil, ihre eigenen, aufwändig aus Stoffresten, Schaumstoffen und nicht selten auch Müllsäcken hergestellten Kostüme und ihre eigene, teilweise sehr lange Tradition. In Montevideo sind es z.B. die Murgas *Curtidores de Hongos*, *Asaltantes con patente* oder *Diablos Verdes*, die teilweise schon seit den 1930er Jahren bestehen.

Die Texte der Murgas sind häufig nostalgisch und erzählen vom »Weggehen und Zurückkommen« – schließlich ist Uruguay einst Einwanderungsland gewesen und zwang später, während der Diktatur, viele Menschen ins Exil. Grundsätzlich kommt den Texten eine große Bedeutung zu. Oftmals bissig-satirisch und spöttisch werden aktuelle Probleme und Krisen, gerne auch PolitikerInnen und bekannte Persönlichkeiten aufs Korn genommen. Aber auch das ganz banale alltägliche Leben spielt eine große Rolle, die Mühen des Lebens werden ironisch aufgegriffen und den Menschen wird der Spiegel vorgehalten. Durch die Murgas wurde ein gesellschaftlich anerkannter, sogar hoch geschätzter Raum geschaffen, um Unzufriedenheit, Zweifel und Ablehnung gegen die Mächtigen, die Regierenden, die herrschenden Verhältnisse und Missstände zum Ausdruck zu bringen. Dabei werden lokale, nationale und internationale Probleme aufgegriffen, besonders aber landestypische, aktuelle Bezüge zur sozialen, politischen und wirtschaftlichen Lage hergestellt. All das macht die



Murgas auch heute noch sehr beliebt: Neben den alteingesessenen, traditionsreichen Gruppen hat sich in den letzten Jahren eine *Murga Joven* formiert. Immer mehr Jugendliche, darunter auch Mädchen und Frauen, sind von dieser Form sich auszudrücken fasziniert; in fast allen Stadtteilen gibt es spezielle Wettkämpfe der jungen Murgas.

Auch während der Militärdiktatur von 1973 bis 1985 waren die Murgas populär. Und für viele UruguayerInnen sehr wichtig. Trotz Zensur, Verboten und Verhaftungen von Murgueros führten viele auf subtile Weise ihren eigenen kreativen Kampf gegen das Schweigen und hatten so ihren Anteil am Widerstand gegen den Terror und die Repression jener Jahre. In dieser Tradition erheben heutzutage viele Murgas ihre Stimme gegen die Straflosigkeit.

Murgas sind wieder allgegenwärtig und erleben als typisch uruguayische Kulturform einen Boom. Die Begeisterung für die Murga macht vor den Landesgrenzen nicht halt: So haben argentinische Musiker, z.B. von der bekannten Band *La Bersuit Vergarabat* Murga-Stücke in ihrem Repertoire. In Uruguay selbst holen Bands wie *La Vela Puerca* regelmäßig Murgas auf die Bühne. Und auch bei politischen Veranstaltungen darf eine Murga nicht fehlen, so auch bei der Amtseinführung des ersten Mitte-Links-Präsidenten Tabaré Vázquez am 1. März 2005.



Fußball: Glorreiche Vergangenheit und trister Alltag

Stefan Thimmel

Im März 2009 machte Uruguay in der Fußballwelt Schlagzeilen. Es ging um die von der *Süddeutschen Zeitung* so betitelte »Born-Verschörung«. Jürgen Ludger Born, bis dahin Präsident von Werder Bremen und heute noch Honorarkonsul von Uruguay, sollen von einer Spielerberatungsagentur 50.000 Dollar für einen Spielertransfer auf sein Konto in Montevideo überwiesen worden sein. Berüchtigt ist auch Juan Figer, Spitzname »Das Phantom«, ein uruguayisch-stämmiger, von Brasilien aus tätiger Geschäftsmann, der den Spielerhandel zwischen Europa und Lateinamerika beherrscht. Figer hatte Anfang Juli dem Hamburger SV den Mittelfeldspieler Zé Roberto vermittelt, ablösefrei, wie es zuerst hieß. Tatsächlich bezahlten die Hamburger vier Millionen Euro an den Traditionsclub Nacional Montevideo, für den Roberto nie gespielt hatte. Ein gängiges Modell im modernen Spieler-Sklavenhandel. Talentierte Spieler werden bei Klubs in Uruguay »geparkt« und nach Europa weiterverkauft oder ausgeliehen. Die Transferrechte liegen bei den Vereinen und die Berater kassieren horrende Provisionen. Über 500 aus Uruguay exportierte Fußballer spielen aktuell in ausländischen Profiligen. Neben Figer ist ein weiterer Uruguayer eine Schlüsselfigur im internationalen Spielerhandel: Francisco »Paco« Casal. »Der Pate«, der sich selbst als den reichsten Uruguayer bezeichnet, hat den Fußball in seinem Heimatland fest im Griff. Er bestimmte lange Zeit die Aufstellung der Nationalmannschaft mit und sein TV-Imperium Tenfield besitzt die Übertragungsrechte für Spiele des Nationalteams und der nationalen Ligen.

Für die UruguayerInnen ist klar: Der erste Ball aus Leder ging in den 1860er Jahren in Südamerika im Hafen von Montevideo an Land. Englische Matrosen brachten das neue Sportgerät an den Río de la Plata und englische Eisenbahnarbeiter verbreiteten das Spiel. Die erste offizielle Partie fand 1881 zwischen Montevideo Rowing und Montevideo Cricket statt, zwei eher elitären englischen Sportclubs. Schon 1900 wurde die *Uruguay Association Football League* gegründet, die sich 1905 in *Asociación Uruguaya de Football* umbenannte (erst 1972 wurde das englische Wort für Fußball durch das spanische *fútbol* ersetzt). 1901 fand das erste offizielle Länderspiel zwischen Uruguay und Argentinien in Montevideo statt, das die Gastgeber mit 3:2 gewannen. 1916 gab es in Argentinien aus Anlass der Feierlichkeiten zur einhundertjährigen Unabhängigkeit des

Staates ein Turnier, das Uruguay gewann. Bemerkenswert war der Einspruch der chilenischen Mannschaft gegen die Uruguayer: Sie protestierten gegen den Einsatz zweier »Afrikaner«, sprich dunkelhäutiger Spieler, bei den Urus.

Ab 1900 gab es im Land eine eigene Liga, ab 1915 sogar mehrere konkurrierende Ligen, darunter die Liga der Banken und die der Arbeiter, auch Rote Liga genannt. Diese war von der Kommunistischen Partei gegründet worden. Im Gegensatz zu den AnarchistInnen, die den neuen Sport als Volksverdummung ablehnten, hatten die KommunistInnen das Potenzial des Fußballs erkannt. Bestimmend für den Vereinsfußball im Land aber war bis vor kurzem die ewige Rivalität zwischen den beiden Traditionsclubs Peñarol und Nacional. Die großen Derbys zwischen den beiden Vereinen aus Montevideo begeisterten das ganze Land. Ihrer Konkurrenz liegt historisch auch eine soziale Komponente zugrunde. Am 28. September 1891 gründeten mehrheitlich englische Angestellte und Arbeiter der Uruguayischen Eisenbahngesellschaft den *Central Uruguay Railway Cricket Club* (CURCC). Später wurde der Verein nach dem Stadtteil, in dem das Eisenbahnunternehmen seinen Sitz hatte, Peñarol genannt. Der *Club Nacional de Football* entstand am 14. Mai 1889 durch den Zusammenschluss zweier Vereine, deren Mitglieder sich aus der ersten Generation uruguayischer Studenten rekrutierten. Beide Clubs gewannen bis heute 89 Mal die uruguayische Meisterschaft (Peñarol 47, Nacional 42 Mal), wurden mehrfach Südamerikameister und Weltpokalgewinner.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts beherrschten Argentinien und Uruguay den Fußball in Südamerika und entwickelten einen eigenen Stil. 1916 gewann Uruguay den erstmals ausgetragenen Lipton-Cup, die vom englischen Teebaron Thomas Lipton gestiftete Südamerika-Meisterschaft. Natürlich gegen Argentinien. 1924 führte dieser moderne, lebendige Fußball auch bei den Olympischen Spielen in Paris zum Erfolg: Die Uruguayer, angeführt von José Leandro Andrade, dem ersten schwarzen Fußballer in einer Nationalmannschaft, fegten Jugoslawien, damals eine der besten europäischen Mannschaften, mit 7:0 vom Platz. Im Finale wurde die Schweiz mit 3:0 geschlagen. Wie überlegen der südamerikanische dem europäischen Fußball war, wurde erneut vier Jahre später bei den Olympischen Spielen in Amsterdam deutlich: Im Finale bezwang Uruguay mit 2:1 seinen argentinischen Nachbarn.

Wegen der glanzvollen Siege bei den Olympischen Spielen 1924 und 1928 gelang es den Uruguayern, den FIFA-Präsidenten Jules Rimet zu überzeugen, sie mit der Ausrichtung der ersten Weltmeisterschaft zu be-

auftragen. Sehr zum Leidwesen der Engländer, die sich einbildeten, als Mutterland des Fußballs ein Anrecht auf die erste WM zu haben und deshalb – ebenso wie die meisten europäischen Teams – beleidigt zu Hause blieben. Am 18. Juli 1929 wurde das monumentale und für die WM in Rekordzeit errichtete *Estadio Centenario* mit dem Spiel Uruguay gegen Peru eröffnet (1:0), genau 100 Jahre nach Verabschiedung der ersten Verfassung der Republik. Beim Endspiel, dass wiederum die in herzlicher Rivalität verbundenen Nachbarn Uruguay und Argentinien austrugen, konnte man sich nicht auf einen Ball einigen, so wurde in der ersten Halbzeit mit einem argentinischen und in der zweiten Hälfte mit einem uruguayischen Ball gespielt. Endstand 4:2 für Uruguay. Die *Celeste*, so benannt nach ihren himmelblauen Trikots, war Weltmeister.

Der überragende uruguayische Fußball dieser Zeit war ein Produkt des Wohlfahrtsstaates, der unter dem Präsidenten José Batlle y Ordóñez Anfang des 20. Jahrhunderts etabliert wurde. Nur im Kontext dieser Zeit kann man die Faszination des Sports verstehen, die der Fußball in Uruguay ausübte. Eine Gesellschaft von EinwandererInnen wurde in dieser Zeit uruguayisch. Zu dieser Identitäts- und Nationenbildung hat der



Fußball viel beigetragen. Die frühe Größe des uruguayischen Fußballs geht auch auf die Integration schwarzer Sportler – lange vor Brasilien – in den zunächst in Lateinamerika eher elitären Sport zurück.

In den 1920er und 1930er Jahren hatten die Urus weniger wegen der physischen und technischen Stärke ihrer Spieler als vielmehr wegen ihrer als *picardía criolla* bezeichneten Schlitzohrigkeit das Geschehen bestimmt. Sieben Mal gewannen sie zwischen 1916 und 1935 die *Copa América*, die südamerikanische Meisterschaft. Die *picardía* wurde später durch die *garra charrúa* abgelöst. Mit diesem Ausdruck wurde das oftmals überharte Spiel der Uruguayer bezeichnet. In diese Phase fiel auch der größte Erfolg des uruguayischen Fußballs. Am 16. Juli 1950, zwanzig Jahre nach dem Triumph im Centenario, besiegte Uruguay im Finale der WM den Gastgeber und haushohen Favoriten Brasilien vor fast 200.000 ZuschauerInnen mit 2:1 im Stadion Maracanã von Rio de Janeiro – bis heute für die Brasilianer ein Alptraum.

Nach der WM 1950 begann der bis heute ungebremsste Niedergang des uruguayischen Fußballs. Dem in Uruguay so genannten Jahrhundertspiel im Halbfinale gegen Ungarn bei der WM 1954 in der Schweiz,



das die Urus mit 4:2 verloren, folgte 1957 die »Schande von Asunción«. Das Team wurde bei der Qualifikation für die WM 1958 in Schweden von Paraguay mit 5:0 gedemütigt. Bei der WM 1962 in Chile schied die Mannschaft bereits in der Vorrunde aus, 1966 in England besiegten Beckenbauer, Seeler und Co. die Urus mit 4:0 im Viertelfinale. 1970 erreichten sie immerhin das Halbfinale, wo sie sich dem späteren Weltmeister Brasilien geschlagen geben mussten. 1974 in Deutschland war nach der Vorrunde Schluss und die Uruguayer mussten daraufhin zwölf Jahre auf ihre nächste WM-Teilnahme warten.

Nach dem Vorbild der argentinischen Militärs, die 1978 die WM in Buenos Aires zu Propaganda-Zwecken missbrauchten, erfanden die uruguayischen Militärs 1980 die *Mundialito*. Insgesamt sechs Nationen nahmen an dieser »Kleinen Weltmeisterschaft«, die den 50. Geburtstag der ersten WM zum Vorwand nahm, teil: Brasilien, Argentinien, Niederlande, Italien, die BRD und der Gastgeber. Das bundesdeutsche Team schied nach zwei Niederlagen schon in der Vorrunde aus. Das Endspiel gewann der Gastgeber mit 2:1 gegen Brasilien. Dabei erklang nach sieben Jahren des erzwungenen Schweigens der vieltausendfache Ruf von den Tribünen: »Sie wird zu Ende gehen, die Militärdiktatur.«

1986 konnten die Uruguayer wieder an einer WM teilnehmen, schieden aber in Mexiko im Achtelfinale gegen Argentinien aus. Vier Jahre später passierte das gleiche bei der WM in Italien gegen den Gastgeber. 2002 in Japan und Südkorea kamen sie nicht über die Vorrunde hinaus, die WM 2006 in Deutschland verpassten sie knapp. Im November 2009 konnten sie sich immerhin für die WM 2010 in Südafrika qualifizieren.

Obwohl die Zeiten eines uruguayischen Ausnahmefußballers wie »El Principe« Enzo Francescoli, der zwischen 1980 und 1997 vor allem in Argentinien bei River Plate Buenos Aires brillierte, vorbei sind, gibt es auch heute noch uruguayische Spieler, die im Ausland Furore machen. Vor allem Diego Forlán, der seit 2002 bei Manchester United und dem FC Villarreal Erfolge feierte (seit 2007 spielt er bei Atlético Madrid) und zwei Mal den *Pichichi*, den »goldenen Schuh« für den erfolgreichsten Torjäger der spanischen Primera División gewinnen konnte, und Luis Suárez, der bei Ajax Amsterdam spielt und dessen Marktwert heute auf ca. 15 Millionen Euro taxiert wird.

In der Liga hingegen herrscht Tristesse. Außer bei den nach wie vor heftig umkämpften und medial ausgeschlachteten *Clásicos* zwischen Nacional und Peñarol verlieren sich kaum mehr als 2.000 ZuschauerInnen in die Stadien. Die 16 Vereine der ersten uruguayischen Division (allein 14 davon kommen aus Montevideo) sind ausnahmslos hoch verschul-

det, regelmäßig streiken die in einer Gewerkschaft organisierten Spieler. Viele von ihnen verdienen nicht mehr als 500 US-Dollar im Monat und selbst dieses geringe Gehalt wird oft monatelang nicht ausgezahlt. Das spielerische Niveau ist mehr als bescheiden, und sobald sich ein hoffnungsvolles Talent zeigt, ist es schon an das Casal-Imperium verkauft. Die erste Liga blutet aus, gute junge Spieler bleiben nicht lange im Land, höchstens Rückkehrer aus europäischen Ligen oder ausgemusterte Profis wie die ehemaligen Schalker Carlos Grossmüller oder Dario Rodríguez sind halbwegs bekannt.

Der Fußball war immer ein Teil der uruguayischen Kultur. Schriftsteller wie Mario Benedetti und Eduardo Galeano, der 1997 das Buch *Der Ball ist rund und Tore lauern überall* veröffentlichte, bekannten sich zu ihrer Leidenschaft für den Fußball. Diese überbordende Leidenschaft, die oftmals mit grenzenloser Selbstüberschätzung einherging, ist vorbei. Viele im ehemals fußballverrückten Uruguay können es sich nicht mehr leisten, ins Stadion zu gehen, oder wollen die Fußballmafia nicht weiter alimentieren. Nicht wenige haben auch die miserablen Leistungen der *Selección* satt.

Glorreiche Vergangenheit, triste Gegenwart, Hoffnung für die Zukunft: 2030, zum 100. Jubiläum der Fußballweltmeisterschaft soll das Turnier, wie schon 1930, in Montevideo ausgetragen werden. Argentinien und Uruguay wollen eine gemeinsame Bewerbung abgeben, die vom südamerikanischen Fußballverband CONMEBOL unterstützt wird.

Das ist immerhin eine positive Nachricht.

Carne und Caruso Einblicke in die Küche Uruguays

Albrecht Girle

Schon kurz nach seinem Amtsantritt bekam der erste linke Präsident in der Geschichte Uruguays Besuch von Journalisten aus Deutschland. Ein Team des *stern* traf Tabaré Vázquez in Montevideo. Nach eigenem Bekunden in der Absicht, ihn zum politischen Wechsel und zu den bilateralen Wirtschaftsbeziehung zu befragen. Doch davon war später kein Wort zu lesen. Stattdessen präsentierten sie das Staatsoberhaupt als Hobbykoch,

verrieten sein Leibgericht («Cannelloni mit Spinatfüllung») und tauschten Kochrezepte aus. Die Fotos zeigten ein Uruguay mit Sonntagsgesicht: das Land der Rindersteaks und der nie verlöschenden Grillfeuer.

Der Autor kam direkt aus der *stern*-Redaktion *Lebensart und Reise* und hatte gewiss nichts wirklich Politisches im Sinn. Einerseits schade: Wieder mal die Chance vertan, einen der vielen weißen Flecken auf der publizistischen Landkarte der Deutschen zu füllen. Ärgerlich! Typisch! Andererseits ist auch etwas Richtiges daran: Die fleischlichen Genüsse Uruguays lohnen den weitesten Weg.

Auf jeden Menschen in Uruguay kommen (statistisch) gut 3,6 Rinder. Das 3,3-Millionen-Völkchen am Río de la Plata beherbergt auf seinem Territorium mindestens 12 Millionen Rinder, 16 Millionen Schafe, eine halbe Million Schweine und ungezähltes Geflügel. Auf den Weideflächen der riesigen Zuchtbetriebe gibt es Platz ohne Ende: Pro Kuh ist ein Hektar Standard. Noch kennen die meisten Tiere weder Kunstdünger noch Kraftfutter; alleinige Nahrung sind bis heute die Gräser und Wildkräuter, die in der *pradera* wachsen, der Pampa-Landschaft am Río de la Plata. Das schmeckt man! Das typischste aller Fleischgerichte ist der *Asado*: durchwachsene Streifen aus der Brustrippe, auf dem Grill mild gesalzen. Mehr Würze braucht es nicht.

Die EinwohnerInnen des Landes gelten als Weltmeister im Fleischkonsum, denn *Carne*, das Rindfleisch, ist seit jeher Volksnahrungsmittel; das gilt für die Hauptstadt Montevideo, wo zum Wochenende hinter vielen Häusern ein Grillfeuer leuchtet und der Himmel über den *Barrios* mit Bratenduft gefüllt ist. Das gilt noch mehr für die Landregionen, wo außerdem Lamm und allerlei Wild verzehrt wird. Beliebt sind *Jabalí* (Wildschwein), *Liebre* (Hase) und das zarte, helle Fleisch der *Nutria*, die allerdings heute – wie die Straußenvögel *Nandú* – aus Zuchtbetrieben stammen. Ein *Carpaccio* vom tiefroten, aromatischen *Nandú* genießt man mit Andacht.

Solcherlei Raffinessen kennt man in den ärmeren Wohnvierteln nicht. Fast jede fünfte Familie lebt immer noch an der Armutsgrenze. Aber auch in den Stadtrandsiedlungen mit den viel zu kleinen Häusern kann man es sehen, das abendliche Feuer der *Parrilla*, mit einem *Asado* und den schmackhaften, allerdings auch gewöhnungsbedürftigen Innereien: *Riñones* (Nieren), *Molleja* (Bries), *Chinchulín* (Kalbsdarm), dazu die grobe würzige Bratwurst *Chorizo* und die *Morcilla*, eine Blutwurst, die es in zwei Geschmacksrichtungen gibt: süß mit Rosinen und herzhaft mit viel Macisblüte. Das alles findet sich freilich auch auf den Tellern der Besser-Verdienenden. Es ist sozusagen nationales Kulturerbe. Preiswert dank

staatlicher Stützung ist *Pollo* (Hähnchen), das allerdings mit dem rachitischen Geflügel aus deutscher Intensivhaltung überhaupt nichts gemein hat. Ein Brathuhn wiegt selten unter zwei Kilogramm und ähnelt in Größe und Gestalt der Babypute im deutschen Kühlregal.

Egal, wo man in Montevideo hingeht: Ein bisschen Italien ist überall. Nach wenigen Metern gibt es eine Bar, ein *Boliche* oder eine Pizzeria, wo der Wirt mit Tafelkreide die Tagesgerichte anpreist. Und spätestens hier merkt man, dass auch Uruguay zum Kernland von Pizza und Pasta zählt: *Cappelletti*, *Ravioles*, *Tallarines*, *Canelones*, *Lasaña* und natürlich Pizza mit vielen *Gustos* (Belägen) zur Wahl sowie deren »Luxusvariante« *Muzzarella* mit sehr viel Käse obendrauf. Italienische EinwandererInnen schrieben einst neben den *Gauchos* den Speisezettel des ganzen Landes. Und am 29. jedes Monats ist *Gnocchi*-Tag. Wen immer man von den Einheimischen fragt: Niemand kann sagen, woher diese geheimnisvolle Verabredung kommt, aber zum Monatsende gibt es sie überall, die muschelförmigen Nudeln aus Kartoffelteig mit vielerlei Zutaten: *Noquis con Tuco* (Tomatensauce), *con Estofado* (mit Rinderbraten), *con Salsa Ca-*



ruso (Schinken-Pilz-Sahnesauce) oder zum Dippen in heißem Fett kross gebraten.

Was die eigene Küche an Frischem braucht, das gibt es mehrmals wöchentlich auf der *Feria*, dem Wochenmarkt um die Ecke. Zitrusfrüchte, Kopfsalat, Äpfel, Lauchzwiebeln und Tomaten sowie die meisten Küchenkräuter haben immer Saison, auch die vielseitigen *Boniatos* (Süßkartoffeln). Während der langen Ernteperiode biegen sich die Tische unter der Last von Orangen, Pfirsichen, Pflaumen und Aprikosen, Kürbissen und fußballgroßen *Pomelos*, der südamerikanischen Variante der Pampelmuse. Alles ist deutlich günstiger als im Supermarkt, denn der Staat war so schlau, die ambulanten Händler und selbst vermarktenden Gemüsebauern von der Mehrwertsteuer zu befreien. Weil viel schwarz gehandelt wird, hätte er eh nicht viel bekommen.

Die Vielfalt löst aber auch Fragen aus: UruguayerInnen, die eine Zeitlang im Ausland lebten, schimpfen immer mal wieder über die eigene Heimat: »Dieses Land ist so fruchtbar und reich an Möglichkeiten! Warum können wir nicht mehr daraus machen?« Tatsächlich: Das Land bringt die Früchte mehrerer Klimazonen hervor: Äpfel und die saftigsten Zitronen, Kartoffeln und Bananen, Reis und Mais, Zuckerrohr und ordentliche Weine. Aber nur wenige Produkte außer Fleisch, Fellen und Wolle finden den Weg auf den Weltmarkt. Die Hauptursache ist »hausgemacht«: Riesige Landflächen sind in der Hand von wenigen Familien von *Estancieros*, die bei geringstem Investitions- und Personalaufwand mit der Viehzucht gut verdienen und deshalb sorgsam über den Schlaf der Provinz wachen.

Eine Ausnahme macht der Wein. Der wird heute auf immerhin 10.000 Hektar kultiviert und gewinnt allmählich einen guten Ruf auch bei europäischen KonsumentInnen. Ein Fünftel der Rebfläche ist dem Tannat vorbehalten, einem dunklen, kräftigen Rotwein, den der französische Baske Pascual Harriague 1870 von den Hängen der Pyrenäen mitbrachte. Heute ist die Rebe im Ursprungsland unbedeutend, aber die Spitzengewächse uruguayischer Provenienz gewinnen auf Weltausstellungen Gold- und Silbermedaillen. Die rund 270 Bodegas sind meistens Familienbetriebe mit Wurzeln in Italien oder Spanien: Pisano, Stagnari, Don Pascual, Toscanini ... Mit Glück kommt vielleicht gerade eine zweite Ausnahme hinzu: Käse! Denn die Milchwirtschaft ist im Aufwind und trägt zum Exporterlös des Landes bei. Einige vorzügliche Käse verraten ihren Ursprung im Namen: Colonia, Muzzarella, Sbrinz, Parmesano und Provolone. Letzterer wird – wie sollte es hier anders sein – auf offenem Holzfeuer gegrillt und mit Kräutern heiß serviert.

Im Südwesten des Landes gründeten Schweizer um 1850 die Landstadt Nueva Helvecia. Zusammen mit Colonia Valdense, der gleichalten Niederlassung verfolgter Waldenser, bildet sie das Zentrum der Milchwirtschaft. Ihre Markenzeichen sind fast 100 Käsesorten, die inzwischen auch anderen Nationen schmecken. Mennoniten aus dem ehemaligen Westpreußen, die in den 1950er Jahren nach Uruguay kamen und Siedlungen wie Colonia Gartental und El Ombú gründeten, betreiben auf halbem Weg zwischen diesen beiden Gemeinden eine Molkerei, die bis in den Nahen Osten liefert.

In den *Cantegriles*, den Elendsbezirken an den Rändern der Städte, ist die Versorgungslage für viele Familien indessen immer noch prekär. Allerdings ist die Situation nicht mehr so verzweifelt wie im Krisenjahr 2002, als beinahe jeder Dritte im Land an oder unterhalb der Armutsgrenze lebte. Heute werden die Preise vieler Grundnahrungsmittel, insgesamt 144 Artikel des täglichen Bedarfs, staatlich garantiert – und trotzdem ist der Hunger nicht besiegt. Das von der Frente Amplio neu geschaffene Ministerium für Soziale Entwicklung (MIDES) hat gleich nach Beginn der Regierungsgeschäfte einen landesweiten sozialen Nothilfeplan mit einem abgestuften Maßnahmenpaket entwickelt. Dazu gehört auch ein »Kreditkartensystem«, mit dem bedürftige BürgerInnen im Laden an der Ecke Lebens- und Haushaltsmittel bekommen. Zum Jahresbeginn 2008 hatten 68.500 Haushalte eine solche *tarjeta alimentaria*.

In den Jahrzehnten zuvor war von der Vielfalt auf dem Speisezettel noch weniger zu sehen als heute. Susana kann davon erzählen, die 54-jährige Witwe und Mutter von drei Kindern. Als ihre Eltern sich entzweiten, blieben die Kinder sich selbst überlassen. Als Neunjährige kam sie zu einer Tante und lebte mit deren Familie in einem *Rancho* aus Blech und Holzlatten auf nacktem Erdboden – im Schatten einer Eisengießerei im Industriestadtteil Capurro von Montevideo. Das Wasserbecken, in dem die rotglühenden Gussteile gekühlt wurden, diente nicht nur zum Wäschewaschen oder als Planschbecken für die Kinder, es bereicherte auch den Speisezettel. Susana erinnert sich: »An eine Holzlatte banden wir ein Stück Angelschnur. An das andere Ende kam eine krummgebogene Stecknadel als Haken. Damit fingen wir im Bassin die Frösche, die wir anschließend in der Pfanne gebraten haben – sie schmeckten herrlich.« Einzige brauchbare Köder waren Fitzelchen von einem knallroten Wollfaden.

Was Susana bis heute hasst, ist Polenta, ein Maisbrei, zäh, grob und schwer wie der Flusssand vor der nahen Ölraffinerie. Die Tante ließ die Masse auf der Steinplatte des Küchentischs erkalten, bevor sie sie zum

Aufbraten in Würfel schnitt. Das gab es fast täglich mit *Guiso*, einer Art Eintopf in heller Mehlschwitze aus Rindertalg. War kein Geld im Haus, bestand er aus *Recortes*, den billigen Fleischabschnitten und Kaldaunen, an besseren Tagen aus Suppenfleisch und Geflügelklein. An Festtagen kam er mit *Charques* auf den Tisch, mit an der Luft gedörretem, gesalzene Rindfleisch. Und dies – aber nur dies! – fand Eingang in die Speisekarten der gehobenen Gastronomie.

Zum Weiterlesen: Ausgewählte Literatur

- Aldrichi, Clara: La izquierda armada. Ideología, ética e identidad en el MLN-Tupamaros, Montevideo 2001
- Amengual, Claudia: Desde las cenizas, Montevideo 2005
- Azzellini, Dario / Thimmel, Stefan: Futbolistas: Fußball und Lateinamerika. Hoffnungen, Helden, Politik und Kommerz, Berlin/Hamburg 2006
- Benedetti, Mario: Die Gnadenfrist, Göttingen 1996
- Benedetti, Mario: Frühling im Schatten, Wuppertal 1986
- Benedetti, Mario: Literatur und Revolution, Basel 1985
- Berberich, Monika / Rosenkötter, Irene: »Aber wir haben immer auf das Leben gesetzt ...«, Hamburg 1998
- Blanqué, Andrea: Die Passantin, Zürich 2005
- Blixen, Samuel: Sendic, Montevideo 2000
- Blixen, Samuel: Seregni: la mañana siguiente, Montevideo 1997
- Brand, Ulrich / Gensler, Marlis / Thimmel, Stefan: Argentinien & Uruguay. Länderkunde und Reisehandbuch für Kultur- und Naturreisende, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1999
- Büro für Kultur- und Medienprojekte (Hg.): Als der Kerker zur Theaterwerkstatt wurde. Das »Teatro Carcelario« von Mauricio Rosencof, Hamburg 1995
- Butazzoni, Fernando: Seregni-Rosencof. Mano a mano, Montevideo 2002
- Caetano, Gerardo / Rilla, José: Historia contemporánea del Uruguay. De la colonia al siglo XXI, 3. ed., Montevideo 2006
- Campodónico, Miguel Angel: Mujica, Montevideo 1999
- Casacuberta, Pablo: El mar, Montevideo 2000
- Delgado Aparain, Mario: Die Ballade des Johnny Sosa, München 1996
- Delgado Aparain, Mario: Februarmond, Berlin 2001
- Eisenbürger, Gert (Hg.): Lebenswege – 15 Biographien zwischen Europa und Lateinamerika, Hamburg 1995
- Fernández Huidobro, Eleuterio: Historia de los Tupamaros. Tomos 1–3, Montevideo 1989
- Galeano, Eduardo: Der Ball ist rund und Tore lauern überall, 2. Aufl., Wuppertal 1998
- Galeano, Eduardo: Die offenen Adern Lateinamerikas, Neuausgabe, Wuppertal 2009
- Galeano, Eduardo: Erinnerung an das Feuer, Wuppertal 2004
- González Bermejo, Ernesto: Hände im Feuer. Ein Tupamaro blickt zurück, Gießen 1986
- Hackl, Erich: Sara und Simón. Eine unendliche Geschichte, Zürich 1995
- Kalmar, Fritz: Das Herz europaschwer – Heimweggeschichten aus Südamerika, Wien 1997
- Kalmar, Fritz: Das Wunder von Büttelsburg und andere Erzählungen, Wien 1999
- Kießling, Wolfgang: Exil in Lateinamerika, Frankfurt/M. 1981
- Kroch, Ernesto: Heimat im Exil – Exil in der Heimat. Autobiografie, Neuausgabe, Berlin/Hamburg 2004

Kroch, Ernesto: Südamerikanisches Domino. Erzählungen, Wuppertal 1987
 Kroch, Ernesto: Uruguay zwischen Diktatur und Demokratie, Frankfurt/M. 1991
 Küppers, Gabriele (Hg.): Feministamente. Frauenbewegung in Lateinamerika, Wuppertal 1992
 Labrousse, Alain: Die Tupamaros. Stadtguerilla in Uruguay, München 1971
 Liscano, Carlos: El camino a Itaca, Montevideo 1994
 Liscano, Carlos: El furgón de los locos, Montevideo 2002
 Mühlen, Patrick von zur: Fluchtziel Lateinamerika. Die deutsche Emigration 1933–45: politische Aktivitäten und soziokulturelle Integration, Bonn 1988
 Murillo, César: Morir en Punta del Diablo, Montevideo 2002
 Nahum, Benjamín: Manual de Historia del Uruguay. Tomo II (1903–2000), Montevideo 2002
 Onetti, Juan Carlos: Das kurze Leben, Frankfurt/M. 1978
 Onetti, Juan Carlos: Der Schacht, 3. Aufl., Frankfurt/M. 2000
 Onetti, Juan Carlos: Leichensammler, Frankfurt/M. 2001
 Peláez, Fernando / Peveroni, Gabriel: Rock que me hiciste mal. El Rock Uruguayo desde los 60 a nuestros días, Montevideo 2006
 Pi Hugarte, Renzo: Los indios del Uruguay, Montevideo 1998
 Rehermann, Carlos: El robo del cero Wharton, Montevideo 1995
 Rheinisches JournalistInnenbüro: »Unsere Opfer zählen nicht«. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg, Berlin/Hamburg 2006
 Rosencof, Mauricio / Fernández Huidobro, Eleuterio: Wie Efeu an der Mauer. Erinnerungen aus den Kerkern der Diktatur, Hamburg 1990
 Rosencof, Mauricio: Der Bataraz, Hamburg 1955
 Rosencof, Mauricio: Die Briefe, die nicht ankamen, Köln 2004
 Schmolze, Bianca / Rauchfuss, Knut: Kein Vergeben. Kein Vergessen. Der internationale Kampf gegen Straflosigkeit, Berlin/Hamburg 2009
 Schubert, Alex: Stadtguerilla, Berlin 1971
 Schultze, Marisa Silva: La limpieza es una mentira provisoria, Montevideo 1997
 Servicio Paz y Justicia Uruguay: Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2008, Montevideo 2008
 Solari, Ana: Zack, Montevideo 1993
 Trujillo, Henry: Tres buitres, Montevideo 2007
 Vilariño, Idea: An Liebe. Gedichte, Frankfurt/M. 2005
 Weber, Gaby: Die Guerilla zieht Bilanz, Gießen 1989
 Wenk, Mirjam: Ein Kampf gegen das Vergessen. Frauen in Uruguay und ihr Leben nach der politischen Gefangenschaft, Gießen 2006
 Wir, die Tupamaros, Berlin 1974
 Zubillaga, Carlos: La utopía cosmopolita. Tres perspectivas de la inmigración masiva en Uruguay, Montevideo 1998

Zu den Autorinnen und Autoren

Joachim Becker, geb. 1960, Ökonom und Politikwissenschaftler, außerordentlicher Professor am Institut für Außenwirtschaft und Entwicklung der Wirtschaftsuniversität Wien, Redakteur des *Kurswechsel*. In Montevideo arbeitet er seit vielen Jahren eng mit dem *Centro Latinoamericano de ecología social* (Claes) zusammen.

Bettina Bremme, geb. 1964, Politik- und Kulturwissenschaftlerin, Autorin der Bücher *Movie-mientos. Der lateinamerikanische Film: Streiflichter von unterwegs* (2000) und *Movie-mientos II. Der lateinamerikanische Film in den Zeiten der Globalisierung* (2008, Schmetterling Verlag Stuttgart). Lebt seit 2002 als freie Journalistin in Barcelona und ist dort im Goethe-Institut tätig.

Theo Bruns, geb. 1953, Studium der Politik, Philosophie und Soziologie in Marburg. Lebt seit 1983 in Hamburg und arbeitet dort als Verleger, Lektor und Übersetzer.

Lisa Buhl, geboren 1989 in Berlin, lebt in Buenos Aires und studiert Literatur. Die Brücke nach Uruguay begeht sie stetig.

Olga Burkert, geb. 1980, studierte Lateinamerikanistik, Politikwissenschaften und Soziologie in Berlin, Barcelona und Buenos Aires. Redakteurin der *Lateinamerika Nachrichten*. Journalistische und wissenschaftliche Artikel zu Vergangenheitspolitik und Erinnerungskulturen in Argentinien sowie Mitherausgeberin des Buches *Verhandlungssache Mexiko Stadt. Umkämpfte Räume, Stadtaneignung, imaginarios urbanos* (2008) aus der Reihe metroZones.

Gert Eisenbürger, geb. 1960, ist Redakteur der Zeitschrift *ila* in Bonn. Zahlreiche Veröffentlichungen in Büchern und Zeitschriften zu Lateinamerika, u.a. in den bei Assoziation A erschienenen Titeln *Lebenswege – 15 Biographien zwischen Europa und Lateinamerika* (1995), *Unsere Opfer zählen nicht – Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg* (2005) und *Futbolistas – Fußball und Lateinamerika* (2006).

Mijal Gandselman-Trier, geb. 1954, ist Ethnologin und arbeitet am Institut für Ethnologie der Universität Hamburg. Montevideo ist ihre Geburtsstadt. Dort hat sie zur jüdischen Diaspora und zu Umstrukturierungsprozessen in der Altstadt, Ciudad Vieja, geforscht.

Alvaro de Giorgi Lageard, geb. 1967, Doktorand der Sozialwissenschaften, Assistenzprofessor am Institut für Sozial- und Kulturanthropologie der Universität der Republik in Montevideo.

Albrecht Girle, geb. 1945, war bis zur Rente als Journalist in der Erwachsenenbildung und Sozialpädagogik in der BRD tätig. Seit 2006 ver-

bringt er mit seinem Mann einen großen Teil des Jahres in Uruguay. Vorstandstätigkeit in der Casa Bertolt Brecht in Montevideo. Hörfunkbeiträge und Fotoausstellungen über Themen aus Uruguay.

Angela Habersetzer, geb. 1953, Sozialpädagogin. Lebte fünf Jahre in Matagalpa, Nicaragua. Arbeitete anschließend im Nicaragua-Büro Wuppertal. Lebt heute in Hamburg und betreut Jugendliche in einer Wohngruppe.

Erich Hackl, geb. 1954, studierte Germanistik und Hispanistik, seit 1983 freier Schriftsteller und Übersetzer sowie Herausgeber von Werken unbekannter oder an den Rand gedrängter Autorinnen und Autoren. Lebt in Wien und Madrid.

Karl-Ludolf Hübener, geb. 1940, freier Journalist für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten, Studium der Geschichte und Publizistik, u.a. Projektleiter der Zeitschrift *Nueva Sociedad* in Caracas. Lebt seit 1988 in Montevideo.

Ernesto Kroch, geb. 1917 in Breslau, unter der Herrschaft des Nationalsozialismus wegen antifaschistischer Tätigkeit verurteilt, KZ Lichtenburg, 1938 Zwangsemigration, Exil in Uruguay, 1982 Rückkehr nach Deutschland wegen drohender Verhaftung in Uruguay unter der Militärdiktatur. Lebt heute wieder in Montevideo und ist im Rahmen der Frente Amplio politisch aktiv. Zahlreiche Bücher, Autobiografie *Heimat im Exil – Exil in der Heimat*.

Gaby Küppers, geb. 1957, promovierte Hispanistin. Redaktionsmitglied der Zeitschrift *ila* in Bonn. Arbeitet als Referentin für Außenhandel und für Lateinamerika bei der Fraktion der Grünen/EFA im Europäischen Parlament in Brüssel. Pendelt zwischen Bonn und Brüssel.

Gabriel Peveroni, geb. 1969 in Montevideo. Schriftsteller, Dramatiker und Journalist. Veröffentlichte die Romane *La cura* (1997), *El exilio según Nicolás* (2004) und *Tobogán blanco* (2009). Unter seinen Theaterstücken ragen *Berlín* und *Groenlandia* heraus. Er ist Herausgeber der Zeitschrift *Freeway* und im Fernsehen ist von ihm die Serie *Arte Urbano* (2009) zu sehen.

Carlos »Castor« Ramos, geb. 1975, Krankenpfleger. Betreibt leidenschaftlich gern Radio und ist immer auf der Suche nach neuer Musik. Seit 1995 Mitarbeiter von Alternativa fm, AMARC-Uruguay und Comcosur sowie von Radio Matraca Berlin. Lebt seit 2006 in Berlin.

Andrés Renna, geb. 1971 in Montevideo, freier Journalist für verschiedene Radios und Zeitungen. Lebt seit 2007 in Freiburg.

Dieter Schonebohm, geb. 1956, Historiker und Politikwissenschaftler. Lebt seit 1986 in Montevideo und arbeitet dort als freier Übersetzer

und Dolmetscher sowie als Dozent an der öffentlichen Universität der Republik. Veröffentlichungen zur regionalen Integration (Mercosur) sowie zur jüdischen Immigration in Uruguay.

Valentin Schönherr, geb. 1972, studierte Geschichte und Spanisch in Berlin und San Salvador. Er war Literaturredakteur bei der Zeitschrift *Lateinamerika Nachrichten* in Berlin und schreibt für verschiedene Medien über lateinamerikanische Literatur. Lebt in Luzern und arbeitet als Geschichtslehrer in Zürich.

Javier Taks, geb. 1967, Doktor der Sozialanthropologie, ist Dozent an der Universität der Republik in Uruguay. Er ist Projektleiter für sozialpolitische Bildung der Casa Bertolt Brecht in Montevideo und Autor verschiedener Artikel über Kultur und Umweltpolitik.

Stefan Thimmel, geb. 1962, arbeitet als freier Journalist, Publizist und entwicklungspolitischer Gutachter in Berlin und Montevideo zu Lateinamerika, Sozialen Bewegungen und Jugendpolitik. Seit 1992 lebt er regelmäßig mehrere Monate im Jahr in Uruguay und ist dort auch Mitarbeiter der Casa Bertolt Brecht.

Eva Weil, geb. 1929, emigrierte aufgrund der Verfolgung durch die Nazis Ende 1938 mit ihren Eltern nach Uruguay. 1978–81 und 1982–84 Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland, wo sie sich gegen die Militärdiktatur in Uruguay engagierte. Pendelt heute mit ihrem Mann Ernesto Kroch zwischen Montevideo und Frankfurt am Main.

Britt Weyde, geb. 1972, hat in Köln Regionalwissenschaften Lateinamerika studiert und ihre Diplomarbeit über *Das Ende der Mythen: Die Rolle der Frauen im Uruguay der Krise und Diktatur, 1967–1985* geschrieben. Sie ist Redakteurin bei der Zeitschrift *ila* in Bonn, Übersetzerin und DJane.

Raúl Zibechi, geb. 1952 in Montevideo, Journalist und Publizist u.a. für die uruguayische Wochenzeitschrift *Brecha* und für *La Jornada*, Mexiko. Er ist Autor zahlreicher Bücher über die sozialen Bewegungen in Lateinamerika. 2003 wurde er für seine journalistischen Arbeiten mit dem Premio José Martí ausgezeichnet.



Dario Azzellini & Stefan Thimmel (Hg.)

Futbolistas

Fußball und Lateinamerika:
Hoffnungen, Helden, Politik
und Kommerz

Kaum ein Kontinent wird so mit Fußball identifiziert wie Lateinamerika, der Herkunftsregion von Fußballstars wie Ronaldinho oder Pelé, über den Galeano sagte, er »spiele Fußball wie Gott, würde sich Letzterer ernsthaft dieser Angelegenheit widmen«. Das Buch vermittelt eine sozialgeschichtliche Sichtweise, denn auch in Lateinamerika wird Sport zur Herrschaftsstabilisierung und zwecks nationaler Identitätsstiftung eingesetzt. Es ist aber auch ein Buch für Fußballfans, das die Legenden des lateinamerikanischen Fußballs beschreibt. Spieler- und Länderporträts geben einen Überblick über die unterschiedlichen Facetten des Fußballs in Lateinamerika.

ISBN 3-935936-46-X | 256 S. | Fotos



Gert Eisenbürger (Hg.)

Lebenswege

15 Biographien zwischen
Europa und Lateinamerika

Beeindruckende Porträts der Lebensschicksale von deutschen und österreichischen Antifaschisten, verfolgten Juden und Jüdinnen, die vor dem Nationalsozialismus nach Lateinamerika flüchteten und dort weiter politisch und künstlerisch aktiv waren. Es werden aber auch Biografien von Menschen vorgestellt, die Jahrzehnte später den umgekehrten Fluchtweg nahmen und in der BRD bzw. DDR Asyl vor den Militärdiktaturen Lateinamerikas suchten: Pieter Siemsen, Nelly Meffert, Ernesto Kroch, Osvaldo Bayer, Gilberto Bosques, Steffie Spira, Alfredo Bauer, Esther Andradi, Leni Alexander, Pedro C. Holz, Omar Saavedra Santis, Cecilia Boisier, Mauricio Rosencof, P.P. Zahl, Germán Meneses.

ISBN 3-922611-48-6 | 240 Seiten



Ernesto Kroch

Heimat im Exil – Exil in der Heimat

Ernesto Kroch schließt sich als Jugendlicher dem deutsch-jüdischen Jugendbund »Kameraden« an. Nach der Machtübernahme der Nazis beteiligt er sich an antifaschistischen Aktionen, wird verhaftet, verurteilt und in das KZ Lichtenburg verschleppt. 1937 kommt er unter der Auflage frei, Deutschland zu verlassen. Ihm gelingt die Emigration nach Uruguay, wo er sein politisches Engagement fortsetzt. Nach dem Militärputsch 1973 beteiligt er sich am Aufbau gewerkschaftlicher Untergrundstrukturen und gerät ins Visier der Repressionsorgane. Vor ihrem Zugriff rettet er sich 1982 durch eine erneute Flucht – diesmal zurück nach Deutschland. Seit 1985 lebt er wieder in Montevideo und ist in sozialen Basisorganisationen aktiv.

ISBN 978-3-935936-29-3 | 192 Seiten



Mauricio Rosencof

Der Bataraz

Mit dem »Bataraz«, dem Roman, in dem der Autor sich mit seiner jahrelangen Kerkerhaft auseinandersetzt, hat Mauricio Rosencof sein literarisches Meisterwerk vorgelegt.

Dieses Buch ist »ein hinreißender Monolog, ein wilder assoziativer Reigen, eine Höllenfahrt über alle Grenzen von Wirklichkeit und Phantasie hinweg. [...] Immer schwerer wird es, lesend zwischen Wahrnehmung und Einbildung zu unterscheiden. Aber dieser Gefangene, der Rosencof einmal war, scheint gerade aus den Wahnvorstellungen, in die er getrieben wird, die Kraft zu ziehen, dem Wahnsinn standzuhalten. Es ist ein Zeichen für den hohen Rang dieser Prosa, dass sie in jeder Zeile, auf jeder Seite, der Würde des Rechtlosen huldigt« (Erich Hackl, WoZ).

ISBN 3-922611-47-8 | 160 Seiten



Anne Huffschild &
Markus Rauchecker (Hg.)

Kontinent der Befreiung?

Auf Spurensuche nach
1968 in Lateinamerika

1968 war auch für den »Kontinent der Befreiung« ein »Schlüsseljahr«, wie Carlos Fuentes schreibt, in dem alles gleichzeitig in Bewegung kam: die Revolten an den Universitäten von Mexiko-Stadt, Rio de Janeiro oder Montevideo, die Radikalisierung der Proteste und die Verschärfung der Repression, aber auch das kulturelle Aufbegehren im Alltag und in den Künsten, durch die brasilianischen Tropicalisten oder die argentinischen Künstlerkollektive, durch Jugendkultur, Minirock und Antibabypille.

Ein reich bebildertes Kompendium der gesellschaftlichen Aufbruchsjahre in Lateinamerika.

ISBN 978-3-935936-88-0 | 256 Seiten | zahlr. Abb.



Bianca Schmolze &
Knut Rauchfuss (Hg.)

Kein Vergeben. Kein Vergessen.

Der internationale
Kampf gegen Straflosigkeit

»An zahlreichen Länderbeispielen führen die AutorInnen aus, dass die globale Kultur einer Straflosigkeit von Menschenrechtsverbrechen nicht zu durchbrechen war. Sie zeigen exemplarisch, wie Betroffene von Menschenrechtsverletzungen in jeweils zwölf Ländern, von denen fünf aus Lateinamerika sind, einfordern, dass die Täter juristisch zur Verantwortung gezogen werden. Von diesen Kämpfen handelt dieses Buch« (ila).

»Der Band ist ein wahres Handbuch der Vergangenheitsarbeit, ein zuverlässiges und aufschlussreiches Nachschlagewerk auch für Leser, die in der Thematik zu Hause sind« (Rainer Huhle).

ISBN 978-3-935936-79-8 | 424 Seiten